

# 113. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Juli 1986, 9.15 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . . 7155, 7169, 7188, 7189,  
7215, 7222, 7236, 7237

Nachruf auf die ehem. Abg. Dr. **Ankermüller**  
und **Müller Richard** . . . . . 7155

Gedenken der Opfer des Mordanschlags  
Prof. Dr. **Beckurts** und Eckhard **Groppler** . . . 7156

Geburtstagswünsche für Abg. **Koch** . . . . . 7156

**Interpellation** der Abg. Tandler, Alois Glück,  
Dr. Herbert Huber u. a. u. Frakt. CSU betr. **künftige  
Energiepolitik in Bayern** (Drs. 10/10463)  
und

**Interpellation** der Abg. Dr. Rothmund, Hierse-  
mann, Kolo u. a. u. Frakt. SPD betr. **Bayerns  
Ausstieg aus der Kernenergie** (Drs. 10/10804)

Dr. Huber Herbert (CSU), Interpellant . . . . . 7156

Hiersemann (SPD), Interpellant . . . . . 7160

Ministerpräsident Dr. Strauß . . . . . 7169

Dr. Rothmund (SPD),

zur Geschäftsordnung . . . . . 7189

Staatsminister Jaumann . . . . . 7189, 7199, 7230

Staatsminister Dick . . . . . 7195

Hiersemann (SPD) . . . . . 7203

Geis Norbert (CSU) . . . . . 7208

Tandler (CSU) . . . . . 7209

Kolo (SPD) . . . . . 7215

Glück Alois (CSU) . . . . . 7222

Dr. Seebauer (SPD) . . . . . 7225

Huber Herbert [Landshut] (CSU) . . . . . 7228

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Dr. Rothmund,  
Hiersemann, Zierer, Meier Christa u. Frakt. SPD  
betr. **5. Anti-WAA-Festival am 26./27. Juli 1986  
in Burglengenfeld** (Drs. 10/11194)

Wirth (SPD) . . . . . 7232

Dr. Beckstein (CSU) . . . . . 7233, 7237, 7240

Zierer (SPD) . . . . . 7233, 7238, 7242

Tandler (CSU) . . . . . 7239, 7241

Langenberger (SPD) . . . . . 7239

Dr. Rothmund (SPD) . . . . . 7239, 7243

Frau Meier (SPD) . . . . . 7242

Namentliche Abstimmung . . . . . 7244

Schluß der Sitzung . . . . . 7244

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 17 Minuten

**Präsident Dr. Heubl:** Meine sehr verehrten Damen,  
meine Herren! Ich eröffne die 113. Vollsitzung des  
Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks,  
das ZDF sowie tv weiß-blau haben um Aufnahmege-  
nehmigung gebeten. Das Erste Programm des Hör-  
funks überträgt live, das Dritte Programm des Fern-  
sehens überträgt ebenfalls direkt. Die Aufnahmege-  
nehmigungen wurden, Ihre Zustimmung vorausge-  
setzt, erteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Eintritt  
in die Tagesordnung bitte ich Sie, zweier ehemaliger  
Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am Montag, dem 07. Juli 1986, verstarb Herr Staats-  
minister a. D. Dr. jur. Willi **Ankermüller** im Alter von  
85 Jahren. Geboren wurde er am 18. März 1901 in  
Bad Neustadt an der Saale. Er studierte Rechts- und  
Staatswissenschaften in Würzburg und ergriff den  
Beruf eines Rechtsanwalts.

Seine aufrechte demokratische Gesinnung brachte  
ihm 1933 Verfolgung und Haft durch die Nationalso-  
zialisten ein.

Nach dem Krieg gehörte Dr. Ankermüller zu den Män-  
nern der ersten Stunde. Er wurde 1945 Landrat des  
Kreises Hofheim/Unterfranken und in die Verfassung-  
gebende Landesversammlung gewählt. Mitglied des  
Bayerischen Landtags war er vom 1. Dezember 1946  
bis 20. November 1966.

Dem Kabinett Dr. Ehard gehörte Dr. Willi Ankermüller  
zunächst als Staatssekretär, dann von 1947 bis 1950  
als Staatsminister des Inneren an. Von 1957 bis 1958  
bekleidete er im Kabinett Dr. Seidel das Amt des  
Staatsministers der Justiz. Im Bayerischen Landtag  
war Dr. Willi Ankermüller als versierter Fachmann in  
Sicherheits-, Rechts- und Verfassungsfragen allzeit  
hoch geschätzt.

Am Samstag, dem 12. Juli 1986, verstarb Herr Ri-  
chard **Müller** im Alter von 66 Jahren. Geboren am  
31. März 1920 in Lichtenfels, ließ er sich nach der

(Präsident Dr. Heubl)

Schulzeit für den höheren Verwaltungsdienst ausbilden. Den Krieg erlebte er an der Ostfront und geriet in russische Kriegsgefangenschaft.

Dem Bayerischen Landtag gehörte Richard Müller von 1962 bis 1972 für den Stimmkreis Bayreuth bzw. für den Wahlkreis Oberfranken an. In dieser Zeit engagierte er sich vor allem im Ausschuß für Eingaben und Beschwerden, dessen Vorsitzender er auch von 1966 bis 1972 war.

Die bayerische Volksvertretung wird diesen beiden verdienstvollen ehemaligen Kollegen stets ein ehren- des Gedenken bewahren.

Meine Damen und Herren! Am 09. Juli 1986 fielen Professor Dr. Karl Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied der Siemens AG, und sein Fahrer Eckhard Groppler einem heimtückischen Mordanschlag zum Opfer. Mit Professor Beckurts verlor nicht nur Bayern, sondern die gesamte Bundesrepublik eine herausragende und führende Persönlichkeit auf dem Gebiet der modernen Technologie.

Diese ruchlose Tat, verübt in verbrecherischer Verblendung, hat nicht nur zwei Menschenleben vernichtet und über zwei Familien tiefes Leid gebracht, sie stellt auch einen Anschlag auf unseren freiheitlichen Rechtsstaat dar. Für uns Parlamentarier erwächst daraus erneut die Verpflichtung, in gemeinsamer Verantwortung eine Politik zu betreiben, die die Freiheit und Unverletzlichkeit des einzelnen vor dem Terrorismus schützt.

Der Bayerische Landtag gedenkt beider Toten in tiefer Trauer. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Familien und Hinterbliebenen der Ermordeten.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einen Glückwunsch aussprechen. Am 10. Juli feierte Herr Kollege Albert Koch seinen 65. Geburtstag.

(Beifall)

Lieber Kollege Koch, im Namen des Hohen Hauses, aber auch persönlich gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zu diesem Ehrentag. Ich danke Ihnen für Ihre 16jährige engagierte, faire parlamentarische Tätigkeit und wünsche Ihnen Glück und Gesundheit auf Ihrem weiteren Lebensweg.

Meine Damen, meine Herren! Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 1 und 2:

**Interpellation der Abgeordneten Tandler, Alois Glück, Dr. Herbert Huber und anderer und Fraktion CSU betreffend künftige Energiepolitik in Bayern (Drucksache 10/10463)**

und

**Interpellation der Abgeordneten Dr. Rothemann, Hiersemann, Kolo und anderer und Fraktion SPD betreffend Bayerns Ausstieg aus der Kernenergie (Drucksache 10/10804)**

Ich bitte zunächst die CSU, ihre Interpellation zu begründen. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Huber.

**Dr. Huber Herbert (CSU), Interpellant:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Reaktorunglück von Tschernobyl hat in der Bundesrepublik Deutschland zu Ängsten und Befürchtungen und zu einer bisher nicht gekannten leidenschaftlichen Diskussion über energiepolitische Themen geführt, wobei naturgemäß die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Mittelpunkt steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, daß unsere Bürger die unmittelbaren Risiken und Gefahren aus dem sowjetischen Unfall meist deutlicher sehen als die Vorteile und Chancen, die ihnen aus einem sicheren und preisgünstigen Energieangebot, vor allem auch aufgrund der Kernenergie, erwachsen sind und weiterhin erwachsen werden. Diese positiven Seiten sind meist indirekter Natur, und sie stecken gewissermaßen in den Lebensbedingungen, die für die meisten Bürger heute selbstverständlich geworden sind. Es ist den meisten gar nicht mehr bewußt, wie grundlegend und unverzichtbar eine sichere, zuverlässige Energieversorgung für unsere Industriegesellschaft, für Wohlstand und soziale Sicherheit ist, wie jeder einzelne im täglichen Leben, privat und beruflich, von einer gesicherten Energieversorgung abhängig ist. Dies gilt besonders für die elektrische Energie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Sorgen unserer Bürger wirklich ernst nimmt, dann kann verantwortungsbewußtes Handeln in dieser Situation nur heißen, ehrlich und sachlich aufzuklären, objektiv zu informieren, Vertrauen zu schaffen. Dies gilt für alle, die in diesem Land Verantwortung tragen, auch für die Medien. Ich habe nicht das geringste Verständnis dafür, wenn die Sorgen und Ängste unserer Bevölkerung leichtfertig geschürt, ja teilweise erst gezielt geweckt werden. Das Informationsdurcheinander nach Tschernobyl ist letztlich auch dadurch entstanden, daß zu viele selbsternannte Experten beteiligt waren, denen von den Medien eine meines Erachtens zum Teil nicht mehr zur verantwortende Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

(Zustimmung von der CSU)

Je schlimmer die vermeintlichen Hiobsbotschaften waren, desto größer wurden sie herausgebracht. Ich glaube, es ist kein Wunder, daß die Bevölkerung in Angst und Schrecken, die von der Sache her vielfach nicht begründet waren und begründbar sind, versetzt worden ist. Für die Grünen war Tschernobyl freilich ein willkommener Anlaß, die Stimmung gegen die Kernenergie als Hebel im Dienste ihrer politischen Zielsetzungen zu nutzen. Diese Zielsetzungen laufen, wie wir alle wissen, letztlich auf eine andere Republik hinaus, was immer das auch heißen mag. Die Grünen fordern bekanntlich den sofortigen Ausstieg, sofortige Stilllegung aller Kernkraftwerke. Daß sie mit dieser ihrer Politik einen Salto mortale gegenüber ihrer bisherigen Zielsetzung schlagen, vor allem in bezug auf

(Dr. Huber Herbert [CSU])

das Waldsterben, macht ihnen offensichtlich überhaupt nichts aus. Gehen wir davon aus, daß das Waldsterben tatsächlich vor allem durch die bei der Verbrennung fossiler Energien freiwerdenden Stoffe ausgelöst wird, kann man sich über diese Inkonsistenz wirklich nur wundern. Aber wir dürfen erwarten, wenn neue und weitere fossile Kraftwerke betrieben werden müssen, daß die Grünen in der ersten Reihe stehen werden, um Protest zu erheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Partei konnte und kann der Versuchung nicht widerstehen, auf den Zug des im Moment populär erscheinenden Ausstiegs aus der Kernenergie aufzuspringen, allerdings mit einem heillosen Durcheinander unterschiedlicher Erklärungen und Forderungen zum Wie und Wann eines solchen Ausstiegs. Das Verwirrspiel reicht von der Forderung eines „sofortigen Ausstiegs“, eines „schnellstmöglichen Ausstiegs“ über einen „schrittweisen Ausstieg“ bis zu einem „behutsamen Ausstieg“ und einem „Einstieg in den Ausstieg“.

Völlig verwirrend sind auch die zeitlichen Vorgaben der SPD: Der Ausstieg aus der Kernenergie soll in 5 Jahren, in 10 Jahren, bis zum Jahre 2000 und so weiter und so weiter beendet sein. Ganz besonders unverbindlich drückt sich der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, aus, der von einem „Umsteuern in der Energieversorgung“ spricht, was lange dauern würde. Damit ja kein Bundesbürger vor der Bundestagswahl weiß, was der Kanzlerkandidat der SPD wirklich will, wurde in Nordrhein-Westfalen dann die Vorlage eines Stufenplans für das Jahr 1987 beschlossen.

In Bayern haben wir die sogenannte Augsburger Erklärung der SPD, in der es zwar heißt, eine realistische Politik müsse den Ausstieg aus der Kernenergie sorgfältig planen, dessen Folgen abschätzen und Schritt für Schritt verwirklichen, aber auch, daß damit sofort begonnen werden müsse, und es wird als Ausstiegstermin das Jahr 1995 genannt.

Meine Damen und Herren! Damit wird die Logik geradezu auf den Kopf gestellt. Offensichtlich kennt man bis jetzt noch nicht die Folgen. Man will erst damit beginnen, sie im einzelnen abzuschätzen. Aber man kennt bereits das Ergebnis, nämlich den Ausstieg bis 1995.

(Abg. Hiersemann: Schwer, den Text zu verstehen!)

Einen Ausstieg zu fordern und bereits zu terminieren, ohne die ökonomischen und ökologischen Folgen sorgfältig untersucht und ehrlich bewertet zu haben, ist verantwortungslos, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Die SPD hat hier und heute Gelegenheit, ihre Vorstellungen zu dem von ihr geforderten Ausstieg darzulegen. Wir erwarten von ihr auch, daß sie zu den Folgen eines solchen Ausstiegs Stellung bezieht.

Ziel der heutigen CSU-Interpellation ist es, der Öffentlichkeit an Hand der klaren Zahlen, die erhoben worden sind, umfassend zu verdeutlichen, welches Konzept die Staatsregierung in der Energieversorgung unter sorgfältiger Abwägung der Chancen und Risiken aller denkbaren Alternativen verfolgt, insbesondere was ein Ausstieg aus der Kernenergie tatsächlich bedeuten würde, was damit auf dem Spiel stünde.

Wir haben unsere Interpellation ganz bewußt „Künftige Energiepolitik in Bayern“ überschrieben. Für uns ist und bleibt verantwortliche Energiepolitik stets die umfassende Aufgabe, ein möglichst breit gegliedertes und optimiertes Versorgungsmix aus allen Energieträgern zu erreichen, die zusammen der Zielsetzung einer ausreichenden, sicheren, umweltfreundlichen und preisgünstigen Energieversorgung entsprechen.

Wir weisen im Vorspann unserer Interpellation bewußt darauf hin, daß energiepolitische Entscheidungen weitreichende und langfristige Auswirkungen haben. Energiepolitik braucht einen langen Atem. Man kann hier nicht nach tagespolitischer Opportunität oder Modeströmungen einen Zickzackkurs fahren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man es dennoch tut, ist es verantwortungslos.

(Zustimmung bei der CSU)

Alle Chancen, Risiken und Auswirkungen müssen, soweit sie absehbar sind, eingehend und sorgfältig unter Berücksichtigung aller übrigen relevanten Belange abgewogen werden. Die Frage nach der Verantwortbarkeit einer Technik schließt stets die Frage nach der Verantwortbarkeit des Verzichts auf diese Technik ein. Moderne Techniken sind die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Sie sind damit die Basis für den individuellen Wohlstand und für einen gesicherten Sozialstaat.

Es gilt aber nicht nur Kosten und Nutzen in rein wirtschaftlicher Hinsicht kurz-, mittel- und langfristig gegeneinander abzuwägen, wir müssen ebenso der ethisch-moralischen Verantwortung für unsere „Um-Welt“ im weitesten Sinne des Wortes gerecht werden. Zur „Um-Welt“ gehören die Lebensinteressen der heute in Europa und in den anderen Industriestaaten lebenden Menschen ebenso wie in der Dritten und Vierten Welt. Es gilt aber auch, der Verantwortung für die Lebensbedingungen der Generationen gerecht zu werden, die nach uns kommen. Ich betone das ausdrücklich deshalb, weil in der Diskussion um das Für und Wider der Kernenergie von linker Seite immer wieder gewissermaßen ein moralisches Monopol der Aussteiger beansprucht wird. Dabei wird von manchen sogar ganz bewußt als Zeichen besonders hohen moralischen Anspruchs angesehen, daß ökonomische Gesichtspunkte ausgeklammert werden und vor Maßstäben wie Kosten, Wirtschaftlichkeit oder internationaler Wettbewerbsfähigkeit die Augen verschlossen werden.

(Zustimmung von der CSU)

(Dr. Huber Herbert [CSU])

Gerade wir Deutschen sollten uns nach dem, was wir in unserer Geschichte schon erlebt haben, bewußt sein, wie schwer und tiefgreifend wirtschaftliche Krisen in Leben und Existenz der Völker eingreifen können. Von der Weltwirtschaftskrise führt zum Beispiel ein direkter Weg in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Wir scheuen uns deshalb nicht, neben unsere Verantwortung für die Zukunft menschlichen Lebens auch berechnete wirtschaftliche Belange und Maßstäbe als weiteren Aspekt zu stellen. Denn nur eine Politik, die Risiko und Folgewirkungen nicht ausklammert, sondern in ihren vollen Konsequenzen bedenkt, kann den Anspruch erheben, wirklich verantwortliche Politik zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte darauf verzichten, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fragen unserer Interpellation im einzelnen zu verlesen. Ich beziehe mich auf sie und gebe die Ihnen vorliegende einschlägige Landtagsdrucksache zu Protokoll.\* Gestatten Sie mir zu den einzelnen Fragenkomplexen aber ergänzende Anmerkungen:

Wir fragen nach der Entwicklung der Energieversorgung in Bayern seit 1960. Wir wollen damit der Öffentlichkeit bewußt machen, welche Bedeutung die grundlegenden energiepolitischen Weichenstellungen für die Entwicklung unseres Landes gehabt haben. Ich erinnere an die Errichtung des Raffineriezentrum Ingolstadt seinerzeit, an den Ausbau einer großflächigen Gasversorgungsinfrastruktur gerade auch in unseren Randgebieten. Ich erinnere vor allem daran, wie der bewußte und bedarfsgerechte Ausbau der Kernenergie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, das soziale Klima und die Umweltqualität beeinflusst hat. Die Energieversorgung ist von einem negativen zu einem positiven Standortfaktor in Bayern geworden. Ohne die Kernenergie wäre das mit Sicherheit nicht möglich gewesen.

Unsere nächsten Fragen befassen sich mit der Bedeutung der Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2000 und mit den Auswirkungen eines sofortigen oder mittelfristigen Ausstiegs auf gesicherte Stromversorgung der Bevölkerung, Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsplätze und private Haushalte. Die SPD drückt sich um die Antwort auf diese entscheidende Frage, meine Damen und Herren. Aber es führt kein Weg daran vorbei, daß unsere Bürger auf Heller und Pfennig bzw. mit ihren Arbeitsplätzen die Kosten bezahlen müßten, die durch einen Ausstieg aus der Kernenergie dem einzelnen wie der Volkswirtschaft entstünden.

(Abg. Freiherr von Truchseß: Aber mit 10 Milliarden die WAA finanzieren!)

Die Verteuerung, wozu wir von der Staatsregierung sicher noch entsprechende Berechnungen erhalten werden, mag für manchen noch angehen, für viele würde sie schwer verkraftbar sein.

\* Anlage 1

Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten kann man nicht so tun, als wäre die Energiewirtschaft eine in sich geschlossene Volkswirtschaft, als könnten bei einem Ausstieg aus der Kernenergie verlorengehende Arbeitsplätze gegen neue Arbeitsplätze auf anderen Energiesektoren aufgerechnet werden.

(Zuruf des Abg. Freiherr von Truchseß)

Wir müssen die Auswirkungen von Veränderungen des Energiepreinsniveaus auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer gesamten Volkswirtschaft und damit auch auf den Arbeitsmarkt insgesamt einkalkulieren. Wer Energie verteuert, produziert Arbeitslose. Darüber sollte sich insbesondere die SPD im klaren sein, die sich so gern als Arbeitnehmerpartei ausgibt.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Böddrich:  
Was heißt ausgibt?)

Im übrigen mehren sich die Stimmen von Gewerkschaftsseite wie von Betriebsräten, die vor einem Ausstieg aus der Kernenergie warnen, weil man um Arbeitsplätze fürchtet.

(Abg. Freiherr von Truchseß: Und die  
CSU, eine sogenannte christliche  
Partei!)

Es ist einfach absurd, daß die Sozialdemokratische Partei Bayerns in ihrer Augsburger Erklärung einen Ausstieg sogar noch als Mittelstands- und Beschäftigungsprogramm deklariert.

(Lachen bei der CSU)

Es wird dort allen Ernstes behauptet, daß wirtschaftlich betrachtet ein Ausstieg aus der Kernenergie mit Sicherheit arbeitsmarktpolitisch das umfangreichste mittelstandsorientierte Beschäftigungsförderungsprogramm wäre, das es in Bayern seit dem Wiederaufbau gegeben hätte. Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie bitte, aber das ist doch reinste Volksverdummung!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es wird so getan, als hätte ein Ausstieg aus der Kernenergie nur positive Seiten. Man sieht nur die Arbeitsplätze, die möglicherweise durch den Bau neuer Kohlenkraftwerke, durch mehr Forschung und Entwicklung der Solarenergie oder durch den Bau von Windrotoren entstehen, aber man sieht nicht, daß zusätzlichen Arbeitsplätzen als Haben das Soll gewaltiger Arbeitsplatzverluste gegenüberstünde, die unausweichlich wären, wenn unsere Wirtschaft durch Umschalten von billigem Atomstrom auf andere teurere und wahrscheinlich auch unsicherere Energieträger ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. Das wird einfach verschwiegen. Eine solche Argumentation hat viel mit Propaganda, aber wenig mit verantwortungsbewußter Politik für den Bürger zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns ebenso darüber im klaren sein, welche Auswirkungen auf die Umwelt mit neuen Weichenstellungen in der Energiepolitik verbunden wären. Diejenigen, die

(Dr. Huber Herbert [CSU])

bis vor kurzem noch am lautesten über die Schädigung unserer Wälder geklagt haben, setzen sich am stärksten für einen kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ein,

(Sehr richtig! bei der CSU)

obwohl damit eine Vielzahl fossiler Kraftwerke wieder in Dauerbetrieb gehen müßte, deren Emissionen viel höher wären als die der „größten Dreckschleuder der Nation“, als die sie kürzlich bezeichnet worden ist.

(Zustimmung bei der CSU)

Auch was die mittelfristigen Möglichkeiten der Abgasentgiftung anlangt, sollten wir uns im klaren sein, daß dann weiterhin erhebliche und unvermeidbare Mengen an Schadstoffen ausgestoßen würden. Von den ökologischen Problemen eines verstärkten Abbaus bzw. einer verstärkten Förderung fossiler Brennstoffe und der Beseitigung der bei der Abgasentgiftung anfallenden Abfallstoffe, ganz zu schweigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fragen die Staatsregierung ferner nach dem europäischen Umfeld der Kernenergie. Ein Vergleich mit der Kernenergienutzung in anderen Ländern Europas soll uns erleichtern, unsere Position in zweierlei Hinsicht zu überprüfen:

Zum einen hängt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit in erheblichem Umfang von den Energiekosten ab, die bei uns bzw. unseren internationalen Mitbewerbern anfallen, zum anderen hilft ein Ausstieg aus der Kernenergie unter rein sicherheitspolitischen Überlegungen nicht weiter, wenn um uns herum Kernkraftwerke in großer Zahl weiterhin betrieben und neu gebaut werden.

(Beifall bei der CSU)

Denn niemand kann doch im Ernst daran glauben, daß die anderen europäischen Länder ihre Entscheidungen in Sachen Kernenergie nach unseren Maßstäben fällen werden. Im Gegenteil! Das Ausland schaut verwundert, teilweise ungläubig auf die gegenwärtige bundesdeutsche Kernenergie Diskussion. Glaubt denn wirklich jemand, daß zum Beispiel die Sowjetunion oder Frankreich auf Kernkraftwerke verzichten würden, wenn wir aus der Kernenergie aussteigen? Im Gegenteil! Sie würden noch mehr bauen, weil wir dann wahrscheinlich einen größeren Teil unseres Stroms bei unseren Nachbarn besorgen müßten. Sie werden also ihre Reaktoren weiter ausbauen bei in der Regel geringerem Sicherheitsstandard, als dies bei unseren Kernkraftwerken der Fall ist.

Ein weiterer Fragenkomplex betrifft Energieeinsparung, regenerative Energiequellen und neue Energieformen, wie nachwachsende Rohstoffe, Wasserstofftechnologie und Kernfusion. Unsere Volkswirtschaft hat nach der ersten Ölkrise mit großem Erfolg mit marktwirtschaftlichen Mitteln, nämlich preisinduziert, einen Energie-

einsparungsprozeß hinter sich gebracht. Der Primärenergieverbrauch ist damals um etwa 20 Prozent gesunken.

(Abg. Klasen: Das habt ihr auch nicht geglaubt!)

Es ist nicht anzunehmen, daß Einsparungen in dieser Größenordnung auch künftig möglich sein werden. Der Strombedarf hat sich in den vergangenen Jahren jedenfalls ständig weiter erhöht, und das wird, wenn auch voraussichtlich mit geringeren Steigerungsraten, auch künftig der Fall sein. Selbstverständlich müssen alle Möglichkeiten einer sinnvollen Energieeinsparung genutzt werden. Wir bitten die Staatsregierung dazu um eine ausführliche Stellungnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr Realismus ist auch bei der Beurteilung der sogenannten regenerativen Energiequellen Sonne, Wind, Erdwärme usw. am Platz. Hier geistern die unterschiedlichsten Quoten durch die Diskussion, wie diese Energiequellen jetzt, bald oder in Zukunft zur Energieversorgung Bayerns beitragen könnten. Ähnliches gilt für die Möglichkeiten der nachwachsenden Rohstoffe, der Wasserstofftechnologie und Kernfusion. Daran knüpfen sich viele Hoffnungen. Auch wir sehen durchaus die Möglichkeit, daß eines Tages neue Energietechniken die Kernenergie ablösen könnten, und wir sind uns einig, daß die Forschung auf diesen Gebieten weiter intensiviert werden muß. Wir halten es jedoch für unredlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Zeitpunkt dafür bestimmbar erscheinen zu lassen, wie es die SPD in ihren Parteitagsbeschlüssen tut.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Deswegen beschließt ihr das alles!)

Nur Fachleute, die sich damit täglich in der Forschung beschäftigen, können realistisch abschätzen, ob und wann mit einer wirtschaftlichen Verwertung in volkswirtschaftlichem Maßstab gerechnet werden kann. Wir glauben, daß auch da die von der Staatsregierung erbetenen Angaben zur Versachlichung der Diskussion beitragen können.

Im letzten Fragenkomplex greifen wir schließlich die Themen Sicherheit von kerntechnischen Anlagen und Entsorgung auf. Im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist die Sicherheit natürlich von größter Bedeutung. Wir wissen, daß ein großer Informationsbedarf besteht, wie sicher unsere Kernkraftwerke tatsächlich sind, warum wir sie als die sichersten auf der Welt betrachten.

Meine Damen und Herren! Durch gezielte Angstmache und verwirrende Behauptungen ist in der Öffentlichkeit weitgehend Unsicherheit über die Risiken einer Wiederaufarbeitungsanlage entstanden.

(Abg. Klasen: Fahrradspeichenfabrik!)

Wir behaupten, daß die Risiken einer Wiederaufarbeitungsanlage wesentlich geringer sind als die Risiken eines Kernkraftwerkes. Ich bin überzeugt, daß die Stellungnahme der Staatsregierung dies heute eingehend belegen wird. Wir halten diese Darlegungen für ganz besonders wichtig.

(Dr. Hüber Herbert [CSU])

Meine Damen und Herren! Wir fragen die Staatsregierung nach der Entsorgung der Kernkraftwerke. Denn selbst ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie würde uns nicht von der Notwendigkeit befreien, den radioaktiven Abfall einer möglichst sicheren Lagerung zuzuführen.

(Abg. Dr. Wilhelm: So ist es!)

Nach der bis vor kurzem übereinstimmenden Auffassung von Bund und allen Ländern sollte die Wiederaufarbeitung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die notwendigen Lagerkapazitäten für den hochradioaktiven Abfall möglichst gering zu halten. Bei einem Wegfall dieser Möglichkeit müßten die abgebrannten Brennelemente aus den deutschen Leichtwasserreaktoren einer Direktendlagerung zugeführt werden, die zum einen zusätzliche ökologische Probleme aufwirft, zum anderen bisher noch nicht ausreichend erprobt ist. Wir stehen also nach wie vor vor dem Problem, diese hochradioaktiven Brennstäbe entweder direkt endzulagern, wofür wir bis jetzt noch keine Lösung haben, oder mit Hilfe der Wiederaufarbeitung sowohl Brennstoffe zurückzugewinnen, also zu sparen, als auch die Endlagerung erheblich zu erleichtern.

Wir fragen nach den Möglichkeiten der Direktendlagerung. Die Direktendlagerung, also die bewußte Nichtwiederaufarbeitung abgebrannter Elemente, ist ja die Alternative, auf die sich die WAA-Gegner und insbesondere die bayerische SPD festgelegt haben. Sie versteifen sich damit auf eine einzige Möglichkeit, deren Realisierung in der vorgesehenen Form, nämlich im Salzstock Gorleben, noch keineswegs ausreichend untersucht und gesichert ist. Es stellt sich die Frage, welche Probleme entstehen, wenn Anfang der neunziger Jahre weder die direkte Endlagerung noch eine Wiederaufarbeitungsanlage zur Verfügung steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Mit der vorliegenden Interpellation will die CSU im Bayerischen Landtag sichtbar machen, auf welche Fragen eine verantwortungsbewußte Energiepolitik Antworten geben muß und welche Maßstäbe dabei zugrundegelegt werden müssen. Die Diskussion heute wird aber wohl auch zeigen, welches Konzept die Opposition glaubhaft anzubieten hat, ob es sich dabei nur um die bloße Ankündigung unerreichbarer Ziele handelt, die nur deshalb gefordert werden können, weil das Restrisiko, sie in Bayern in Regierungsverantwortung verwirklichen zu müssen, vernachlässigbar gering ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, solide und ehrlich informiert zu werden. Das ist das Anliegen unserer Interpellation. Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Zur Begründung der Interpellation der SPD hat der Abgeordnete Hiersemann das Wort.

**Hiersemann (SPD), Interpellant:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der CSU)

– Wie bitte?

(Abg. Dr. Wilhelm: Lassen Sie sich nicht drausbringen!)

Ich meine, Sie sollten mich wenigstens erst einmal anfangen lassen, bevor Sie schon wieder dümmliche Zwischenrufe machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf unsere Interpellation, die ich zu begründen habe, hätten wir gerne verzichtet, wenn wir in Ihrer Interpellation neben den Informationsfragen und anderen Fragen, die rein apologetischer Natur sind, auch die Frage gefunden hätten, die die große Mehrheit unserer Bevölkerung wirklich bewegt.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen so gut wie ich, daß dies die zentrale Frage ist: Wann können wir alle zusammen mit dieser gefährlichen, vom Menschen nicht voll beherrschbaren Form der Energiegewinnung aufhören?

Es ist schon bemerkenswert, daß eine Partei wie die CSU, die doch sonst immer von sich behauptet, das Ohr am Puls des Volkes zu haben,

(Abg. Diethel: Hat sie auch!)

nicht einmal mehr den Mut hat, diese Frage ihrer eigenen Staatsregierung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns nach Tschernobyl gefragt, ob eine Technik, bei der Versagen zur Katastrophe führt, noch Zukunft hat. Auf unserem Landesparteitag am 21. Juni in Augsburg haben wir darauf folgende Antwort gegeben:

Eine realistische Politik muß den Ausstieg aus der Kernenergie wirtschaftlich sorgfältig planen, dessen Folgen abschätzen und Schritt für Schritt verwirklichen. Mit dieser Arbeit muß sofort begonnen werden. Wir sind zutiefst überzeugt, daß jedes Jahr, in dem die bisherige Energiepolitik fortgesetzt wird, nicht nur ein verlorenes Jahr ist, sondern uns immer noch tiefer in die atomare Verstrickung hineinführt.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel heißt schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie und damit eine gemeinsame Zukunft ohne Kernenergie.

Der Wirtschaftsminister, Herr Jaumann, hat uns deswegen bereits verantwortungsloses Abenteuerium vorgeworfen.

(Hirsemann [SPD])

Herr Jaumann, unter Abenteuer verstehen wir etwas ganz anderes. Unter Abenteuer verstehen wir den von Ihnen gewünschten Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch die WAA und den Schnellen Brüter.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Stamm:  
Wider besseres Wissen!)

Nach Tschernobyl kann kein Wissenschaftler mehr bestreiten, daß die Nutzung der Kernenergie mit einem unwägbaren Restrisiko behaftet ist. Der Herr Ministerpräsident kann zwar einen Reaktorunfall in unserem Land als unwahrscheinlich herabspielen, aber er kann ihn nicht für unmöglich erklären. Das ist der entscheidende Dollpunkt.

Selbst in unseren als so sicher gerühmten 17 Kernkraftwerken in der Bundesrepublik hat es in den Jahren 1982 bis 1984 insgesamt 427 Störfälle gegeben, wobei in mehr als 40 Fällen eine Schnellabschaltung des Reaktors erfolgen mußte. Unter diesen Störfällen waren ein Störfall der schwersten Kategorie A und 84 sogenannte Vorkommnisse der mittelschweren Kategorie B. Das ist die Antwort, die das Bundesinnenministerium auf eine entsprechende Anfrage Ende Juni dieses Jahres gegeben hat.

Herr Huber, ich halte Ihre Rede, die ich mir jetzt angehört habe, für erstaunlich. Denn nach Tschernobyl war in Ihren Reihen doch da und dort Nachdenklichkeit signalisiert worden; ich denke an die Rede des Herrn Glück.

Heute sind Sie und die Staatsregierung wieder voll auf Ihrem alten Kurs und rennen mit Betonschädeln weiter in die Politik der Kernenergie.

(Zustimmung von der SPD)

Am 10. Juli fand in der Staatskanzlei ein Gespräch mit Experten statt, die der Herr Ministerpräsident als die Spitze der kritischen Wissenschaftler hochgelobt hat. Seit diesem Tag strahlt der politische Spitzenmann des Freistaates wieder ungebrochen atomare Zuversicht aus. Ganz so, als wäre er noch immer der Atomminister der deutschen Wirtschaftswunderjahre, und ganz so, als wäre Tschernobyl nie passiert, als wären die Auswirkungen bei uns nicht sehr drastisch spürbar gewesen.

Mit sichtlicher Zufriedenheit hat Herr Strauß festgestellt, die Grundaussagen der Staatsregierung seien von den geladenen Wissenschaftlern bestätigt worden. Auch seien die Experten, wenn wir einmal Herrn Bölkow ausnehmen, der Ansicht gewesen, daß die für die Forschung zur Verfügung gestellten Gelder ausreichen, was Herr Strauß noch durch die persönliche Bemerkung unterstrich, daß in der Vergangenheit in aller Regel nicht die Geldmittel, sondern geniale Ideen den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt bewirkt hätten.

Soll das etwa bedeuten, daß die Staatsregierung Maßnahmen, welche die Energiepolitik weg von der Kernenergie lenken könnten, für überflüssig hält und den Dingen ihren alten, eingefahrenen Lauf lassen will, so als wäre Tschernobyl nie gewesen?

Ich darf Ihnen jedenfalls versichern: Wir werden keine Ruhe geben, solange die Staatsregierung meint, sich im Vertrauen auf geniale Ideen oder vielleicht gar die göttliche Eingebung dem Zwang zum jetzt gebotenen Nachdenken und Handeln entziehen zu können. Wir wollen, daß weiter nachgedacht wird. Wir wollen, daß neben den von Herrn Strauß hofierten Atomexperten auch die alternativen Wissenschaftler zu Wort kommen dürfen, die Herr Strauß als sogenannte kritische Wissenschaftler, die keine Kompetenz hätten, abqualifiziert hat.

Herr Strauß hat mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, er habe alles zu sich in die Staatskanzlei eingeladen, was in diesem Metier Rang und Namen habe. Doch ich muß die Frage stellen: Hat er nicht vielmehr nur die eingeladen, die im Rahmen der einseitig auf Kernkraft fixierten Politik in der Vergangenheit zu Rang und Namen gekommen sind?

(Beifall bei der SPD)

Was Wunder, wenn diese Experten die Forschungsgelder für ausreichend halten – wohlgerne, alle außer Herrn Bölkow. Herr Bölkow hat sich in Solar- und Wasserstoffforschung engagiert.

Meine Damen und Herren von der CSU! Ich darf Ihnen empfehlen: Schauen Sie sich einmal die Fördermittel des Jahres 1986 an! Da wird die Kernenergie mit 1192 Millionen DM und die erneuerbare Energie mit 193 Millionen DM gefördert. Vielleicht gehen Ihnen jetzt die Augen auf, warum welche Wissenschaftler welche Finanzwünsche haben und welche nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, es ist unverantwortlich, das Wissenspotential der vielen anderen qualifizierten Wissenschaftler, wie Sie es tun, links liegenzulassen. Viele ungewöhnliche Ideen bleiben oft nur deshalb auf der Strecke, weil sich die Wissenschaftler schon allein aus persönlichen Existenzgründen den Sparten zuwenden müssen, in denen Aufträge und Gelder fließen. Am 3. Juli 1983 war in der Süddeutschen Zeitung zu lesen, daß sich die in der Lehre tätigen amerikanischen Physiker fragen, ob sie nicht angehende Physiker vor ihrer beruflichen Perspektive warnen sollten, weil für einen Physikstudenten nach seiner Ausbildung eine Anstellung bei einer Firma, die Waffensysteme für das Pentagon entwickelt, am wahrscheinlichsten sei.

Paßt es nicht genau in dieses Bild, daß das Unternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm dieser Tage einen Auftrag im Rahmen des SDI-Projekts erhalten hat und daß der außenwirtschaftliche Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eben diesen Vorgang mit den Worten kommentiert hat, die Wirtschaft ergreife nun die Chance, die ihr durch die Politik eröffnet worden sei?

Wir von der SPD sind der Ansicht, das Unternehmen MBB würde sicherlich genauso gerne zugreifen, wenn es einen Auftrag dieser Größenordnung in der für die Gesellschaft weit nützlicheren Solarforschung erhalten könnte, und es würde diesen Auftrag zu unserer aller Zufriedenheit erledigen.

(Hiersemann [SPD])

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, die Politik muß der Gesellschaft auch und vor allem Chancen eröffnen, die anderswo liegen als in der Rüstung und in der Kerntechnologie.

Erlauben Sie mir, dazu Carl Friedrich von Weizsäcker zu zitieren, der in seinem Vorwort zu dem Buch „Die Grenzen der Atomwirtschaft“ folgendes ausführt; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Die weltweite Durchsetzung der Kernenergie fordert als Konsequenz eine weltweite radikale Veränderung der politischen Struktur aller heutigen Kulturen. Sie fordert die Überwindung der wenigstens seit dem Beginn der Hochkulturen bestehenden politischen Institutionen des Krieges. In den meisten heutigen prognostischen Szenarien taucht diese Forderung leider nicht explizit auf. Sie wird auf dem Weg der psychischen Verdrängung berücksichtigt. Die Szenarien vergessen schlicht, daß es in den kommenden 50 oder 100 Jahren bei Fortdauer der heutigen politischen Struktur selbstverständlich Kriege geben wird.

– So Carl Friedrich von Weizsäcker.

Wir möchten, daß die Bayerische Staatsregierung fern aller Gigantomanie auch über die vielen kleinen und großen Schritte nachdenkt, die wir aus der Kerntechnologie heraus in eine Zukunft ohne Kernenergie tun können.

(Beifall bei der SPD)

Uns Sozialdemokraten ist in der letzten Zeit aus Ihren Reihen immer wieder vorgeworfen worden, wir hätten die Basis einer gemeinsamen Energiepolitik verlassen. Meine Damen und Herren von der CSU! Daran ist soviel richtig, daß wir in der Tat früher ebenfalls auf Kernenergie gesetzt haben, bis wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß dies ein gefährlicher Irrweg ist.

Im übrigen haben an dieser Überzeugungsarbeit viele namhafte und seriöse Wissenschaftler einen beträchtlichen Anteil, Wissenschaftler, die sich nun vom Ministerpräsidenten unseres Landes nachsagen lassen müssen, daß sie keine Kompetenz hätten. Man muß wohl annehmen, daß er damit auch einen Mann wie Carl Friedrich von Weizsäcker meint, den ich vorhin gerade zitiert habe.

(Abg. Dr. Böddrich: So ist es!)

Ich halte es für wichtig, daß er noch vor der Katastrophe von Tschernobyl seine frühere Befürwortung der Kernenergie widerrufen hat und nunmehr entschieden für Sonnenenergie als hauptsächliche Energiequelle, unterstützt durch technisch ermöglichte Energieeinsparung, und gegen die Entscheidung für Kernenergie als Hauptenergiequelle eintritt.

Es haben aber auch viele andere den Versuch gemacht, neue Wege einzuschlagen. Ich erinnere an das Minderheitsvotum der Enquête-Kommission des

Deutschen Bundestages, abgegeben von den Abgeordneten Gerlach, Gerstein und Stavenhagen der CDU/CSU-Fraktion. Bemerkenswert an diesem Gutachten ist, daß einige Befürworter der Kernenergie wie die Professoren Birkhofer, Knizia und Schäfer damals erklärt haben, daß sie diesem Votum inhaltlich zustimmen könnten. Sie haben sich dann aber doch auf die Seite der Mehrheit geschlagen, weil, so wörtlich, dieses Papier einen breiten politischen Konsens ermögliche. Das heißt doch nichts anderes, als daß diese Professoren, die heute auf Kernenergie setzen, damals auch einen anderen Weg für möglich gehalten hätten.

(Beifall bei der SPD)

Hier sind politische Entscheidungen gefallen, keine wissenschaftlichen Entscheidungen.

(Abg. Erwin Huber: In der Enquête-Kommission gab es eine Befürwortung der WAA!)

– Wissen Sie, Herr Kollege, ich verabschiede mich nicht aus der Verantwortung für die Geschichte meiner eigenen Partei.

(Abg. Kalb: Aber den Eindruck erwecken Sie!)

– Aber Herr Kollege Kalb! Wo habe ich denn das getan?

(Zurufe von der CSU: Dauernd!)

Ist es nicht möglich, in diesem Haus ehrlich miteinander zu diskutieren?

(Abg. Franz: Das wollen die doch gar nicht!)

Ich habe doch vorhin gesagt, daß Sozialdemokraten auf Kernenergie gesetzt haben. Haben Sie da nicht zugehört? – Also. Was sollen denn dann Ihre läppi-schen Zwischenrufe?

(Zustimmung bei der SPD)

Nur haben wir im Zuge der Diskussion um die Kernenergie immer mehr Skepsis bei der Wissenschaft und in unseren eigenen Reihen gespürt. Dies hat dazu geführt, daß der Essener Bundesparteitag meiner Partei im Jahr 1984 mit riesiger Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, den Ausstieg aus der Kernenergie möglich zu machen. Wissen Sie, Herr Kollege Kalb, die Stärke einer Partei besteht nicht darin, auf einem einmal eingeschlagenen Weg mit Betonschädeln weiterzumarschieren, sondern die Stärke einer Partei besteht darin, dann, wenn der Weg als falsch erkannt worden ist, die Kraft zu haben auszusteigen. Diese Kraft fehlt Ihnen!

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Beck:  
Aber man muß auch eine Alternative haben,  
wenn man aussteigen will!)

Daß wir Sozialdemokraten den damals erzielten Konsens aufgekündigt haben, hat seinen Grund in der schon erwähnten Erkenntnis, daß die Nutzung der Kernenergie auf Dauer nicht verantwortet werden kann. Wir teilen diese Überzeugung nicht nur mit einer Reihe von Wissenschaftlern, sondern auch mit großen gesellschaftlichen Gruppierungen wie dem



(Hiersemann [SPD])

Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Bund Naturschutz wie auch gewichtigen Stimmen aus den Kirchen. So hat sich der Evangelische Landeskirchenrat in Bayern für eine Phase des Innehaltens, Nachdenkens und Überprüfens bei der WAA ausgesprochen und betont, es sei falsch, von der weiteren Anwendung der Kernenergie und dem Bau der WAA das Fortbestehen unserer Zivilisation und Gesellschaft abhängig zu machen, ihre Gegner als Unheilspropheten abzulehnen und das kirchliche Engagement in dieser Frage zu verdammen. Deutlicher kann man Ihnen wohl nicht sagen, wie Sie sich in diesem Bereich aufgeführt haben und daß Sie mit dem, was Sie tun, auf Kritik der Kirchen stoßen müssen.

(Abg. Freiherr von Truchseß: Aber sich „christlich“ nennen!)

Wir beobachten auch mit Interesse, wie in Ihren eigenen Reihen die Zustimmung zur Kernenergie abzubröckeln beginnt. Ich schenke es mir jetzt ganz bewußt, mich dabei auf den Herrn Kiesel oder den Herrn Riedl zu beziehen.

(Abg. Walter Engelhardt: Auf die kann man sich wirklich nicht beziehen!)

Die Ernsthaftigkeit dieses Flugblatts ist ja in der nachfolgenden Sitzung des CSU-Landesvorstands sehr deutlich geworden. Nein, ich erinnere an entsprechende Aussagen des Herrn Professors Biedenkopf, des Herrn Teufel, des Fraktionsvorsitzenden der CDU im baden-württembergischen Landtag, und auch an den Oberbürgermeister der Stadt Landshut, Ihren Parteifreund Deimer.

(Zwischenruf von der CSU)

– Von dem halten Sie wohl nichts? Sie sollten einen im Wahlkampf stehenden Oberbürgermeister Ihrer Partei nicht selbst „abmeiern“, wie Sie das mit solchen Zwischenrufen tun.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist reines Propagandagetöse, garniert mit Krokodilstränen, wenn Sie lauthals unsere Positionsänderung beklagen, ohne dabei zu erwähnen, daß mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in unserem Lande für den Ausstieg aus der Kernenergie sind. In einem so zentralen Politikfeld wie der Energiepolitik wäre ein Parteilakenkonsens gegen eine solche Mehrheit in einer Demokratie nicht nur illusorisch, er wäre Zynismus. Er kann nur von dem gefordert werden, der für die Akzeptanz politischer Entscheidungen in einer Demokratie kein Gespür hat. Ein neuer Konsens kann nach unserer Überzeugung auf der Basis eines möglichst konkreten Ausstiegsszenarios gefunden werden, und ich fordere Sie auf, dazu endlich einen Beitrag zu leisten, statt weiter den Weg der Polemik und der Diffamierung zu gehen, wie das auch der Kollege Huber vorhin versucht hat.

Im ersten Fragenbereich unserer Interpellation behandeln wir die Kosten des Ausstiegs.

Die grundlegende Strategie der Interessenvertreter der Atomwirtschaft und der konservativen Politiker,

die nach Tschernobyl noch immer alles beim alten belassen wollen, besteht darin, ein geradezu grauenhaftes Schreckensszenario für eine kernkraftfreie Zukunft zu entwerfen. Die konservativen Angstmacher und Schreckensvisionäre im Bonner Pannenkabinett, die nun das Kanzlerwort des Ja-nicht-Wackelns in die Tat umsetzen sollten, ließen mit Hochdruck eine interne Studie der Bundesregierung anstellen. Das Wunschergebnis kam sofort. Da wird gesagt: Ein Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren koste sage und schreibe eine Billion Mark.

Wirft man einen flüchtigen Blick auf Einzelheiten dieser Kostenrechnung, so entdeckt man sofort, wie unseriös und unsolid hier gearbeitet worden ist. Da wird ein Mehrbedarf der Kohle zu einem Mondscheinspreis angesetzt. Da wird die Entschädigung für die Eigentümer der Atomkraftwerke um ein Drittel über den gegenwärtigen Buchwert hochgeschraubt. Da werden die gesamten Abrißkosten der Atomkraftwerke dem Ausstieg angelastet, als ob man die Kernkraftwerke nach abgelaufener Betriebsdauer nicht sowieso beseitigen müßte. Ja, da scheut man sich nicht einmal vor Doppelzählungen! Deshalb lastet man auch noch alle Investitionen in Müll-, Sonnen- und Windkraftwerke dem Ausstieg an, wobei man sogar noch eine Saldierung zwischen Atomstrom und alternativen Energieerzeugungskosten bei der Kostenkalkulation des gesamten zusätzlichen Stromverbrauchs vergißt.

Ich kann dazu nur sagen: Wer mit derart unsolider Propaganda gegen einen möglichen Ausstieg aus der Kernkraft operiert, hat sich endgültig aus der Seriosität verabschiedet.

(Zustimmung bei der SPD)

Er verspielt aber auch gleichzeitig mutwillig das Vertrauen unserer Bürger in die Glaubwürdigkeit der Politik. Deshalb fragen wir die Staatsregierung in unserer Interpellation, wie Sie diese vordergründige Studie der Bundesregierung über den Ausstieg beurteilt.

Wir wollen weiterhin wissen, mit welcher kostenmäßigen Größenordnung die Staatsregierung beim schrittweisen Umstieg Bayerns auf Energiesparen, erneuerbare Energiequellen und übergangsweise verstärkten Steinkohle- bzw. Gas- und Öleinsatz kalkuliert.

Jetzt wollte ich den Herrn Ministerpräsidenten anreden, aber er ist leider noch nicht da. Er wird zwar unsere Interpellation beantworten, aber die Begründung scheint ihn nicht zu interessieren. Wir sind dies seit längerem in diesem Hause gewöhnt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich muß gestehen, wenn ich mir die Äußerungen des Ministerpräsidenten beim Truderinger Volksfest vor Augen führe, daß ich auch nur wenig Hoffnung habe.

(Frau Abg. Stamm: Sie sind auch nicht allzuoft im Plenum anwesend!)

– Frau Kollegin Stamm, ich bestreite gar nicht, daß ich hier auch des öfteren fehle, weil ich zwischendurch auch anderes zu tun habe.

(Aha! bei der CSU)

(Hiersemann [SPD])

Aber ich greife dann nicht in die Debatte ein, wenn ich nicht vorher gehört habe, was Ihre Seite dazu gesagt hat!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn man sich die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten beim Truderinger Volksfest vor Augen führt, haben wir nur wenig Hoffnung, daß die Staatsregierung die Zukunftsaufgabe des Ausstiegs aus der Kernenergie auch nur wenigstens mit ein bißchen Ernsthaftigkeit behandeln will. Der Herr Ministerpräsident hat sich nicht einmal geschaut, die schreckliche Reaktorkatastrophe in der UdSSR mit dem hegemonistischen Streben der Supermacht Sowjetunion nach der Obergewalt in Europa in Zusammenhang zu bringen. Er erweckte den Eindruck, daß die politische Führung der Sowjetunion nicht einmal vor dem Mittel des Kernkraftunglücks im eigenen Land zurückschreckt, um ein Chaos anzurichten, das die Lage bei uns destabilisiert. Wir sagen Ihnen, und das mit Nachdruck: Diese Ihre Interpretation im Zelt in Trudering ist gleichermaßen abseitig, menschenverachtend und unangemessen. So kann man Politik nicht betreiben und vermitteln wollen.

(Beifall bei der SPD)

Denn diese Demagogie beabsichtigt nichts anderes, als bei uns in der Bundesrepublik und auch in Bayern jeden Ansatz rationaler Überlegung über den möglichen Ausstieg aus der Kernenergie schon im Keim zu ersticken. Ihre alte Masche für Wahlkämpfe, nur wird sie Ihnen diesmal nicht viel helfen.

Sie diffamieren die Befürworter eines Ausstiegs pauschal als Schwätzer, als Demagogen, als Drahtzieher. Allein die Wortwahl zeigt, daß es Ihnen nicht um eine rationale Argumentation und um eine sachliche Diskussion geht, sondern daß Sie Ihre Aufgabe vielmehr darin sehen, die platten Verelendungsprophezeiungen einer Zukunft ohne Kernenergie geradezu auf die Spitze zu treiben.

Nach dem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 4. Juni 1986 über die Rede des Herrn Ministerpräsidenten – den ich jetzt begrüßen darf – auf dem Truderinger Volksfest sind Sie dabei zu folgender Schlußfolgerung hinsichtlich eines Ausstiegs aus der Kernenergie gekommen; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten: „Herr Strauß sagte in Trudering, die nachfolgenden Generationen würden Steine auf unsere Gräber werfen, weil wir Ihnen ihre Lebenschancen verbaut hätten.“ Wenn ich auf dieser Ebene argumentieren wollte, dann müßte ich darauf entgegnen, daß der Faustische Pakt der CSU mit der Atomlobby die existenzielle Gefahr begründet, daß bei uns in der Bundesrepublik überhaupt keine nachfolgenden Generationen mehr existieren können. Das ist dieselbe Ebene.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe das bisher nicht getan, Herr Tandler. Bloß, wenn jemand in den Wald hineinruft, dann darf er sich nicht wundern, wenn es mal zurückschallt. Ich meine,

daß die Ebene sowohl für den Herrn Ministerpräsidenten wie für mich eine völlig unangemessene Ebene der Diskussion ist. Nur, er darf damit nicht beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Tschernobyl hat die theoretische und die vorhandene Gefahr der Kernenergie für uns sichtbar und erfahrbar gemacht. Diese Warnung dürfen wir nicht leichtfertig beiseite schieben, so wie Herr Strauß das tut. Wer dies tut, läßt die vielen hunderttausend Menschen in unserem Land allein, die in dieser Situation Angst haben. Er gibt ihnen keine Antwort, er zeigt ihnen keine Perspektive, wie die Angst abgebaut werden kann und wie eine gefährdungärmere Zukunft entstehen kann.

(Zurufe von der CSU)

Wir sind der Meinung, wir müssen jetzt umdenken und heute die erforderlichen Entscheidungen treffen, damit wir und die uns nachfolgenden Generationen morgen ohne dieses Gefährdungspotential leben können. Die SPD hat nie behauptet, auch nicht in ihrer Augsburger Erklärung, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie über Nacht und völlig ohne jede Friktion möglich wäre. Wir haben uns vom ersten Tage an gegen die Parole der Grünen gewandt, daß der Ausstieg sofort möglich sei und die Kernkraftwerke sämtlich abgeschaltet werden könnten. Wir haben dies sofort getan, nicht etwa, weil wir nicht auch wüßten, daß es technisch machbar ist, sondern weil wir wissen, daß das nur geht, wenn alle alten Kohlekraftwerke mit Maximalleistung gefahren werden und auch bereits eingemottete Kraftwerke wieder ans Netz gehen. Wir wissen, was das für die Luftbelastung, für das Waldsterben und hinsichtlich Pseudokrump-Erkrankungen bei Kindern bedeutet.

Diese Politik halten wir für unverantwortlich. Deshalb sind wir diesen Weg nicht gegangen.

(Zuruf von der CSU)

– Natürlich, der Parteitag in Augsburg hat den schrittweisen Ausstieg mit riesengroßer Mehrheit beschlossen. Ich fordere auch von dieser Stelle aus die Grünen auf, in dieser Frage endlich zu einer ehrlichen Diskussion zurückzufinden und bei den Menschen nicht Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Nur, Herr Huber, wenn Sie jetzt plötzlich meinen, das Waldsterben entdeckt zu haben, dann ist das erstaunlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, was zu den Grünen zu sagen war, habe ich soeben gesagt, aber Ihnen steht Kritik an den Grünen in dieser Frage nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Denn Sie haben das Waldsterben noch geleugnet, als die Wälder schon überall kaputt gingen.

(Zustimmung bei der SPD)

(Hiersemann [SPD])

Sie haben sich noch darüber gestritten, ob es ein Baumsterben oder ein Waldsterben ist. Sie haben Ihre Forstleute angewiesen, das Wort „Waldsterben“ nicht zu verwenden. Das heißt, Sie sind die letzten, die andere wegen Argumentationen hinsichtlich des Waldsterbens kritisieren können. Sie sind in dieser Beziehung die allerletzten.

(Beifall bei der SPD)

Die Kernkraft wurde in den letzten Jahren in Bayern konsequenter und schneller ausgebaut als in anderen Bundesländern. Die heute noch gültige offizielle Energieprognose der Staatsregierung aus dem Jahr 1983 zeigt, daß die Stromerzeugung durch Kernenergie in Bayern, ausgehend von rund 4,4 Millionen Kilowattstunden, bis zum Jahr 2000 auf 47 Millionen Kilowattstunden wachsen soll. Es war also geplant, den Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung von 12,7 Prozent im Jahr 1981 auf 60,7 Prozent im Jahr 2000 auszuweiten. Das war die Prognose.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Bereits im Jahr 1985 lag der tatsächliche Anteil der Kernenergie in Bayern mit 63 Prozent über der Prognose für das Jahr 2000. Das macht deutlich, daß aufgrund der bedingungslosen politischen Forcierung der Kernenergie durch die Staatsregierung die Stromerzeugungsstruktur in Bayern in besorgniserregender Weise von Kernenergiestrom abhängig geworden ist. Das bedeutet aber auch größere Betroffenheit und insofern auch höhere Kosten bei einem Ausstieg aus der Kernenergie. Auf diese hausgemachten Schwierigkeiten machen wir in einer besonderen Teilfrage aufmerksam.

Wir wollen bei den Kosten auch nicht die pauschale Behauptung der Kernkraftlobby ausklammern, daß Atomstrom angeblich wesentlich billiger sei als die Stromerzeugung aus anderen Energiequellen. Deshalb wollen wir von der Staatsregierung wissen, wie ein Atomkraftwerk im Vergleich zu einem Kohle- oder Windkraftwerk abschneidet, wenn man die Anschaffungskosten pro Kilowatt installierter elektrischer Leistung als Kriterium anlegt. Auch wir wissen, daß jeder Kostenvergleich problematisch ist, insbesondere dann, wenn eine Reihe ungelöster Fragen der Technik im Raum steht. Wir meinen aber, daß diese Fragen zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen könnten.

Ein schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie macht es erforderlich, mehrere kurzfristige Überbrückungsstrategien daraufhin zu überprüfen, ob für wenige Jahre ein ökologisch und wirtschaftlich vertretbarer Einsatz bereits vorhandener, mit fossilen Brennstoffen zu betreibender Kraftwerke in der Grundlast möglich ist.

Deswegen möchten wir von der Staatsregierung wissen, welche Möglichkeiten kurzfristig hinsichtlich der Erzeugung von Grundlaststrom in den vorhandenen Öl- und Gaskraftwerken bestehen.

Nach den uns zugänglichen Informationen sind im In- und Ausland ausreichende Raffineriekapazitäten

vorhanden, die, vom Brennstoffangebot her betrachtet, eine ausreichende Versorgung mit extrem schwefelarmem Heizöl sicherstellen könnten.

Ich möchte aber von Anfang an klarstellen:

Die bayerische SPD will die Energiepolitik des „Weg vom Öl“ in der Stromerzeugung nicht prinzipiell rückgängig machen. Es geht allein darum, den augenblicklich günstigen Weltmarktpreis des Brennstoffs und die bereits brachliegenden Raffineriekapazitäten in Bayern eventuell für einen kurzen Überbrückungszeitraum zu nutzen, damit wir heute bereits mit dem Ausstieg aus der Kernenergie beginnen können. Das heißt, wir fordern nicht einen sofortigen Ausbau von Ölkraftwerken, sondern wir fordern eine sachliche Überprüfung der Frage, ob und, wenn ja, welcher Anteil des Grundlaststroms aus Kernkraftwerken hierdurch kurzfristig ersetzt werden könnte. Wir fordern und bitten um Entscheidungsgrundlagen. Es ist die Aufgabe der Staatsregierung, diese zu schaffen.

Bei der Frage nach Überbrückungsstrategien spielt in unseren Überlegungen die Kohle mittelfristig eine zentrale Rolle. Dies gilt sowohl für die erforderliche Um- und Nachrüstung der bereits am Netz befindlichen Kraftwerke wie auch für den Bau neuer, moderner Blöcke. Auf mittlere Frist sehen wir in der konsequenten Ausweitung der Fern- und der Nahwärme durch den Bau von Heizkraftwerken und Blockkraftwerken ebenso eine zukunftsweisende ergänzende Strategie für eine Politik der rationellen Energieverwendung und des Energiesparens.

Bei der Frage nach kurz- und mittelfristigen Überbrückungsenergien als Ersatz der Kernkraft wird zur Zeit insbesondere der Neubau von schadstoffarmen Steinkohlekraftwerken auf Importkohlebasis favorisiert. Wir fragen deshalb die Staatsregierung zusätzlich, ob sie weitere Möglichkeiten der Substitution von Kernenergie erkennen kann.

Meine Damen und Herren von der CSU! Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß die Staatsregierung in ihrer Antwort wirklich praktikable kurz- und mittelfristige Alternativen aufzeigen wird. Da sind wir völlig illusionslos. Der Sinn der Fragestellung liegt vielmehr darin, die Staatsregierung über den Einsatz des parlamentarischen Instruments der Interpellation überhaupt einmal dazu zu bewegen, über mögliche Alternativen zur Kernkraft nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte es mir ersparen, auf die Presseerklärung des Herrn Jaumann zu unserer Interpellation zum Ausstieg aus der Kernenergie im Detail einzugehen. Herr Jaumann, Sie haben sich sicher redlich bemüht, die Straußsche Bierzeltrhetorik von Trudering noch zu übertreffen.

(Zurufe von der CSU: Was soll denn das?)

Da finden sich Formulierungen wie „Gipfel politischer Blindheit“ und „verantwortungsloses Abenteuer-tum“. Sie haben nichts unversucht gelassen, die Interpellation der SPD vom ersten Tage an herabzusetzen. Wenn ich mir die Antworten der Staatsregierung heute dazu ansehe, dann muß ich sagen, daß Sie die

(Hiersemann [SPD])

Interpellation in Ihren Antworten ein ganzes Stück ernster genommen haben als in Ihren eigenen Presseerklärungen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie werden nachher den Nachweis dafür erbringen müssen, wo unsere Fragen den Gipfel politischer Blindheit darstellen sollen, Herr Jaumann. Ihre Antworten sprechen eine ganz andere Sprache.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Welche Möglichkeiten bestehen überhaupt bei dieser Staatsregierung, die völlig einseitige Bindung an die Kernenergie zu überdenken? Welche Möglichkeiten bestehen, den Glauben der Staatsregierung an die Kernkraft, an eine großtechnologische Stromerzeugung durch eine Technologie, deren Basiserfindung vor mehr als einem halben Jahrhundert gemacht wurde, zu erschüttern? Wir wollen wenigstens versuchen, Sie zu zwingen, sich überhaupt mit den bestehenden Alternativen zum Kernstrom auseinanderzusetzen. Deswegen unsere Fragen.

Eine der wichtigen und entscheidenden Fragen bezieht sich auf die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, die ein Ausstieg aus der Kernenergie mit sich bringen könnte. Insgesamt erinnert uns diese Diskussion an die Zeit vor ein paar Jahren, als man im Umweltschutz noch pauschal einen Faktor für Beschäftigungsverluste erkennen wollte. Wir haben heute beim Thema Arbeit und Umwelt umzudenken gelernt. Das ist in gewissen Ansätzen sogar bei manchen Mitgliedern der CSU erkennbar. Techniken des rationellen Energieeinsatzes und des Energiesparens sind ein konstitutiver Bestandteil der modernen Umweltindustrie und stellen ein wichtiges Anwendungsfeld der modernen Schlüsseltechnologien dar, wie zum Beispiel Mikroelektronik, Recyclingtechnik und neue Werkstoffe.

Da der Akzent in der Energieversorgung sich künftig auf den Einsatz dezentraler Energiesparttechnologien verschieben soll, werden vor allem beschäftigungswirksame Impulse bei kleinen und mittleren Betrieben der Industrie, im Handwerk und in der Bauindustrie wirksam. Wir sind fest davon überzeugt, daß die direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen durch einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie im Zeitverlauf einen signifikanten Zuwachs von Dauerarbeitsplätzen herbeiführen werden. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß dies zu demselben Ergebnis führen wird wie unsere Diskussion über die Schaffung von Arbeitsplätzen durch aktiven Umweltschutz.

(Beifall bei der SPD)

Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß wir großes Verständnis haben, wenn sich die Beschäftigten in den bayerischen Kernkraftwerken über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze Sorgen machen und wenn sie sich aus individueller Betroffenheit gegen einen Ausstieg aus der Kernkraft aussprechen. Das ist schon deswegen mehr als verständlich, als die zynische Wende-

politik der vergangenen Jahre die Arbeitslosen in ihrem Schicksal alleingelassen und politisch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf die Statistik beschränkt hat.

(Zustimmung bei der SPD – Lachen bei der CSU)

– Ihr Gelächter hilft den weit über 2 Millionen Arbeitslosen in diesem Lande überhaupt nicht.

(Zustimmung bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CSU, u.a. Abg. Regensburger: Schwätzer!)

Ich möchte an dieser Stelle den einzelnen Betriebsräten unserer EVU danken, die sich den Unterschriftenaktionen, die gegen den Ausstieg aus der Kernkraft durchgeführt worden sind, widersetzt haben. Ich will hier die Worte des Vorsitzenden des Betriebsrats eines bayerischen EVU zitieren, der sich gegenüber seinem zuständigen Gewerkschaftssekretär wie folgt geäußert hat; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Zur geplanten Unterschriftenaktion bezüglich Erhaltung der Kernenergie möchte ich mich wie folgt äußern: Eine Aktion dieser Art kann ich nicht mittragen, da die Arbeitnehmer bei der Einführung dieser gefährlichen Technologie kein Votum dafür oder dagegen abgeben konnten. Es wurde politisch entschieden, ohne eine Volksbefragung, wie es in anderen demokratischen Ländern praktiziert wurde.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU)

– Dies sagt der Betriebsratsvorsitzende. Sie können sich nicht immer nur die Betriebsratsvorsitzenden anhören, die für die Kernenergie sind; Sie müssen sich auch einmal die anderen anhören.

(Lebhaftes Zurufe von der CSU, u.a. Abg. Dr. Beckstein: Es gibt Betriebsratsvorsitzende, die Ihnen energiepolitische Kompetenz absprechen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wie bitte, Herr Dr. Beckstein?

(Abg. Dr. Beckstein: Es gibt Betriebsratsvorsitzende, die Ihnen die energiepolitische Kompetenz sehr deutlich absprechen!)

– Also, Herr Beckstein, Sie sind gerade erst in den Saal gekommen. Vielleicht haben Sie deswegen nicht gehört, daß ich gesagt habe, daß ich den Betriebsratsvorsitzenden eines bayerischen Energieversorgungsunternehmens zitiere, und daß ich davor von denen gesprochen habe, die auf Kernenergie setzen. Also geht Ihr Zwischenruf völlig an der Sache vorbei, außer Sie meinen als Vorsitzender des Sicherheitsausschusses, daß der Betriebsratsvorsitzende, der sich dagegen ausspricht, ein Sicherheitsrisiko wäre. Dann müßten wir im Sicherheitsausschuß einmal über den Einsatz von V-Leuten nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Betriebsratsvorsitzende führt weiter aus:

(Abg. Herbert Huber (Landshut): Wie heißt denn der?)

(Hirsemann [SPD])

Die Verantwortung tragen deshalb ganz allein die politisch verantwortlichen Instanzen in den Bundesländern sowie die Betreiberunternehmen.

(Abg. Herbert Huber (Landshut): Wie heißt denn der?)

– Herr Kollege, ich bin gern bereit, Ihnen den Namen zu nennen, wenn Sie nachher zu mir kommen. Ich will das nach dem Kesseltreiben, das gegen Arbeitnehmer in diesen Betrieben veranstaltet worden ist, nicht öffentlich machen.

(Genau! und lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU, u.a. Abg. Kobler: Pappkameraden!)

Dieser Betriebsratsvorsitzende sagt weiter:

Wir wissen auch heute, daß es eine absolute Sicherheit in der Kerntechnik nicht gibt. Über die ungeheuren Auswirkungen eines Reaktorunfalls für die betroffenen Menschen sind wir erst jüngst eines Besseren belehrt worden. Das gleiche gilt sinngemäß auch für die Wiederaufbereitungsanlage mit der integrierten Plutoniumwirtschaft. Ein gesichertes Leben für unsere Kinder und kommende Generationen ist wohl höher zu bewerten als wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis für einige Großkonzerne.

Das sagt ein Betriebsratsvorsitzender, bitte nehmen Sie auch das zur Kenntnis.

(Zuruf des Abg. Morgenroth)

Ich hätte das Ganze ernster genommen, wenn diese Unternehmen auch bei der Unterschriftensammlung gegen den § 116 AFG Unterschriften im Betrieb hätten sammeln lassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Man muß doch einmal darüber nachdenken, welche Ängste in den Belegschaften der EVU erzeugt werden, wenn, wie bei den Unterschriftenaktionen, die stattgefunden haben, die Geschäftsleitung derartig einseitig interveniert, wie das fast überall geschehen ist nach den Berichten, die wir erhalten haben. Jedenfalls sehe ich in der Aktion für die Kernkraft den Versuch, über die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz Arbeitnehmer zur Unterschrift zu nötigen. Viele haben uns schriftlich bestätigt, daß dies ihr Motiv war.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn wir künftig die vorhandenen Einsparpotentiale beim Stromverbrauch nutzen wollen, dürfen wir die heutige Aufspaltung des Strompreises in einen festen Grundtarif und einen variablen Verbrauchstarif nicht länger beibehalten. Wenn der Durchschnittspreis je Einheit mit steigendem Verbrauch sinkt, führt dies zu Energieverschwendung.

Damit vermindert sich aber auch gleichzeitig der Anreiz für Investitionen zum Energiesparen, denn die mögliche Verminderung des Stromverbrauchs wird nur mit dem variablen Strompreis verrechnet. Das

führt zu der ausgesprochen paradoxen Situation, daß bei demjenigen, der mit großer Effektivität Sparerfolge vorzuweisen hat, der Durchschnittspreis der Energieeinheit ansteigt.

Wir hatten ein Bayerisches Energiespargesetz vorgeschlagen. Wir haben damit vergeblich versucht, das bestehende Preissystem vorsichtig umzugestalten

(Zuruf von der CSU)

und künftige Preiserhöhungen ausschließlich auf den variablen Leistungspreis des Stromverbrauchs umzulegen. Langfristig wäre eine Linearisierung der Strompreise und ein Strompreis entsprechend der jeweiligen Stromlast, das heißt, Spitzenpreise bei Spitzenlast, ein wichtiges Ziel bei der Umgestaltung unserer Tarifordnung. Damit wird der Einsatz von moderner Mikroelektronik zum Stromsparen für den Verbraucher rentabel, und andererseits werden kostenträchtige Lastzustände durch die Verstetigung der Stromnachfrage abgebaut.

Diesem Ziel dient auch ein weiteres, das den EVU eine bedeutsame Rolle bei der Beratung über Stromsparmöglichkeiten im gewerblichen Bereich zuweist:

Wir Sozialdemokraten können und wollen einfach nicht begreifen, daß die Energieversorgungsunternehmen in den USA bereit und in der Lage sind, einen finanziellen Pool zu bilden, um Energiesparmaßnahmen zu fördern, während unsere staatlich kontrollierten EVU dies nicht wollen und können.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, hier ist ein breites Feld an zukunftsweisenden Aufgaben.

Das hessische Ministerium für Umwelt und Energie hat eine Studie zum Stromeinsparpotential in privaten Haushalten in Hessen in Auftrag gegeben, in der festgestellt wurde, daß sich Einsparmöglichkeiten in Höhe von 58 Prozent des heutigen Stromverbrauchs ergeben, wenn

- die Altgeräte im Zuge der Ersatzbeschaffung durch die marktbesten Geräte, die einen wesentlich niedrigeren Stromverbrauch haben, ausgetauscht werden,

(Abg. Hofmann: Das wird sowieso gemacht!)

- in einigen Anwendungsbereichen der Strom durch angemessenere Energieträger ersetzt wird,

- die nach dem neuesten Stand der Technik mögliche technologische Geräteverbesserung realisiert wird und

- sich nicht zuletzt ein bewußteres Nutzungsverhalten durchsetzt.

Ich kann diese Studie nicht in allen Einzelheiten bewerten, aber man kann erkennen, daß die Tendenz dieser Studie richtig ist. Wir meinen, daß hier wesentliche politische Ansatzpunkte gegeben sind, um durch für die Gerätehersteller verbindliche gesetzliche Regelungen einerseits und Verbraucherinforma-

(Hiersemann [SPD])

tionen andererseits eine erhebliche Verminderung des Stromverbrauchs ohne großen Kapitaleinsatz zu ermöglichen.

Wir sind insbesondere der Ansicht, daß mit allen Mitteln verhindert werden muß, daß Strom noch weiter in den Wärmemarkt eindringt.

(Beifall bei der SPD)

Der Primärenergiebedarf der Elektroheizungen liegt heute um 230 bis 290 Prozent über dem der modernen zentralen Heizsysteme. Außerdem sind Nachtspeicherheizgeräte wegen der von ihnen erzeugten Nachtspitzen im Strombedarf auch hinsichtlich der Verstärkung des Stromverbrauchs von uns negativ zu beurteilen. Es muß uns doch zu denken geben, wenn beispielsweise im Januar 1985 in der Augsburger Allgemeinen eine Meldung zu finden ist, die da lautet, daß bei den Lech-Elektrizitätswerken an kalten Wintertagen die höchsten Stromverbrauchswerte in der Nacht erreicht werden, weil in dieser Zeit die Elektrospeicherheizungen auf vollen Touren laufen.

Zwischen 1979 und 1985 ist in Bayern der Energieverbrauch um ca. zehn Prozent zurückgegangen, während das Bruttoinlandsprodukt real um 5 Prozent gewachsen ist. Dies zeigt, daß in Bayern heute sparsamer und rationeller mit der verfügbaren Energie umgegangen wird als noch in den 70er Jahren. In einer eigenen Frage wollen wir von der Staatsregierung wissen, welchen Beitrag nach ihrer Auffassung das bayerische Programm zur rationellen Energieverwendung zu diesem Erfolg geleistet hat.

In einer weiteren Frage behandeln wir ergänzend die Möglichkeit, die Förderkulisse dieses Programms zu vergrößern. Es gibt ja einen wichtigen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und der Staatsregierung und der CSU: Die CSU-Staatsregierung möchte Energieeinsparen durch ein Programm mit Breitenwirkung für alle Verbraucher nicht fördern; sie redet vielmehr ständig von Pilotanlagen. Wir aber meinen, es geht heute nicht mehr allein darum, mehr Vorhaben zur Entwicklung neuer Technologien im Sinne von Pilotprojekten zu fördern, als vielmehr darum, endlich die Umsetzung von technisch möglichen Einsparungspotentialen in breitem Maßstab zu forcieren und dem Bürger dabei Hilfestellung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind davon überzeugt, daß für einen Ausstieg aus der Kernenergie jetzt noch relativ günstige Bedingungen bestehen, weil ein nahezu irreversibler Schritt, nämlich der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, noch nicht getan worden ist. Die wichtigste Schlußfolgerung aus Tschernobyl muß sein, diesen gefährlichen Schritt auf gar keinen Fall zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sagen Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit nein zum Schnellen Brüter in Kalkar und nein zur Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf.

(Beifall bei der SPD)

Wir fürchten aber, daß jedes Jahr, das verschenkt wird, immer mehr dazu führt, daß wir einen Punkt erreichen, an dem ein Umstieg oder ein Ausstieg überhaupt nicht mehr möglich ist, insbesondere wenn die Plutoniumwirtschaft begonnen werden sollte. Deswegen stehen wir in der Tat heute an einer ganz zentralen Weiche der Politik auch in Bayern. Meyer-Abich und Bertram Schefold schreiben in einem Vorwort zur zweiten Auflage ihres Buches „Die Grenzen der Atomwirtschaft“; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Die Atomenergie ist die gefährlichste Technik, welche die Menschheit je zivil zu nutzen versucht hat, und die Plutoniumwirtschaft wäre noch weitaus gefährlicher als alles Bisherige. Unser Leben den Erfordernissen der Atomenergienutzung anzupassen ist noch viel weniger wünschenswert als die autogerechte Stadt. Das Ziel muß sein, die Technik nach den menschlichen Bedürfnissen zu entwickeln und nicht umgekehrt, uns einem bestimmten Stand der Technik anzupassen. Die humanen Grenzen des technisch Machbaren sind erreicht. Es geht darum, wie wir in Zukunft leben möchten. Und Technologien sollen so sein, daß wir mit ihnen besser leben als ohne sie. Durch den Unfall von Tschernobyl verbindet sich mit dieser Einsicht ein Erleben, das ihr politisch zusätzliche Kraft gibt. Auch Angst ist dort, wo es wirklich etwas zu fürchten gibt, eine sehr gesunde Reaktion. Es kann sogar lebensgefährlich sein, im richtigen Moment keine Angst zu haben.

Ich halte das für sehr bedenkenswert, was die beiden hier geschrieben haben. Den Festlegungen dieser Wissenschaftler, die in Ihren Augen, Herr Strauß, wahrscheinlich auch keine Kompetenz haben, kann ich nur den Appell an die CSU hinzufügen: Kehren Sie mit uns um, bevor es zu spät ist,

(Beifall bei der SPD)

und geben Sie mit uns zusammen den vielen Menschen in unserem Lande eine realistische, ehrliche Antwort auf ihre Ängste, wie eine Zukunft ohne Kernenergie gestaltet werden kann, ohne weitere Umweltbelastungen, ohne das Verschwinden von Arbeitsplätzen und mit ausreichender Energiesicherung.

Leider ist der Kollege Glück jetzt einmal kurz aus dem Saal gegangen. Ich hatte nach der letzten Debatte über Tschernobyl, insbesondere nach der Rede des Kollegen Glück, die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein könnte, in diesem Haus zu einer fruchtbaren inhaltlichen Diskussion über diese Fragen zu kommen.

(Abg. Alois Glück betritt den Plenarsaal)

– Es ist in der Tat richtig, Herr Kollege, was manche Zeitungen über Ihre Rede geschrieben haben. Sie war erstens gut, und sie war zweitens in dem gebotenen Maße von Nachdenklichkeit geprägt. Ich muß Ihnen sagen, daß sich dieser hoffnungsvolle Ansatz Ihrer Rede in den folgenden Wochen aber immer mehr zerstört hat und daß die heutige Rede Ihres Kollegen

(Hirsemann [SPD])

Huber Ihre Unfähigkeit zum Nachdenken deutlich gemacht hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie sind nicht bereit, von dem einmal eingeschlagenen Weg abzuweichen. Ja, Sie sind nicht einmal bereit, kritische Wissenschaftler zu einer Anhörung zu laden,

(Zustimmung von der SPD)

aus Angst, Ihre Position könnte nicht bestätigt werden. Deswegen muß man nach der Rede des Kollegen Huber schon zu Beginn dieser Interpellationsdebatte das bedauernswerte Fazit ziehen, das ich so nicht erwartet hatte, weil die CSU früher ein bißchen sensibler gegenüber den Nöten und Ängsten der Bevölkerung war, daß die CSU zu einem traurigen Denkmal atomaren Starrsinns verkommen ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Außerhalb der Behandlung der aufgerufenen Tagesordnungspunkte darf ich in der Diplomatenloge eine Delegation der Technischen Hochschule Nanking, an ihrer Spitze die beiden Vizepräsidenten, herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Zur Beantwortung der Interpellation hat zunächst das Wort der Herr Ministerpräsident.

(Beifall – Abg. Klasen: Vorher tut man sich immer leichter!)

**Ministerpräsident Dr. Strauß:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor die beiden für die Beantwortung der Einzelfragen der Interpellationen zuständigen Ressortminister die gebotenen Antworten auf die gestellten Fragen geben, darf ich zu dem Gesamtthema, das die Debatte ausgelöst hat, und zu den damit in Zusammenhang stehenden Problemen eine allgemeine Stellungnahme abgeben.

Anlaß für die heutige Debatte sind natürlich die vorliegenden Interpellationen; die Ursache ist jedoch, wie auch der Herr Vorredner festgestellt hat, die Katastrophe von Tschernobyl.

Als sich nach dem 26. April radioaktive Emissionen aus der Sowjetunion nach Mitteleuropa ausbreiteten, hat dieses Ereignis eine Flut von Vermutungen und erschreckten Reaktionen ausgelöst. Die Nachrichtensperre aus dem Verursacherland, die praktisch heute noch anhält, führte zu unterschiedlichen bis widersprüchlichen Bewertungen. Die Reaktionen wären nicht in diesem Ausmaß zutage getreten, wenn das Verursacherland von Anfang an im eigenen Land und in der gesamten Welt, besonders in den Nachbarländern, eine ausreichende und umfassende Information geboten hätte.

(Zustimmung von der CSU und des Abg. Dr. Böddrich)

Viele Menschen fragten deshalb besorgt, was sie für ihr eigenes Wohl, für die Gesundheit ihrer Kinder, der geborenen und ungeborenen, und ihrer Enkel zu befürchten hätten. Sie sahen sich plötzlich mit der Tatsache konfrontiert, daß sie von einer Katastrophe, die sich in einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometern zugetragen hatte, in ihrem eigenen Lebensbereich unmittelbar betroffen sein könnten.

Dieses Gefühl der Angst wurde noch durch die schreckenerregende Vorstellung gesteigert, die gleiche Katastrophe könnte in unmittelbarer Nähe, auch im eigenen Lande, ausbrechen und verheerende Wirkungen mit unübersehbarer Tragweite für Mensch, Tier und Natur herbeiführen.

All diese Befürchtungen wurden noch dadurch verstärkt, daß man es mit einer Gefahr zu tun hat, die mit den menschlichen Sinnen nicht unmittelbar wahrnehmbar ist und über deren naturwissenschaftliche und medizinische Hintergründe, Zusammenhänge und Tragweiten die meisten Bürger nur geringe Kenntnisse besitzen.

Plötzlich waren das Anschalten des elektrischen Lichtes oder des Fernsehgerätes und die Benutzung der Waschmaschine keine alltäglichen Selbstverständlichkeiten mehr. Schlagartig spürten die Menschen, daß unsere Versorgung mit lebenswichtiger Energie einen höheren Preis kosten könnte, als er in der Stromrechnung in Mark und Pfennig niedergelegt ist.

Allerdings ist hier in aller Nüchternheit zu vermerken, daß in keinem europäischen Land, in dem der gleiche Informationsstand vorhanden war, das Ausmaß der Reaktionen so groß war wie in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich. Nicht einmal in den skandinavischen Ländern, die zuerst betroffen waren, hat es eine ähnliche Aufgeregtheit gegeben.

Schon den frühesten Völkern des Abendlandes war bewußt, daß der Mensch mit der Nutzung von Energien, die außerhalb menschlicher oder tierischer Muskelkraft liegen, in einen Bereich vorstößt, in dem er die Grenze göttlichen Wirkens berührt. Nach der antiken Sage – sie hat ihren guten Grund – wollte Zeus den Menschen das Feuer vorenthalten und hat Prometheus, der ihnen das Feuer brachte, grausam bestraft, nämlich an den Felsen des Kaukasus geschnitten.

Uralt ist auch die Furcht davor, daß dem ganzen Menschengeschlecht der Untergang drohen könne. Früher erwartete man katastrophale Überschwemmungen oder Vulkanausbrüche, Erdbeben, weltweite Hungersnöte, alles vernichtende Kriege, Umwälzungen im Kosmos, die alles menschliche Leben auslöschen würden. Eine solche eschatologische Endzeitstimmung hat es schon einmal um das Jahr 1000 gegeben. Offenbar ist auch um das Jahr 2000 in gewissen Bereichen mit ähnlichen Erscheinungen zu rechnen. Man hat den Eindruck, daß heute die Furcht vor der Kernenergie an die Stelle der mythischen Katastrophenvorstellungen früherer Zeiten treten soll.

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

Es wäre ein folgenschwerer Irrtum, wenn man sich von diesen Ängsten, die durch den Kraftwerksunfall von Tschernobyl erneut belebt wurden, beherrschen ließe; es wäre aber auch falsch, sie nicht ernst zu nehmen. Wir stehen heute an einem Scheideweg, an dem wieder Vernunft und Objektivität in die wissenschaftliche und in die politische Diskussion hineingetragen werden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Das Unglück von Tschernobyl darf nicht Anlaß zu Panik und Hysterie sein. Wer verantwortungsbewußt reden und handeln will, muß sich rational mit den Fragen der modernen Technik und dabei im besonderen mit den Fragen unserer zukünftigen Energiepolitik auseinandersetzen.

Eine ausreichende und gesicherte, ökologisch und wirtschaftlich tragbare Energieversorgung ist nicht nur für die Arbeitsvorgänge, die uns den Alltag erleichtern, sondern für die Bewahrung und Weiterentwicklung unserer Zivilisation und für ein menschenwürdiges Leben unentbehrlich.

Über allen denkbaren Problemen und gegenwärtigen Schwierigkeiten sollten wir nicht vergessen, daß moderne Technik als Segen für die Menschheit nur anwendbar ist, wenn ausreichende Energie zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht.

Besonders deutlich wird der Segen der Energie bei der Humanisierung der Arbeit. Die menschenwürdige Gestaltung der Arbeit betrifft alle Bereiche: Haushalt, Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Handwerk, Handel, Transport und Verwaltung. Die moderne Technik hat Mensch und Tier weitgehend von schwerer körperlicher Arbeit befreit.

Wer für die Humanisierung der Arbeit eintritt, muß auch dafür sorgen, daß die Voraussetzungen dafür gegeben sind und erhalten bleiben. Unentbehrlich ist und bleibt die gesicherte Versorgung mit ausreichender Energie zu bezahlbaren Preisen.

Gleiches gilt für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Diese Frage ist nicht allein eine Angelegenheit der Energieversorgung. Aber nur wenn menschliche Arbeit durch Energie ersetzt werden kann, sind auf diesem Gebiete weitere Schritte ohne Verlust der Wettbewerbsfähigkeit möglich.

Ohne eine bedarfsgerechte, versorgungssichere und umweltschonende Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen können wir alle politischen Träume von einer Verbesserung der Lebensverhältnisse vergessen, ja, wir müßten sogar mit einem schrittweisen Verlust unseres heutigen Lebensstandards und unserer sozialen Sicherheit als unausweichliche Folge rechnen.

(Beifall bei der CSU)

Für die Umstrukturierung Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Agrarland zu einem modernen Industriestaat war die Verfügbarkeit hochwertiger Energieträger eine unerläßliche Voraussetzung.

Daher ist in den vergangenen 30 bis 35 Jahren in Bayern wie in allen hochindustrialisierten Ländern der gesamte Energieverbrauch sprunghaft angestiegen. Der Verbrauch Bayerns an Primärenergie – Kohle, Öl, Gas, Wasserkraft, Kernenergie – hat sich von 1950 bis 1984 vervierfacht. Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß die gleichen Zuwachsraten in einem gleich großen Zeitraum in die Zukunft hinein anhalten werden. Aber wir müssen mit erheblichen Zuwachsraten rechnen. Diese gewaltige Zunahme hängt eng mit der Veränderung unserer Lebensverhältnisse und dem Ansteigen unseres Lebensstandards in diesem Zeitraum zusammen.

Im Jahre 1984, dem letzten Jahr, für das verlässliche Zahlen über den Gesamtenergiebedarf in Bayern vorliegen, betrug der Anteil der Kernenergie 14,4 Prozent. Im gleichen Jahr wurden aber bereits 49 Prozent des elektrischen Stroms aus Kernenergie gewonnen. Durch die Zuschaltung der Blöcke B und C in Gundremmingen stieg dieser Wert für 1985 auf 62 Prozent.

Am 10. Juli 1986 haben wir ein ausführliches Gespräch mit Vertretern der Wissenschaft und der Energiewirtschaft zu möglichen Alternativen der Kernenergie und der Entsorgung der Kernkraftwerke geführt. Es hat sich selten ein Gremium in so hochkarätiger Besetzung zusammengefunden und diese Fragen, die uns alle angehen, so gründlich diskutiert. Ich bin hinsichtlich des Niveaus und der Qualität an die Zusammensetzung der ersten Deutschen Atomkommission im Jahr 1955 erinnert worden. Es waren Experten aus den für die Beurteilung des Sachverhalts einschlägigen – ich betone das Wort dreimal – Disziplinen.

(Beifall von der CSU)

darunter unter anderem Energiewirtschaft und Energieversorgung, Energiewissenschaft und Thermodynamik, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz, Radiochemie und Verfahrenstechnik sowie Kernforschung, Plasmaphysik, Nuklearmedizin und nukleare Entsorgungswirtschaft. Diese 21 Professoren und Sachverständigen, unter denen auch Vertreter aus Großbritannien, Frankreich und Belgien waren, erörterten 5 Stunden lang mit Vertretern der Staatsregierung folgende Fragen:

1. Gibt es zur Nutzung der Kernenergie brauchbare Alternativen, die jetzt oder in naher Zukunft einsetzbar sind?
2. Wie kann aus heutiger Sicht die unumgängliche Entsorgung der Kernkraftwerke unter sicherheitsmäßigen und ökologischen Gesichtspunkten optimal sichergestellt werden?
3. Welche ökologischen, technischen und wirtschaftlichen Risiken sind mit derzeit oder in naher Zukunft einsetzbaren Alternativlösungen verbunden?
4. Kann es eine Rückkehr zum vermehrten Einsatz fossiler Energieträger – Stichwort: Kohle, Öl – geben?
5. Wie verhalten sich die denkbaren Risiken beziehungsweise die Sicherheitsaspekte einer Wieder-



(Ministerpräsident Dr. Strauß)

aufarbeitungsanlage zu denen eines Kernkraftwerkes? Sind die denkbaren Risiken der in der Welt benutzten Reaktortypen gleich oder unterschiedlich?

6. Welche Probleme entstehen, wenn bis Anfang der 90er Jahre weder die Frage der direkten Endlagerung gelöst ist noch eine Wiederaufarbeitungsanlage zur Verfügung steht?

7. Bis wann stehen neue geeignete Energieträger zur Verfügung und zu welchen Kosten?

Ich fasse die Aussagen der Gesprächsteilnehmer, die per Stenogramm und Tonband mit deren Zustimmung festgehalten worden sind, in **T h e s e n** zusammen:

1. Jetzt und in absehbarer Zeit gibt es keine Energiequelle, die den Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung ablösen könnte. Es kann nicht einmal der zu erwartende Zuwachs an benötigter Energie durch andere Energiequellen abgedeckt werden.
2. Die Möglichkeiten der Energieeinsparung sind begrenzt. Im Bereich der elektrischen Energie sind allenfalls Einsparungen von 5 Prozent möglich.

(Abg. Möslin: Nur 5 Prozent!)

3. Die additiven Energien wie Windkraft, Biogas und Solarenergie können bis zur Jahrtausendwende allenfalls 5 Prozent des gesamten Energiebedarfs abdecken.
4. Von den alternativen Energien bieten sich für eine im nächsten Jahrhundert anstehende Ablösung der Kernenergie aus heutiger wissenschaftlicher Sicht nur zwei Alternativen an: Kernfusion und Wasserstofftechnik auf der Basis der Solarenergie. Beide Alternativen werden frühestens im Jahr 2030, wahrscheinlich – das wurde von allen an der Diskussion teilnehmenden Wissenschaftlern mit Abstand als die wahrscheinlichere Prognose gewertet – erst ab 2050 im großtechnischen Maßstab zur Verfügung stehen.
5. Die Wissenschaftler waren mit einer Ausnahme der Meinung, daß die für die Forschung nach alternativen Energiequellen zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen. Durch Vermehrung der Mittel könne nicht die Forschung beliebig beschleunigt werden.
6. Jede Energieversorgung ist mit ökologischen Problemen und Risiken verbunden, die nur durch den Einsatz modernster Technik unter Kontrolle gehalten werden können. Auch die Kernfusion wird radioaktive Probleme mit sich bringen. Wasserstoff, der in Verbindung mit Sauerstoff ein hochexplosives Gemisch bildet, stellt ebenfalls ein erhebliches Gefährdungspotential dar.
7. Ein Zurück zu fossilen Energieträgern wäre ein Verbrechen an der Menschheit und an der Umwelt,

(Beifall bei der CSU)

weil Luft und Atmosphäre zunehmend vergiftet und wertvolle Ressourcen verschwendet würden. Das Kohlendioxid, also CO<sub>2</sub>, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entsteht, führt zu einer laufenden Veränderung der Atmosphäre mit einem Gefährdungspotential, das alle anderen Gefährdungspotentiale bei weitem übersteigt – Stichwort: Treibhauseffekt. Von besonderer Bedeutung war der einstimmig gegebene Hinweis, daß es gegen Kohlendioxid, im Gegensatz zu Schwefeldioxid und Stickoxiden, keine technische Abhilfe gibt.

8. Die Wiederaufarbeitung und die direkte Endlagerung von abgebrannten Brennelementen sind zwei Wege, die nebeneinander verfolgt werden müssen. Die Wissenschaftler haben gewarnt vor einem Entweder – Oder. Es ist heute unmöglich, sich für direkte Endlagerung als einzig richtige Endlösung zu entscheiden. Das Problem der Endlagerung darf nicht unter Zeitdruck stehen. Die praktische Erprobung steht erst am Anfang. Es bestehen noch erhebliche Unsicherheiten und Ungewißheiten, der Erprobungszeitraum geht weit über das Jahr 2000 hinaus.
9. Im Gegensatz zur direkten Endlagerung ist die Wiederaufarbeitung bereits technisch über viele Jahre hin in Großbritannien, Frankreich und in Deutschland im Kernforschungszentrum Karlsruhe, dort mit einer Jahreskapazität von 35 Tonnen, erprobt, ebenso in den USA und Japan. Die Wiederaufarbeitung schließt den Brennstoffkreislauf und reduziert das Volumen der hochradioaktiven Abfälle erheblich, das heißt, sie dient der Entsorgung und damit dem Abbau der Probleme – Verminderung des Gefährdungspotentials.
10. Die Wiederaufarbeitung ist die am wenigsten risikohaltige Lösung der Entsorgung. Das theoretische Gefährdungspotential in einer Wiederaufarbeitungsanlage beträgt nur 1/100 bis 1/1000 des ohnehin minimalen Risikos eines deutschen Kernkraftwerks.

Ich werde auf die Ergebnisse des Gesprächs im einzelnen noch zurückkommen.

Die Wissenschaft hat die Aufgabe, der Politik die Wege aufzuzeigen, auf denen die Energieversorgung für die Zukunft sichergestellt werden kann. Sie muß die Politik über Chancen beraten, aber auch über Gefahren, Alternativen und über die Probleme, die solche Alternativen mit sich bringen. Diesem Zweck diene die Veranstaltung. Wer es versäumt, nachzudenken und zu forschen, vermag weder überzeugende Antworten noch Lösungen zu finden und würde damit politisch verantwortungslos handeln.

(Beifall bei der CSU)

Energiewirtschaftliche Entscheidungen ziehen nicht nur technische und wirtschaftliche, sondern auch ökologische Konsequenzen nach sich, und zwar jede energiewirtschaftliche Entscheidung. Wer ein Leben in völligem Einklang mit der Natur fordert und einem

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

„Alles oder Nichts“-Standpunkt das Wort redet, hat utopische Vorstellungen. Die an dem Gespräch in der Staatskanzlei beteiligten Wissenschaftler waren übereinstimmend der Auffassung, daß es keine Energieversorgung ohne ökologische Probleme gibt.

Jede Art der Energieversorgung und der Energieanwendung wirkt auf die Umwelt zurück, so wie auch der Mensch Energie benötigt, um sich von Umweltbedingungen freizumachen, also sich beispielsweise Wärme zu schaffen, wenn es draußen zu kalt ist, für Beleuchtung zu sorgen, wenn das Tageslicht fehlt, sich Produkte zu schaffen, die ihm die Natur in dieser Form nicht liefert.

In jedem Einzelfall ist je nach Energieträger sorgsam abzuwägen, ob der Nutzen durch die Energiegewinnung in einem vertretbaren Verhältnis zu den Umweltproblemen steht. Beim Ausbau und der Weiterentwicklung unserer Energieversorgung, bei der Wahl der Energieträger sowie bei der Umwandlung der Primärenergie in einsatzfähige Energieformen, wie vor allem Strom, die verschiedenen Mineralölprodukte und Fernwärme, ist die Belastung von Mensch und Umwelt durch Schadstoffe, Lärm, Strahleneinwirkungen und Landschaftsverbrauch so weit wie möglich zu minimieren. Wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Umweltverhältnisse, eine Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung droht oder langfristig die Sicherheit der Lebensgrundlagen gefährdet ist, muß der Umweltschutz uneingeschränkten Vorrang haben.

Die umweltfreundlichste Form der Energie ist zweifelsohne die nicht benötigte Energie. Sparen im Sinne von bloßem Verzicht wird sicherlich keinen nennenswerten Rückgang des Energieverbrauchs bringen können, höchstens eine Abflachung des Zuwachses. Was man braucht, ist ein rationeller Einsatz von Energie.

In der Bundesrepublik Deutschland entfallen ungefähr, die Kenntnis dieser Zahlen ist für das Verständnis des Problems unentbehrlich,

- 35 Prozent der gesamten Energie auf die Raumheizung,
- 32 Prozent auf die Prozeßwärme, wie sie in der Industrie benötigt wird,
- 32 Prozent auf die Erzeugung mechanischer Energie, wobei das Schwergewicht auf dem Verkehr liegt,
- nur 1 Prozent auf die Deckung des Energiebedarfs für elektrisches Licht.

Entsprechend muß ich auch die Einsparpotentiale aufschlüsseln. Nach Meinung der Wissenschaftler könnte vor allem im Bereich der Raumheizung eine Reduzierung des spezifischen Verbrauchs um 30 Prozent denkbar sein. Bei der Verwendung der elektrischen Energie seien jedoch allenfalls Einsparungen von insgesamt 5 Prozent erreichbar.

Es wäre also eine Illusion zu glauben, daß mit dem Energiesparen allein die „alternative Energiequelle schlechthin“, die letztlich die friedliche Nutzung der Kernenergie ersetzen könnte, gefunden worden wäre.

Energieeinsparung ist und kann in diesem Zusammenhang nur eine Teilantwort sein, eine Teilstrategie und keine Alternative zu irgendeinem Energieträger.

(Beifall bei der CSU)

Energieeinsparen kann nur durch die Entwicklung und Verwendung energiesparender Geräte und Verfahren erreicht werden. Das ist ein Grundanliegen jeder wirtschaftlichen Betätigung. Die deutsche Wissenschaft und Technik hat, man kann das ohne jeden Zweifel und ohne jede Übertreibung sagen, Pionierleistungen für ihre industrielle Anwendung erbracht.

Der Staat fördert das Energiesparen. Eine Auflistung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr weist allein 23 Finanzhilfen des Bundes, des Landes und der Europäischen Gemeinschaft zur Förderung der Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung sowie der Förderung neuer Energietechnologien aus.

Eine besondere Spielweise der Planungsideologen ist die Drosselung des Energieverbrauchs durch eine künstliche Verteuerung der Energieverwendung. Kaum war der Weltmarktpreis für Erdöl gefallen, schon erhoben sich Stimmen, daß man den dadurch entstandenen Vorteil durch Erhebung einer zusätzlichen Steuer wieder ausgleichen müsse. Praxisfern werden hier chemisch reine Überlegungen der ökonomischen Theorie volksfeindlich umgesetzt. Durch eine künstliche Energiepreiserhöhung kann man in der Tat dem Verbraucher die Lust am Verbrauch nehmen. Die Zeche müßte aber die überwiegende Mehrheit der Bürger mit Einbußen an ihrem hart erarbeiteten Lebensstandard zahlen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Methode träfe die Falschen. Sie gleicht dem Versuch, die Fliege auf der Kaffeetasse mit dem Holzhammer zu erschlagen. Die Fliege erwischt man vielleicht, die Tasse bestimmt.

Ich begrüße es deshalb auch ganz besonders, daß sich nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder einstimmig gegen die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Energiesteuern ausgesprochen haben. Die Teilnehmer an dem Gespräch vom 10. Juli haben neben den Möglichkeiten der Energieeinsparung als weitere Alternativen auch die verstärkte Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle und Öl, die sogenannten regenerativen Energiequellen und ferner die Energiegewinnung aus Kernfusion oder aus der Wasserstoff-solartechnik diskutiert.

Der verstärkte Einsatz fossiler Brennstoffe wurde ausnahmslos und einstimmig als Verbrechen an der Menschheit bezeichnet.

Die heute nutzbaren fossilen Energiereserven der Welt sind begrenzt. Selbst bei gleichbleibendem Verbrauch werden sie in absehbarer Zeit erschöpft sein.

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

Wir werden aber in Zukunft auf jeden Fall mehr Energie benötigen. Die UNO rechnet mit einer Weltbevölkerung von über 10 Milliarden Menschen bald nach der Jahrtausendwende. Damit für diese Menschen, die überwiegend in den Ländern der Dritten und Vierten Welt leben werden, menschenwürdige Lebensbedingungen überhaupt in Betracht kommen können, wird der Energiebedarf dort überproportional zunehmen müssen. Wie soll er gedeckt werden? Der Ruf nach weltweiter Entwicklungshilfe an die Länder der Dritten und der Vierten Welt ist nur eine humanitäre Phrase, wenn man nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß diesen Ländern und ihren Menschen ausreichende Energie zu dort bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt die Belastung durch die wirtschaftsstrategische Lage Europas. Die heimischen Reserven an Öl, Gas und sogar Kohle sind gering, so gering, daß die Europäer den überwiegenden Teil ihres Energiebedarfs importieren müssen. Wegen der politischen Instabilität in den Förderländern und der Gefährdung der Transportwege schließt dies, wie wir erlebt haben, unkalkulierbare Risiken ein.

Die Rückkehr zu Kohle, Öl und Gas hat vermehrten Schadstoffausstoß zur Folge, am meisten bei Kohle und Öl, bei der Kohle im besonderen bei Braunkohle und hier im besonderen bei Braunkohle, die in der DDR verfeuert wird, zumal aus Umweltgründen stillgelegte – wir haben uns über dieses Thema in diesem Hause im Verlauf der vergangenen Jahre ja mehrmals unterhalten; Stichworte: Aschaffenburg, Schwandorf usw. – oder zur Stilllegung anstehende Kraftwerke zunächst wieder in Betrieb genommen und zusätzlich neue Kraftwerke errichtet werden müßten. In der Bundesrepublik Deutschland müßten rund 23000 Megawatt Kraftwerksleistung nach heutigem Bedarf oder mindestens 160 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Kernenergie ersetzt werden. Dies entspricht rechnerisch etwa 35 Kohleblöcken mit je 750 Megawatt Leistung oder 50 bis 55 Millionen Tonnen Kohle.

Aus heimischen Lagerstätten mit ihrer besonderen Problematik könnte nur ein Bruchteil davon gewonnen werden, der überwiegende Teil des zusätzlichen Kohleeinsatzes müßte aus Ländern in Übersee wie in Nordamerika, Australien und Südafrika eingeführt werden.

Selbst mit modernsten Rauchgasreinigungsanlagen würden diese Kohlekraftwerke zu erheblichen Schadstoffmehrbelastungen von rund 160000 Tonnen Schwefeldioxid, rund 100000 Tonnen Stickoxiden und rund 25000 Tonnen Staub führen. Bei einem Sofortumstieg ohne Reinigung der Abgase wären nochmals 700000 Tonnen Schwefeldioxid, 300000 Tonnen Stickoxide und 100000 Tonnen Staub dazuzurechnen.

Was dies für unsere Umwelt bedeuten würde, brauche ich hier nicht zu schildern. Ich erinnere nur an die hauptsächlich mit den Stickoxiden ursächlich in Zusammenhang gebrachten Waldschäden.

Zudem steckt die Entstückung derartiger Anlagen technisch gesehen noch in den Anfängen – wir haben noch kein technisch verwendbares Großgerät dafür – und ist für einen wichtigen Energieträger unter unseren heimischen Ressourcen, die Braunkohle, praktisch überhaupt nicht gelöst.

Wenn wir unterstellen, daß der Einsatz von Steinkohle und Braunkohle so, wie jetzt vorgesehen, weitergeführt wird, fallen in den Rauchgasentschwefelungsanlagen im Jahre 1988 etwa 4,5 Millionen Tonnen Gips an. Wir wissen bis heute noch nicht, wie wir diese riesige Menge, die nur zum Teil industriell verwertet werden kann, lagern sollen. Wenn wir die Kernenergie jetzt kurzfristig ersetzen wollten, fielen jährlich mindestens 2 bis 2,5 Millionen Tonnen Gips zusätzlich an. Insgesamt entspräche dies einer Gipsdecke von einem Meter Höhe auf drei Quadratkilometern.

Auch die bei modernsten Entschwefelungsanlagen abgeschiedene Schwefelsäure hat nur einen begrenzten Markt. Im übrigen müssen die Rückstände aus der Abgasreinigung wegen der strengen Umweltbestimmungen auf Sonderdeponien gelagert werden, die auch nicht annähernd in der dafür benötigten Zahl zur Verfügung stehen würden.

Als größtes Umweltproblem wurde von den Wissenschaftlern die Erhöhung der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre durch die vermehrte Verbrennung fossiler Brennstoffe aufgezeigt. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Kohlendioxidgehalt der Luft von 1950 bis 1980 im gleichen Ausmaß gestiegen ist wie von 1850 bis 1950. Diese Belastung ist mit keiner Maßnahme zu beseitigen. Bei weiterem Raubbau an unseren fossilen Brennstoffreserven wird sich der Kohlendioxidgehalt der Luft in der Atmosphäre in den nächsten 70 Jahren mindestens verdoppeln.

In wenigen Jahrzehnten werden Kohlendioxidmengen in die Atmosphäre emittiert, die vorher über Jahrmillionen hinweg in der Erde gebunden wurden. Dieser bisher gebundene Kohlenstoff wird nun in wenigen Jahrzehnten wieder in die Atmosphäre zurückgeblasen. Das Ökosystem kann und würde diese Belastung nicht verkraften.

Das in die Atmosphäre ausgestoßene Kohlendioxid verursacht zusammen mit Stickoxiden, Methan, Ozon sowie anderen Gasen bekanntlich den „Treibhauseffekt“, weil die kurzwellige Sonneneinstrahlung zwar die kohlendioxidreiche Atmosphäre von oben nach unten durchdringen kann, die langwellige Abstrahlung aber von unten nach oben dazu nicht in der Lage ist.

Der Wärmegehalt der Atmosphäre wird ansteigen. Das globale Klima wird sich nachhaltig verschlechtern. Nach neuesten Schätzungen wird dadurch Lebensraum für mehrere hundert Millionen Menschen vernichtet werden. Einige Wissenschaftler sprechen in dem Zusammenhang auch, ohne in Einzelheiten zu gehen, von genetischen Folgen.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat im Dezember 1985 ausführlich auf diese drohende Klimakatastrophe hingewiesen. Auch der Bund für Umwelt

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

und Naturschutz hat auf einer Pressekonferenz am 10. Juli 1986 in Bonn vor dieser Gefahr gewarnt. Über der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl dürfe man andere Probleme nicht vernachlässigen, bei denen sogar ähnlich wie bei den Waldschäden ein Wettlauf mit der Zeit bevorstehe. Dieser Einschätzung ist zuzustimmen.

Eine weitere denkbare Möglichkeit, die Kernenergie zu ersetzen, ist die Nutzung regenerativer Energiequellen wie Sonne, Wind, Erdwärme oder Biomasse.

Nach den mir vorgetragenen wissenschaftlichen Prognosen bleiben die möglichen Versorgungsbeiträge trotz erheblicher technischer Fortschritte in den nächsten 20 Jahren eng begrenzt. Bis zur Jahrhundertwende könnte man von diesen Energiequellen höchstens einen Beitrag von fünf Prozent des Energiebedarfs erwarten.

Leider sind die „regenerativen Energieträger“ konventionellen Energiesystemen wirtschaftlich noch bei weitem, in manchen Fällen fast hoffnungslos, unterlegen. Am ehesten kommen noch solare Wärmesysteme, kleinere Windenergieanlagen, die Nutzung der Umgebungswärme durch Wärmepumpen sowie in energiedichten Gebieten und bei Vorhandensein leistungsstarker Kraft-Wärme-Kopplungen die Fernwärme in Frage. Dagegen sind die großtechnische Nutzung der Biomasse, die Photovoltaik oder gar wasserstoffproduzierende Solarsysteme noch weit von jeder technisch-wirtschaftlichen Einsatzweise entfernt.

Ich begrüße hier ausdrücklich das geplante Projekt „Solar-Wasserstofftechnik“, das zwischen Herrn Dr. Bölkow und der Bayernwerk AG – und zwar schon vor Tschernobyl – vereinbart worden ist. Diese Vereinbarung war eines der Ergebnisse der Gespräche, die wir mit Herrn Bölkow vor Monaten, lange vor der Katastrophe in Tschernobyl, geführt haben.

(Beifall bei der CSU)

Ziel des Projektes ist es, die praktische Stromgewinnung aus verschiedenen Solarzellen, die Einspeisung dieses Stroms in das öffentliche Netz und die Möglichkeit der Gewinnung eines speicherfähigen Energieträgers zu erproben.

Die vielfältigen Aktivitäten der in Bayern ansässigen Wirtschaft auf diesem Gebiet – von der Halbleiterproduktion über die Photovoltaik bis hin zur Herstellung und Montage von Sonnenkollektoren –, die Vielfalt der bayerischen Forschungsstätten, in denen auch auf diesem Spezialgebiet Ergebnisse mit internationaler Anerkennung erarbeitet werden, der traditionell hohe Anteil des aus Wasserkraft erzeugten Stroms ebenso wie der Bau von „Solarhäusern“ zeigen beispielhaft, daß diesem Grundsatz auch in der Praxis Rechnung getragen wird. Ein Mehr ist heute und in absehbarer Zukunft nicht möglich. Wir müssen aber auf diesem Wege geduldig und zielorientiert in der Energiepolitik voranschreiten.

(Beifall bei der CSU)

Die Nutzung der Sonnenenergie wurde im Baurecht erleichtert. In der letzten Novelle zur Bayerischen Bauordnung wurde die Errichtung und Änderung von Sonnenkollektoren in der Dachfläche, in der Fassade oder auf Flachdächern genehmigungsfrei gestellt.

(Abg. Tandler: So ist es!)

Für die Untersuchungen und vor allem investiven Maßnahmen in all diesen Bereichen stehen in Bayern seit Jahren staatliche Mittel in der Größenordnung von 300 bis 400 Millionen DM jährlich zur Verfügung.

Der Gesamtumfang der Förderungsmaßnahmen beim Bund ergibt 1986 einen Betrag von 658 Millionen DM, davon 258 Millionen DM für Forschung und der Rest für steuerliche Förderung. Neben dieser nationalen Förderung werden weltweite Forschungen und Entwicklungen für erneuerbare Energie betrieben. Die Ergebnisse kommen über die Produkte der Unternehmen, die auf dem Weltmarkt angeboten werden, jedem zugute, der diese Techniken anwenden will.

Durch die Vermehrung der Mittel kann aber die Forschung nicht beliebig beschleunigt werden, wie mit allem Nachdruck bei dieser Konferenz betont worden ist.

(Zustimmung bei der CSU)

Es gehe vielmehr darum, daß ein Wissenschaftler einen genialen Einfall habe, daß ein Wissenschaftler den Durchbruch erziele und die entscheidende Idee habe. Das gilt von Demokrit bis Herrn von Klitzing. Erst wenn es darum geht, diese bahnbrechende Entdeckung anwendungsreif zu machen, kann man durch Einsatz größerer Finanzmittel die Entwicklung vorantreiben und beschleunigen. Man sagte in der Besprechung, graue Zellen ließen sich nicht nach Maß züchten und durch bessere Finanzierung vermehren.

Auch bei den regenerativen Energiequellen ist auf ihre Umweltverträglichkeit zu achten. Sammlung, Speicherung und Transport dieser Energie bedingen oft einen Aufwand und Vorleistungen, die erheblich höher liegen als bei konventionellen Energieträgern.

Vor allem aufgrund der geringen Leistungsdichte ist eine verstärkte Nutzung bei den meisten regenerativen Energiequellen sehr flächenanspruchsvoll und muß daher in enger Verbindung mit anderen Nutzungsansprüchen an die Umwelt betrachtet werden. Gerade im dichtbesiedelten mitteleuropäischen Raum und bei den hiesigen klimatischen Bedingungen wäre beispielsweise eine Anhäufung von fernsehturm hohen Windenergieanlagen und vielen Quadratkilometer großen Sonnenenergieanlagen kaum vorstellbar. Deshalb kann die großtechnische Produktion von Energie auf diesem Wege nur in den menschenleeren heißen Trockenzonen der Dritten Welt erfolgen. Dort müßte in großen Solarparks aus Wasser über Solarenergie Wasserstoff erzeugt werden. Dieser Wasserstoff müßte dann in die Industrieländer transportiert werden. Das bedeutete große technische Probleme, einen gewaltigen Finanzaufwand, beträchtliche Transportrisiken und nicht zuletzt politische Unsicherheiten.

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

ten in den Gegenden, in denen solche Anlagen errichtet werden müßten. All das zusammen ergäbe eine große Belastung. Einer der Wissenschaftler hat die Vision vorgetragen, daß man bei dieser Verwendung der Energie im Großmaßstab natürlich auch mit einem Restrisiko rechnen müßte, z. B. dann, wenn ein Wasserstoffgroßtanker durch irgendeinen technischen Ausfall, durch einen technischen Fehler, in Brand gesetzt und explodieren würde. Die dabei in einem Hafen entstehende Katastrophe wäre in ihren Auswirkungen viel höher anzusetzen als alles, was wir an Schreckensmeldungen bisher von Tschernobyl gehört haben.

Selbst Israel – und Israel verfügt, wie Sie wissen, über eine hochentwickelte technische Intelligenz und industrielle Fertigungsfähigkeit – konnte bisher trotz bester klimatischer Bedingungen den Anteil der Solarenergie an der gesamten Primärenergie nur auf zwei Prozent bringen. Frankreich hat seine Versuchsanlage am Nordrand der Pyrenäen erst vor kurzem wegen Unwirtschaftlichkeit stillgelegt. Ich konnte in der Kürze der Zeit nicht mehr ermitteln, ob nicht auch die israelische Anlage schon stillgelegt ist. Pläne zur Stilllegung bestehen dort seit geraumer Zeit aus den gleichen Gründen wie in Frankreich.

Das soll aber nicht heißen, daß der Beitrag regenerativer Energiesysteme für die zukünftige energiewirtschaftliche Entwicklung vernachlässigt werden könnte. Jede Technologie, die mehr oder weniger zur Erhöhung der Versorgungssicherheit beitragen kann und ökologisch, sicherheitstechnisch und wirtschaftlich vertretbar erscheint, hat vor dem Hintergrund langfristiger Zielsetzung ihre Berechtigung.

(Beifall bei der CSU)

Auf der Suche nach Alternativenenergien haben wir auch andere Wege beschritten. Ich habe schon bei meiner letzten Rede in diesem Hohen Hause darauf hingewiesen, und mit diesem Hinweis sei noch einmal ein weiterer Hinweis verbunden, daß die Behauptung, man sollte jetzt endlich an alternative Energieträger denken, nur polemisch-demagogischer Art ist.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich habe damals als Bundesminister für Atomfragen gleichzeitig mit dem Beginn der Nutzung der Kernspaltung auch die Weichen für einen anderen Weg gestellt. Damals wurde – in Zusammenarbeit mit dem Physiker und Nobelpreisträger Werner Heisenberg – in Garching bei München das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik gegründet. Die Aufgabe dieser Forschungseinrichtung ist es, die Kernfusion zu erforschen, zu entwickeln und ihre industrielle Anwendung vorzubereiten.

(Beifall bei der CSU)

Meine bei dieser Zusammenkunft am 10. Juli gestellte Frage, ob man, gleichgültig wann ein industriell verwertbares Ergebnis herauskäme, an die technische Lösbarkeit dieses Problems denke, ist von den Professoren, die unmittelbar damit zu tun haben, mit einem klaren Ja beantwortet worden. Aber dieses Ja

wurde auch verbunden mit dem Hinweis, die Annahme, daß dies bis zum Jahr 2030 gelingen werde, sei noch zu hoffnungsvoll; eher müsse mit dem Jahre 2050 gerechnet werden.

Die Kernfusion wird nicht nur in Garching – dort seit 30 Jahren – erforscht, sondern in enger Zusammenarbeit mehrerer Institute in Europa. Ich nenne die Forschungsanstalten Karlsruhe und Jülich in der Bundesrepublik, Culham in Großbritannien – das Objekt, das wir in Garching haben wollten, aber infolge gewisser politischer Umstände nicht bekamen –, Cadarache in Frankreich, Lausanne in der Schweiz, Frascati in Italien sowie das Institut in Stockholm. JET, eben erwähnt, ist ein gemeinsames Projekt. Die Spanier sind jetzt in die EG eingetreten; auch sie verfügen über ein eigenes Fusionsinstitut. Die Forschungsarbeiten der einzelnen Institute – so die Antwort auf eine ebenfalls von mir gestellte Frage – werden aufeinander abgestimmt. Die Gefahr der duplication of efforts wird also vermieden. Es wird keine Parallelforschung betrieben. Wir haben hier, das haben alle Wissenschaftler betont, eines der ganz wenigen Beispiele einer gut funktionierenden europäischen Zusammenarbeit.

Die Kernfusion ist ein kerntechnisches Verfahren und wie die Kernspaltung – entgegen manchen hoffnungsvollen Annahmen, die auch ich geteilt habe – leider nicht von radioaktiver Belastung frei.

Ein ganz besonderes und bisher technisch noch ungelöstes Problem stellt die Isolierung und Lagerung des radioaktiven Tritiums bei diesem Verfahren dar. Es ist heute noch nicht in vollem Maße abzusehen, welche radioaktiven Nuklide in welchem Umfang bei einer technischen Nutzung der Kernfusion anfallen. Auf meine Frage, wie man das Risiko der Kernspaltung einerseits und der Kernfusion andererseits hinsichtlich der radioaktiven Belastung in etwa bildlich darstellen könne, wurde mir eine sehr griffige Antwort gegeben: Bei der Kernspaltung müsse man sich hüten, daß einen der Hund beißt; bei der Kernfusion müsse man obacht geben, daß nicht eine Menge von Fliegen mit dem Gesamtgewicht des Hundes die Menschheit gefährde.

Die Wissenschaftler nahmen seinerzeit an, die Kernfusion werde im Labor bis zum Jahre 1980 gelöst sein; ihre technische Entwicklung und industrielle Anwendung werde dann spätestens im Jahre 2000 erfolgen. Doch in diesen Annahmen haben sich die Wissenschaftler erheblich getäuscht – nicht, was die Aussicht auf die Lösbarkeit, wohl aber, was die Zeiträume betrifft, die unabhängig vom finanziellen Ansatz dafür benötigt werden. Das heißt, die Kernfusion wird in diesem Jahrhundert keine alternative Energiequelle darstellen können. Nach den jetzigen Schätzungen kann mit einem großtechnischen Einsatz nicht vor dem Jahr 2030, wahrscheinlich erst um 2050, gerechnet werden.

Die seit Tschernobyl von verschiedenen Seiten erhobene Forderung, aus der Kernenergie auszusteigen – sofort, mittelfristig, langfristig, da verschwimmen ja

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

manche Aussagen im Nebel der Ignoranz – löst keines der Probleme, schafft aber neue, unübersehbare Schwierigkeiten.

Bei einem kurz- oder mittelfristigen Ausstieg könnte die Stromversorgung auf Jahre hinaus nur dadurch aufrechterhalten werden, daß alle Kohle- und Ölkraftwerke – auch die aus Gründen des Umweltschutzes stillgelegten Anlagen – in Vollast eingesetzt werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Energiekommission der nordrhein-westfälischen SPD in ihrem Zwischenbericht, der am letzten Wochenende vorgelegt wurde. Eine stärkere Auslastung der fossil befeuerten Kraftwerke sei die einzige kurzfristig und in nennenswertem Umfang greifende Alternative.

Die DDR wird nach ihrem neuen Fünfjahresplan, der kürzlich auf dem XI. Parteitag der SED beschlossen wurde, den Anteil der aus eigenen Bodenschätzen gewonnenen Energieträger und Rohstoffe planmäßig erhöhen. Das bedeutet, daß die Förderung der heimischen hochgiftigen Braunkohle um 70 bis 75 Millionen Tonnen auf eine Jahresförderung von 330 bis 335 Millionen Tonnen gesteigert wird.

Gleichzeitig wird die DDR den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von 11 Prozent im Jahre 1985 auf 15 Prozent im Jahre 1990 anheben. Damit sie dieses Ziel erreichen kann, wird sie die Fertigstellung der vier derzeit im Bau befindlichen Kernkraftwerke sowjetischer Bauart zügig vorantreiben. Das heißt, die DDR steht vor einer doppelten Belastung. Sie muß den Einsatz hochgiftiger schädlicher Braunkohle noch erheblich erhöhen und parallel dazu noch vier Kernkraftwerke bauen, damit ihr Ziel bis zum Jahre 1990 erreicht wird. Bei uns sind in gewissen Medien Überschriften erschienen: „Honecker hält Ausstieg aus der Kernenergie für möglich“. Die Wahrheit ist aufgrund der amtlichen Auskünfte, die wir bekommen haben, so, wie ich dargestellt habe.

Die Folgen eines verstärkten Einsatzes von fossilen Brennstoffen für die Menschen und ihre Gesundheit, für Natur und Umwelt, für die Wälder und Böden, für die Gebäude und Denkmäler unseres Landes wären unübersehbar, im Zweifelsfall katastrophal.

(Zustimmung bei der CSU)

Wir haben in den vergangenen Jahren eine breite Diskussion über die Probleme der Luftreinhaltung, der Schäden an den Wäldern und der möglichen gesundheitlichen Belastungen für die Menschen geführt. Zugleich haben wir diesen Fragen große wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Anstrengungen gewidmet.

Vor allem in Bayern haben wir im Bereich der Luftreinhaltung erhebliche Erfolge erzielt und beispielsweise die Schwefeldioxidemissionen aus Kernkraftwerken in den letzten zehn Jahren, von 1975 bis 1986, um 75 Prozent abgesenkt.

(Beifall bei der CSU)

Das ist in erheblichem Maß dem Einsatz der Kernenergie zur Stromerzeugung zu verdanken.

Leider hat die Technik bis jetzt nur Pilotprojekte und noch keine technisch anwendbaren Großanlagen für die Säuberung der Luft von Stickoxidemissionen zur Verfügung. Ich wiederhole, was ich schon bei mehreren Gelegenheiten gesagt habe: Die Pilotanlagen laufen. Sobald eine brauchbare technisch nutzbare Großanlage zur Verfügung steht, dürfen die Träger der bayerischen Energieversorgung die Mehraufwendungen, die sicherlich in die Größenordnung von vielen Hunderten von Millionen DM gehen, nicht scheuen, um die Reinhaltung der Luft von Stickoxiden unter Einsatz modernster Technik zu finanzieren und so ihren Beitrag dazu zu leisten.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesrepublik kann sich auch aus außenwirtschaftlichen Gründen nicht aus der Kernenergie ausschalten. Die Vertreter der französischen wie auch der englischen Energiewirtschaft haben uns am letzten Donnerstag klipp und klar erklärt, daß weder Frankreich noch Großbritannien daran denken, auf die Kernenergie zu verzichten, weder jetzt noch in Zukunft. Frankreich wird sogar den derzeitigen Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von 67 Prozent bis zum Ende des Jahrzehnts auf 75 Prozent erhöhen.

England weiß genau, daß die Ölvorräte der Nordsee nicht für die Ewigkeit ausreichen; sie werden im nächsten Jahrhundert erschöpft sein. Die englischen Vertreter sind deshalb nicht nur für die Nutzung der konventionellen Kernenergie, wie sie sagen, sondern haben sich auch ohne Wenn und Aber für den Schnellen Brüter ausgesprochen.

Denn Großbritannien betrachtet das Plutonium, ich zitiere den britischen Vertreter wörtlich, als „die nationale Energiereserve“. Ebenso wenig kann es sich Japan ohne nationale Energiebasis leisten, von der Kernenergie Abschied zu nehmen. Nach der Vorschau eines Ausschusses der japanischen Regierung wird die Zahl der Kernkraftwerke zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs von 32 im Jahr 1985 auf 112 im Jahr 2030 ansteigen. So sieht dort der Ausstieg aus der Kernenergie aus.

Die Vereinigten Staaten haben es nicht nötig, neue Kernkraftwerke in wesentlichem Umfang in Betrieb zu nehmen, weil genügend andere billige Energiequellen zur Verfügung stehen. Sie halten aber auf alle Fälle an der Nutzung der Kernenergie in unterschiedlichen Größenordnungen fest, was die Leistungsfähigkeit ihrer neuen Reaktorvorstellungen betrifft.

Die Staaten des Ostblocks haben angekündigt, weitere Kernkraftwerke sowjetischer Art zu bauen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, für die Opposition sicher ein unverdächtigster Zeuge, hat erst kürzlich festgestellt, daß sich die Sowjetunion zur Vermeidung einer Energiekrise wegen der drohenden Erschöpfung der Erdöl- und Erdgasvorräte und zur Wahrung ihrer energiepolitischen Unabhängigkeit bereits in den 50er Jahren der friedlichen Nutzung der Kernkraft zugewandt und das erste Kernkraftwerk für zivile Nutzung gebaut habe.

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

Die Sowjetunion setzte also vom frühestmöglichen Zeitpunkt an voll auf die Kernenergie. Sie kann auch heute auf diese Energie nicht verzichten. Im blinden Wahn, den Plan zu erfüllen, werden die Russen sogar zwei Blöcke aus dem Katastrophenwerk von Tschernobyl, die abgeschaltet worden waren, in allernächster Zukunft wieder ans Netz gehen lassen.

(Frau Abg. Geiss-Wittmann: Nicht zu fassen!)

Lediglich das große Ausmaß der Zerstörungen bei dem einen Block hindert sie daran, ihre allzu optimistische Aussage, diesen vierten Block noch in diesem Jahr ans Netz gehen zu lassen, zu erfüllen. Die Schäden dort scheinen so groß zu sein, daß eine erheblich längere Bauzeit als der Rest dieses Jahres dafür benötigt wird.

Die Sowjetunion wird auch aus ideologischen Gründen nicht auf Kernkraft verzichten. Kein Geringerer als Lenin hat auf dem gesamtrussischen Sowjetkongreß vom 22. bis 29. Dezember 1920 als Losung ausgegeben: „Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des gesamten Landes“.

Alle führenden Industrienationen werden an der Kernenergie festhalten. Ein Ausscheren der Bundesrepublik würde deshalb allenfalls dazu führen, daß sie auf den Status eines mittleren Entwicklungslandes zurückfällt und außerdem noch darauf verzichtet, mit ihrem innovativen, kreativen und wirtschaftlichen Potential dazu beizutragen, die Kernkraftwerke anderer Länder, die nicht nur erhalten, sondern noch wesentlich vermehrt werden, sicherer zu machen. Auch das ist nicht zu verantworten.

(Beifall bei der CSU)

Die Belastung der deutschen Energiewirtschaft durch Umrüstung auf konventionelle Energieträger würde immense Größenordnungen ausmachen. Die Energiewirtschaft schätzt den Investitionswert der in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke auf rund 100 Milliarden DM. Der in diesen Anlagen steckende Vermögenswert würde vernichtet. Dazu kommen derzeit noch gar nicht präzise abschätzbare Folgekosten für die Umstellung und die Mehraufwendungen für Bau und Betrieb neuer Kraftwerke oder Wiederinbetriebnahme der aus den bekannten Gründen stillgelegten Kraftwerke.

Die vermehrte Nachfrage nach fossilen Brennstoffen würde nach allen bisherigen Erfahrungen und nach den Aussagen der Experten, die auch in der Literatur dieser Wochen zu finden sind, zu einem starken Anstieg der Preise, wenn nicht zu einer Preisexplosion führen. Die von mir oben genannten 50 Millionen Tonnen Kohle, die eine Substitution der Kernenergie erfordern würde, entsprechen schon 15 Prozent des Weltkohlehandelsvolumens allein für die Bundesrepublik Deutschland.

Die Strompreise dürften um ca. 30 Prozent steigen. Derartige Stromkostenbelastungen müßten weite

Bereiche der stromintensiven Grundstoffindustrien vom Standort Bundesrepublik Deutschland vertreiben – Steine und Erden, Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Aluminium, Zink, Teile der Chemie –. Sie haben heute schon große Probleme, weil ausländischer Strom – zum Beispiel der französische Kernenergiestrom – 20 Prozent billiger ist. Diese Abwanderung würde sich auch auf die Zuliefer- und weiterverarbeitende Industrien erstrecken.

Es wäre eine Illusion zu glauben, daß wir im Falle eines Ausstiegs aus der Kernenergie die dann hohen deutschen Strompreise auf ein erträgliches Niveau heruntersubventionieren könnten, was neuerlich Subventionen in Höhe von Milliarden erfordern würde. Unsere EG-Partner würden diese EG-vertragswidrige Wettbewerbsverzerrung, die Gewährung von Subventionen zugunsten der deutschen Wirtschaft, nicht hinnehmen. Das ist uns auch am letzten Donnerstag sehr deutlich gesagt worden. Sie würden vor dem Europäischen Gerichtshof klagen, wie ein französischer Teilnehmer unserer Tagung zum Ausdruck brachte.

Die Strompreiserhöhungen hätten zur Folge, daß Arbeitsplätze in erheblichem Umfang verloren gingen. Negative Rückwirkungen auf das „soziale Netz“ wären zwangsläufig. Letztlich würden der soziale Frieden und die politische Stabilität in Gefahr geraten. Trotzdem wird die Forderung nach Ausstieg aus der Kernenergie von der gleichen Seite mit ständig steigenden sozial- und bildungspolitischen Forderungen mit explosivem Kostenaufwand begleitet.

(Beifall bei der CSU)

Ein Ausstieg aus der Kernenergie vor der Zeit wäre mit höchsten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Risiken verbunden, ohne daß die Bundesrepublik Deutschland dadurch größere Sicherheit erlangen würde.

In 26 Ländern der Welt erzeugen heute insgesamt 355 Kraftwerke Strom aus Kernenergie. Vor allem im Ostblock ist ihr Sicherheitsstandard erheblich niedriger als in der Bundesrepublik.

Nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl hat sich die Reaktorsicherheitskommission auf ihrer Sitzung am 14. Mai 1986 mit den Konsequenzen für deutsche Kernkraftwerke befaßt und erneut den hohen Sicherheitsstandard unserer Kernkraftwerke bestätigt. Wörtlich heißt es in der Stellungnahme:

Die konzeptionellen Unterschiede zwischen der betroffenen russischen Anlage und Leistungsreaktoren deutscher Bauart sind so grundlegend, daß ein unmittelbarer Vergleich nicht gezogen werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Nicht der einseitige Ausstieg aus der Kernenergie, bei dem uns niemand folgen würde, sondern die Durchsetzung höchster internationaler Sicherheitsstandards ist zu fordern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)



(Ministerpräsident Dr. Strauß)

Wenn uns Wissenschaft und Technik neue Energiequellen anbieten, die mit weniger Risiko behaftet sind als die Kernenergie, so werden wir, wie in der Vergangenheit, auch künftig an der Spitze des umwelt- und energiepolitischen Fortschritts marschieren.

(Beifall bei der CSU)

Bis dahin müssen wir allerdings mit der Kernenergie leben oder bereit sein, die Bundesrepublik Deutschland in ein postindustrielles Armenhaus umzuwandeln.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD:  
Heillosen Schwätzer!)

Wer den Ausstieg aus der Kernenergie fordert, sollte so ehrlich sein zu sagen, daß er bereit ist, eine neue Massenarbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen.

(Zustimmung bei der CSU)

Er sollte sich darüber im klaren sein, daß er sie geradezu heraufbeschwört.

Wir sind ein Volk mit 60 Millionen Menschen in diesem Teil Deutschlands, in der Bundesrepublik Deutschland. Diese 60 Millionen Menschen leben auf 250 000 Quadratkilometern. Das ist nicht viel mehr als die Hälfte der Fläche des Deutschen Reiches in der Zeit der Weimarer Republik. Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von damals 140 Menschen und heute 250 Menschen auf einem Quadratkilometer. Die törichte Formel, die man damals zur Vorbereitung bestimmter großwahnsinniger Strategien verbreitet hat wie „Volk ohne Raum“ und dann wieder „Raum ohne Volk“ – damit war Südafrika gemeint – gibt es heute nicht mehr. Auch in dieser Dichte ist für unser Volk genügend Platz, gut, modern und in sozialer Sicherheit zu leben. Wir müssen aber auch wissenschaftlich-technisch und industriell die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das erhalten bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Eine unentbehrliche Voraussetzung dafür ist eine hochleistungsfähige Wirtschaft. Unser Volk hat in vierzig Jahren härtester Arbeit eine starke Wirtschaftsmacht aufgebaut, ein dichtes Netz der sozialen Sicherheit geschaffen und hoffnungsvolle Perspektiven für unsere Jugend entwickelt.

Wir sollten auch nicht vergessen, daß der heutige Beschäftigungsstand nur erhalten und ein noch besserer Beschäftigungsstand nur erreicht werden kann, wenn wir einen hohen Anteil unseres Sozialprodukts exportieren, etwa ein Drittel. Wir können nur exportieren, wenn wir es in der Qualität der Produkte, in der Präzision der Liefertermine und in der Preisgestaltung mit anderen, gleich leistungsfähigen Industriegeellschaften aufnehmen können.

(Beifall bei der CSU)

Wer den Ausstieg aus der Kernenergie als Teil des Ausstiegs aus der modernen Technik fordert, soll so ehrlich sein zuzugeben, daß er bereit ist, auf den Abbau der Arbeitslosigkeit zu verzichten, daß er bereit ist, eine neue Arbeitslosigkeit zu provozieren,

(Beifall bei der CSU)

daß er damit in Kauf nimmt, den Lebensstandard unserer Bevölkerung wesentlich zu senken, und bereit ist, der Jugend die Zukunftsperspektiven zu nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Man sollte annehmen, daß solche Zusammenhänge auch der Opposition einleuchten müßten. Einsichtige Politiker aus ihren Reihen, vor allem Arbeitnehmervertreter,

(Lachen bei der SPD – Glocke des  
Präsidenten)

haben von Anfang an in der energiepolitischen Diskussion zur Vernunft gemahnt. Oder betrachten Sie den Vorsitzenden der IG Chemie nicht mehr als Arbeitnehmervertreter? Vielleicht die Professoren mit mangelnder Kompetenz aus anderen Fachrichtungen?

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere hier nur an die Haltung des IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe und an besorgte Stimmen aus der ÖTV. Am 11. Juli haben sich in Dortmund fast 900 Betriebsräte aus 150 Unternehmen versammelt. Das waren keine Lobbyisten, keine Vertreter privatkapitalistischer Interessen, sondern Arbeitnehmer, die Angst hatten um ihre Zukunft, um die Zukunft ihrer Kinder und überhaupt um die Zukunft der Arbeitnehmerschaft in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Sie trugen die Sorgen von 300 000 Arbeitnehmern vor, die ihre Arbeitsplätze bei einer Verwirklichung der SPD-Pläne unmittelbar verlieren würden, von den mittelbaren Verlusten gar nicht zu reden. Ein Betriebsratsvorsitzender sagte: „Vielleicht denkt auch die SPD einmal wieder an ihre Arbeitnehmer.“

(Beifall bei der CSU)

Die Führung der SPD ist allerdings auf den Zug der Ängste aufgesprungen und will bei den besorgten Bürgern und der Anti-Kernkraft-Bewegung auf Stimmenfang gehen. Es ist ihr dabei anscheinend gleichgültig, wenn sie sich damit zum Wegbereiter einer Massenarbeitslosigkeit großen Ausmaßes macht.

(Zustimmung bei der CSU)

Im Schulterschuß mit dem DGB nimmt sie in Kauf, daß die Bundesrepublik zum Armenhaus Europas wird.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich warne hier vor ideologisch-abergläubischer Besessenheit und parteipolitischen Fanatismus.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Genossen in anderen sozialistischen Parteien Europas machen hier nicht mit. Warum mußte denn der Antrag einiger sozialistischer Parteien im Europaparlament zurückgezogen werden, der den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie forderte?



(Ministerpräsident Dr. Strauß)

Weil die Genossen in anderen Ländern, in den großen Industrieländern Europas wie Frankreich und Italien, gar nicht daran dachten, diesen Antrag zu unterstützen!

(Beifall bei der CSU)

Erst die Landtagswahl in Niedersachsen hat die Ausstiegs-Apostel belehrt, daß sich die Wählerinnen und Wähler nicht für dumm verkaufen lassen. Seitdem versucht die SPD, ihre energiepolitischen Aussagen einigermaßen in Einklang mit dem aktuellen Diskussionsstand zu bringen. Damit sie aber nicht zugeben muß, daß sie sich auf einem Irrweg befunden hat und teilweise noch immer befindet, wird versucht, mit einer beispiellosen Wortakrobatik die Wähler über die wahre Haltung der Partei zu täuschen. „Umstieg“, „Ausstieg“, „Einstieg in den Umstieg“, „Einstieg in den Ausstieg“ sind nur einige semantische Auswüchse dieses Taktierens.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere auch an die verschiedenen Resolutionen der Parteitage der SPD zum Thema „Ausbau der Kernenergie“ mit den jeweils markanten Überschriften. Das reicht vom „zügigen Ausbau der Kernenergie“ über den „bedarfsgerechten Ausbau der Kernenergie“ zum „vorsichtigen Ausbau der Kernenergie“, zum „maßstabgerechten Ausbau der Kernenergie“, zum „Einstieg in den Ausstieg“ und den „Ausstieg in den Einstieg“. All das haben wir doch im Deutschen Bundestag Ende der 70er Jahre bis zum Überdruß behandelt.

Aufschlußreich ist der Beschluß, den der Düsseldorfer Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion gefaßt hat. Er gibt zu, daß ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie überhaupt nicht möglich ist. Alles andere wird allerdings bewußt in Nebel gehüllt. Die SPD kokettiert weiter mit dem Versprechen eines Ausstiegs aus der Kernenergie, der allerdings „Zug um Zug im Rahmen eines zeitlichen Stufenplans“ vollzogen werden müsse. Genau dieser Stufenplan wird aber zurückgestellt bis nach der Bundestagswahl 1987.

(Aha! bei der CSU)

Vielleicht könnte der Sprecher der Opposition sich oben als wissenschaftlich-technischer industrieller Berater anbieten, damit die Düsseldorfer Landtagsfraktion zur Unterstützung des Kanzlerkandidaten Rau hier ein brauchbares, plausibles Konzept vorlegt. Erst Mitte des nächsten Jahres soll Ministerpräsident Rau berichten, „in welcher Weise und in welchen Fristen der Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie vollzogen wird“. Da ist es doch besser, man sagt heute dem Bürger die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Auch die Besprechung in der Staatskanzlei und die Zusammensetzung des großen Diskussionskreises, der an Umfang das Äußerste darstellte, was bei der Durchführung einer großen Diskussion überhaupt noch möglich ist, diene der Wahrheitssuche, nicht dem Bestreben, etwa eine vorgefaßte Meinung der

Staatsregierung durch ein wissenschaftliches Feuilleton bestätigen zu lassen. Wir wollten bei dieser Besprechung vor einer Woche die Wahrheit finden.

(Beifall bei der CSU)

Im Unterschied dazu hat die SPD bis vor kurzem den Eindruck erwecken wollen, daß sie die Fahne des wissenschaftlichen Fortschritts trägt. In der Zeit, als ich als Bundesminister für Atomfragen der erste Wissenschaftsminister der Bundesrepublik war, hat die SPD uns heftig kritisiert, weil wir den Neuerungen der Technik nicht so vorbehaltlos und gläubig gegenüberstanden wie sie, weil wir erst kritisch geprüft haben, bevor wir unsere Zustimmung gegeben haben. Die SPD hat damals begonnen, Wissenschaft und Technik als ihre neuen Götter zu verehren. Der alte Gott sollte ersetzt werden durch Wissenschaft und Technik: Das sollte der wahre Fortschritt sein!

Auf ihrem Parteitag im Jahre 1956, der unter dem Motto der „zweiten industriellen Revolution“ stand, hat die SPD einen „Atomplan“ beschlossen. Ich habe ihn noch dunkel im Gedächtnis gehabt und ihn mir beschafft. Darin sind folgende Grundsatzziele vorgegeben:

1. Erzeugung von Elektrizität aus Kernenergie in einem solchen Umfange, daß die Einfuhr überteuerter Kohle unterbleiben, der Kohleraubbau vermieden und die schädigenden Veränderungen von Landschaft und Wasserversorgung eingeschränkt werden können;

(Hört, hört! bei der CSU; – Abg. Niedermayer: Da kann man nicht einmal mehr lachen!)

2. Aufbau und Betrieb der Atomkraftwerke durch die öffentliche Hand;

3. Entwicklung von Kernkraftmaschinen anstelle von Diesel- und anderen Verbrennungsmaschinen für alle Verkehrsmittel, um Deutschlands Platz in der Reihe der Industrieländer zu sichern;

4. Förderung der Verwendung von Isotopen in Medizin, Biologie, Landwirtschaft und Industrie;

5. Förderung der Atomwissenschaft;

6. Ausbildung von Arbeitskräften aller Art, Lehrern und Forschern;

7. Schutz aller, die mit Kernstoffen arbeiten müssen, und der ganzen Bevölkerung.

Es lohnt, den Wortlaut dieses Beschlusses nachzulesen. Selten hat man eine kritiklosere Verherrlichung der Kernkraft gefunden.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD stellte damals fest; ich zitiere aus dem Originalpapier der SPD: „Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Wege zu gewinnende Kernenergie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit ein.“ Deshalb forderte sie, daß „in großzügiger, abgewogener Planung, nicht zögernd, hin- und hergerissen von vielerlei auseinanderstrebenden Privatinteressen“ „ohne weiteren Zeitverlust“ der Anschluß an die fortgeschritteneren Staaten gesucht

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

wird. Deutschland habe schon fast zwei Jahrzehnte die Entwicklung auf dem Gebiet der Atomtechnik versäumt und müsse nun „so schnell wie möglich“ nachholen.

Die SPD findet beeindruckende Worte für den Segen, der von der Kernenergie ausgeht:

Die unerschöpflichen Energiequellen des neuen Zeitalters können entscheidend dazu beitragen, den Abstand zwischen den unterentwickelten und den entwickelten Industriestaaten zu verringern. Die Atomenergie kann zu einem Segen für Hunderte von Millionen Menschen werden, die noch im Schatten leben. Deutschland muß an der Hilfe für diese Völker mitwirken, aber auch die Lebensmöglichkeiten des eigenen Volkes verbessern. ... Die Hebung des Wohlstandes, die von der neuen Energiequelle als einem der Hauptfaktoren der zweiten industriellen Revolution ausgehen kann, muß allen Menschen zugute kommen. In solchem Sinne entwickelt und verwendet, kann die Atomenergie entscheidend helfen, die Demokratie im Innern und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen.

Der Atomplan der SPD schließt mit der Parole: „Frieden und Freiheit für alle!“

Ich habe aufgrund meiner Erinnerung und meiner Befassung mit der damaligen Auseinandersetzung die zu diesem Thema von prominenten Rednern der SPD eingebrachten Diskussionsbeiträge nachgelesen. Einer der Diskussionsredner war der Staatssekretär Leo Brandt aus Düsseldorf, einer der bekannten Förderer moderner Wissenschaft und Technik, ein Mann mit hohen Verdiensten. Der zweite Redner war Carlo Schmid. Ich kann nur wenige Sätze zitieren, wenn der Herr Präsident es mir gestattet.

Leo Brandt stellte seine Ausführungen über die zweite industrielle Revolution unter die Überschrift „Das Zeitalter der Atomenergie beginnt“:

Ob nun Spaltungs- oder Fusionsenergie, die unterentwickelten Völker werden die notwendige Energiebasis erhalten. Wüsten können durch Entsalzung des Meerwassers bewässert, Urwälder oder arktische Gebiete mit Hilfe von Elektrizitätswerken, die durch die Luft versorgt werden, erschlossen werden. Selbst das größte deutsche Kraftwerk ... könnte seinen jährlichen Wärmebedarf aus nur 400 Kilogramm Uran-235 decken, statt mit Hunderttausenden von Tonnen Kohle. Wir haben in Deutschland noch kein Atomkraftwerk und erzeugen keine Isotope. England baut 12 solcher Werke für 3,6 Milliarden DM. Das erste ist vor 14 Tagen in Betrieb genommen worden. England gibt 360 Millionen DM im Jahr für die Atomforschung aus und hat 30 000 Sendungen von Isotopen aller Art in die Welt hinausgeschickt. Umgekehrt können aber bisherige Industrievölker zurückfallen, wenn sie nicht alles daransetzen, im Rennen zu bleiben.

(Hört, hört! bei der CSU)

Aufmerksame Beobachter können bei uns besorgniserregende Anzeichen in diese Richtung feststellen. Solche Völker werden in Abhängigkeit zu denen geraten, die auf den neuen Gebieten die Führung übernommen haben, z. B. den Brennstoff Uran-235 in großen Mengen herstellen können. Ihr Lebensstandard wird zurückbleiben. Ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kann bis zu einer neuen Art kolonialer Abhängigkeit gefördert werden.

(Hört, hört! bei der CSU)

Es heißt weiter:

Wir sind mitten im deutschen Wunder eine erhebliche Strecke Weges hinter den anderen zurückgeblieben. Da bricht nun plötzlich auf uns herein, uns aus dem Blickfeld entschwinden, die Notwendigkeit, den Anschluß zu finden auf den 10 Jahre lang ausgeklammerten Gebieten der Atomtechnik, des Radars, des Flugzeugbaus und der inzwischen draußen emporschießenden Automatisierung.

Daß wir 15 Jahre verloren hatten, hängt allerdings damit zusammen, daß die Arbeiten im Deutschen Reich wegen der Kriegseignisse praktisch eingestellt waren und wir bis zum Jahr 1955 unter dem Verbot der Alliierten standen, auf bestimmten Gebieten zu forschen, zu entwickeln oder zu produzieren. Erst seit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge konnten wir – das war auch der Sinn meines Auftrags als erster Bundesminister für Atomfragen – beginnen, diesen Rückstand aufzuholen. Wir haben dann in einem Zeitraum von 15 Jahren sowohl die verlorenen 15 Jahre aufgeholt als auch in den nächsten 15 Jahren Schritt halten können – eine der großen Leistungen deutscher Nachkriegspolitik unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard.

(Beifall bei der CSU)

Der Redner stellt die Frage:

Werden wir in dem Land Albert Einsteins und Otto Hahns künftig auf dem Gebiet der Atomwissenschaft und -technik überhaupt noch mithalten können? Deutschland bemüht sich jetzt um Anfänge auf dem Atomgebiet, nachdem Jahre unnütz versäumt worden sind.

Wer hat denn den Atomplan der SPD vorgeschlagen, dessen Kerngrundsätze ich eben verlesen habe? Mein alter Freund Carlo Schmid, der einer der großen Redner des Deutschen Bundestages war und dessen poetische Begabung uns immer wieder fasziniert hat, sagte in seiner sich daran anschließenden Rede:

Zunächst gestattet die atomare Energie eine Lösung auch der Schwerindustrie von den Standorten der Kohle. Der Basler Nationalökonom Edgar Salin hat gezeigt, daß, wo bisher 100 Millionen Kilowatt elektrischer Energie 35 000 Tonnen Kohle und damit 3500 Eisenbahnwagen Transportmaterial benötigen, künftig die gleichen 100 Millionen Kilowatt elektrischer Energie 35 Kilogramm angereicherten Urans nötig haben werden, die in einem

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

kleinen Kofferchen als Flugzeuggepäck mitgenommen werden könnten. Das ist kein Wandel heutiger Produktionsverhältnisse mehr, das ist eine Umwälzung, die die Welt verändern wird.

So verkündete seinerzeit Carlo Schmid. Er sagte auch:

In Großbritannien werden innerhalb der nächsten 10 Jahre 12 Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 1,5 bis 2 Millionen Kilowatt errichtet werden, um den Neubedarf zu decken. In den Vereinigten Staaten von Amerika vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Auf der Genfer Atomkonferenz haben die sowjetischen Delegierten erklärt, daß in den nächsten Jahren schon die Atomkraftwerke der Sowjetunion nicht wesentlich weniger wirtschaftlich arbeiten werden als die bisherigen Kohle- und Wasserkraftwerke. Solche Energiemengen können zum Nutzen der Gesamtheit nur unter Anwendung sozialistischer Methoden wirksam gemacht werden. Denn nur dann wird nicht eine neue Form der Sklaverei über uns kommen.

– So Kollege Carlo Schmid.

Heute gehören wir Deutschen auf dem Gebiet der Atomforschung zu den minderentwickelten Völkern. Uns ist die schwere Aufgabe der Selbstbehauptung und der Selbstbestimmung der Inhalte und der Formen unseres nationalen Lebens auch auf diesem Gebiete gestellt. Wir müssen verhindern, daß es uns so geht, wie es einmal Spanien gegangen ist, im Verhältnis zu dem wir einmal ein unterentwickeltes Land gewesen sind, und wie es anderen einst hoch entwickelten Ländern gegangen ist, denen die Natur die Kohle verweigert hat. Tun wir das nicht, dann werden wir in 10 Jahren ein von den Atommächten abhängiger Staat werden.

Mit diesen beschwörenden Appellen hat sich der Parteitag der SPD im Jahr 1956 mit zwei sehr sachkundigen und überzeugenden Rednern für den sofortigen Einstieg, und zwar für den totalen Einstieg in die Kernenergie ausgesprochen.

Bisher

– so sagte Carlo Schmid –

gab es Muße nur für die oberen gesellschaftlichen Schichten. Künftig aber könnte es Muße für alle geben. Dann wäre das Wort des Aristoteles gegenstandslos geworden, das besagt, die höheren Schichten kämpften, regierten und philosophierten, das Volk aber habe sich auf die Arbeit zu beschränken. Manche Pläne und Vorschläge von heute erscheinen wieder dahin zu führen, daß die einen denken und die anderen arbeiten, ohne zu denken.

(Beifall bei der CSU)

Es heißt dann in dem beschwörenden Schlußappell des Kollegen Carlo Schmid:

Genossinnen und Genossen! Es ist Ihnen der Entwurf eines Atomplans vorgelegt worden. Seine

Absätze gehen auch dort, wo sie ganz technisch zu sein scheinen, alle darauf aus, den Menschen zu retten. Wir können nicht auf die Idee des Menschen verzichten, die im Begriff der Freiheit, des Schönen und des Guten wurzelt. Wir können nicht darauf verzichten, alles zu tun, was die Wirklichkeit des menschlichen Lebens wieder mit der Idee des Menschen zur Deckung zu bringen versucht. Denn wenn wir darauf verzichten, wären wir keine Sozialisten mehr.

Das war sein leidenschaftlicher Appell für den sofortigen und totalen Einstieg in die Kernenergie. Wenn ich dagegen das Papier der CSU halte, 21 Jahre später verfaßt, so heißt es dort:

Die Knappheit der Rohstoffe und die Begrenztheit der Energiereserven stellen eine ständige Bewährungsprobe für die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft und eine Herausforderung an Forschung und Technologie dar. Sparsamer Umgang und Wiederverwendung von Rohstoffen, Kampf gegen Energieverschwendung und die weltweite Suche nach neuen Energien werden diese Aufgabe bewältigen helfen.

Eine ähnlich widersprüchliche Haltung wie die SPD nimmt auch unser Nachbarland Österreich ein, das uns aber in der Energiepolitik kein Vorbild sein kann.

Vor der Volksabstimmung über Zwentendorf im Jahre 1978 hatten Kernenergiegegner in öffentlichen Diskussionen Sonnen- und Windenergie sowie geothermische Wärme als Alternativen zur Kernenergie angereichen. Seit der Zeit sind 8 Jahre vergangen. Nichts von diesen Plänen ist verwirklicht, ja nicht einmal in Angriff genommen worden. Der Einsatz dieser Energiequellen in Österreich ist praktisch gleich Null.

Die Alpentäler werden weiter mit Stauseen verbaut. Unter Naturschutz stehende, weithin berühmte Wasserfälle und andere Naturschönheiten sollen zubetoniert werden.

Österreich wollte z. B. auch den Bau von Wasserkraftwerken an der Salzach, wofür der ehemalige Bundeskanzler Kreisky in einem Briefwechsel mit mir mit besonderem Nachdruck eingetreten war. Das Raumordnungsverfahren verlief negativ, weil diese Anlagen das Landschaftsbild an der Salzach grundlegend verändert, d. h. verschandelt hätten.

(Beifall bei der CSU)

Im übrigen darf der Fall Zwentendorf nicht mythologisch verfälscht werden. Die Mehrheit gegen Zwentendorf war eine Folge der unglückseligen Problemstellung durch Bundeskanzler Kreisky. Er hatte ein Ja für Zwentendorf empfohlen und im Falle eines Scheiterns seinen Rücktritt angekündigt. Das mußte zwangsläufig eine Mehrheit gegen Zwentendorf ergeben. Die vielen Österreicher, die gegen Kreisky waren, und die weniger zahlreichen Österreicher, die gegen die Kernkraft waren, ergaben zusammen die Mehrheit gegen Zwentendorf.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Abg. Kolo: Da muß er selbst lachen!)

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

So verfügen unsere lieben österreichischen Nachbarn als eine der reichsten Nationen der Welt über ein Museum, das sie für 14 Milliarden Schilling gebaut haben, nämlich ein Kernkraftmuseum. Sie haben sicherlich dieses Kernkraftmuseum gebaut, um der übrigen Welt die Risiken zu zeigen, die mit dem Bau eines Kernkraftwerkes, auch wenn es nicht in Betrieb genommen wird, verbunden sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Österreich produziert zwar keinen Strom aus Kernenergie, profitiert aber von der Stromerzeugung durch Kernenergie. So gibt es seit langem zwischen dem Bayernwerk und der Tiroler Wasserkraft AG einen regelmäßigen Austauschvertrag, nach dem von Bayern Kernkraft-Grundlaststrom nach Österreich und umgekehrt vom Tiroler Wasserkraftwerk Spitzenlaststrom nach Bayern geliefert wird. Im Sommer ist die österreichische Lieferung größer, im Winter ist es umgekehrt. Auch im Januar und Februar 1985 haben Sonderstromlieferungen aus bayerischen Kernkraftwerken dazu beigetragen, daß die österreichische Energieversorgung aufrechterhalten werden konnte. Einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung ist ferner zu entnehmen, daß auch die Sowjetunion aufgrund eines Stromaustauschvertrages Strom in das österreichische Netz liefert.

Ich erinnere auch an die Vereinbarungen mit Ungarn und der Tschechoslowakei über den Bau zweier Wasserkraftwerke zwischen Preßburg und Budapest, die als Ersatz für das nicht mehr verfolgte Wasserkraftwerksprojekt Hainburg abgeschlossen worden sind.

Die österreichische Energiepolitik ist äußerst importorientiert. Jetzt und in Zukunft bestehen noch mehr Abhängigkeiten, sowohl gegenüber dem Ostblock wie der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Ungarn als auch gegenüber der Bundesrepublik. Für Energieimporte gab Österreich 1985 etwas mehr als 9 Milliarden DM aus; das sind drei Viertel des gesamten Außenhandelsdefizits.

Mit Schmunzeln habe ich letzte Woche der Süddeutschen Zeitung entnommen, daß mitten in Wien ein kleiner Atomreaktor ohne Betriebserlaubnis arbeitet. Dazu meinte das zuständige österreichische Wissenschaftsministerium: „Es gibt eine Bewilligung, jedoch keine hundertprozentige“.

(Große Heiterkeit bei der CSU)

– Das ist anscheinend die österreichische Formulierung für Restrisiko.

(Heiterkeit bei der CSU)

So wird wohl das österreichische Mißtrauen gegen die deutsche Genehmigungspraxis verständlich.

(Beifall bei der CSU)

Wenn allerdings eine bayerische Genehmigungsbehörde so arbeiten würde, würde sie zu Recht als unfähig bezeichnet werden.

(Beifall bei der CSU)

Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, um zum letzten Teil meiner Regierungserklärung zu kommen, gehören zwei wesentliche Verfahrensabschnitte: Versorgung und die Entsorgung der Kernkraftwerke.

Das Uran-Mineral, U-238, wird in den wesentlichen Förderländern Australien, Südafrika und den USA umgewandelt in Uranhexafluorid. Das ist der erste Prozeß. Diese Uranerzverbindung wird in die Bundesrepublik eingeführt und in der Uran-Anreicherungsanlage Gronau in Nordrhein-Westfalen, an der holländischen Grenze, bis zu einer Uran-235-Konzentration von maximal 3,5 Prozent angereichert. Dieses so angereicherte Uranhexafluorid wird zur Herstellung von Brennelementen in Hessen bei den Firmen NUKEM und ALKEM in Uranoxid umgewandelt, das dann zur Herstellung von Brennstäben verwendet wird. Mehrere dieser Stäbe werden dann zu Brennelementen zusammengefaßt.

Ich stelle nicht ohne Ironie fest, daß die Anreicherung des Kernkraftstoffes in einer Anlage in Nordrhein-Westfalen, dem einen großen Aussteigerland, erfolgt, wo die Anlage vor einigen Wochen in Betrieb genommen worden ist. Ich frage mich, warum die eigentlich die Anlage in Betrieb genommen haben, wenn sie gegen die Urananreicherung sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dieser gesamte Versorgungsschritt für Kernkraftwerke wird ausschließlich in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen durchgeführt. Ich habe bei der Besprechung vor einer Woche auch die Frage gestellt, inwiefern sich die Ver- und Entsorgungsanlagen hinsichtlich der Auswirkung auf die Umwelt unterscheiden. Die Antwort war, daß das Gefährdungspotential der Anlagen, die der Versorgung dienen, genauso klein ist wie das Gefährdungspotential der Wiederaufarbeitungsanlage, die der Entsorgung dient. Die einen machen die Probleme, und wir in Bayern lösen die Probleme.

(Jawohl! und lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Wissenschaftler haben betont, daß es sich bei den Auswirkungen auf die Umwelt um die radioökologischen wie auch die chemisch-toxischen Aspekte handelt.

Dieser gesamte Versorgungsschritt, der Versorgungsteil des Kreislaufs, wird aber ausschließlich in den Ländern Nordrhein-Westfalen und in dem anderen großen Aussteigerland Hessen, bei NUKEM und ALKEM, durchgeführt. Ist es nicht ein großes Stück Heuchelei, wenn man der Bayerischen Staatsregierung vorwirft, die sich um die Entsorgungsanlagen, nachdem Niedersachsen und andere ausgefallen waren, bemüht hat, sie bestehe aus Atomfetischisten?

(Lebhafte Zustimmung bei der CSU)

Diese Länder nehmen aber gleichzeitig ohne Bedenken die wirtschaftlichen Vorteile der Fabrikation – die Anlage in Gronau, die Anlage in Hanau – in Anspruch. Ich erinnere daran, daß die Uran-Anreicherungsanlage in Gronau erst nach Tschernobyl am 12. Juni 1986 offiziell in Betrieb gegangen ist.

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

(Zurufe von der CSU)

Die wirtschaftlich weniger attraktive Entsorgung der Kernkraftwerke soll in Niedersachsen und Bayern realisiert werden. Dabei sind in Niedersachsen im wesentlichen die Endlager für die radioaktiven Abfälle vorgesehen, während Bayern, nachdem sich drei Länder – Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz – aus unterschiedlichen Gründen zurückgezogen haben, die Last der Wiederaufarbeitung für die gesamte Bundesrepublik Deutschland auf sich genommen hat.

Das wurde vielmals gesagt; ich möchte es nicht wiederholen, aber es gab ja den Kreis der Regierungschefs von Bund und Ländern. Dieser Kreis ist vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt in mehr oder weniger energischer, teilweise sogar drastischer Weise an seine Verpflichtung erinnert worden, für den baldigen Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu sorgen. Hat man denn das auf Ihrer Seite völlig vergessen?

(Zustimmung bei der CSU)

Für die Entsorgung gibt es zwei Wege: entweder über die Wiederaufarbeitung, das ist die integrierte Entsorgung, oder durch die direkte Endlagerung der abgebrannten Brennelemente. Wer für die Versorgung sorgt, der ist auch nicht von der Verpflichtung befreit, über die Entsorgung nachzudenken.

(Beifall bei der CSU)

Die bis zur dämonischen Verteufelung betriebene Hetze gegen Wackersdorf täuscht doch über die Tatsache nicht hinweg, daß wir die Probleme, die durch den Bau von Brennelementen, ihre Anreicherung und ihre Nutzung in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, auch in den sozialdemokratisch regierten Ländern, entstehen, lösen helfen und sie nicht erst schaffen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Der integrierte Versorgungs- und Entsorgungskreislauf besteht aus

- der Zwischenlagerung der abgebrannten Brennelemente,
- der Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente mit Rückführung der unverbrauchten Kernbrennstoffe – 30 Prozent des Energieinhalts können wieder verwendet werden –, Konditionierung der radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung, aus der Endlagerung der radioaktiven Abfälle; das ist Teil des Kreislaufs, welcher der Entsorgung zuzurechnen ist.

Die direkte Endlagerung besteht aus

- Zwischenlagerung der abgebrannten Brennelemente,
- Konditionierung der abgebrannten Brennelemente, das heißt Überführung in eine endlagerfähige und langzeitsichere Form,
- Endlagerung der konditionierten, abgebrannten Brennelemente und der Sekundärabfälle.

Der Weg über die Wiederaufarbeitung für zivile Zwecke wurde bisher von Frankreich, Großbritannien, Japan und der Bundesrepublik Deutschland – Anlage Karlsruhe – begangen. Der andere Weg der Gesamtendlagerung wird von Schweden und den USA verfolgt. Diese Länder verzichten jetzt auf eine Wiederaufarbeitung und nehmen dabei die beträchtlichen Risiken in Kauf, die bei einer Zwischenlagerung großer Mengen radioaktiver Brennelemente entstehen.

Welche Vorstellungen hat man in diesen Ländern? 50 Jahre Zwischenlagerung in den USA, 40 Jahre Zwischenlagerung in Schweden, dann Endlagerung. Hier stelle ich die für niemanden in diesem Hause beantwortungsfähige Frage, wo wir die Zwischenlager von dieser Größenordnung, von über 8000 Tonnen der abgebrannten Brennelemente, die bis Anfang der 90er Jahre entstehen, in dieser überfüllten Bundesrepublik Deutschland bauen können?

(Beifall und Zuruf von der CSU)

Wer die landschaftlichen und geologischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Bevölkerungsdichte kennt, der weiß, daß es in den USA zahlreiche Möglichkeiten gibt, solche Zwischenlager zu bauen und darin die Stoffe über 50 Jahre bis zur wissenschaftlichen Lösung der Problematik der Endlagerung aufzubewahren. Auch die Schweden haben eine relativ geringe Bevölkerungsdichte, verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es auch in Schweden unendlich leichter.

Ich möchte einmal fragen, welcher Landrat, welcher Regierungspräsident oder auch welcher Bundestags- oder Landtagsabgeordnete sich zu helfen bemüht, in seinem Stimmkreis ein Zwischenlager in einem Raumordnungsverfahren anzubieten.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CSU – Zurufe von der CSU: Der Kolo!)

Bis jetzt haben wir nur erlebt, daß sich allgemeines Protestgeschrei erhebt, wenn das Wort Zwischenlager überhaupt nur irgendwo fällt.

In der Bundesrepublik Deutschland fallen jährlich 400 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken an. In einigen Jahren werden es 600 Tonnen sein. Bis zum Jahre 1992 werden es über 8000 Tonnen sein, die entsorgt werden müssen. Wer für eine längerfristige Zwischenlagerung der ausgedienten Brennelemente ohne Entsorgung eintritt, muß dem Bürger sagen, daß dann alle zwei Jahre ein weiteres großes Zwischenlager in Betrieb genommen werden muß.

(Abg. Erwin Huber: So ist es!)

Zur Zeit sind externe Zwischenlager – Zwischenlager nicht nahe bei den Kernkraftwerken – nicht in der Lage, einen Entsorgungsbeitrag zu leisten. Das fertiggestellte Zwischenlager in Gorleben kann aufgrund einer Gerichtsentscheidung nicht benutzt werden. Auch die Errichtung des in Bau befindlichen Zwischenlagers in Ahaus ist durch Gerichtsbeschluß verhindert. Wir haben in der Bundesrepublik außerhalb

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

der Kernkraftwerke zur Zeit überhaupt keine Zwischenlagerkapazität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das hat zur Folge, daß wir die direkte Endlagerung der ausgedienten Brennelemente ohne Wiederaufarbeitung nicht durchführen können. Wer die direkte Endlagerung fordert, der muß zur Kenntnis nehmen, daß diese Technik noch im Stadium der Konzeptfindung ist. Die direkte Endlagerung steht bisher nur auf dem Papier und in Wahlkampfreden einiger Schwafler, aber nicht in der Wirklichkeit zur Verfügung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Nach der Systemstudie „Andere Entsorgungstechniken“, die beim Kernforschungszentrum Karlsruhe erstellt worden ist, ist die direkte Endlagerung technisch grundsätzlich möglich, jedoch ohne sicherheitsmäßige Vorteile und mit nicht unerheblichen Sicherheitsproblemen bei der Bewachung belastet. Sie liegt nach dem Stand von Wissenschaft und Technik um zehn Jahre hinter der Wiederaufarbeitungstechnik zurück. Das heißt, wir sind aufgrund der eigenen Arbeiten und der Arbeiten der mit uns befreundeten Industriestaaten in der Lage, eine Technik anzubieten, die zehn Jahre gegenüber der noch nicht geklärten Endlagerungstechnik voraus ist und von unseren Gesprächspartnern von vor einer Woche als absolut sicher bezeichnet worden ist.

Bis zur Genehmigung einer Pilot-Konditionierungsanlage für die Endlagerung – konditionieren heißt, die abgebrannten Brennelemente in eine lagerfähige Form bringen –, die von der DWK vor kurzem in Niedersachsen beantragt worden ist, werden noch zwei bis drei Jahre vergehen, für deren Bau und erste Betriebserfahrungen noch weitere drei bis vier Jahre. Wir sind außerdem gehalten, die Kompaktlager bei den Kernkraftwerken, sowohl die trockenen als auch die nassen, wenn ich mich recht erinnere, längstens bis zum Jahre 1992 beizubehalten, und dann muß entweder die Wiederaufarbeitung oder die Endlagerung funktionieren, oder es müssen Zwischenlager gefunden werden. Da kann ich nur noch einmal sagen: Freiwillige vor!

(Zustimmung bei der CSU)

Niemand weiß, welche Probleme auf diesem Weg uns noch begegnen werden,

(Zuruf des Abg. Kolo)

vor allem, wie sich die weitaus höhere Wärmeentwicklung der abgebrannten Brennelemente mit einer Endlagerung im Salzstock verträgt.

Schon jetzt ist abzusehen, daß die abgebrannten Brennelemente nicht einfach in Salzstöcken gelagert werden können, sondern konditioniert, umgearbeitet werden müssen, damit sie überhaupt gelagert werden können. Und da ist noch offen, ob Salzstöcke die richtige geologische Voraussetzung sind oder ob andere geologische Voraussetzungen, z.B. Urgestein, sich dafür anbieten.

Im übrigen wurde von den gleichen Wissenschaftlern vor einer Woche mitgeteilt, daß es bei der Konditionierung, das heißt der Vorbereitung der abgebrannten Brennelemente für die Endlagerung, Verfahren gibt, welche die direkte Endlagerung, was die potentiellen Emissionen an radioaktiven Stoffen betrifft, nahe an die Wiederaufarbeitung heranbringen. Das heißt, daß auch bei Vornahme der direkten Endlagerung ein großer Teil industrieller oder chemischer Prozesse durchgeführt werden muß, die auch in der Wiederaufarbeitungsanlage anfallen, das heißt, daß sowohl Endlagerung als auch Wiederaufarbeitung für einen großen Teil des Weges parallel, identisch sind, gleichförmig verlaufen.

Die Entsorgung deutscher Kernkraftwerke im Ausland – „verschon mein Haus, zünd' andre an“ – ist wegen der damit verbundenen Abhängigkeiten keine Alternative. Grundsätzliche nationale Probleme müssen wir selber lösen und dürfen wir nicht ins Ausland abschieben.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt alle technischen, geologischen und administrativen Voraussetzungen dafür, das Entsorgungsproblem aus eigener Kraft zu lösen. Die Wiederaufarbeitung mit anschließender Endlagerung der Abfälle ist als derzeitige einzige Entsorgungsmöglichkeit einsatzfähig.

(Zustimmung bei der CSU)

Wer etwas anderes sagt, entbehrt entweder der notwendigen Sachkunde oder er schwafelt hemmungslos drauf los, bloß um Beifall zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu kommt, daß eine ganze Reihe von wirtschaftsstrategischen Aspekten speziell für ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland für diesen Entsorgungsweg sprechen. So wird in der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf jährlich Brennstoff zurückgewonnen, der 10 bis 15 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten entspricht, das ist mehr als die jährliche Kohleproduktion an der Saar.

Darüber hinaus verringert die Wiederaufarbeitungsanlage den Importbedarf an Uran, wirkt preisdämpfend und ersetzt die Wiederaufarbeitung im Ausland, für die derzeit eine Milliarde Mark an Devisen im Jahr ausgegeben werden muß. Letztlich bewahren wir uns mit der Wiederaufarbeitung eine Technologie, die für die Energieversorgung künftiger Generationen außerordentlich wichtig ist. Die Wiederaufarbeitung ist wegen des Mischoxid-Brennelementeinsatzes in Leichtwasserreaktoren auch ohne Brüter sinnvoll. Aber ohne Wiederaufarbeitung und damit Plutoniumgewinnung ist der Betrieb von Schnellen Brütern überhaupt nicht machbar. Damit würde eine Milliardeninvestition des Bundes und der Länder in den Sand gesetzt sein.

Professor Dr. Maier-Leibnitz hat vorige Woche erklärt, daß die großen Probleme der Energieversorgung erst in 30 bis 40 Jahren kommen werden, wenn Öl und Gas knapp werden und Kohle teurer wird. Er

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

meinte, wenn die Kernspaltung nicht erfunden worden wäre, könnten wir heute, weil wir uns entsprechend darauf eingerichtet hätten – aber das gilt für alle Länder und nicht nur für ein Land –, noch ganz gut leben, nicht aber in 40 Jahren. Deshalb, so Maier-Leibnitz, sollten wir immer daran denken, daß die Zukunft der Atomenergie wichtig ist, daß wir deshalb das, was jetzt als „Brütertechnologie“, als „Plutoniumwirtschaft“ bekämpft wird, ernsthaft ins Auge fassen müssen.

Durch die Wiederverwertung des Kernmaterials wird die Menge der endzulagernden hochradioaktiven Abfälle vor allem an Plutonium auf ein Minimum verringert.

In unserem Konzept haben beide Entsorgungswege, – Wiederaufarbeitung und direkte Endlagerung – ihren Platz, ihre Berechtigung. Auf keine der beiden Möglichkeiten kann heute verzichtet werden.

(Zustimmung bei der CSU)

Ob die Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung allerdings möglich ist, das werden erst die kommenden fünfzehn Jahre, vielleicht noch mehr Jahre, erweisen.

Seine politische Bestätigung fand das Entsorgungskonzept der Bundesregierung durch den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979. Rechtlichen Niederschlag hat das Entsorgungskonzept in den vom Bundesminister des Innern nach Abstimmung mit den Ländern erlassenen Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für die Kraftwerke vom 22. März 1980 gefunden.

Diese Grundsätze legen fest, wie im einzelnen der Nachweis für ein Kernkraftwerk zu führen ist, und stellen damit den bundeseinheitlichen Vollzug des Atomgesetzes im Rahmen der Ermessensausübung bei der Erteilung von Genehmigungen für Kernkraftwerke sicher.

Nach diesen Grundsätzen ist spätestens vor der ersten Teilbetriebsgenehmigung für ein Kernkraftwerk der Nachweis des sicheren Verbleibs der bestrahlten Brennelemente für einen Betriebszeitraum von sechs Jahren zu führen und dann ständig fortzuschreiben. Die Entsorgungsgrundsätze verkoppeln damit bewußt die Errichtung und den Betrieb der Kernkraftwerke mit deren Entsorgung.

Eine Abkehr von diesem sicherheitstechnisch verantwortungsbewußt geplanten Entsorgungskonzept der Bundesregierung und eine Hinwendung zur unerprobten Wegwerfstrategie der direkten Endlagerung kann und darf nicht die Reaktion auf Tschernobyl sein. Wir würden damit einen verhängnisvollen Fehler begehen.

(Zustimmung von der CSU)

Es besteht auch nach dem Unfall von Tschernobyl kein Anlaß, die erste Teilgenehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf aufzuheben oder einzuschränken. Die Ursachen des Reaktorunglücks

von Tschernobyl haben mit der Technik der Wiederaufarbeitungsanlage nicht das Geringste zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Als unmittelbare Konsequenz von Tschernobyl wird jedoch selbstverständlich jede aus dieser Katastrophe gewinnbare Erkenntnis herangezogen, damit auch die Sicherheit der Wiederaufarbeitungsanlage überprüft und, wenn notwendig, ergänzt werden kann.

Vor Erteilung einer zweiten Teilerrichtungsgenehmigung wird im Rahmen des atomrechtlichen Verfahrens eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Bei der sicherheitstechnischen Überprüfung, vor allem bei der Störfallanalyse, werden selbstverständlich auch Lehren und Erkenntnisse von Tschernobyl einbezogen werden.

Eine Aufgabe des integrierten Entsorgungskonzeptes würde eine langfristige Zwischenlagerung von Brennelementen erfordern. Das hätte zur Folge, daß die Frage nach einer sicherheitstechnisch und ökologisch vertretbaren Entsorgung der Kernkraftwerke weiter in die Zukunft verschoben und damit nur kommenden Generationen von einer pflichtvergessenen heutigen Generation aufgebürdet würde.

Die Teilnehmer an dem Gespräch vor einer Woche haben uns darin bestätigt, daß das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesregierung geeignet ist, die Entsorgung der Kernkraftwerke sachgerecht zu gewährleisten. Sowohl die Vereinbarung von 1979 als auch die Ausführungsbestimmungen von 1980 fallen in die Zeit der Koalition von SPD und FDP. Wir vollziehen ja heute nichts anderes als das, was damals gültig war, heute noch – selbstverständlich bei ständig steigender Wachsamkeit – gültig ist und gültig bleiben wird.

Die Entsorgung ist eine unerläßliche Voraussetzung für den weiteren gesicherten Betrieb der Kernkraftwerke. Wer es ernst meint mit einer verantwortungsbewußten Nutzung der Kernenergie, muß auch mit der zügigen Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage ernst machen; sie ist ein Teil der Entsorgung. Nur damit kann die Zeitspanne überbrückt werden, bis das Endlager zur Verfügung steht.

Die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf ist auch entgegen den Prophezeiungen sogenannter Fachleute sicher. Das Unfallrisiko einer Wiederaufarbeitungsanlage ist um ein Vielfaches geringer als das eines Kernkraftwerks. Das erklärt sich aus dem völlig anderen technischen Zweck.

Nicht die effiziente Gewinnung von Energie – hier fallen hohe Energiedichten, hohe Temperaturen und entsprechend hohe Drücke an – ist der Zweck der Wiederaufarbeitungsanlage, sondern die Auftrennung eines Gemisches hochtoxischer Materialien in einem chemisch-technischen Prozeß.

In einer Wiederaufarbeitungsanlage herrschen bei nahezu allen Prozeßschritten geringe Temperaturen, normaler Druck und wesentlich geringere Energiedichten. Damit ist das Risikopotential für eine störfallbedingte Freisetzung radioaktiver Stoffe wesentlich geringer. Auch das Umweltbundesamt in Wien hat in einer Stellungnahme vom 6. Februar 1986 festgestellt,



(Ministerpräsident Dr. Strauß)

daß die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf bei einem betrieblichen Störfall noch sicherer ist als ein Kernkraftwerk. Daran haben auch die Erfahrungen aus Tschernobyl nichts geändert, die, wie ich schon bei anderer Gelegenheit erklärt habe, ihren besonderen Hintergrund haben.

Einer amerikanischen Untersuchung zufolge beträgt das radiologische Risiko von Wiederaufarbeitungsanlagen ein Hundertstel bis ein Tausendstel der potentiellen Gefahr eines normalen Kernkraftwerkes. Diese Studie orientiert sich zwar an amerikanischen Gegebenheiten; ihre Aussagen werden aber von den Experten in der Bundesrepublik Deutschland geteilt und sind in ihrer Tendenz auch glaubwürdig, weil in einer Wiederaufarbeitungsanlage im Vergleich zu Kernreaktoren wesentlich geringere Energiefreisetzungs-potentiale vorhanden sind.

Im Auftrag des Bundesinnenministers wird diese amerikanische Risikostudie derzeit ausgewertet und beurteilt. Ihr Ergebnis findet auch Eingang in unser atomrechtliches Genehmigungsverfahren für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf.

Trotz des geringen Restrisikopotentials ist der Sicherheitsstandard der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf der gleiche wie bei Kernkraftwerken – trotz verminderter potentieller Gefahr also der gleich hohe technische Sicherheitsstandard. Das gestaffelte System von Sicherheitsmaßnahmen garantiert, daß selbst unter ungünstigen Annahmen bei Eintritt aller anzunehmenden Störfälle die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung unterschritten werden. Eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung der Wiederaufarbeitungsanlage kann ausgeschlossen werden.

Die Bayerische Staatsregierung steht zu ihrer Verpflichtung, die sie mit dem Standort für Wackersdorf übernommen hat. Sie wird das nur tun, wenn auch die Bundesregierung weiterhin uneingeschränkt zu dieser Anlage und zu dem ihr zugrunde liegenden Entsorgungskonzept steht.

Bei dem Projekt in Wackersdorf – das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen – handelt es sich nicht um ein ehrgeiziges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung oder ihres Regierungschefs; es handelt sich um ein Projekt des Bundes, das die Bayerische Staatsregierung im gemeinsamen Interesse des Bundes und aller Länder auf bayerischem Boden durchführt.

(Beifall bei der CSU)

Wer von uns die Stilllegung verlangt, verlangt, daß wir die Probleme, die durch die Versorgung der Kernkraftwerke geschaffen wurden, durch eine Sabotage in Bayern unlösbar machen. Dahinter steckt natürlich die Absicht, Bayern vorzuschieben, damit über die Nichterrichtung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf auch die Versorgung der Kernkraftwerke, die in Nordrhein-Westfalen und Hessen blauäugig betrieben werden, durch Bayern zum Scheitern gebracht wird.

(Zustimmung von der CSU)

Deshalb sind die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Ministerpräsident die falschen Adressaten für Angriffe, aber auch für Vorschläge wie zum Beispiel die Forderung nach einer sogenannten Denkpause. Der richtige Adressat sind einzig und allein die Bundesregierung und der Bundeskanzler.

Wenn die „Denkpause“ bedeuten soll, daß die Bauarbeiten eingestellt werden – ich bitte, hier einmal in der Logik der Abläufe mitzudenken, gleichgültig, wie man dazu steht –, würden dort die Bauarbeiter abziehen und würden die Baumaschinen entfernt werden. Dann hätten wir eine halbfertige, aber leere Anlage. Diese leere Anlage müßte nach dem, was leider eingerissen ist, rund um die Uhr, jeden Tag 24 Stunden, von Tausenden von Polizeibeamten bewacht werden. Ich glaube nicht, daß der Bund seinen Bundesgrenzschutz und die Stadt Salzburg ihre Feuerwehr dafür zur Verfügung stellen würden.

(Heiterkeit bei der CSU)

Nach dem Kraftwerksunfall von Tschernobyl wurden Verwirrung und Verängstigung vieler Menschen durch irrationale Forderungen, wirklichkeitsfremde Darstellungen und bewußte Desinformationen noch gesteigert. Gerade in einer solchen Lage kommt es nicht nur auf besonnene Politiker an, sondern auch auf den wissenschaftlichen Sachverstand, der sein ganzes Leistungsvermögen einsetzen muß, damit schwierige Zusammenhänge wissenschaftlich aufgeklärt und nicht emotional, zum Teil hysterisch, diskutiert werden, damit sachgerecht analysiert wird und nicht dumpfe Ängste geschürt werden.

(Beifall bei der CSU)

Der Präsident der Technischen Universität München, Professor Dr. Wild, beklagte vor kurzem in einer aufsehenerregenden Rede zu Recht, daß nicht nur das Ansehen der Naturwissenschaften durch die Einführung grün-alternativer Vorstellungen Schaden genommen, sondern daß auch deren Glaubwürdigkeit in den Augen der Öffentlichkeit stark gelitten habe. Bisher war es noch immer so, sagte er, daß Meinungsverschiedenheiten in den Naturwissenschaften mit Hilfe der Methoden der Fachgebiete zweifelsfrei geklärt werden konnten. Wenn eindeutige wissenschaftliche Beweise vorlagen, stimmten alle ernstzunehmenden Wissenschaftler zu. Es bestand eine gültige naturwissenschaftliche Erkenntnis, die allgemein anerkannt wurde.

Alternative Professoren haben diesen Grundkonsensus in der Zwischenzeit aufgekündigt. Sie führen zum Teil keine wissenschaftlichen Beweise, sie erkennen wissenschaftliche Beweise nur noch an, wenn sie ihnen für ihre vorgefaßten politischen Meinungen und Ziele dienlich sind.

(Zustimmung von der CSU)

So ist es auch zu erklären, daß in der öffentlichen Diskussion zu jeder fachlichen Beurteilung eine gegen-teilige negative Stellungnahme von vornherein feststeht und veröffentlicht wird.



(Ministerpräsident Dr. Strauß)

In den Augen der alternativen Professoren ist die Wissenschaft von heute ein Mittel zur Durchsetzung von Interessen: Die „etablierte“ Wissenschaft sei ein Instrument der herrschenden Klasse; die „kritische“ Wissenschaft müsse der Veränderung des bestehenden gesellschaftlichen Systems dienen.

Gerade bei gutgläubigen jungen Menschen, denen noch feste Wertvorstellungen fehlen, finden diese Verführer mit ihren irrationalen, freiheitsfeindlichen Gedanken Anklang.

Neben tatsächlichen und angeblichen Fachleuten aus der Wissenschaft melden sich immer wieder Angehörige angesehener Berufsgruppen zu Wort, die, auch unter Mißbrauch ihrer Stellung, Fachkunde vortäuschen.

Auch die Autorität der Kirche wird für Aussagen zur Energiepolitik in Anspruch genommen. Selbstverständlich soll sich jeder Christ nach bestem Wissen und Gewissen über politische Fragen seine Meinung bilden und sie als Staatsbürger im Rahmen unserer demokratischen Ordnung in die öffentliche Auseinandersetzung einbringen.

Ich lehne es ab, daß Bürger, die Funktionen in kirchlichen Vereinigungen ausüben oder den geistlichen Beruf ergriffen haben, innerhalb unserer Demokratie für die Lösung dieser Fragen Sonderrechte beanspruchen,

(Starker Beifall von der CSU)

indem sie ohne Sachkunde „ex cathedra“ verkünden, welche Wege in der Energiepolitik gewissermaßen heiliggesprochen werden und welche anderen Wege angeblich des Teufels sind, und dann mit dem Bannfluch „anathema“ belegt werden müssen.

(Beifall von der CSU)

Christen können in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen in der Frage der Kernenergie wie in allen anderen politischen Bereichen sehr wohl zu unterschiedlichen Meinungen gelangen. Das gilt auch für die Frage der richtigen Strategie für die Erhaltung von Freiheit und Frieden.

Die Aussage aber, daß sich aus dem christlichen Glauben konsequent die Ablehnung der Kernenergie und damit der Wiederaufarbeitungsanlage ergebe und daß für einen wahren Christen jede andere Entscheidung ausgeschlossen sein müsse, kann theologisch nicht begründet werden.

(Beifall von der CSU)

Diese pseudotheologischen „ex cathedra“-Begründungen werden gerade von jenen angeführt, denen es bestimmt nicht darum geht, dem Papst die Unfehlbarkeit seiner „ex cathedra“-Dogmen ihrerseits noch bestätigen zu wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Die Behauptung, bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie seien Leben und Würde des Menschen und der Bestand der Schöpfung gefährdet, entbehrt

jeder stichhaltigen Begründung. Wer trotzdem verkündet, daß die Nutzung der Kernkraft ethisch und moralisch nicht zu verantworten sei, der liefert gewalttätigen Demonstranten und skrupellosen Terroristen eine pseudotheologische Rechtfertigung für ihre Verbrechen.

(Beifall bei der CSU)

Die Forderung nach „absoluter, totaler Sicherheit“ können wir nicht zur Grundlage unseres Handelns machen. Wir wären sonst in allen Bereichen unseres Lebens zur absoluten Untätigkeit verurteilt.

Gerade, wenn sehr rigorose Forderungen erhoben werden, wird meist geflissentlich vermieden, die Folgen der eigenen Vorschläge darzustellen und zu rechtfertigen. Es widerspricht jeglichem Verantwortungsbewußtsein, pauschal die friedliche Nutzung der Kernenergie abzulehnen, die Alternativen nicht zu bedenken oder falsche Alternativen zu bieten oder Alternativen vorzutäuschen, die es bei genauerer Prüfung der Sachverhältnisse überhaupt nicht gibt.

Ich habe schon dargestellt, daß wir bei einer Rückkehr zu fossilen Brennstoffen mit einer katastrophalen Verschmutzung der Umwelt und Atmosphäre rechnen müssen. Das wäre ebenfalls ein Risiko, das die Größenordnung des vielzitierten „Restrisikos“ der Kernenergie bei weitem übertrifft.

Nur wer nüchtern und sachlich alle Möglichkeiten, Vorzüge und Gefahren, unmittelbare und mittelbare Folgen einer Maßnahme berücksichtigt, kann den Anspruch erheben, aus christlicher Verantwortung zu entscheiden.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Geiss-Wittmann: Sehr richtig!)

Angst und Verwirrung, die in der Bevölkerung entstanden sind, nehmen wir sehr ernst. Aber die richtige und humane Reaktion besteht nicht darin, die Angst der Menschen noch zu steigern, sondern durch sachliche Information und rationale Argumentation aufklärend und beruhigend zu wirken.

(Beifall bei der CSU)

Beruhigend zu wirken heißt nicht, zu beschwichtigen, heißt nicht, zu vertuschen, sondern heißt, Risiken in ihrer realen Größenordnung aufzuzeigen, sie aber nicht ins Apokalyptische zu übersteigern.

(Beifall bei der CSU)

Unter den Gegnern der Wiederaufarbeitungsanlage gibt es allerdings Elemente, die mit sachlichen Argumenten nicht ansprechbar sind. Sie wollen überhaupt keine rationale Auseinandersetzung. Ihr Ziel ist es, die Angst und die Sorgen der Menschen für ihre eigenen gesellschaftsumbauenden und staatszerstörenden Ziele zu mißbrauchen.

(Beifall bei der CSU)

Fast an jedem Wochenende bietet sich am Gelände der Wiederaufarbeitungsanlage das gleiche Bild: Eine Bürgerkriegsarmee reisender Krimineller benutzt die Deckung durch die vielen Demonstranten, die durch-

(Ministerpräsident Dr. Strauß)

aus in friedlicher Absicht erschienen sind, um mit Gewalttaten gegen die Anlagen und gegen die zu deren Schutz eingesetzten Polizisten vorzugehen.

Ihnen geht es nicht um diese Wiederaufarbeitungsanlage und nicht um die Nutzung der Kernenergie. Ihr Ziel ist es, unsere Wirtschaftsordnung, das heißt unsere Soziale Marktwirtschaft zu treffen, die parlamentarische Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat zu bekämpfen, eine Destabilisierung unserer freiheitlichen Grundordnung und den Ausstieg aus den westlichen Gemeinschaften der EG und der NATO herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU)

Wer heute mit Schleudern Stahlkugeln auf Polizisten schießt und Molotow-Cocktails wirft, kann morgen schon als Terrorist Bomben legen. Sicherlich wird nicht jeder gewalttätige Demonstrant ein Terrorist. Aber die Lebensläufe zeigen, daß die meisten Terroristen aus der Hausbesetzerszene und aus dem Heer der vagabundierenden Berufsdemonstranten mit verbrecherischer Handlungsweise kommen.

(Beifall bei der CSU)

Gegen diese Feinde der Freiheit müssen wir die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates und die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie verteidigen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat als Lehre aus den bitteren Erfahrungen mit dem Untergang der Weimarer Republik und mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft das Recht auf Widerstand ausdrücklich in der Verfassung verankert. Aber dieses Recht ist nur gegeben, wenn unsere freiheitlich demokratische Ordnung in Gefahr gerät, und es ist nicht gegeben, wenn man diese Ordnung zerstören will.

(Beifall bei der CSU)

Es ist ein grober Mißbrauch und eine Verhöhnung des Begriffs „Widerstand“, wenn damit das gewalttätige Vorgehen gegen den freiheitlichen Rechtsstaat und seine Sicherheitsorgane bezeichnet wird. Damit werden all die Menschen verhöhnt, die tatsächlich unter Einsatz ihres Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus Widerstand gegen Gewaltherrschaft und Unrecht geleistet haben oder die solchen Widerstand heute in totalitären Staaten, vornehmlich des Ostblocks, leisten.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats, allen Angriffen auf seine Handlungsfähigkeit entschlossen entgegenzutreten. Wir dürfen keine Rechtsbrüche dulden, der Strafverfolgungsanspruch des Staates muß erfüllt werden. Schwere Gewalttaten, die bis hin zum Mordversuch reichen, dürfen nicht ungesühnt bleiben.

(Starker Beifall bei der CSU)

Wer die Nutzung der Kernenergie, den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage oder ein anderes großtechnisches Projekt ablehnt, hat in unserem Rechtsstaat eine Fülle von Möglichkeiten, seine gegenteilige Meinung, auch wenn sie falsch ist, geltend zu machen. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren bieten den betroffenen Bürgern vielfältige Möglichkeiten zur Mitwirkung. Siehe den leidvollen Weg zum Flughafen München II. Der bestehende Flughafen wird von der Münchner Bevölkerung, und zwar von allen ihren politischen Vertretern in allen Parteien abgelehnt, und es wird dessen rasche Entfernung verlangt. Und welche Mühen haben wir, den Flughafen München II zu bauen!

Der Rechtsstaat garantiert die Überprüfung der staatlichen Entscheidungen durch die Gerichte. Wir haben manchmal nicht nur einen Rechtsstaat, wir haben einen sehr weit entwickelten Rechtsmittelstaat.

Der vor kurzem in schrecklicher Weise ermordete Karl Heinz Beckurts, der Chefphysiker von Siemens, hat zu Recht gesagt: „Technik setzt voraus, daß wir eine funktionierende rechtsstaatliche Demokratie haben.“ Wenn aber diejenigen in unserem Lande, die Träger dieser modernen Technik sind, die für Fortschritt von heute und Wohlstand für morgen sorgen, einer täglich wachsenden Lebensgefahr ausgesetzt sind, wenn sie schutzlos verbrecherischen Elementen, terroristischen Gewaltverbrechern ausgeliefert sind, dann sieht man aus diesem Ausspruch des Chefphysikers von Siemens, den damals kaum jemand verstanden hat, wie notwendig das Gewaltmonopol für den Staat, wie notwendig aber auch die friedenssichernde Aufgabe einer staatlichen Ordnung ist, wenn nicht sein Gefüge ausgelaugt und dann zerstört und zum Einsturz gebracht werden soll.

(Starker Beifall von der CSU)

Die Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft, ihr Ausbau und ihre Verbesserung und ihre humane Ausgestaltung werden letztlich davon abhängen, ob es in unserer demokratischen Ordnung möglich ist, die tatsächlichen Sachverhalte den Bürgern wahrheitsgemäß und verständlich zu vermitteln.

Hier haben die Medien eine große, verantwortungsvolle Aufgabe, der sie bisher, zum Teil jedenfalls, nur ungenügend, um mich gelinde auszudrücken, nachgekommen sind. Zu dieser Aufklärung der Bürger kann der Bayerische Landtag mit der heutigen Debatte über die gestellten Fragen einen wichtigen Beitrag leisten.

(Anhaltender starker Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst eine Delegation des Landtags von Montenegro in der Diplomatenloge begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie an unseren Beratungen teilnehmen.

(Beifall)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Rothmund.

**Dr. Röthemund (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe mich genötigt, zwei Bemerkungen zur Geschäftsordnung zu machen.

**Erstens.** Es ist leider gestern nicht gelungen, sich im Ältestenrat mit der CSU bzw. der Staatsregierung über eine faire Abwicklung der Rednerreihenfolge zu einigen. Sowohl die CSU als auch die Staatsregierung waren nicht bereit, der Opposition in unmittelbarem Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten die Gelegenheit der Erwiderung zu geben.

Der Ministerpräsident hat eben zwei Stunden geredet.

(Demonstrativer Beifall bei der CSU)

– Sie scheinen mit Ihrem Beifall meine ohnehin auf nur 5 Minuten begrenzte Redezeit noch weiter verkürzen zu wollen. Im übrigen sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, Sie haben eben schon geklatscht, bevor der Ministerpräsident überhaupt ein einziges Wort gesagt hatte.

(Demonstrativer Beifall bei der CSU)

Dies beweist, welch merkwürdiges Verhältnis Sie zum Parlamentarismus haben.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Sie können sich weiter so aufführen, meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit wird es interessiert zur Kenntnis nehmen.

Der Herr Ministerpräsident hat zwei Stunden geredet. Nach dem Drehbuch, das Sie vorhaben, sollen jetzt möglicherweise der Minister für Wirtschaft und Verkehr und der Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen jeweils noch eine weitere Stunde reden.

Meine Damen und Herren! Diese Art der Behandlung einer Interpellation gibt es in keinem Parlament der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre völlig unverständlich und würde auch im Deutschen Bundestag nicht begriffen werden, daß die Opposition auf Stunden von jeder Erwiderungsmöglichkeit ausgeschlossen wird. Es geschieht mit der Zielsetzung, uns erst dann zu Wort kommen zu lassen, wenn das Bayerische Fernsehen abgeschaltet hat. Das hatten wir schon einmal in diesem Hohen Hause. Das hat damals mich betroffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich appelliere erneut an CSU und Staatsregierung, eine solche Praxis hier nicht mit Gewalt durchzusetzen.

**Zweitens.** Ich halte es für völlig unangemessen, daß der Ministerpräsident erst zu einem Zeitpunkt dieses Hohe Haus betritt, zu dem der wesentliche Teil der Begründung der Interpellation der Opposition durch unseren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann bereits vorgetragen worden war. Ich sehe darin eine Mißachtung des Parlaments. Auch darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Meine Damen, meine Herren! Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung liegt mir nicht vor. Das gibt mir die Gelegenheit festzustellen:

§ 69 Absatz 3 der Geschäftsordnung bestimmt, daß die Aussprache über eine Interpellation erst dann erfolgt, wenn die Staatsregierung die Interpellation beantwortet hat. Dieses ist offensichtlich noch nicht abschließend geschehen, denn wir haben bereits im Ältestenrat erfahren, daß der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr und der Herr Staatsminister für Umweltfragen die Einzelfragen der Interpellation beantworten werden.

Meine Damen, meine Herren! Es liegt nicht in der Macht des Parlaments zu bestimmen, wer von der Staatsregierung auf welche Weise und wie lange eine Interpellation beantwortet. Ganz unabhängig davon muß ich feststellen, daß auch nach Artikel 24 Absatz 2 unserer Verfassung und nach § 126 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags ein Mitglied der Staatsregierung jederzeit die Möglichkeit haben muß, das Wort zu erhalten. Der Präsident ist an Verfassung und Geschäftsordnung gebunden.

(Beifall bei der CSU)

Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

**Staatsminister Jaumann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde zu den Fragen 1 mit 7 Stellung nehmen. Staatsminister Dick wird die Fragen 8 mit 10 behandeln. Der ausführliche Text der Staatsregierung liegt Ihnen vor. Ich darf für jede meiner Antworten auf diesen Text zusätzlich verweisen.\*)

**Frage 1:**

Die Energieversorgung Bayerns hat sich seit 1960 quantitativ und strukturell grundlegend verändert. 1960 verbrauchten wir insgesamt 25 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten; die Hälfte war Kohle, ein Viertel Öl, ein Viertel waren Wasserkraft und das übrige Stromimporte. Der Strom konnte noch zu mehr als der Hälfte aus Wasserkraft gewonnen werden; 40 Prozent stammten aus Kohle.

Die Zeit bis zur ersten Energiekrise 1973 war gekennzeichnet durch

- mehr als eine Verdoppelung des Energieverbrauchs,
- fast Verdreifachung des Stromverbrauchs und
- sehr stark wachsenden Ölanteil,

die Zeit nach 1973 durch

- deutliche Verlangsamung des Verbrauchsanstiegs,
- gezielte Zurückdrängung des Öls, besonders aus der Stromerzeugung,
- Zuwachs des Erdgases und der Kernenergie und

\* Anlage 2

(Staatsminister Jaumann)

- erhebliche Verringerung des spezifischen Energieverbrauchs in allen Bereichen.

Die Stromerzeugung erfolgt nach Wegfall der heimischen Braunkohle heute zu  $\frac{3}{5}$  aus Kernenergie,  $\frac{1}{5}$  aus Kohle,  $\frac{1}{7}$  aus Wasserkraft, 4 Prozent kommen aus Erdgas und 1 Prozent noch aus Öl.

Ziel dieser energiestrukturellen Entwicklung war es immer, unsere Wirtschaft und alle Landesteile möglichst sicher und preisgünstig, gleichzeitig aber auch möglichst umweltfreundlich zu versorgen. Dies galt auch vor 1973.

Nur durch den Ausbau der Mineralölversorgung in den 60er Jahren konnte die bayerische Wirtschaft zu wettbewerbsfähigen Bedingungen versorgt werden. Nur so konnte Bayern den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand gegenüber dem übrigen Bundesgebiet aufholen. Wir mußten damals die Risiken der hohen Ölabhängigkeit in Kauf nehmen. Denn Erdgas und Kernenergie waren noch nicht verfügbar oder noch nicht weit genug entwickelt.

Forcierter Ausbau der Erdgasversorgung, Stromerzeugung aus Kernenergie und Maßnahmen zur Energieeinsparung haben dann die Energieversorgung Bayerns in den letzten Jahren

- nachhaltig zuverlässiger,
- relativ preisgünstiger und
- wesentlich umweltfreundlicher

gemacht. Wir konnten so die Standortbedingungen deutlich verbessern.

Die Strompreise lagen Anfang der sechziger Jahre noch mehr als zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Erst mit dem Einsatz der Kernenergie konnten wir die Situation kontinuierlich ändern. Heute sind die bayerischen Strompreise mit die günstigsten im Bundesgebiet. Jedes Prozent Strompreisunterschied bedeutet für Bayerns Wirtschaft und private Verbraucher einen Kostenvorteil von rund 100 Millionen DM jährlich.

Die günstige Strompreisentwicklung für bayerische Unternehmen hat

- ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht,
- ihre Investitionskraft gestärkt und
- Neuansiedlungen beschleunigt.

Sie hat bei privaten Haushalten Kaufkraft freigesetzt und die Realeinkommen erhöht.

Bayern hat heute die günstigste Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik. Das zeigen

- spürbar verbesserte Einkommen,
- überdurchschnittliche Beschäftigungschancen,
- günstige Lehrstellenbilanzen und
- unbestreitbare Erfolge in der Regionalpolitik.

Wie haben sich mit dieser Energieversorgung die Emissionen, die Umweltbelastungen, entwickelt?

Von 1960 bis Mitte der siebziger Jahre haben der rasch steigende Energieverbrauch und die damalige Energieträgerstruktur die Emissionen in Bayern stark ansteigen lassen. Seither haben diese jedoch stark abgenommen.

So konnten die aus allen Verbrauchsbereichen stammenden Schwefeldioxidemissionen von 699 000 Tonnen im Jahr 1976 auf rund 238 000 Tonnen in 1985, also um rund 66 Prozent, reduziert werden, und zwar am stärksten bei den Kraftwerken. Wir haben hier eine Reduktion um 81 Prozent, bei den Haushalten um 61 Prozent.

Diese Erfolge wurden bei den Haushalten und Kleinverbrauchern besonders durch Absenken des Schwefelgehalts beim leichten Heizöl, durch den Einsatz von Erdgas und durch den Ausbau der Fernwärme, bei den Kraft- und Heizwerken vor allem durch den Einsatz der Kernenergie in der Stromerzeugung und eine Reihe emissionsmindernder Maßnahmen durch Vereinbarungen mit den Kraftwerksbetreibern erreicht.

Auch die Stickoxidemissionen konnten im Zeitraum 1976 bis 1985 insgesamt deutlich verringert werden. Die größte Verminderung konnte im Kraftwerksbereich erzielt werden.

Weitere Reduzierungen bei den Leitparametern  $\text{SO}_2$  und  $\text{NO}_x$  werden mit Inbetriebnahme der Rauchgasreinigungsanlagen erreicht werden. Besonders diese beiden Schadstoffe spielen eine wichtige Rolle in der Diskussion um das Waldsterben. Der zunehmende Kernenergieanteil an der Stromerzeugung hat es ermöglicht, diese Schadstoffe in Bayern schon bisher weit überdurchschnittlich zu reduzieren. Das wird auch in Zukunft so sein.

## Frage 2:

Wenn wir die Bedeutung der Kernenergie für die Zukunft beurteilen wollen, dürfen wir folgende, im wesentlichen vom Herrn Ministerpräsidenten schon angesprochenen Probleme nicht aus den Augen verlieren:

- Die wachsende Weltbevölkerung wird in Zukunft - trotz Maßnahmen zur Energieeinsparung - sehr viel mehr Energie verbrauchen.
- Die fossilen Energievorräte der Welt - Kohle, Öl, Gas - sind begrenzt; die wirtschaftlich gewinnbaren reichen selbst beim heutigen Weltenergieverbrauch nur für wenige Generationen. Besonders die Länder der Dritten Welt werden wegen ihres technologischen Rückstands noch lange Zeit auf Öl, Gas und Kohle angewiesen sein.
- Die wirtschaftlich nutzbaren erneuerbaren Energiequellen können die zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe nicht ersetzen, vor allem nicht in den gemäßigten Klimazonen der großen Industriestaaten.

(Staatsminister Jaumann)

- Kohle, Öl und Gas sind wertvolle Rohstoffe, besonders für die chemische Industrie. Wenn wir diese Rohstoffe verbrennen, sind sie nicht mehr rückgewinnbar vernichtet, und wir schaden trotz bester Umwelttechnik unserer Umwelt durch  $\text{NO}_x$ ,  $\text{SO}_2$ , Schwermetalle und anderes. Vor allem das nicht verhinderbare Kohlendioxid – der Herr Ministerpräsident hat längere Ausführungen dazu gemacht – kann zu einer nicht verantwortbaren Hypothek werden.

Die Kernenergie kann wesentlich zur Lösung dieser Probleme beitragen. Sie hat entscheidende energie- und umweltpolitische Vorteile:

Sie ist versorgungssicher. Mit der Kernenergie können fossile Energieressourcen im wesentlichen durch Kapital, Technik und vergleichsweise wenig Uran ersetzt werden. Kernkraftwerke können – im Gegensatz zu allen anderen Wärmekraftwerken – bei totalem Lieferstopp der Einsatzenergie über Jahre hinweg weiterbetrieben werden. Zusätzliche Vorräte sind einfacher und wesentlich kostengünstiger anzulegen als bei anderen Energieträgern. Rund 90 Prozent des wirtschaftlichen Wertes des Kernstroms wird im Inland erarbeitet. Die Kernenergie ist deshalb eine quasi heimische Energie.

Die Kernenergie ist preisgünstig. Der Kernstrom hat gegenüber Strom aus deutscher Steinkohle einen beachtlichen Kostenvorsprung. Dieser wird sich durch die Kosten für die Entschwefelung und Entstickung der Kohlekraftwerke noch vergrößern. Die günstige bayerische Strompreisentwicklung der letzten Jahre ist ein Beweis für die Wirtschaftlichkeit der Kernenergienutzung. Die Stromrechnungen der Verbraucher in Bayern und in der Bundesrepublik wären 1985 ohne Kernstrom um rund eineinhalb Milliarden DM bzw. um rund sechs Milliarden DM höher ausgefallen. Die Strompreise bleiben mit der Kernenergienutzung auf Dauer kalkulierbar.

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik stehen noch vor großen Aufgaben:

- Die Arbeitslosigkeit muß weiter abgebaut werden.
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen auch bei erschweren demographischen Bedingungen funktionsfähig erhalten werden.
- Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen müssen in allen Landesteilen gesichert werden.

Wichtige Voraussetzung für die Bewältigung dieser und anderer Herausforderungen ist ein zufriedenstellendes Wirtschaftswachstum. Hierzu wird eine sichere und preisgünstige Energieversorgung benötigt. Sie kann in Bayern nach dem derzeitigen Kenntnisstand auf absehbare Zeit nur mit Hilfe der Kernenergie gewährleistet werden. Das weltweite Ringen um Beschäftigung und Einkommen wird in den kommenden Jahren noch härter werden. Die deutschen Unternehmen stehen nicht nur im Wettbewerb mit den alten Industriestaaten. Sie müssen immer stärker auch mit Schwellenländern in Fernost und Südamerika konkurrieren.

Die Kernenergie ist auch umweltschonend. Von Kernkraftwerken, wie wir sie betreiben, gehen keine Emissionen mit einem relevanten ökologischen Gefährdungspotential aus. Das ist das Urteil des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Kollege Dick wird darauf später eingehen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Bedeutung der Kernenergie reden, sollten wir bedenken, daß wir in Bayern rund drei Fünftel, bundesweit rund zwei Fünftel unseres Stroms aus Kernenergie erzeugen. Im Jahr 1985 wurden in Bayern 36 Milliarden, in der Bundesrepublik 126 Milliarden und in Europa rund 790 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Kernenergie gewonnen. Hätte man diesen Strom aus fossilen Brennstoffen, wie z. B. Kohle, gewinnen müssen, wären hierzu in Bayern rund 12 Millionen Tonnen, in der Bundesrepublik Deutschland rund 42 Millionen Tonnen und in Europa rund 260 Millionen Tonnen Steinkohle erforderlich gewesen. Diese Zahlen sprechen für sich.

Die Bedeutung der Kernenergie wird in der Bundesrepublik mit Inbetriebnahme der fünf noch in Bau befindlichen Kernkraftwerksblöcke, darunter der Block Isar 2, weiter wachsen. Ob und gegebenenfalls wann weitere Kernkraftwerksleistungen realisiert werden müssen, hängt entscheidend von der künftigen Stromverbrauchsentwicklung und letztlich davon ab, ob sich im Gegensatz zu heute künftig realistische Alternativen zur Kernenergie abzeichnen werden.

Frage 3:

Die Frage betrifft die Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie. Wir haben zur Quantifizierung der Auswirkungen ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es wird länger dauern, bis Ergebnisse vorliegen. Unabhängig davon sind heute schon Aussagen möglich.

#### 1. Auswirkungen auf die Stromversorgung

Beim Abschalten von rund 18500 Megawatt Kernkraftwerksleistung könnte eine sichere Stromversorgung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem eigenen Kraftwerkspark nicht mehr garantiert werden. Vor allem im Versorgungsraum Bayern mit seinem überdurchschnittlich hohen Kernenergieanteil und im Norden der Bundesrepublik müßte mit erheblichen Versorgungsstörungen gerechnet werden. Das Verbundnetz ist nicht auf einen hohen Leistungsaustausch ausgelegt. Die geforderte Leistung kann auch von anderen Unternehmen nach Abschaltung der Kernkraftwerke nicht geliefert werden. Das ist objektiv nicht möglich.

In Bayern würde bei einem sofortigen Verzicht auf die Kernkraftwerksleistung von 4800 MW die Höchstlast nicht mehr gedeckt werden können. Ausfälle konventioneller Kraftwerke, Lastanstieg bei Kälte und eine geringere Stromerzeugung aus Wasserkraftwerken bei Trockenheit würden zu Versorgungsausfällen führen. Gegebenenfalls könnten nur durch Bewirtschaftung des Stroms in Form verteilter oder gezielter Abschaltungen gravierende volkswirtschaftliche Schäden in Grenzen gehalten werden.

(Staatsminister Jaumann)

Der Kernenergiestrom müßte durch den Einsatz von Öl, Gas und Kohle in Höhe von rund 45 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten in konventionellen Wärmekraftwerken ersetzt werden. Die Beschaffung solcher großen Mengen fossiler Brennstoffe wäre problematisch.

Ein Teilausgleich könnte voraussichtlich durch erhöhten Strombezug aus Frankreich – zumindest außerhalb der Wintermonate – ermöglicht werden. Insoweit würde man allerdings nur deutschen Kernstrom durch französischen Kernstrom ersetzen.

Mittelfristig dürfte das Mengenproblem lösbar sein, allerdings nur unter Inkaufnahme einer heute nur schwer abschätzbaren Verteuerung fossiler Brennstoffe. Die Rückkehr zu fossilen Brennstoffen wäre ein Rückfall in die Risiken der Auslandsabhängigkeit und damit auch Erpreßbarkeit der deutschen Stromerzeugung und der Energieversorgung.

Bei Stilllegung der kerntechnischen Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland müßten an die Eigentümer Entschädigungen in der Größenordnung von 100 Milliarden DM, in Bayern rund 25 Milliarden DM, gezahlt werden. Allein die Zinslast hierfür würde den Steuerzahler mit rund 7 Milliarden DM jährlich belasten. Hinzu käme natürlich die Tilgung des genannten Betrags von 100 Milliarden DM.

Zu diesen Milliardenbeträgen käme der Brennstoffmehraufwand für die Ersatzstrombeschaffung in bestehenden bzw. wieder mobilisierten Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken. In den mobilisierten Altanlagen müßten zum überwiegenden Teil Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen installiert werden.

Die in Betrieb und Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität von etwa 24000 Megawatt müßte rasch durch Kohlekraftwerksblöcke ersetzt werden. Die Realisierungszeit dafür betrüge mindestens 5 Jahre. Der Barwert der Mehrkosten für die Stromerzeugung aus neuen Kohlekraftwerken dürfte weitere rund 100 Milliarden DM betragen, für Bayern rund 25 Milliarden DM.

Aus diesen groben Kostenabschätzungen folgt, daß die wirtschaftlichen Mehrbelastungen eines Kernenergieausstiegs einem Strompreisschub in der Bundesrepublik von bis zu 30 Prozent entsprechen würden. In den Regionen mit hohem Kernenergieanteil, wie in Bayern, würden die Auswirkungen noch stärker zu Buch schlagen.

Unberücksichtigt habe ich hierbei, daß die erforderliche Kapazität der Kraftwerksbauindustrie im Inland nicht vorhanden ist und der gleichzeitige Bau von über 30 großen Kohlekraftwerksblöcken in der Bundesrepublik Deutschland auch von der Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung her nicht durchsetzbar wäre. Allein in Bayern müßten in den nächsten sechs Jahren 7 bis 11 große Kohlekraftwerksblöcke zugebaut werden. Nach dem Standortsicherungsplan 1985 stünden dafür Standorte in Grafenrheinfeld, Viereth, Eggolsheim, Arzberg, Schwandorf, Frauenaurach, Pleinting, Ismaning und Marienberg zur Verfügung; sie müßten praktisch alle bebaut werden.

(Abg. Dr. Seebauer: Oder bestehende Kernkraftwerksstandorte!)

## 2. Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitsplätze und private Haushalte.

Die genannten Kosten eines Kernenergieausstiegs müßten letztlich von Wirtschaft und Bürgern aufgebracht werden. Im einzelnen wären folgende Auswirkungen zu befürchten:

Drastische Strompreissteigerungen würden die Produktionskosten der Unternehmen erhöhen. Vor allem stromintensive Produktionen, z. B. im Bereich der chemischen Industrie, wären hiervon betroffen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit würde sich wesentlich verschlechtern mit der Folge von Produktionskürzungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland bis hin zu Betriebsstillegungen und zum Abbau von Arbeitsplätzen.

Für die privaten Haushalte müßte ein beträchtlicher Verlust an Realeinkommen und Wohlstand befürchtet werden, verursacht durch

- höhere Strom- und Energiepreise,
- Preissteigerungen bei einer ganzen Reihe von Gütern und Dienstleistungen,
- höhere Steuern und Abgaben.

Naturgemäß müßten die zu erwartenden starken Strompreiserhöhungen besonders zu Lasten sozial schwacher Bevölkerungsschichten gehen. Soziale Spannungen und Konflikte könnten nicht ausgeschlossen werden.

Ich komme zur volkswirtschaftlichen Wertung:

- Das Investitionsklima und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland würden erneut massiv belastet.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde insgesamt in Mitleidenchaft gezogen.
- Die Durchführung in- und ausländischer Investitionen bis hin zur Neuansiedlung von Unternehmen würde erheblich erschwert.

Der Ausstieg aus der Kerntechnik wäre ein Signal für das Ausland, daß wir unseren eigenen technologischen Leistungen nicht vertrauen. Auch dies würde sich negativ auf unsere Exportfähigkeit und die Arbeitsplätze auswirken.

Hinzu käme der Verlust von mehreren hunderttausend primär und sekundär von der Kerntechnik abhängigen Arbeitsplätzen. Die international hoch angesehene deutsche kerntechnische Industrie wäre zweifellos am Ende.

Für die bayerische Wirtschaft wäre ein Ausstieg besonders folgenschwer:

- Die Strompreisverteuerung würde in Bayern wegen des inzwischen erreichten Kernenergieanteils stärker ausfallen als in anderen Bundesländern.
- Der Rückgriff auf fossile Energieträger wäre für das revier- und küstenferne Bayern besonders teuer.

(Staatsminister Jaumann)

- Überdurchschnittlich viele kerntechnische Arbeitsplätze müßten in Bayern aufgegeben werden.
- Der strompreisbedingte beachtliche Standortvorteil Bayerns für ansiedlungswillige Unternehmen würde sich wegen steigender Strompreise wieder in einen Standortnachteil verkehren.

### 3. Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung und die Umwelt

Unser Ausstieg aus der Kernenergienutzung bedeutete nicht mehr Sicherheit. Die Frage ist ja, wenn wir das täten: Was bekämen wir dann dafür? Tschernobyl hat gezeigt: Die Risiken einer unsicheren Reaktortechnik machen nicht an Landesgrenzen halt. Würden wir unsere sicheren Anlagen abschalten, bliebe die Gefährdung durch andere sogenannte Tschernobyl-Reaktoren, die weiterhin betrieben werden, unverändert.

Wir haben für unsere eigenen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik wie auch für die in andere Länder gelieferten den weltweit höchsten Sicherheitsstandard entwickelt und durchgesetzt. Wir haben damit Maßstäbe gesetzt, die es ermöglichen, Gleiches auch von jedem anderen Land zu verlangen, das mit Kernenergie umgeht. Wenn wir aussteigen, werden andere entscheiden, welches Maß an Reaktorsicherheit zu gewährleisten ist. „Fortschritt kostet Opfer“ hat die UdSSR nach Tschernobyl erklärt. Mit einem Ausstieg aus der Kernenergie würden wir nicht nur ein Stück Versorgungssicherheit preisgeben, sondern vor allem unsere eigene Sicherheit solcher Art „Fortschrittsdenken“ unterwerfen.

- Die Auswirkungen auf die Umwelt wären schlimm. Beim sofortigen Ausstieg müßten alte fossil befeuerte Kraftwerke länger betrieben bzw. wieder mobilisiert werden.

In Bayern würden 1987 zusätzliche Schadstoffe von rund 184 000 Tonnen Schwefeldioxid, fast 64 000 Tonnen Stickoxiden und rund 3000 Tonnen Staub emittiert werden.

Die bisher erreichten Erfolge der bayerischen Staatsregierung bei der Minderung der Schadstoffbelastung würden damit zunichte gemacht. Die Schwefeldioxidemissionen aus bayerischen Kraftwerken würden sich gegenüber den Werten von 1985 verdreifachen, die Stickoxidemissionen verdoppeln.

Auch ein mittelfristiger Ausstieg mit Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken mit modernsten Rauchgasreinigungsanlagen würde zu erheblichen Schadstoffmehrbelastungen führen. Für Bayern würde dies mindestens eine Verdoppelung der einschlägigen Emissionen bedeuten. Hinzu kämen die schon genannten Entsorgungs- und sonstigen Umweltprobleme.

#### Frage 4:

Wie sieht es mit der Kernenergienutzung im übrigen Europa aus?

Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit in Europa in 18 Ländern Kernkraftwerke in Betrieb bzw. in Bau. In diesen Ländern sind 191 Kernkraftwerksblöcke mit einer elektrischen Bruttoleistung von 119 000 MW in Betrieb und 87 Kernkraftwerksblöcke mit einer Leistung von 60 000 MW in Bau. Die größte in Betrieb befindliche Kernkraftwerkskapazität hat Frankreich mit 41 600 MW, aufgeteilt auf 46 Blöcke, die Bundesrepublik hat demgegenüber 18 000 MW in 20 Blöcken. Die größte in Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität hat die Sowjetunion mit 33 000 MW, aufgeteilt auf 32 Blöcke, die Bundesrepublik 5 000 MW in 5 Blöcken.

Die Kernenergie trägt in diesen Ländern sehr unterschiedlich zur Stromerzeugung bei. Der Anteil der Kernenergie an der Gesamtstromerzeugung betrug im Jahr 1985 beispielsweise in Frankreich mit fast 225 Milliarden Kilowattstunden Kernstrom 65 Prozent und in Italien mit rund 7 Milliarden Kilowattstunden Kernstrom nur 4 Prozent (Bundesrepublik 31,5 Prozent).

Von den kernenergienutzenden Ländern Europas strebt die weit überwiegende Mehrheit den weiteren Ausbau der Kernkraftwerkskapazitäten an. Unter den Staaten Westeuropas sind hier neben Frankreich vor allem Großbritannien, Spanien und die Schweiz zu nennen. Dort sind neben in Bau befindlichen Anlagen weitere 15 Anlagen mit 18 300 MW projektiert und geplant. In den osteuropäischen Staatshandelsländern sind insgesamt 109 Kernkraftwerksblöcke mit rund 100 000 Megawatt in Bau bzw. geplant.

Derzeit gibt es lediglich in Schweden konkrete Pläne für einen Ausstieg aus der Kernenergie. 1985 ist dort der letzte von 12 Kraftwerksblöcken in Betrieb gegangen. Nach Ablauf einer 25jährigen Betriebszeit – ab 1985 gerechnet – soll dieser im Jahr 2010 stillgelegt werden. Ein Bericht einer von der schwedischen Regierung eingesetzten Kommission zur Überprüfung der Realisierung des einschlägigen Reichstagsbeschlusses legt allerdings Zweifel nahe, ob die vorgesehenen Zeitpläne einhaltbar sind.

Die Situation Österreichs mit dem fertiggestellten, aber nicht in Betrieb genommenen Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld bei Zwentendorf hat der Herr Ministerpräsident bereits geschildert.

#### Frage 5:

Energieeinsparpotentiale sind mehrfach analysiert worden. Sie sind aber selbstverständlich sehr schwer zu quantifizieren. Das liegt daran, daß

- sich bestehende Verbrauchsstrukturen häufig nur grob erfassen lassen und
- künftige politische, wirtschaftliche und technische Entwicklungen nur geschätzt werden können.

Angaben über Einsparpotentiale sind deshalb, ich muß es sagen, mit Unsicherheiten behaftet.

Zunächst bei den Haushalten und sonstigen Kleinverbrauchern:

(Staatsminister Jaumann)

Hauptansatzpunkt für Einsparungen ist hier der Bereich der Raumheizung. Über 82 Prozent der verbrauchten Gesamtenergie werden hierfür benötigt. Einsparungen sind möglich durch energiebewußtes Verbraucherverhalten und bauliche Maßnahmen durch Wärmedämmung, Verbesserungen der Heizungsanlagen, Nutzung von Solaranlagen und Wärmepumpen.

Die Staatsregierung räumt der Verbraucheraufklärung hohen Stellenwert ein. Bayern nimmt deshalb auf diesem Gebiet seit langem eine Spitzenstellung unter den Ländern ein. Hier werden wir noch mehr tun.

Für bauliche Maßnahmen bestehen verschiedene Hilfen. Hier sind noch Verbesserungen möglich. So sollte die nach § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung mögliche Förderung von Solaranlagen und Wärmepumpen weitergeführt und verbessert werden. Auch wird geprüft, das Bayerische Modernisierungsprogramm zu ändern. Heizungsmodernisierungen sollten nicht nur im Zusammenhang mit anderen Modernisierungsmaßnahmen gefördert werden können.

Energieeinsparungen werden auch durch Gesetze und Verordnungen erzwungen. Mit dem 1976 erlassenen Energieeinsparungsgesetz und den darauf basierenden Verordnungen wurden bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen.

Der Stromverbrauch hat gegenüber dem Wärmeverbrauch quantitativ nachrangige Bedeutung. Auch hat die deutsche Elektroindustrie bei Haushaltsgeräten die Verbrauchswerte bis zu 25 Prozent senken können. Gleichwohl ist eine Zunahme des Stromverbrauchs zu erwarten. Gründe hierfür sind

- eine verbesserte gerätetechnische Ausstattung der Haushalte und
- eine Zunahme der Haushalte.

Haushalte und Kleinverbraucher verfügen noch über ein größeres Einsparpotential. Es liegt hauptsächlich im Bereich der Wärmenachfrage. Seine Erschließung hängt vor allem davon ab, welche Maßnahmen für den Verbraucher wirtschaftlich sind und inwieweit er zum Energiesparen bereit ist.

Wie sieht es bei der Industrie aus?

Die Industrie benötigt vor allem Prozeßwärme auf höherem Temperaturniveau. Hierauf entfallen etwa 75 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Der Prozeßwärmebedarf ist in den letzten Jahren stets zurückgegangen. Das liegt vor allem an

- Umstrukturierungen der industriellen Produktion zu Lasten der energieintensiven Grundstoffindustrie,
- verbesserten Anlagentechniken und Übergang zu anderen Fertigungstechniken,
- dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, der Wärmerückgewinnung und der Rückführung von Abfällen und Altmaterial.

Der Stromverbrauch hat hingegen zugenommen. Ausschlaggebend hierfür waren

- steigende Mechanisierung und Automatisierung,
- Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen, z. B. Reduzierung der Staubbelastung durch Elektrowärmeverfahren,
- verstärkter Einsatz stromverbrauchender Verfahren, die Energie- bzw. Rohstoffeinsparungen ermöglichen.

Der Prozeßwärmebedarf kann noch weiter gesenkt werden, besonders durch Anlagenerneuerungen und weitere Marktdurchdringung elektronischer Steuerungssysteme. Größere Einsparmöglichkeiten liegen in der Verlagerung der Vorproduktion und der Produktion von energieintensiven zu weniger energieintensiven, technologisch hochwertigen Gütern. Solchen Entwicklungen sind aber auch Grenzen gesetzt. Energieintensive Grundstoffindustrien werden benötigt, will man sich nicht in fremde Abhängigkeiten begeben.

Nun zum Verkehr:

Im Verkehrsbereich werden 90 Prozent der gesamten Endenergie im Straßenverkehr verbraucht. Etwa 10 Prozent entfallen auf den Schienenverkehr, den Luftverkehr und die Binnenschifffahrt. Der Verkehr ist zu 96 Prozent von Mineralölprodukten abhängig. Lediglich im Schienenverkehr ist Strom von Bedeutung.

Möglichkeiten zur Energieeinsparung bestehen

- im Ausbau von Massenverkehrsmitteln mit günstigem spezifischem Energieverbrauch sowie
- in verbesserter Fahrzeugtechnik.

Verkehrsverlagerungen des Individualverkehrs auf Massenverkehrsmittel sind natürlich enge Grenzen gesetzt. Auf Kraftfahrzeuge kann auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Somit bestehen Einsparmöglichkeiten besonders

- im Ausbau des Netzes von Autobahnen und sonstigen Straßen, um einen flüssigen Verkehr zu ermöglichen sowie
- in einer verbesserten Verknüpfung und Koordinierung der Verkehrssysteme.

In konstruktiven Verbesserungen der Kraftfahrzeuge liegt auch noch ein erhebliches Einsparpotential. Der deutschen Automobilindustrie ist es in der Zeit zwischen 1979 und 1985 gelungen, den spezifischen Verbrauch ihrer Modelle um etwa 20 Prozent zu vermindern. Weitere Reduzierungen des Kraftstoffverbrauchs werden angestrebt.

Erhebliche Auswirkungen auf den Kraftstoffverbrauch hat auch das energiebewußte Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Vielfältige und intensive einschlägige Aufklärung ist hierbei von größter Bedeutung.

Strom kann besonders bei Großabnehmern wie der Deutschen Bundesbahn oder Nahverkehrsbetrieben eingespart werden. Möglichkeiten liegen vor allem in der Weiterentwicklung und Anwendung der Drehstrom-Antriebstechnik.



(Staatsminister Jaumann)

Frage 6:

Der Begriff **regenerative Energiequelle** beinhaltet eine Vielzahl verschiedenartiger Möglichkeiten zur Nutzung von

- Sonnenstrahlung,
- Umgebungswärme,
- Erdwärme,
- Windkraft,
- Gezeitenenergie,
- Biomasse und
- Wasserkraft.

Die Staatsregierung hat die Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energiequellen im Rahmen ihres Energieprogramms ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt.

Erforschung und Entwicklung werden primär vom Bund und auch den Europäischen Gemeinschaften gefördert. Bayern fördert durch Finanzierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die auf einschlägigen Fachgebieten tätig sind. Vorhaben zur Entwicklung und Einführung neuer Energietechnologien werden überdies in einem landeseigenen Programm gefördert.

Der Einsatz neuer Energietechnologien kann in verschiedenen bayerischen Programmen mit regional-, mittelstands-, agrar- oder umweltpolitischer Zielsetzung mitgefördert werden.

Die Markteinführung neuer Energietechnologien kann durch breitenwirksame Maßnahmen wie § 4 a Investitionszulagengesetz oder § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung gefördert werden.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß auch ein umfassendes Angebot an Informations- und Beratungsmöglichkeiten besteht.

Trotz allem können in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000, wie einschlägige Studien zeigen, nur etwa zwei bis vier Prozent unseres Energieverbrauchs zusätzlich durch regenerative Energiequellen abgedeckt werden, nicht mehr; der Ministerpräsident hat heute schon mehrmals darauf hingewiesen. Auch erhöhte staatliche Förderung kann nur in Ausnahmefällen die Kostenvorteile der konventionellen Energietechnik ausgleichen.

Die für die Bundesrepublik Deutschland gewonnenen Ergebnisse sind auf Bayern übertragbar, man kann sie extrapolieren.

Frage 7:

Das Nutzungspotential **nachwachsender Rohstoffe** wird zunehmend zu berücksichtigen sein. Die Erfordernisse des Landschafts- und Umweltschutzes müssen ebenso berücksichtigt werden wie die vorrangige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen zu Ernährungszwecken.

Aus technischer Sicht kommen folgende Einsatzmöglichkeiten in Frage:

- Ethanol als Zusatz zu Otto-Kraftstoffen,
- pflanzliche Öle als Kraftstoff für Dieselmotoren,
- Holz und Stroh zur Verwendung als Brennstoff,
- Biogas.

Die Wettbewerbsfähigkeit nachwachsender Rohstoffe hängt von den Entwicklungen der Energie- und Agrarmärkte ab. Man muß sagen: Sie ist größtenteils nicht gegeben. Es bedarf noch erheblicher Anstrengungen, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Rohstoffen zu verbessern.

Ansatzpunkte für Initiativen und Aktivitäten bestehen in

- Förderung kostenreduzierender Fortschritte, insbesondere Forschung und Entwicklung der Pflanzenzüchtung und -anbautechnik sowie bei Aufbereitungs- und Umwandlungstechniken. Eine Ausweitung einschlägiger Förderungsmaßnahmen auf Landes-, Bundes- und EG-Ebene wird angestrebt.
- Veränderung der administrativen Rahmenbedingungen. Gewaltige Marktordnungsausgaben für agrarische Überschüsse lassen es sinnvoll erscheinen, nachwachsende Rohstoffe bis zum Erreichen der Wettbewerbsfähigkeit zeitlich zu stützen. Die Staatsregierung tritt für eine solche Neugestaltung der EG-Marktordnung ein.

Zu **Wasserstofftechnologie und Kernfusion** möchte ich an die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten erinnern und auf die schriftliche Antwort zu Frage 7 der Interpellation verweisen. Beide Technologien sind auf absehbare Zeit keine Alternative zur heutigen Kerntechnik.

Die Fragen 8 mit 10 wird Herr Kollege Dick beantworten. Danke.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Meine Damen und Herren! Zur weiteren Beantwortung der Interpellation darf ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen erteilen!

**Staatsminister Dick:** Sehr verehrter Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es war vorgesehen, daß ich zu den Fragen 8 mit 10 der Interpellation Stellung nehme, die die Sicherheit von Betrieb und Entsorgung von Kernkraftwerken zum Gegenstand haben. Die Fragen 9 und 10 nach der Entsorgung wurden vom Herrn Ministerpräsidenten schon breit und detailliert angesprochen. Deshalb gebe ich die schriftliche Ausarbeitung zu diesen Fragen zu Protokoll.\* Daß dies so geschieht, ist auch wegen des Zusammenhangs wichtig. Ich befasse mich jedoch ausführlich mit der Frage der Sicherheit beim Betrieb der Kernkraftwerke.

Wie schon wiederholt betont wurde und wie die Politik der Bayerischen Staatsregierung beweist, steht in Bayern das Bemühen um die Sicherheit von Mensch und Umwelt vor allen anderen, insbesondere wirt-

\* Anlage 2

(Staatsminister Dick)

schaftlichen Zielen im Vordergrund. Eine Nutzung der Kernenergie ist verantwortbar, wenn die Sicherheit der heutigen und künftigen Generationen und der Schutz von Natur und Umwelt gewährleistet sind. Dies ist bei den strengen Auflagen und Maßgaben in Bayern beweisbar der Fall.

Frage 8:

Aus welchen Tatsachen leitet die Bayerische Staatsregierung die Aussage ab, daß unsere kerntechnischen Anlagen zu den „sichersten der Welt“ gehören?

Die Bayerische Staatsregierung hat sich schon seit den ersten Anfängen der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland intensiv mit der kerntechnischen Sicherheit befaßt und kann auf nunmehr 30 Jahre Erfahrung bei der Genehmigung und Beaufsichtigung kerntechnischer Anlagen zurückblicken. In diesen Jahren umfaßte das Spektrum die sicherheitstechnische Prüfung so unterschiedlicher Anlagen wie Unterrichts- und Forschungsreaktoren, Versuchs- und Demonstrationskraftwerke, kommerziell betriebene Kernkraftwerke mit Leichtwasserreaktoren, eine Brennelementefabrik sowie neuerdings auch die oft erwähnte Wiederaufarbeitungsanlage. Die Bayerische Staatsregierung kann für sich dabei in Anspruch nehmen, maßgeblich an der Entwicklung des heute international gültigen hohen Sicherheitsstandards in der Bundesrepublik mitgearbeitet und diesen, oft lange, bevor er bundesweit verbindlich eingeführt worden ist, realisiert zu haben. So wurde beispielsweise das Kernreaktor-Fernüberwachungssystem, das es gestattet, den Betriebszustand fortlaufend behördlich zu überwachen, für Bayern entwickelt und weltweit erstmals errichtet und betrieben. Mittlerweile haben alle Bundesländer dieses System übernommen.

Der heutige Sicherheitsstandard ist nicht nur – wie in der Technik sonst allgemein üblich – das Ergebnis angesammelter Erfahrung, sondern auch das Ergebnis von systematischen und vorausschauenden Sicherheitsanalysen. In keinem anderen Bereich der Technik sind bis jetzt so konsequent alle denkbaren Fehler, Störungen und Risiken untersucht und bewertet worden. Hohe Beträge an öffentlichen Forschungsmitteln und an Eigenleistungen der deutschen Industrie wurden für diesen Zweck aufgewendet. Mehrere Großforschungsanlagen und Tausende von Wissenschaftlern und Technikern arbeiten ständig an der weiteren Vervollkommnung des Kenntnisstandes. Darüber hinaus haben staatliche Stellen und die Reaktorindustrie über Kooperations- bzw. Lizenzverträge einen unmittelbaren Zugriff zum kerntechnischen Wissen aller wichtigen westlichen Kernenergienutzer.

Nach alledem wurde ein Sicherheitsstandard erreicht, der sowohl alle maßgeblichen internationalen Anforderungen erfüllt als auch spezifisch deutsche Zusatzvorgaben wie beispielsweise den Schutz vor Einwirkungen von außen und – das ist wichtig bei Störfällen – einen hohen Automatisierungsgrad berücksichtigt.

Daß kerntechnische Anlagen bei uns nur dann genehmigt werden dürfen, wenn die Erfüllung dieses hohen Sicherheitsstandards auch im konkreten Verwaltungsverfahren nachgewiesen worden ist, geht aus der zentralen Bestimmung des Atomgesetzes in § 7 Absatz 2 Nr. 3 hervor. Danach kann eine kerntechnische Anlage nur dann genehmigt werden, wenn „die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb“ getroffen worden ist. Da Wissenschaft und Technik keine nationalen Grenzen kennen, ist diese gesetzliche Bestimmung geeignet, den Bau von kerntechnischen Anlagen mit im internationalen Vergleich höchster Sicherheit zu ermöglichen, von Anlagen also, die damit – das kann in dieser Form klar beantwortet werden – zu den sichersten Anlagen der Welt gehören.

Für die in Betrieb befindlichen bayerischen Kernkraftwerke Isar 1, Grafenrheinfeld und Gundremmingen II sowie das Kernkraftwerk Isar 2, das zur Zeit noch in Bau ist – ausnahmslos moderne Anlagen mit Leichtwasserreaktoren –, wird der hohe Sicherheitsstandard durch die Einhaltung folgender Sicherheitsgrundsätze erreicht:

#### 1. Grundsatz der inhärenten Sicherheit

Bei der reaktorphysikalischen Auslegung wird jeweils sorgfältig darauf geachtet, daß die nukleare Energieerzeugungsanlage inhärent – d. h. durch dem System selbst innewohnende Systeme – sichere Eigenschaften aufweist. Das bedeutet, daß eine Leistungserhöhung des Reaktors, d. h. eine Reaktivitätszufuhr, durch die dem System innewohnenden physikalischen Eigenschaften von selbst wieder in einen stabilen Zustand gebracht wird.

Diesen Effekt bewirken zwei Phänomene: Mit steigender Temperatur des Brennstoffs verschlechtert sich dessen Fähigkeit zur Absorption von Neutronen mit anschließender Kernspaltung, mit steigender Temperatur oder gar Verdampfung des Reaktorwassers, das als Neutronenmoderator und als Kühlmittel zugleich dient, verschlechtert sich die Moderation der Neutronen. In beiden Fällen wird die für die Kettenreaktion wichtige Neutronenbilanz so nachhaltig verschlechtert, daß eine Leistungsexkursion des Reaktors schon aus naturgesetzlichen Gründen ausgeschlossen ist. Dies ist beispielsweise bei russischen RBMK-Reaktoren nicht der Fall.

Unabhängig von diesen günstigen Selbstregeleigenschaften der Leichtwasserreaktoren wurden die Schnellabschalteneinrichtungen so konstruiert, daß sie ihre Aufgabe absolut zuverlässig ohne Zufuhr von äußerer Hilfsenergie, die in der Praxis möglicherweise gestört sein könnte, erfüllen. Die Reaktorschnellabschaltung erfolgt nach Reaktorbauart unterschiedlich mit Hilfe der Schwerkraft oder durch ein stets vorhandenes Gasdruckpolster.

#### 2. Barrierenkonzept

Ziel aller Maßnahmen zur Reaktorsicherheit ist es, die bei der Kernspaltung im Reaktorkern entstehenden

(Staatsminister Dick)

radioaktiven Spalt- und Aktivierungsprodukte jederzeit sicher einzuschließen. Hierzu dienen mehrere hintereinanderliegende Barrieren. Ein großer Teil der Spaltprodukte ist im Kristallgitter des Brennstoffs (Urandioxid) gebunden. Gasförmige und flüchtige Anteile werden durch die gasdichten Brennstabhüllen eingeschlossen. Der gesamte Reaktorkern befindet sich in einem geschlossenen Kühlkreislauf.

(Abg. Dr. Seebauer: Ist das Lehrbuch I der Reaktorkunde?)

– Es wäre gescheit, wenn Sie sich das einmal anschauen würden. Das ist nun halt der Unterschied zum graphitmoderierten Reaktor. Der Blödsinn „Tschernobyl ist überall“ stimmt nicht. Tschernobyl ist in der Ukraine, keinesfalls in Bayern oder in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe etwas gegen Ihre frotzelnde Art, ich tue das bei Ihnen auch nicht. Damit das auch einmal klargestellt ist.

Der Kühlkreislauf ist von einem gasdichten und druckfesten Sicherheitsbehälter aus Stahl umgeben. Der Sicherheitsbehälter wird durch eine massive Stahlbetonhülle gegen äußere Einwirkungen geschützt.

Das ist, wenn Sie so wollen, das Alphabet der Sicherheitsphilosophie. Sie wissen das vielleicht, das gebe ich zu. Aber von 100 wissen es oft 90 nicht. Kontrollieren Sie das bei den eigenen Kollegen! Darum ist die Diskussion draußen so schwer. Ich bin in den letzten Wochen jeden Tag draußen gewesen. Dabei stellt man immer wieder fest, daß man mit diesen einfachen Dingen der Auslegungsfaktoren beginnen muß.

Im Zusammenwirken der Betonstrukturen der Gebäude, der Filter- und Lüftungsanlagen sowie der Abwasseraufbereitung steht zusätzlich eine umfassende Rückhaltetechnik für den Einschluß radioaktiver Stoffe zur Verfügung.

Diese Einrichtungen stellen sicher, daß die in der Strahlenschutzverordnung festgelegten und im internationalen Vergleich sehr niedrigen Grenzwerte für die Abgabe radioaktiver Stoffe aus Kernkraftwerken weder im bestimmungsgemäßen Betrieb noch bei den der Auslegung der Anlage nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zugrunde zu legenden Störfällen überschritten werden.

(Zuruf von der SPD)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas Interessantes, das hat sich bei dem Symposium gezeigt:

Wir haben bekanntlich diese Sicherheitsgrenze so weit heruntergedrückt, daß wir bewußt und mit Stolz vom 30-Millirem-Konzept sprechen können, außerhalb der Anlage vom 1-Millirem-Konzept. Wissen Sie, was der Engländer gesagt hat? Er hat gesagt, wir haben eine Grenze von 500 Millirem. Da würde bei uns jeder kopfstehen. Ich bin nicht dafür. Aber indem wir die Grenze so weit nach unten gedrückt haben, das ist nicht eine Frage des Preises, man kann es relativ

kostengünstig tun, haben wir praktisch die Betreiber – mit Recht sage ich – gezwungen, sich auf diese wirklich strenge Grenze einzurichten. Aber das hat die Rückwirkung, daß wir an dieser Marke gemessen werden, während sich die Engländer mit einer Grenze von 500 Millirem viel leichter tun, auch beim Auftreten radioaktiver Belastungen, die von außen kommen.

Ich möchte das positiv vermerken. Man sollte sehen, daß das alles zwei Wirkungen hat, um insoweit auf die Aussprache einzugehen, damit das in einem Zug erledigt werden kann.

Das heißt, beim bestimmungsgemäßen Betrieb und bei Störfällen, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zugrunde gelegt werden, darf die Grenze nicht überschritten werden. Selbst bei schweren Reaktorunfällen, z. B. mit teilweise geschmolzenem Reaktorkern, wäre, wie der Störfall von Harrisburg gezeigt hat, äußerstenfalls mit der Freisetzung eines kleinen Bruchteils des Aktivitätsinventars mit einer Zeitverzögerung von einigen Tagen zu rechnen. Im Katastrophenfall ist es ja wichtig, daß ein langer Zeitablauf zur Verfügung steht.

### 3. Grundsatz der tiefgestaffelten Schutzmaßnahmen

Um Reaktorunfälle mit höchster Zuverlässigkeit auszuschließen und nicht ausschließbare Störungen zu beherrschen und vor allen Dingen deren Auswirkungen zu begrenzen, werden Kernkraftwerke und andere kerntechnische Anlagen in Deutschland nach einem mehrstufigen Sicherheitskonzept ausgelegt.

Durch sorgfältige, alle Erkenntnisse und Erfahrungen berücksichtigende Auslegung der Anlagen, durch höchstmöglichen Qualitätsstandard bei der Fertigung und durch besonderes Augenmerk auf die Funktionssicherheit wird zielstrebig auf einen störungsarmen, einwandfreien Betrieb hingearbeitet. Bekanntermaßen ist ein solcher Betrieb der beste Garant für die Sicherheit einer Anlage. Daß die bayerischen Kernkraftwerke in internationalen Statistiken hinsichtlich der sogenannten Verfügbarkeit regelmäßig die Spitzenplätze belegen, ist auch ein Zeichen für ihren hohen Qualitätsstand. Das kommt nicht von ungefähr. Dieser Standard wird selbstverständlich im Betrieb ständig überprüft und, soweit es nötig sein sollte, verbessert. Jeder Unfall oder Störfall außerhalb der bayerischen Landesgrenzen wird herangezogen – siehe seinerzeit Harrisburg, nun auch Tschernobyl –, und es wird gefragt, ob eigene Sicherheitsstandards nun zu überprüfen sind oder nicht. Das ist selbstverständlich der Fall.

Auch bei einem noch so hohen Sicherheitsaufwand, das habe ich immer gesagt, kann jedoch absolute Sicherheit nicht garantiert werden.

(Zuruf von der SPD)

– Das haben wir immer gesagt, Sie haben Ihre Meinung geändert. Sie tun so, als hätten Sie dies früher nicht gesehen. Es gibt keine Technik, die einhundertprozentig mit dem Garantieschein der absoluten Sicherheit versehen werden kann.

(Beifall bei der CSU)

(Staatsminister Dick)

Ich glaube, das ist korrekt, was ich da sage. Das haben wir immer gesagt. Wir haben unsere Meinung nicht geändert. Sie können uns nicht nachweisen, daß in dieser Beziehung etwas verschwiegen worden wäre. Deshalb habe ich auch persönlich immer auf offene Informationspolitik gedrängt, die selbstverständlich sein muß, damit keine Hexenküchenmentalität aufkommt. Wir haben weltweit als die ersten die Kernreaktorfernüberwachung eingeführt; ich sage das mit Stolz.

(Beifall bei der CSU)

Vor drei Wochen waren drei Vertreter der Sowjetunion bei uns im Ministerium. Das wäre doch nicht geschehen, wenn hier nichts zu holen gewesen wäre. Ich habe zusammen mit Dr. Vogl den Abgesandten ausführlich berichtet, und wir haben ihnen Unterlagen gegeben. Ich freue mich, daß nun auch die Sowjetunion, offensichtlich ausgelöst durch Tschernobyl, daran denkt, Fragen der Sicherheit, der Überprüfbarkeit und der Verfügbarkeit von Meßdaten aufzugreifen. Warum geht man dazu nach Bayern? Weil wir die ersten waren, die diese Daten verfügbar hatten.

(Beifall bei der CSU)

Sie bekommen wöchentlich den Strahlenschutzbericht. Schauen Sie doch hin, wo das sonst noch der Fall ist im Bundesgebiet, europaweit, weltweit! Wir haben auch eine entsprechende Vereinbarung mit dem bayerischen Parlament, Sie können da gar nichts sagen. Wenn zum Beispiel, was Sie einmal moniert haben, über Samstag/Sonntag etwas passiert und am Montag darüber in der Zeitung steht, dann sind davon nicht nur Dr. Vogl und ich sowie drei weitere Leute verständigt, sondern auch der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses, der Kollege Glück und der Kollege Kollo. Ich glaube, mehr kann man bei Gott nicht tun. Das sollte man auch einmal positiv würdigen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Dauermeckerei stört nur unsere Bemühungen und verstärkt die Unsicherheit in der Bevölkerung. Es gereicht niemandem zur Schande, für das ganze Land festzustellen, nachdem Sie als Opposition daran sogar beteiligt waren, daß wir in Fragen der Reaktorsicherheit und der Überprüfung etwas Vernünftiges getan haben.

Deshalb sage ich noch einmal:

Auch bei einem noch so hohen Sicherheitsaufwand kann absolute Sicherheit nicht garantiescheinmäßig verbrieft werden. Das gilt für die Hochtechnologie in allen Bereichen. Deshalb sind umfassende Schutz-, Begrenzungs- und Reserveeinrichtungen zur Beherrschung von Betriebsstörungen vorgesehen. Damit können beginnende Fehlfunktionen der Anlage frühzeitig erkannt, ausgegeregelt bzw. durch Zuschalten von Reservefunktionen begrenzt werden.

Eine weitere Sicherheitsstufe hat zum Ziel, bei den noch auftretenden Störfällen – wir unterstellen in den

Auslegungskriterien der Sicherheitsstudie, daß ein Störfall eintreten kann –, deren Auswirkungen einzudämmen und die Abgabe radioaktiver Stoffe in die Umgebung auf zulässige, unbedenkliche Werte zu begrenzen. Die strenge Grenze von 1 Millirem außerhalb der Anlage wird unterschritten. Ich habe das Konzept der 30-Millirem-Grenze im internationalen Vergleich, z. B. im Vergleich zu England, verdeutlicht. Eine Sicherheitseinrichtung dieser Stufe sind z. B. der druckfeste und gasdichte Sicherheitsbehälter und das den Sicherheitsbehälter umschließende Reaktorgebäude.

#### 4. Grundsatz der Redundanz der Sicherheitssysteme

Die zur Beherrschung von Störfällen erforderlichen Sicherheitssysteme müssen ihre Aufgabe mit hoher Zuverlässigkeit erfüllen. Unter Berücksichtigung möglicher Reparaturen und Ausfälle werden deshalb jeweils mehr Teilsysteme eingebaut, als zur Beherrschung eines bestimmten Störfalls notwendig wären. Das ist die sogenannte Redundanz. Das finden Sie etwa auch bei Großraumflugzeugen. Die Redundanz der Sicherheitseinrichtungen muß mindestens zwei Teilsysteme mehr betragen, als zur Beherrschung des jeweiligen Störfalls erforderlich wären. Hätten die Kameraden in Tschernobyl diese Redundanz im Kühlkreislaufsystem gehabt und nicht bloß ein Kühlsystem, dann wäre das, was dort passiert ist, nicht geschehen. Deshalb sage ich noch einmal: Hören wir doch auf mit „Tschernobyl ist überall“. Das ist nur in Tschernobyl und nicht bei uns.

(Zustimmung bei der CSU)

#### 5. Grundsatz der Vorkehrungen gegen Mehrfachausfälle aus gemeinsamer Ursache

Es muß darüber hinaus sichergestellt sein, daß kein Einzelereignis, sei es ein Schaden in der Anlage selbst, z. B. an einem Sicherheitsteilsystem, oder ein äußeres Ereignis die Sicherheit der Anlage unzulässig beeinträchtigt. Auslegungskriterien zur Erfüllung dieser Forderung sind das Prinzip der räumlichen Trennung und das Prinzip der Diversität.

Räumliche Trennung besagt, daß Sicherheitssysteme einschließlich ihrer Energieversorgung und Leittechnik baulich so voneinander getrennt angeordnet werden müssen, daß sie sich bei Zerstörung eines Teilsystems gegenseitig nicht schädigen und daß Brände oder Überflutungen in den Gebäuden oder Einwirkungen von außen nicht mehr als ein redundantes Teilsystem beeinträchtigen können, so daß die Sicherheitseinrichtung dennoch in Wirkung treten kann. Diversität besagt, daß Sicherheitsfunktionen auf verschiedenen Wirkungsmechanismen – das ist die physikalische Diversität – oder auf unterschiedlichen Gerätekonstruktionen – das ist die gerätetechnische Diversität – beruhen müssen.

Vorhin habe ich schon erwähnt, daß die Antwort auf die Fragen 8 und 9 zu Protokoll gegeben wird.

(Staatsminister Dick)

Ich möchte zusammenfassen:

Die Kernenergiepolitik der Bayerischen Staatsregierung zielte und zielt immer wieder auf ein Höchstmaß von Sicherheit für Mensch und Umwelt ab. Deshalb treibt die Staatsregierung nach wie vor die Sicherheitsforschung und die Sicherheitstechnik für die bayerischen Kernenergieanlagen voran. Der Unfall von Tschernobyl unterstreicht die Notwendigkeit dieser konsequenten Sicherheitsphilosophie. Darüber hinaus ist der Unfall Anlaß, die bisher getroffenen Maßnahmen erneut zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuentwickeln. Bei dem Unfall von Tschernobyl hat sich nicht das zwar vorhandene, aber äußerst unwahrscheinliche Restrisiko verwirklicht, das bei unseren Kernkraftwerken besteht; vielmehr hat ein unvergleichbarer, unverantwortlicher Mangel an Sicherheitstechnik zu diesem Störfall geführt. Das muß immer exakt festgestellt werden.

(Zustimmung bei der CSU)

Deshalb muß nun eine höchstmögliche und bestmögliche Sicherheit über die Ländergrenzen hinaus verwirklicht werden.

Tschernobyl hat gezeigt: Es gibt keine isolierte nationale Energienutzung mehr. Jedes Land, das Kernenergieanlagen betreibt, übernimmt auch Verantwortung gegenüber seinen Nachbarn. Die nationalen Anstrengungen müssen daher um internationale Bemühungen ergänzt werden, die zunächst auf eine Intensivierung des Informationsaustausches und schließlich auf eine internationale Vereinheitlichung des Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau gerichtet sind. Es war zunächst Bayern, das dies gefordert hat. Der Bayerische Ministerpräsident hat über den Bundesrat angeregt, daß der Bundeskanzler diese Forderung bundesweit erhebt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der Unfall von Tschernobyl eine gute Seite hat, dann ist dies die Rückwirkung innerhalb der Sowjetunion und auf die anderen Länder im Ostblocksystem. Die Sowjetunion hat erklärt, und das ist positiv zu werten, daß sie sich an der internationalen Konferenz beteiligen wird. Wir waren vor drei Wochen auf einem viertägigen Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung in der DDR, an dem ähnliche Einrichtungen, natürlich anderer Organisationsart, teilgenommen haben. Ich habe im Fernsehen ganz offen angesprochen, was der Unfall von Tschernobyl für uns für Konsequenzen haben muß. Das wollte man sicher nicht so. Ich war aber froh, daß das im Fernsehen gezeigt wurde, weil wir keinen Grund haben, die Dinge dort aus Bequemlichkeit nicht auf den Tisch zu legen. Interessant war, daß im anschließenden Gespräch auch die DDR erklärt hat, daß sie sich an einer solchen internationalen Konferenz beteiligen werde. Das heißt, daß Sicherheit heute auch bei denjenigen groß geschrieben wird, die bisher geglaubt haben, daß es auch billiger gehe. Das hat doch eine Schubwirkung gezeigt. Bayern darf stolz darauf sein, an erster Stelle der Länder der Welt gestanden zu haben, welche die Fragen der Sicherheit immer wieder deutlich in die Praxis umgesetzt haben.

(Beifall bei der CSU)

Diese internationale Zusammenarbeit wird durch die schon erwähnte anstehende internationale Reaktorsicherheitskonferenz wesentliche Impulse erhalten. Es liegt aber auch in der Verantwortung jedes einzelnen Landes, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Die Bayerische Staatsregierung pflegt deshalb seit Jahren auch eine gute und intensive Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes mit allen Nachbarn, insbesondere, wie schon erwähnt, mit der UdSSR, der DDR und der CSSR. Hier haben wir Erfolge erzielt. Es sind bayerische Leistungen, die sich hier niederschlagen; das muß auch einmal gesagt werden. Diese Verbindungen werden wir deshalb auch weiter nützen und intensivieren, um überall, nicht nur bei uns, die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen voranzubringen und den Einsatz der Kernenergie länderübergreifend insgesamt verantwortbar zu erhalten. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Zur Beantwortung der Fragen der SPD-Interpellation erteile ich das Wort dem Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

**Staatsminister Jaumann:** Herr Präsident, Hohes Haus! Im Zusammenhang mit der CSU-Interpellation „Künftige Energiepolitik in Bayern“ wurde bereits zu einer ganzen Reihe von Fragen Stellung genommen, die sich in der SPD-Interpellation „Bayerns Ausstieg aus der Kernenergie“ wiederholen. Ich gehe daher davon aus, daß es auch in Ihrem Interesse liegt, wenn ich mich bei der Beantwortung einzelner Fragen zum Teil sehr kurz fasse und mehr auf die besonderen Aspekte und Schwerpunkte der SPD-Interpellation eingehe. Hinsichtlich der Detailbeantwortung der einzelnen Fragen darf ich auf die schriftliche Ausarbeitung Bezug nehmen, die Ihnen vorliegt und die ich auch zu Protokoll gebe.\*

Die erste Besonderheit dieser Interpellation scheint mir im Zeitpunkt ihrer Einbringung im Landtag zu liegen:

Am 21. Juni 1986 hat die bayerische SPD auf ihrem außerordentlichen Parteitag in Augsburg den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Am 27. Juni 1986 aber bringt die SPD-Fraktion eine Interpellation ein mit der ausdrücklichen Zielsetzung, so wörtlich, „die vorhandenen Möglichkeiten und Wirkungen eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie bis 1995 genauer zu bestimmen“.

Meine Damen und Herren von der SPD! Mir scheint, hier ist die Reihenfolge des Vorgehens auf den Kopf gestellt worden.

(Abg. Dr. Seebauer: Sie meinen, wir müssen Sie immer zuerst fragen!)

\* Anlage 3

(Staatsminister Jaumann)

Bei der Staatsregierung und der CSU ist es üblich, sich erst über die Tragweite einer Entscheidung zu informieren, bevor man Beschlüsse faßt. Eine Partei, die Entscheidungen trifft, ohne sich über die Folgen auch nur annähernd Gewißheit zu verschaffen, handelt nicht, so meine Wertung, politisch verantwortungsvoll, sondern panisch, oder sie will, wie im Falle Kernenergie, einfach ihr eigenes Süppchen kochen. Die Ausstiegsentscheidung dann auch noch als eine „ethische und politische Verpflichtung“ zu bezeichnen, ist schlicht verantwortungslos.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Seebauer:  
Da bekommt man ein richtig schlechtes  
Gewissen!)

Ich schließe mich meinen Vorrednern an und weise nochmals die Unterstellung entschieden zurück, nur oder gerade der Ausstieg aus der Kernenergie werde den ethischen und politischen Verpflichtungen gerecht. Es ist genau umgekehrt. Gerade ethische und moralische Gründe sind es, die den von Ihnen propagierten Ausstieg aus der Kernenergie nicht verantwortbar erscheinen lassen.

Auf einen Aspekt möchte ich aber doch noch eingehen, der auch von der SPD in ihrer Augsburger Erklärung besonders hervorgehoben wird. Ich meine die Verantwortbarkeit der Kernenergie unter Berücksichtigung der Risiken dieser Energieart.

Die Staatsregierung hat die Kernenergie nie als völlig risikofreie Möglichkeit der Energieversorgung betrachtet: Eine solche Energieversorgungsart gibt es nicht und wird es nicht geben. Ihre Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie beruhte vielmehr auf der Abwägung unterschiedlicher Risiken und Vorteile. Sie hat dabei die Überzeugung gewonnen, daß die Risiken der Kernenergie, wie wir sie nutzen, geringer wiegen als die Risiken, die mit einem Verzicht auf die Kernenergienutzung verbunden wären.

In Ihrer Augsburger Erklärung, meine Damen und Herren von der SPD, steht unter anderem, der Unfall von Tschernobyl habe dramatisch und folgens schwer gezeigt: „Die Kerntechnologie ist nicht absolut sicher.“

Ich muß sagen, diese Aussage hat mich einigermaßen überrascht. Hat der SPD wirklich erst Tschernobyl gezeigt, daß es keine absolut sichere Technik gibt?

(Zustimmung bei der CSU)

Dann kann man Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, in der Vergangenheit uninformativ Entscheidungen getroffen zu haben.

(Abg. Dr. Seebauer: Ist es für Sie sicher  
geworden nach Tschernobyl?)

Dann haben Sie die früheren Entscheidungen pro Kernenergie, von denen wir ja heute gehört haben, ebenso uninformativ getroffen wie nun Ihre Entscheidung für einen Ausstieg. Es gibt keine andere logische Konsequenz.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:  
Dann zeigen Sie sich wenigstens von Ihrer  
Uninformiertheit betroffen!)

Von den 20 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland sind mehr als die Hälfte unter einer SPD-geführten Bundesregierung eingeschaltet worden. Das ist ein Faktum.

Soweit meine Vorbemerkungen.

(Abg. Dr. Seebauer: Das waren wichtige  
Vorbemerkungen!)

Ich komme zu den Fragen der Interpellation. Die Interpellation will im Kern wissen, ob, in welchem Zeitraum und mit welchen Auswirkungen ein Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie möglich ist. Die gestellten Fragen lassen sich hierbei im wesentlichen in folgende Komplexe aufspalten:

1. Welche allgemeinen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen hat ein Verzicht auf die Kernenergie? Dies sind vor allem die Fragen 1 und 5.
2. Wie kann die Leistung der bayerischen Kernkraftwerke ersetzt werden? Welche alten bzw. bestehenden Kraftwerke können dafür herangezogen werden? Welchen Beitrag können neu zu errichtende Kraftwerke und Heizkraftwerke leisten? In welchem Zeitraum stehen diese alternativen Stromerzeugungsarten zur Verfügung? Dies sind die Fragen 7 und 8.
3. Welchen Beitrag können Energieeinsparung, rationelle Stromverwendung und neue Technologien zu einem Ausstieg leisten?
4. Frage 6 schließlich befaßt sich vor allem damit, wie die Umweltauswirkungen eines verstärkten Einsatzes fossiler Brennstoffe begrenzt werden können.

Neben diesen deutlich erkennbaren Fragenkomplexen werden unter Frage 2 einige allgemein politische Fragen angesprochen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie habe ich im Zusammenhang mit der CSU-Interpellation schon umfassend dargestellt. Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen:

Nach einer groben Kostenabschätzung ist mit volkswirtschaftlichen Mehrbelastungen zu rechnen, die einem Strompreisschub in der Größenordnung von bis zu 30 Prozent, das sind rund 17 Milliarden DM pro Jahr, entsprechen. 17 Milliarden DM pro Jahr! Würde man den utopischen Vorstellungen folgen, wie sie seit Tschernobyl von Kernkraftwerksgegnern wieder verstärkt propagiert werden, und beispielsweise den Kernstrom durch Solarstrom ersetzen, schiene eine Mehrbelastung in der Größenordnung von 1 Billion DM nicht unrealistisch. Das sind Vorstellungen, die wir einfach nicht unterbringen können.

Unter Berücksichtigung des überdurchschnittlich hohen Kernenergieanteils wären in Bayern die kostenmäßigen Belastungen prozentual höher. Dies ist so,

(Staatsminister Jaumann)

obwohl entgegen der Annahme in der SPD-Interpellation der Kernenergieanteil in Bayern sich seit 1981 lediglich verfünffacht hat. Bei dem in der Interpellation unterstellten Anstieg des Kernenergieanteils um 1000 Prozent in den letzten fünf Jahren ergäbe sich rechnerisch ein Kernenergieanteil von 127 Prozent, und das kann doch wohl nicht stimmen.

Auch der durch die Fragestellung suggerierte Eindruck, der Ausbau der Kernenergie sei in Bayern seit Anfang dieses Jahrzehnts besonders forciert worden, verfälscht die Tatsachen:

Planung, Genehmigung und Baubeginn der heute in Bayern betriebenen Kernkraftwerke erfolgten Ende der 60er bzw. in den 70er Jahren. Seit 1980 wurde lediglich mit KKI 2 begonnen. Bei diesem Zubau wird es voraussichtlich in diesem Jahrzehnt auch bleiben. Es wird in diesem Jahrzehnt nicht mehr Kernkraftwerke geben.

Daß der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung deutlich über der DIW-Prognose liegt, ist der hohen Zuverlässigkeit der bayerischen Kernkraftwerke zu verdanken. Das DIW hat 6000 bis 6500 Vollastbenutzungsstunden zugrunde gelegt, tatsächlich aber wurden 1985 über 7500 Vollastbenutzungsstunden erreicht. Wir haben also sehr viel mehr erbracht, als normalerweise angenommen werden konnte. Eine Steigerung des Kernkrafteinsatzes insgesamt liegt darin eigentlich nicht, das war vielmehr nur der günstigen Situation und dem Leistungsvermögen dieser Kernkraftwerke zu verdanken.

Ein falscher Ansatz liegt auch der Frage 1c zugrunde:

Wenn man die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung aus einzelnen Primärenergieträgern vergleichen will, ist es eine bewußte Irreführung, nur auf die Investitionskosten abzustellen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Investitionskosten bei Kernkraftwerken höher sind als bei Kohlekraftwerken. Die Brennstoff- und Betriebskosten dagegen sind jedoch im Vergleich zur Stromerzeugung besonders aus deutscher Steinkohle bei der Kernenergie deutlich niedriger. Unter Berücksichtigung der Gesamtkosten ergeben sich bei einer Jahresbenutzungsdauer von 7000 Stunden – ich habe nicht die Höchstzahl genommen, wie sie Grafenrheinfeld erbracht hat, sondern einen Mittelwert – finanzmathematisch Durchschnittskosten von etwa 13 Pf/kWh bei einem Kernkraftwerk gegenüber 18 Pf/kWh bei einem Steinkohlekraftwerk. Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben dies bestätigt.

Bei Windkraftwerken muß berücksichtigt werden, daß Wind eine weitgehend ungesicherte Energiequelle ist. Windkraftwerke können in der Regel andere Kraftwerkskapazitäten nicht ersetzen. Nicht einmal in dem von zahlreichen Illusionen geprägten Augsburger Papier der SPD ist die Windkraft als echte Alternative erwähnt.

Für die Kosten der Reservehaltung gilt zwar grundsätzlich, daß viele kleine Blockeinheiten auch eine kleinere Reservehaltung erfordern. Große Blöcke führen aber zu einer erheblichen Kostendegression bei den Investitionen und auch bei Betrieb und Unterhalt der Anlagen. Diese Kostenvorteile überwiegen bei weitem mögliche Kostennachteile bei der Reservehaltung.

Fazit: Die Stromerzeugung in Großkraftwerken, auch unter Berücksichtigung der Reservehaltungskosten, ist wesentlich wirtschaftlicher.

Arbeitsplatzwirkungen der Errichtung und des Betriebs von Kohlekraftwerken an den Kernkraftwerksstandorten Gundremmingen, Ohu und Grafenrheinfeld

Die Antwort auf diese Frage kann natürlich kein Entscheidungskriterium dafür sein, ob unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ein Ausstieg aus der Kernenergie vertretbar ist. Der Ausstieg wirkt sich zwar zu allererst unmittelbar auf die in den Kernkraftwerken Beschäftigten aus. Die hauptsächlich negativen Folgen werden aber durch den massiven Strompreisanstieg mit den entsprechenden Auswirkungen besonders auf die stromintensive Industrie eintreten. Ich glaube, diesen Gesichtspunkt brauche ich hier nicht weiter zu vertiefen. Ich verweise auf die schriftlichen Antworten der Staatsregierung zu beiden Interpellationen. Im übrigen darf ich zu der Frage anmerken, daß wie jede Investition natürlich auch der Bau von Kohlekraftwerken Beschäftigung schafft. Ob dies aber eine sinnvolle Investition ist und ob z. B. das RWE, das praktisch auf der Kohle sitzt, ein Kohlekraftwerk ausgerechnet in Gundremmingen errichten würde, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Wie kann die Leistung der bayerischen Kernkraftwerke ersetzt werden?

Die einzige echte und in einem überschaubaren Zeitraum technisch realisierbare Alternative ist die Stromerzeugung in Kraftwerken auf der Basis herkömmlicher Brennstoffe. Zu dieser Erkenntnis ist auch die Energiekommission der nordrhein-westfälischen SPD gekommen. Der Preis wären allerdings

- höhere Kosten,
- erhöhte Umweltbelastungen,
- wieder steigende Importabhängigkeit und damit verminderte Versorgungssicherheit.

Für Bayern würde dies unter Berücksichtigung des vorhandenen Kraftwerkparks in etwa den Mehreinsatz von 600 000 Tonnen Braunkohle, rund 1,2 Millionen Tonnen Steinkohle, rund 4,7 Millionen Tonnen schweren Heizöls und rund 1,6 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas bedeuten.

Bei einem stufenweisen Ausstieg, wie er von einem Teil der SPD propagiert wird, ließen sich diese Brennstoffe wohl auch beschaffen. Die Preise würden allerdings steigen. Auch kann man nicht davon ausgehen, daß jeweils umweltfreundlicher Brennstoff zu jeder Zeit in beliebiger Menge zur Verfügung stünde.



(Staatsminister Jaumann)

Was den Beitrag der Heizkraftwerke zur Deckung des Strombedarfs betrifft, ein Gesichtspunkt, der immer wieder von der SPD angeführt wird, so beträgt dieser zur Zeit drei Prozent und nicht mehr. Obwohl die Fernwärme wie keine andere Energie in den letzten Jahren von den öffentlichen Händen finanziell gefördert wurde, ist dieser Anteil nur unwesentlich gestiegen.

(Abg. Dr. Seebauer: Halbherzig gefördert!)

– Halbherzig, gut!

Die Annahme der SPD, Heizkraftwerke in den Ballungsräumen könnten das „zukünftige Rückgrat der Stromversorgung in Bayern sein“, so steht es drin, läßt jeden Realitätssinn vermissen. Nur zwei Fragen, die sich dabei stellen:

- Soll der Strombedarf auch im Sommer, wenn so gut wie keine Wärme gebraucht wird, durch Heizkraftwerke gedeckt werden? Die Tageslast im Sommer liegt heute bei rund 80 Prozent der Winterhöchstlast. Dann wird mit Sicherheit kein Gesamtwirkungsgrad von 65 Prozent erreicht, sondern ein niedrigerer als in großen Kondensationskraftwerken.
- Was soll mit den gerade in den Ballungsräumen gut ausgebauten Erdgasnetzen geschehen?

Illusorisch ist auch die Einschätzung des Beitrags der Blockheizkraftwerke. Nach unserer Einschätzung wäre die Installation von 1000 bis 3000 Einheiten selbst bei massiver Einschränkung der Entscheidungsfreiheit des Bürgers nicht erreichbar. Auch wenn wir den Fernwärmeausbau weiterhin durch staatliche Hilfen fördern, ist ein Anteil der Heizkraftwerke an der Stromproduktion von lediglich 10 Prozent bis zum Jahre 2000 schon eine optimistische Einschätzung.

Was nun den Zeitraum für eine Umstrukturierung des Kraftwerkparks betrifft, so sind auch hier die Vorstellungen der SPD unrealistisch. Glauben Sie wirklich, daß 750-MW-Kohleblöcke von der Bevölkerung der betroffenen Standorte ohne Widerstand akzeptiert würden? Der Widerstand der Gemeinden im nördlichen Landkreis München gegen die kleinere Anlage der Stadtwerke sollte Sie eines Besseren belehren. Aber ich lasse mich selbstverständlich gerne vom Gegenteil überzeugen.

Ich stelle Ihnen anheim, die Meinung der Bevölkerung in Grafenrheinfeld, Viereth, Eggolsheim, Arzberg, Dachelfhofen, Frauenaaurach, Pleinting, Ismaning und Marienberg zu erkunden. Für mich war es erstaunlich, daß der Bürgermeister von Grafenrheinfeld, der einmal zu mir gekommen ist, gesagt hat: Man muß den Standortsicherungsplan ändern. Ich habe gesagt: Was wollen Sie denn? Es wird doch nichts gebaut! Er hat gesagt: Wir wollen auf keinen Fall ein Kohlekraftwerk; wenn, dann schreiben Sie den zweiten Block eines Kernkraftwerks hinein, aber auf keinen Fall ein Kohlekraftwerk! Wir müssen damit rechnen, daß die Kohlekraftwerke in der Bevölkerung auf sehr viel größeren Widerstand stoßen als Kernkraftwerke.

Im übrigen haben Sie einen sehr wesentlichen Gesichtspunkt übersehen. Denn es ist äußerst fraglich, ob die Kraftwerksbauer eine bundesweit starke Nachfrage nach neuen Kohlekraftwerken so schnell befriedigen könnten. Die notwendige Umstrukturierung des Kraftwerkparks würde nach Einschätzung der Staatsregierung mindestens 15 Jahre in Anspruch nehmen, von der Preisentwicklung gar nicht zu reden.

Ich meine, diesen Ausführungen läßt sich entnehmen, daß der Zubau der erforderlichen Kraftwerke innerhalb des Zeitraums, in dem die SPD aus der Kernenergie aussteigen möchte, nicht zu realisieren wäre. An diesem Ergebnis können auch eine Intensivierung der Energiesparbemühungen, eine rationellere Stromverwendung und die Erschließung neuer Energiequellen kurz- oder mittelfristig nichts ändern.

Die Staatsregierung sieht zwar gerade in der Erschließung neuer Energiequellen, besonders der Sonnenenergie, möglicherweise aber auch der Fusionsenergie, eine wichtige Aufgabe der globalen langfristigen Zukunftssicherung. Die Hoffnung, daß diese Energiequellen vielleicht im nächsten Jahrhundert zur Hauptenergiequelle werden könnten, begründet jedoch für die Energiepolitik heute und in überschaubarer Zukunft mit Sicherheit keine Möglichkeit des Verzichts auf die Kernenergie.

Gleiches gilt auch für die Energieeinsparung durch rationellere Energienutzung, die zweifellos weiter verbessert werden kann und muß. Dadurch können Probleme der Energieversorgung bei uns wie weltweit entschärft und energiepolitische Entscheidungsspielräume eröffnet werden. Die Frage ist jedoch auch hier, ob solche Spielräume gerade den Verzicht auf Kernenergie oder nicht eher auf die Verbrennung fossiler Rohstoffe ermöglichen sollen. Die einzelnen Möglichkeiten neuer Energietechnologien bzw. der Energieeinsparung wurden heute bereits erörtert und werden Gegenstand der Interpellation sein, die wir hier in der kommenden Woche diskutieren. Ich möchte daher von detaillierten Ausführungen zur Frage 8 heute absehen.

Aber noch ein Wort zu den Möglichkeiten der Vergleichmäßigung der Stromnachfrage:

Die allgemeine technisch-wirtschaftliche Entwicklung hat dazu geführt, daß zu Zeiten der höchsten Netzbelastung der tägliche Belastungsverlauf bereits sehr ausgeglichen ist. Wir dürfen daher die Möglichkeiten für eine weitere Vergleichmäßigung nicht überschätzen. Auch muß man sehen, daß gerade im gewerblichen und industriellen Bereich andere Faktoren Grenzen setzen. Bei der Industrie z. B. würde eine stärkere Lastverlagerung in die lastschwächeren Zeiten häufig Einführung oder Ausdehnung von Schichtarbeit bedeuten. Die Vermeidung von Stromspitzen ginge hier zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmer. Im übrigen hat diese Frage mit Ausstieg aus der Kernenergie nur wenig zu tun: Für die Spitzenlastdeckung werden vor allem Pumpspeicher- und Gasturbinenkraftwerke eingesetzt; Kernkraftwerke sind bekanntlich Grundlastanlagen.



(Staatsminister Jaumann)

Dies heißt aber nicht, daß wir diesem Problem keine Bedeutung beimessen. Wir werden im Rahmen des Vertretbaren bemüht sein, die Stromnachfrage weiter zu verstetigen. Wir werden auch alle sinnvollen Möglichkeiten zur Vergleichmäßigung des Lastverlaufs unterstützen. So könnte ich mir vorstellen, daß auch im Haushaltsbereich noch Möglichkeiten für eine Verlagerung des Einsatzes bestimmter Geräte in die lastschwächeren Zeiten gegeben sind, und zwar ohne die Freiheit des Verbrauchers allzusehr zu beschränken.

Was die umweltpolitischen Auswirkungen betrifft, darf ich zunächst auf die Ausführungen insbesondere des Kollegen Dick bei der Beantwortung der CSU-Interpellation verweisen. Wie Sie der schriftlichen Darstellung entnehmen können, laufen bei allen größeren Kohlekraftwerken Bayerns Nachrüstmaßnahmen. Die Entschwefelungsanlagen werden bei den in Betrieb befindlichen Kohlekraftwerken bis Sommer 1988, die meisten davon deutlich früher, in Betrieb sein. Auch bei den braunkohlebefeuelten Kraftwerksblöcken wurden bezüglich der Rauchgasreinigung erhebliche Fortschritte erzielt.

Wenn wir in der Grundlast weiterhin Kernkraftwerke betreiben und in der Mittellast Kohlekraftwerke mit weitgehender Schadstoffreduzierung einsetzen, ist in der Stromerzeugung ein hohes Maß an Umweltverträglichkeit erreicht. Demgegenüber wäre das SPD-Konzept in hohem Maße umweltschädlich.

Ich darf schließlich noch kurz auf die Frage 2 eingehen. Bei dieser Frage geht es sichtlich nicht um sachliche Information, sondern um in Frageform gebrachte Polemik.

So ist es meiner Meinung nach unzulässig, aus dem Etatansatz des Bundesforschungsministers mangelnde Ernsthaftigkeit der Staatsregierung bei den Bemühungen um die Entwicklung brauchbarer Alternativen zur Kernenergie zu schließen. Wie in der schriftlichen Antwort im einzelnen dargestellt, sind die genannten Mittel nicht die einzigen staatlichen Finanzierungshilfen, die für die Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen.

Scheitern muß auch der Versuch der SPD, einen Dissens zwischen der Staatsregierung einerseits und der CSU andererseits in der Frage „Ausstieg aus der Kernenergie“ zu konstruieren. Hierzu möchte ich nur sagen: Lesen Sie das Plenarprotokoll vom 14. Mai 1986! Auch die heutige Aussprache wird zeigen, daß es bei uns in dieser Frage keine Uneinigkeit gibt.

Selbstverständlich befaßt sich die Staatsregierung mit der Frage, ob es bessere Energieversorgungssysteme als die heutigen gibt. Der fundamentale Unterschied zur Haltung der SPD liegt darin, daß wir nicht den Ausstieg propagieren, ohne bessere Alternativen wirklich verfügbar zu haben. Diesen verbalen Betrug machen wir nicht mit.

Aus der bekundeten Bereitschaft, über Fragen der weiteren Nutzung der Kernenergie nachzudenken, Alternativen hierzu zu diskutieren und ihre Nachteile sorgfältig abzuwägen, läßt sich auch kein Widerspruch zu dem von der Staatsregierung vertretenen Entsorgungsweg für Kernkraftwerke herleiten.

Ich darf schließen mit der Antwort auf die Frage 2c:

Die Staatsregierung ist der Auffassung, daß ein Ersatz der Kernenergie durch die hier vorgeschlagenen Maßnahmen Energieeinsparung, verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen, Ausbau von Blockheizkraftwerken und Nutzung von Kohlekraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung weder heute noch in überschaubarer Zukunft möglich sein wird. Sobald es möglich ist, werden wir selbstverständlich neue Überlegungen anstellen. Solange es aber nicht möglich ist, bleibt uns aus moralisch-ethischen Gründen kein anderer Weg, als uns weiterhin mit der Kernenergie zu befassen und dafür zu sorgen, daß sie noch sicherer wird, als sie möglicherweise derzeit ist.

Meine Damen und Herren! Wenn ich aus der bisherigen Debatte ein Fazit ziehe, muß ich einfach sagen, daß der Weg, der hier vorgeschlagen wird, im Grunde der Beginn einer neuen Massenarbeitslosigkeit wäre.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann. Bitte, Herr Kollege!

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich nicht mit den Ausführungen des Herrn Staatsministers Jaumann und des Herrn Staatsministers Dick beschäftigen; das werden anschließend meine Kollegen Dr. Seebauer und Kolo tun. Ich will einiges zu dem sagen, was Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Rede angesprochen haben.

(Abg. Beck: Er kommt gleich!)

– Ich habe doch gar nichts gesagt! Sehen Sie, im Gegensatz zu Ihnen verstehe ich, daß man bei einer längeren Sitzung auch einmal das Recht haben muß, nach draußen zu gehen.

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Gerade in einer solchen Lage kommt es nicht nur auf besonnene Politiker an, sondern auch auf Sachverstand, damit sachgerecht analysiert wird und nicht dumpfe Ängste geschürt werden.

So die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten. Was hat er aber eigentlich anderes getan, als dumpfe Ängste geschürt, wenn er ständig das Wort Massenarbeitslosigkeit im Munde führt, obwohl er genau weiß, daß es doch nicht so ist, daß Kernkraftwerke abgeschaltet werden, ohne daß alternative Stromerzeugungsmöglichkeiten existieren, die Arbeitsplätze schaffen, und daß für eine Übergangszeit im Kohlebereich ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen werden?

Was soll also ständig das Gerede von der Arbeitslosigkeit? Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, daß

(Hiersemann [SPD])

gerade die Sozialdemokraten bereit wären, einen Kurs zu steuern, der Arbeitslosigkeit produziert, anstatt Arbeitslosigkeit abzubauen? Deswegen haben wir sowohl in unserer Augsburger Erklärung als auch in den Fragen unserer heutigen Interpellation den Arbeitsplätzen entscheidende Bedeutung eingeräumt.

Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident, daß der Sicherheitsstandard der Kernkraftwerke im Osten wesentlich geringer sei als bei uns. Sie haben dafür sehr großen Beifall von Ihrer Fraktion bekommen.

(Zuruf des Abg. Glück)

– Herr Kollege Glück, ich bitte Sie, jetzt einmal genau zuzuhören; ich kann mir vorstellen, worauf der Beifall basiert. Er basiert auf den Informationen, die Ihnen bei Störfällen und ähnlichem von Seiten der Staatsregierung gegeben werden. Sie glauben diesen Informationen. Wir haben uns einmal in einem konkreten Fall die Mühe gemacht, den Informationen nachzugehen. Vielleicht sind Sie dann bereit, Herr Glück, ein bißchen nachdenklich zu werden, was Ihre Behauptung angeht:

Da gab es, wie Sie wissen, am 12. März 1986 einen Störfall in Gundremmingen. Bei der Debatte darüber hier im Landtag haben Sie daran erinnert; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Es gibt in diesem Hause zwischen dem Parlament und der Staatsregierung, hier vertreten durch das Umweltministerium, eine Vereinbarung über die Informationen, wie sie wohl nach wie vor für Parlamente in der Bundesrepublik einmalig ist.

– So Ihre Ausführungen. Sie führten dann weiter aus:

Am 13. März dieses Jahres aber rief Ministerialdirigent Dr. Vogl den Kollegen Kolo und mich während der Sitzung des Umweltausschusses an und verständigte uns, daß bei Reinigungsarbeiten in Gundremmingen eine Arbeitsbrücke kontaminiert worden sei.

– So Ihre Aussagen. Ich bin davon überzeugt, daß Sie diese Aussagen mit bestem Wissen gemacht haben und daß dies die Informationen waren, die Sie erhalten haben. Bei dem Unfall handelte es sich aber schlicht um folgendes:

Nach dem Störfall in Three Miles Island wurde ein sogenannter Schlüssel geschaffen, der allgemein in der Fachwelt als TMI-Schlüssel bezeichnet wird. Der Störfall in Gundremmingen kam dadurch zustande, daß die Mitarbeiter nicht wußten, wo sich dieser Schlüssel befand, und deswegen nicht in der Lage waren, das Absperrventil zu schließen. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat in einer Erklärung vom 22. April 1986 dazu folgendes ausgeführt; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Unerklärlich und wohl nur mit fachlicher Inkompetenz erklärbar sei es, wie sich die Vertreter des Ökoinstituts zu der Behauptung versteigen konnten, daß der Stickstoff unter 162 bar Druck eingeschossen sei. Tatsache sei vielmehr, daß der

Stickstoff mit einem Druck von etwa 3 bar in den Reaktordruckbehälter eingeströmt ist.

– Dies ist der Kenntnisstand in der Öffentlichkeit. Warum wird verschwiegen, daß es ein Gutachten des Technischen Überwachungsvereins gibt, der die Aufgabe hatte, diesen Störfall zu untersuchen und der dazu folgendes feststellt:

Als Folge des offenbleibenden TSV 3

– also des Ventils –

entleerte sich nach dem ordnungsgemäßen Öffnen des Schnellöffnungsventils der gesamte Tankinhalt des SHS-Tanks zirka 4 Kubikmeter Wasser und zirka 10 Kubikmeter auf zirka 156 bar komprimierter Stickstoff über den Reaktordruckbehälter und den Flutraum.

– So der TÜV.

Wie stimmt denn das überein mit dem, was Sie der Öffentlichkeit vorgaukeln: Da sei eine Arbeitsbrücke kontaminiert worden? Wir wissen inzwischen, daß die Arbeiter fluchtartig davongerast sind, weil das Wasser nicht nur eingeströmt ist, sondern weil das Einstromen auch zum Hochspritzen des Wassers geführt hat.

Der TÜV stellt weiter fest:

Die durch den Stickstoffeintrag verursachte Aufwirbelung kontaminierter Partikel im Wasser sowie eine nennenswerte Bewegung der Wasseroberfläche durch den freien Aufstieg des Stickstoffs bewirkten den Überlauf von Flutraumwasser und dessen Ablauf in die Sümpfe des Reaktorgebäudes.

So geschehen in Gundremmingen am 12. März dieses Jahres. Um Ihre Theorie von der absoluten Sicherheit deutscher Kernkraftwerke aufrechterhalten zu können, sind Sie gezwungen, der Öffentlichkeit bei Störfällen nicht einmal die ganze Wahrheit zu sagen. Dies ist die Konsequenz.

(Beifall von der SPD – Abg. Otto Meyer: Es war nicht einmal ein meldepflichtiger Störfall!)

Um dies weiterzuführen, meine Damen und Herren von der CSU:

Ich konzedere dem Herrn Ministerpräsidenten ohne jede Einschränkung und auch nach dem, was ich jetzt gesagt habe, daß der Sicherheitsstandard bundesdeutscher Kernkraftwerke erheblich höher liegt als der der Kernkraftwerksblöcke in der UdSSR. Das konzedere ich ohne jede Frage. Nur ist dies nicht meine Diskussion und nicht die Diskussion der Sozialdemokraten, weil sich selbst unter den Befürwortern der Kernenergie niemand findet, der Ihnen sagen würde, ein Restrisiko bei diesem Sicherheitsstand sei ausgeschlossen.

(Abg. Hofmann: Das gilt für jede Technik!)

Jeder sagt, dieses Restrisiko ist vorhanden. Sie sagen, bei jeder Technik. Ich unterschreibe dieses. Ich sage gleich dazu, Herr Kollege Hofmann: Wenn dieses Restrisiko aber im Unglücksfall dazu führt, daß

(Hiersemann [SPD])

Tausende und Abertausende von Menschen sterben müssen, dann ist dies eine neue Qualität von Risiko als andere Risiken in der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie fragen, wie hoch dieses Risiko ist, dann wissen Sie sicher selber, daß nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung ein GAU bei den 17 deutschen Kernkraftwerken in einem Zeitraum zwischen einem und 20 000 Jahren passieren kann. Sie wären gut beraten, wenn Sie sich dabei auf 20 000 verlassen könnten. Bloß kann Ihnen kein Mensch die Sicherheit geben, daß dies nicht innerhalb dieser Spanne passiert.

(Abg. Hofmann: Wollen Sie jedes Risiko ausschließen?)

Wissen Sie, was ich mir manchmal heute während der Debatte gedacht habe? Was würden Sie eigentlich an dieser Stelle sagen, wenn ein zweites derartiges Unglück passieren würde? Was würden Sie dann sagen? Dann wären Sie die ersten, die laut nach einem sofortigen Abschalten aller Kernkraftwerke schreien würden. Das wäre die Konsequenz.

(Beifall bei der SPD)

Vom Herrn Ministerpräsidenten wurde gesagt, ein hoher Anteil des Exports sei notwendig, um unseren Lebensstandard zu halten. Dies ist ohne Frage richtig. Wenn man sich unser Land und seine wirtschaftlichen Strukturen anschaut, dann erkennt man, wie wir vom Export abhängig sind. Nur, Herr Ministerpräsident, gebe ich Ihnen eine Frage zurück: Wenn ich richtig informiert bin, dann sind bisher von den Kernkraftwerken, die in der Bundesrepublik hergestellt worden sind, ganze drei im Verlauf der Jahre exportiert worden. Das Geschäft mit Brasilien ist geplatzt, das Geschäft mit China ist geplatzt und das Geschäft mit Teheran ist geplatzt. Alles vor Tschernobyl.

(Zuruf von der CSU: Warum?)

– Also die Frage sollten Sie bitte nicht stellen. Fragen Sie Herrn Kollegen Hundhammer und haben Sie Verständnis dafür, daß ich dies hier nicht ausbreiten will. Die Teheran-Geschichte ist kein Glanzstück bundesdeutscher Unternehmensleistung gewesen. Sie hat uns nicht zuletzt in einem bestimmten Untersuchungsausschuß beschäftigt. Also bitte, lassen wir das jetzt weg.

Nach Tschernobyl scheint das Ägyptengeschäft zu platzen, weil Ägypten darüber nachdenkt, ob nicht andere Wege außerhalb der Kernenergie möglich scheinen. Wir wissen, 80 Prozent der Bevölkerung in Italien sind gegen Kernenergie, und wir sehen, daß in der DDR die Menschen langsam anfangen, trotz aller Schwierigkeiten, die damit in einer Diktatur verbunden sind, dagegen zu protestieren, und auch in Frankreich fängt der Widerstand langsam an. Was meinen Sie, wessen Exportchancen da größer sind: Die Exportchancen eines Landes, das weiterhin nur auf Kernenergie setzt, oder eines Landes, das zum Vorreiter im Bereich alternativer Technologien wird und damit einen riesigen Exportmarkt vor sich hat?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Beides muß man tun!)

Der Herr Ministerpräsident hat, wie das so schön üblich ist, wieder einmal den Herrn R a p p e zitiert und gefragt, ob wir denn nicht auf Arbeitnehmervertreter hören wollten. Ich nehme das sehr ernst, Herr Ministerpräsident. Nur, wenn Sie das gerade uns fragen, dann weise ich das mit Entschiedenheit zurück. Eine Partei, die den Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um den § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes den Krieg erklärt hat, hat nicht das Recht, Arbeitnehmervertreter als Zeugen anzuführen.

(Beifall von der SPD)

Für eine Partei, die ihre Pläne zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes für leitende Angestellte nur über die Wahl hinausgeschoben hat, verbieten sich Arbeitnehmer als Kronzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Und eine Partei, die nicht daran denkt, die Mitbestimmung weiter zu verlängern – jedenfalls wird sie sich nicht durchsetzen können, wie man sieht –, hat nicht das Recht, Arbeitnehmer als Kronzeugen im Munde zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat aus einem Parteitageprotokoll der SPD einen Beschluß des Jahres 1956 zitiert. Er hat ihn als Rechtfertigung dafür nehmen wollen, daß wir doch einmal ganz vernünftig gewesen seien, aber heute völlig ausflippen. Nur, Herr Ministerpräsident, wenn Sie das schon zitieren, warum haben Sie nicht auch anderes zitiert? Warum haben Sie zum Beispiel nicht folgende Passage zitiert:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen, Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte. Kohle ist das entscheidende Produkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.

Bergbau: Monopolartigen Charakter haben die Kohlebergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten für das gesamte Volk lebenswichtigen Urprodukts. Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebs zweckmäßig erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.

Eisenschaffende Großindustrie: Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten.

Auch das hätten Sie doch alles zitieren können!

(Abg. Widmann: Das wäre der größte Krampf gewesen!)

(Hierseemann [SPD])

– Herr Kollege Widmann, ich warte ja dauernd auf Ihren Zwischenruf. Wenn Sie sagen, das wäre der größte Krampf, dann muß ich Ihnen sagen: Das war das Ahlener Programm der CDU.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das war das Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU aus dem Jahre 1947. Haben Sie dies getan? Sie haben eine andere Politik betrieben, das heißt, Sie haben Ihre Meinung geändert.

Nächster Punkt: Warum haben Sie nicht das Aktionsprogramm der CDU aus dem Jahr 1954 zitiert? Ich sage es jetzt vorher, damit sich der Herr Widmann nicht noch einmal kaprizieren muß. Da heißt es:

An der Bekenntnisschule ist unbedingt festzuhalten, da dieser Schultyp die besten Voraussetzungen für eine ganzheitliche christliche Erziehung schafft.

Haben wir heute noch die Bekenntnisschule? Sie waren es doch selber, die auf unser Volksbegehren hin mit dazu beigetragen haben, daß wir zur Gemeinschaftsschule gekommen sind.

Meinen Sie nicht, daß es noch wichtiger ist, den Weg der Kernenergie zu verlassen, wenn er sich als falsch herausgestellt hat, als die ja nicht so gefährliche Bekenntnisschule?

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie meinen, Aussprüche aus der Vergangenheit hier zur Rechtfertigung Ihrer Politik zitieren zu müssen, dann müssen Sozialdemokraten Sie auch an manche Ihrer eigenen Aussprüche erinnern. Ich kann mich gut erinnern, daß es der Bundespolitiker **S t r a u ß** war, der einmal gesagt hat, jedem solle die Hand abfallen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt. Und die Bundeswehr ist geschaffen worden! Ich kann doch wohl mit Fug und Recht sagen, daß alle Entscheidungen ständiger Überprüfung unterliegen müssen. Wenn neue Erkenntnisse vorliegen, müssen diese auch zu neuen Antworten führen. Die alten Antworten müssen nicht immer die richtigen sein. Es ist einfach nicht zulässig, zum Beweis für die heutige halsstarrige Position darauf hinzuweisen, daß andere vor 30 Jahren auch einmal dieser Meinung waren.

Sie haben vor dem Hintergrund drohender Massenarbeitslosigkeit – das war für mich sehr interessant, weil ich vor wenigen Tagen in der Maxhütte war – auf die Probleme der Stahlindustrie hingewiesen, und Sie haben gesagt, die Stahlindustrie bei uns, insbesondere die **M a x h ü t t e**, sei schon deswegen nicht konkurrenzfähig, weil die Kosten für Strom in anderen Ländern um bis zu 20 Prozent niedriger seien. Sie haben Frankreich genannt.

Nein, Herr Ministerpräsident, das sind nicht die Gründe dafür, daß die Probleme bei der Maxhütte immer größer werden. Die Gründe dafür sind, daß in anderen Ländern die Stahlproduktion inzwischen staatlich subventioniert wird. Andere Länder, auch deutsche

Bundesländer, waren bereit, Stahlwerke zu entschulden. Es ist die CSU, die aus parteiideologischer Borniertheit die Maxhütte im Stich gelassen hat und die dortigen Arbeitsplätze vor die Hunde gehen läßt.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem der Importvorteil etwa 100 DM pro Tonne beträgt, wie Sie wissen, werden Ihnen sowohl der Arbeitsdirektor als auch die Betriebsleitungen und die Betriebsräte der Maxhütte entgegenhalten, daß allein der Kapaldienst 90 DM pro Tonne Stahl ausmacht. Da reden wir bitte nicht vom Strom, der hier die Konkurrenzunfähigkeit herbeigeführt hätte.

(Widerspruch des Staatssekretärs Dr. Freiherr von Waldenfels)

– Herr von Waldenfels, wenn Sie dabei den Kopf schütteln, kann ich nur sagen: Ihr Kopfschütteln kann nur einen Rückfall auf den Stand der Diskussion um die Schließung der Arbeitsplätze beim Kaltwalzwerk in Haidhof bedeuten, wo Sie ja hier im Haus eine große Show abgezogen haben, aber die Arbeitsplätze kaputt gegangen sind, weil Sie nicht bereit waren, dort zu helfen. Dies ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels)

– Ach gehen Sie, Herr Waldenfels. Mein Schweißausbruch hängt nicht mit der Unwahrheit zusammen, sondern damit, daß ich im Gegensatz zu Ihnen etwas fülliger bin. Jemand wie Sie kann schlecht schwitzen, das gebe ich zu.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Freiherr von Waldenfels)

Ein weiteres, Herr Ministerpräsident, ich bitte es sehr ernst zu nehmen:

Ich bin es langsam leid, daß in allen Reden ständig auf dem ohnehin schon gestörten Verhältnis zu unserem Nachbarland **Österreich** herumgetrampelt wird. Wer sich so über Österreich mokiert, wie das hier geschehen ist, der darf sich über Reaktionen aus unserem Nachbarland nicht wundern. Wer zum Beispiel die Vorstellungen der Salzburger Landesregierung, des Umweltschutzes, als puren Dilettantismus bezeichnet, wer den Herrn Landeshauptmann Haslauer und den Herrn Landeshauptmann Ratzeböck wie Schulkinder zusammenschimpft und wer zum Beispiel nichts dagegen tut, daß ein Bundesinnenminister wie in besten Kolonialzeiten durch unser kleines Nachbarland trampelt, der darf sich nicht wundern, wenn Österreicher gegen diese Anlage demonstrieren wollen. Sie haben doch alle vernünftigen Einwendungen vorher nicht zur Kenntnis genommen!

(Beifall bei der SPD)

Nun zur **W A A**. Herr Strauß, ich habe die interessantesten neuen Töne sehr wohl gehört. Ich habe sie auch schon vor ein paar Tagen in der Presse gelesen. Nicht etwa die Staatsregierung ist schuld an der WAA. Nie! Das ist alles Bonn! Sie merken langsam, was sich in der Oberpfalz entwickelt und versuchen mal wieder, Ihr altes Rezept des Absentierens in gefährlichen Situationen anzuwenden. Nur: So geht das

(Hirsemann [SPD])

nicht. Haben Sie nicht mit Herrn Albrecht wie armenische Teppichhändler um dieses Projekt gefeilscht?

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie nicht versucht, sich bei der DWK mit allen möglichen Versprechungen immer wieder in den Vordergrund zu schieben genauso wie der Herr Albrecht? Genauso! Man kann nicht so um ein Projekt buhlen, wie das hier geschehen ist, und hinterher sagen: Wir haben damit überhaupt nichts zu tun, das sind die Bonner.

Dann sagen Sie: Wackersdorf löst unsere Probleme. Deswegen brauchen wir dies. Sie hätten dazusagen müssen: Auch die Wiederaufarbeitungsanlage braucht ein Endlager. Wenn die Probleme beim Endlager so groß sind, wie hier dargestellt, ja um Gottes willen, wie kann man dann eine Wiederaufarbeitungsanlage bauen? Dann muß ich doch das Problem der Endlagerung endlich klären.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, dem stimme ich ausdrücklich zu: Wir haben Probleme bei der Entsorgung. Diese haben wir wirklich. Die wären alle Anstrengungen der Parteien wert, sie zu lösen. Aber diese Probleme bei der Entsorgung müßten doch insbesondere dazu führen, daß Sie, wenn Sie es schon nicht aus Skepsis gegenüber der Kernenergie und nach Tschernobyl tun, zumindest sagen: Wir müssen so lange langsam treten, bis die Entsorgungsfrage geklärt ist, und dürfen uns nicht noch weiter in immer größere Mengen radioaktiven Abfalls verstricken, ohne zu wissen, wohin damit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben diese Probleme stark beklagt und gesagt, ich zitiere: Keiner weiß, welche Probleme uns noch begegnen werden. Ich halte dies für zutreffend. Nur, Herr Ministerpräsident, wenn dies keiner sagen kann, dann ist es doch unverantwortlich, den Marsch in die Kernenergie so fortzusetzen, wie das von Ihnen geplant ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung der WAA könne ausgeschlossen werden. Ich bin ja schon froh, daß das schlimme Wort von der Fahrradspeichenfabrik hier nicht wieder gefallen ist, daß die WAA so völlig harmlos wäre. Nun wissen wir alle, daß in der Tat die Häufigkeit von Unfällen bei der WAA wohl erheblich geringer ist als bei Kernkraftwerken, noch geringer, wenn Sie das so wünschen. Nur, es gibt bereits beim Normalbetrieb Auswirkungen auf die Bürger. Sie haben gesagt, die WAA sei hundert- bis tausendmal sicherer. Die Antragswerte für die Emission radioaktiver Stoffe der WAA liegen im Normalbetrieb bei 40 000 Curie Tritium. Der Antragswert für ein typisches Kernkraftwerk von 1300 Megawatt liegt bei null bis zehn Curie Tritium, bei 360 Curie Kohlenstoff 14, bei 4 300 000 Curie Krypton 85. Und so geht es weiter. Für sämtliche Aerosole liegen die Werte bei einem normalen Kernkraftwerk bei fünf Curie und für

sämtliche Edelgase bei 50 000 Curie, bei der WAA Krypton 85 wie gesagt über vier Millionen Curie. Aber es ist völlig sicher! Es mag in der Tat ein bißchen sicherer für die Leute sein, die unmittelbar an der WAA wohnen, weil der Schornstein mit einer Höhe von über 200 Metern dafür sorgen wird, daß die Emissionen sehr weit verbreitet werden. Was heißt aber sicher, wenn vor kurzem die Staatsregierung selber zugeben mußte, daß das Problem Krypton nicht gelöst sei und eine Pilotanlage gebaut werde, von der keiner sagen kann, ob sie funktionieren wird.

Genau dasselbe, was beim Einstieg in die Kernenergie durch das Nichtwissen, wie die Entsorgung von-statten gehen soll, geschehen ist, passiert jetzt hier. Eine Anlage, deren Ungefährlichkeit kein Mensch unter Beweis stellen kann, bei der ganz im Gegenteil die Antragswerte für die Emission radioaktiver Stoffe weit über den Antragswerten von Kernkraftwerken liegen, halte ich nicht für verantwortbar. Ich halte die Anlage auch nicht für nötig. Es ist doch nicht vom Himmel gefallen, daß die Entwicklung der direkten Endlagerung ein Stück hinter der Technologie der Wiederaufarbeitung herhinkt. Das kommt doch daher, weil diese Bundesregierung und die sie tragenden Parteien einseitig auf die Technologie der Wiederaufarbeitung gesetzt haben, anstatt mit gleicher Entschiedenheit die Technologie der direkten Endlagerung voranzutreiben, wie uns beim Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung selbst Fachleute mitgeteilt haben. Also sollten wir doch wohl alles tun, um die Entwicklung der direkten Endlagerung voranzutreiben.

(Zuruf des Abg. Michl)

Herr Ministerpräsident, Sie haben am Schluß Ihrer Rede eine sehr interessante Formulierung gebraucht, die mir sehr gut gefallen hat, weil sie mich an viele Dinge der Vergangenheit erinnert hat. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Auch die Autorität der Kirche wird für Aussagen zur Energiepolitik in Anspruch genommen. Selbstverständlich soll sich jeder Christ nach bestem Wissen und Gewissen über politische Fragen seine Meinung bilden und sie als Staatsbürger unserer demokratischen Ordnung in die öffentliche Auseinandersetzung einbringen.

Sie wenden sich dagegen, daß dies ex cathedra geschieht. Ich teile diese Meinung. Wenn Sie sich die Stellungnahme der Evangelischen Landeskirche ansehen, so geschieht da nichts ex cathedra, sondern es wird einfach eine vorhandene Sorge weitervermittelt und die Bitte an Politiker gerichtet, noch einmal über diese Frage nachzudenken. Wenn Sie diesen Grundsatz wirklich so akzeptieren, wie Sie ihn heute dargestellt haben, wo waren dann Ihre Bedenken gegen die Hirtenbriefe der katholischen Kirche an jedem Wahlsonntag? Dies war doch wohl Verkündigung ex cathedra!

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Kirche nicht das Recht hat, zu den Problemen der Plutoniumwirtschaft, der Wiederaufarbeitungsanlage, der Kernenergie Stellung zu nehmen,

(Hiersemann [SPD])

wenn sie nicht das Recht hat, sich zu Fragen, welche die Menschheit berühren, zu äußern, dann hätten Sie auch protestieren müssen, als die Katholische Kirche sich lautstark zum § 218 geäußert hat.

(Zuruf des Abg. Norbert Geis)

– Wir haben das damals akzeptiert, Herr Kollege Geis.

(Abg. Norbert Geis: Das ist rundum abwegig!)

– Ach so? Meinen Sie, das ungeborene Leben im Mutterleib ist nicht genauso schützenswert wie das Leben von Tausenden von Menschen, die bei einem Kernkraftwerksunfall umkommen können?

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Norbert Geis: Das ist scheinheilig!)

– Nein, Herr Kollege Geis, wir waren zwar nie Ihrer Meinung, aber wir haben immer darauf geachtet, daß die Kirche das Recht hat, ihre Meinung zum § 218 sehr deutlich zu sagen.

(Zuruf der Frau Abg. Geiss-Wittmann)

– Wir waren nie im Maria-Goretti-Kreis, gnädige Frau.

Ich bitte Sie nur darum, den Kirchen dasselbe Recht im Rahmen dieser Auseinandersetzung zuzubilligen, das Sie ihnen damals zugebilligt haben.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Herr Kollege Hiersemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Geis?

**Geis Norbert (CSU):** Sind Sie, Herr Kollege Hiersemann, nicht mit mir der Meinung, daß der Vergleich der friedlichen Nutzung der Atomkraft mit § 218, der Vernichtung ungeborenen Lebens vorsätzlich, mehr als scheinheilig ist?

(Abg. Hofmann: Vorsätzlich!)

**Hiersemann (SPD):** Ich würde diese Frage gern an die Menschen weitergeben wollen, die nach dem Unfall in Tschernobyl todkrank in ihren Betten liegen und nicht mehr wissen, wie sie ihr Leben weiter gestalten sollen.

(Zustimmung bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Abg. Huber (Landshut): Da müssen Sie zum russischen Botschafter gehen!)

Auch das ist menschliches Leben. Und Aufgabe der Politik ist der Schutz menschlichen Lebens, ganz gleich in welcher Form.

(Beifall bei der SPD)

Sie können nicht die Stellungnahmen der Kirchen bereitwillig akzeptieren, wenn sie Ihnen in den Kram passen, aber nicht mehr dann, wenn sie Ihnen nicht passen.

**Erster Vizepräsident Kamm:** Herr Kollege Hiersemann, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Geis?

(Abg. Klasen: Er ist hartnäckig!)

**Geis Norbert (CSU):** Herr Kollege Hiersemann, sind Sie nicht doch mit mir der Meinung, daß es unseriös ist, eine vorsätzliche Tötung im Sinne des § 218 und einen Unfall, der in Tschernobyl passiert ist und der von uns ja nicht gebilligt wird, miteinander zu vermengen?

(Zustimmung bei der CSU)

**Hiersemann (SPD):** Nein, Herr Kollege Geis! Ich will versuchen, das deutlich zu machen. Natürlich gibt es da einen Unterschied, das bestreite ich nicht. Im Rahmen des § 218 muß es Aufgabe der Politik sein, menschliches Leben, das Familienleben und das gesellschaftliche Leben so zu gestalten, daß Abtreibung aus sozialen Nöten überhaupt nicht erforderlich ist. Und bei der Energie ist es Aufgabe der Politik, diese so zu gestalten, daß eine Gefährdung von Menschen ausgeschlossen ist. Darin liegt die Identität, und das erklärt den Anspruch der beiden Kirchen, sich zu beiden Fragen zu äußern. Denn dabei geht es nicht um tagespolitische Fragen, sondern um essentielle Fragen unseres menschlichen Zusammenlebens, wo Stellungnahmen der Kirchen durchaus Platz haben. Sie müssen aber akzeptieren, daß es auch Stellungnahmen geben kann, die Ihnen nicht in die Parteilinie passen. Wir haben das früher auch akzeptiert, und ich bitte Sie, daß Sie das heute auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluß sagen, daß die hoffnungsvollen Ansätze, die hier im Landtag nach Tschernobyl erkennbar waren, schon wieder verschüttet sind.

(Abg. Michl: Es hat sich nichts geändert!)

Wir stellen fest, daß diejenigen, um ganz bewußt diese Formulierung zu gebrauchen, die damals auf Besinnlichkeit gemacht haben, nichts anderes getan haben, als in einer konkreten emotionalen Situation den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

(Zustimmung bei der SPD)

Spätestens mit dem heutigen Tag ist klar, welche Fronten durch dieses Haus gehen: Eine CSU, die ohne Wenn und Aber auf Kernenergie und Plutoniumwirtschaft setzt, und eine SPD, die einen schrittweisen Ausstieg aus dieser Energiewirtschaft will, die Energien will, welche die Menschen weniger gefährden als die, auf welche die Politik bisher gesetzt hat. Das ist die Frontstellung!

(Zurufe bei der CSU, u. a. der Abg. Michl, Asenbeck und Manfred Hölzl)

– Nicht wegen der Grünen! Aber, Herr Kollege Hölzl, ich habe auch meine Zweifel, ob Sie in der Lage sind, die Unterschiede zu sehen.

(Abg. Manfred Hölzl: Welche denn?)

(Hiersemann [SPD])

– Ich habe heute vormittag deutlich gemacht, worin wir uns von den Grünen unterscheiden.

(Widerspruch des Abg. Manfred Hölzl)

– Herr Kollege Hölzl, sagen Sie mal, ist Ihnen das Wort „sofort“ und „schrittweise“ und der Unterschied zwischen diesen Wörtern überhaupt ein Begriff? Wenn nicht, dann unterlassen Sie Ihre Zwischenrufe.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nicht in der Lage sind, vor lauter Wahlkampfdonner von Ihrer üblichen Masche des In-einen-Topf-Werfens der Sozialdemokraten und der Grünen wegzukommen, ist das nicht meine Schuld. Sie werden das im Wahlkampf wieder versuchen.

(Abg. Mittermeier: Was ist denn „schrittweise“?)

Wir werden sehr sauber sagen, wo die Unterschiede liegen. Daran werden Sie uns nicht hindern können. Sie können uns weiter diffamieren und verdächtigen. Ihre Glaubwürdigkeit erhöht das sicher nicht. Es besteht sehr wohl ein Unterschied zwischen einer Partei, die sofort abschalten will, ohne sich darum zu kümmern, welche negativen Ergebnisse dies für die Umwelt hat, und einer Partei, die einen schrittweisen Ausstieg unter Beachtung all dieser Dinge will.

(Zurufe von der CSU)

– Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Dabei wollen wir es bewenden lassen.

Wir werden angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Hause nicht in der Lage sein, die CSU zu einem Kompromiß zu bewegen.

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

Bei 58 Prozent sitzt man auf einem so hohen Roß der Arroganz, daß Kompromißfähigkeit zum Fremdwort wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Walter Hofmann: Ihre Arroganz! – Abg. Beck: Arroganz gibt es auch bei 30 Prozent!)

– Ich würde vorschlagen, Herr Hofmann, wir lassen den Wähler entscheiden, wer arroganter ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Das machen wir!)

Die Bauern in Trostberg haben Ihnen das bei der Podiumsdiskussion sehr deutlich gesagt. Dort konnten Sie sich nur noch durch eine Beschimpfung der Bauern retten. Nach dem, was Sie sich dort geleistet haben, mußten Sie nur den Mund aufmachen, und die Bauern haben schon gepfiffen. Ich habe sie auch verstanden.

(Abg. Walter Hofmann: Ganze drei waren das!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe darauf, daß wir über diese Fragen nach dem 12. Oktober noch einmal debattieren können, dann, wenn ein anderes Wahlergebnis bei Ihnen die Kompromißfähigkeit gestärkt hat.

(Starker Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Nächste Wortmeldung Herr Kollege Tandler. Bitte, Herr Kollege!

**Tandler (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der CSU-Fraktion möchte ich zunächst der Staatsregierung, dem Herrn Ministerpräsidenten, dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister für die umfangreiche, eingehende und informative Beantwortung unserer Interpellation herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Der Zweck dieser Großen Anfrage war ein zweifacher: Sie sollte ein Beitrag zur breiten Information der Öffentlichkeit über dieses gesamte Thema sein. Sie sollte aber auch eine Chance für Sie von der SPD sein, die Sie bislang nicht genutzt haben –

(Abg. Dr. Seebauer: Das müssen Sie aber gleich dazusagen!)

– ja, ich sage das ganz offen –,

(Abg. Dr. Seebauer: Ha, ha! Ganz offen!)

einmal darzustellen, wie die Alternative aus Ihrer Sicht aussieht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich mir die Äußerungen des Kollegen Hiersemann, die er gerade von sich gegeben hat, vor Augen führe, dann gibt es für einen Teil seiner Ausführungen nur zwei Deutungen: Entweder hat er dem Ministerpräsidenten nicht zugehört, oder er wollte ihn bewußt nicht verstanden haben.

(Beifall bei der CSU)

Denn das Thema „große Angst“, das viele zur Zeit gerne spielen, hat der Ministerpräsident entgegen Ihrer Unterstellung nicht gespielt.

(Abg. Hiersemann: So?)

Wenn Sie glaubten, ihm vorhalten zu müssen, er habe die Notwendigkeit eines starken Exports von Produkten der deutschen Volkswirtschaft zur Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards in Zusammenhang gebracht mit dem Wunsch nach umfangreichen Exporten von Kernenergieanlagen, dann haben Sie ihn ebenfalls falsch verstanden oder nicht verstehen wollen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Aber das ist auch Export, oder?)

– Das ist auch Export.

Wenn Sie weiter glaubten, uns das Recht nehmen zu dürfen, namens der Arbeitnehmerschaft in Bayern zu sprechen, dann haben Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen, daß die größte Arbeiterpartei Bayerns die CSU ist.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Sehr gut! Deswegen auch der § 116 usw.!)

– Wir haben mehr Arbeitnehmer in der Partei und ihren Arbeitsgemeinschaften, als Sie insgesamt Mitglieder in Bayern zusammen bekommen.

(Tandler [CSU])

(Beifall bei der CSU – Abg. Klasen: Ah, ah, ah!)

Daß die im DGB organisierten bayerischen Arbeitnehmer – die Organisationsdichte des DGB ist ja zu seinem Leidwesen in Bayern relativ gering – in ihrer Mehrheit CSU wählen,

(Abg. Hiersemann: Ah so?)

ist eine Tatsache, die Sie natürlich nur mit Betrübniß zur Kenntnis nehmen können.

(Beifall bei der CSU)

Sie tragen gegenwärtig auch alles dazu bei, daß sich dies bei den kommenden Wahlgängen am 12. Oktober und 20. Januar nicht ändert.

(Abg. Klasen: Dann warten Sie nur ab!)

Der Ministerpräsident hat auch nicht davon gesprochen, daß Sie im Jahre 1956 mit Ihren Thesen zur Nutzung der Kernenergie in besonderer Weise vernünftig gewesen wären. So wie ich ihn verstanden habe, wollte er darstellen, daß Sie, so wie Sie damals auf einem extremen Weg anzutreffen waren,

(Abg. Alois Glück: Genau!)

heute genau auf dem entgegengesetzten Weg zu finden sind.

(Beifall bei der CSU)

Was den Wettlauf zwischen Niedersachsen und Bayern anbelangt, kommt es bei der Beurteilung nur auf den Ort des Geschehens an. In Bayern wird es von Ihnen so beurteilt, in Niedersachsen von Ihren dortigen Parteifreunden anders,

(Abg. Hiersemann: Wieso?)

je nachdem, wie es am besten paßt. In Bayern wird uns vorgeworfen, wir hätten uns darum gerissen; in Niedersachsen wird dem Herrn Albrecht vorgeworfen, er hätte sich nicht genügend eingesetzt. Wäre es derzeit noch so modisch wie 1956, für die WAA einzutreten, dann möchte ich nicht wissen, wie die SPD in Niedersachsen vor dem Landtagswahltermin die Tatsache hochgespielt hätte, daß die WAA nicht in Niedersachsen, sondern in Bayern gebaut werden soll.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Sie hat es aber nicht, Herr Tandler! Das ist eine unzulässige Beweisführung!)

Schließlich halte ich es schlicht und ergreifend für unpassend, daß Sie sich in Ihrer Argumentation dazu versteigen, das Thema Kernenergie mit dem § 218 in Zusammenhang zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist noch sehr zurückhaltend formuliert. Sie sprechen davon, es sei Aufgabe der Politik, den Schutz menschlichen Lebens sicherzustellen. Da kann ich nur die Frage stellen: Was hat denn die Bundesregierung der Jahre 1969 bis 1982 getan, um hunderttausendfaches Abtreiben Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden?

(Beifall bei der CSU – Abg. Klasen: Sie haben doch zugestimmt! – Abg. Hiersemann: Ihr habt doch zugestimmt im Bundestag! Das ist doch die Scheinheiligkeit in Potenz!)

– Sie müssen sich an Ihren Ausführungen messen lassen.

(Abg. Klasen: Sie auch!)

– Diese Formulierung haben Sie gebracht. Sie brauchen mir nicht vorzuwerfen, daß dieser Formulierung von seiten der Union zugestimmt worden ist.

(Abg. Dr. Seebauer: Doch, so ist es!)

Sie brauchen mir auch nicht vorzuwerfen, daß wir – entgegen manchen anderen Kreisen, die das von uns fordern – nicht der Auffassung sind, die Abtreibung solle wieder unter Strafe gestellt werden. Aber was uns von Ihnen unterscheidet, ist die Tatsache, daß wir seit 1982, seit wir in Bonn wieder die Möglichkeit der politischen Gestaltung haben, ein Gesetz nach dem anderen durchgesetzt haben, um die Situation der Familien, der Mütter und der Väter in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Abg. Klasen: Das ist ja grotesk! Genau das Gegenteil ist der Fall!)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Herr Kollege Tandler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Tandler (CSU):** Ich habe es schon dreimal gesagt: später.

Das war unser Beitrag, um der Forderung gerecht zu werden, die Sie vorher postuliert haben: Es ist Aufgabe der Politik, den Schutz des menschlichen Lebens sicherzustellen.

(Abg. Klasen: Das Kindergeld habt ihr gestrichen!)

Das haben wir mit unserer Familienpolitik im Rahmen des Möglichen getan.

(Abg. Klasen: Das Gegenteil habt ihr getan! Da müßt ihr einmal die Familienverbände fragen!)

– Von den Familienverbänden ernten wir große Zustimmung.

(Lachen des Abg. Klasen – Abg. Möslin: Das ist wahr!)

Sie sprechen davon, es sei Aufgabe der Politik, Energiepolitik so zu gestalten, daß Gefährdung von Leben auszuschließen sei.

Das ist nicht nur die Aufgabe der Energiepolitik, das ist schlechthin Aufgabe der Politik. Es ist auch Aufgabe der Verteidigungspolitik,

(Beifall bei der CSU)

Frieden, Freiheit und damit die Menschen in einem sicheren Leben zu erhalten.

(Abg. Hiersemann: Aber auch der Energiepolitik!)



(Tandler [CSU])

– Das habe ich gerade gesagt. Herr Kollege Hiersemann, wenn Sie etwas mehr Geduld hätten und die Disziplin an den Tag legen würden, die andere Kollegen im Haus haben, wenn Sie beispielsweise reden, wäre es ganz gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es ist nicht nur Aufgabe der Energiepolitik, es ist Aufgabe der Politik schlechthin. Man sollte diejenigen, die die von der Technik gebotenen Möglichkeiten, Leben lebenswert zu gestalten und verantwortungsbewußt zu nutzen, und die diese Nutzung auch gesetzmäßig garantieren, nicht diffamieren. Denn wenn Sie dies gegenüber den heute politisch Verantwortlichen tun, tun Sie es gleichzeitig gegenüber jenen, die früher gemeinsam mit uns diese Konzeption entwickelt und durchgesetzt haben.

(Beifall bei der CSU)

Was Sie zum Thema „Frontstellung“ gesagt haben, haben wir zur Kenntnis genommen. Diese Auseinandersetzung wird uns wohl die kommenden Jahre begleiten. Damit bin ich bei einem Thema, das mich nicht nur in diesem Zusammenhang aufrichtig beschäftigt. Ich habe es neulich in bezug auf Fragen zur inneren Sicherheit ausgeführt.

Warum ist es in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich, für das Leben und das Zusammenleben so wichtige Fragen, wie die Energiepolitik und die Nutzung der Kernenergie sie darstellen, außerhalb einer parteipolitischen Auseinandersetzung im Rahmen einer gesamtstaatlichen Verantwortung zu behandeln?

(Abg. Dr. Seebauer: Wo nehmen Sie denn den Gesamtstaat her? Sie machen doch alles auf Konfrontation!)

Ich stelle mir die Frage: Warum ist es in Frankreich möglich, die Nutzung der Kernenergie für militärische und zivile Zwecke außerhalb parteipolitischer Profilierung zu diskutieren? Das Thema Militär- und Verteidigungspolitik will ich dabei heute gar nicht einführen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:  
Nehmen wir umgekehrt Österreich, Herr Tandler!)

– Wenn ich zu dem Thema jetzt sage, was mir auf der Zunge liegt, werden Sie mir die entsprechenden Vorwürfe machen. Aber ich komme später darauf zurück.

In Frankreich ist die Frage der friedlichen und der militärischen Nutzung der Kernenergie keine parteipolitische Etage.

(Abg. Klasen: Noch! – Abg. Hiersemann:  
Leider!)

Daß es in der Bevölkerung Gegner gibt, ist überhaupt kein Wunder und auch nichts Besonderes. Die gibt es selbstverständlich auch in Frankreich. Aber es müßte

auch bei uns möglich sein, was dort der Fall ist, daß die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie unter dem Gesichtspunkt betrachtet wird: Was ist richtig und was ist notwendig für das wirtschaftliche und soziale Leben unseres Landes?

(Beifall bei der CSU)

Daß die Grünen das nicht tun, sondern diese Frage zur Profilierung und zur Kampfansage an unser System nutzen, sollte uns nicht verwundern. Aber uns wundert, das ist erstaunlich, daß Sie sich in diesen Bereich drängen lassen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Matschl: Das ist das Verwunderliche! – Abg. Hiersemann:  
Zwei Drittel der Bevölkerung stehen hinter uns!)

Ihre Partei hat Jahre hindurch immer verkündet, daß es die Technik sei, die das Leben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, überhaupt in der Zukunft, lebenswert und humaner gestalten könne, die den Menschen von allen Zwängen befreien könne, die ihn Jahrhunderte hindurch belastet hätten. Das war Ihre These.

(Abg. Kolo: Das stimmt nach wie vor!)

Ich frage mich bloß, wie Sie sich das am bayerischen Beispiel vorstellen. Wir streiten heute darüber, ob Bayern vorn ist oder nicht. Wir sagen, wir sind es.

(Abg. Kolo: Das kommt auf den Standpunkt an!)

- weil die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts in Bayern in den vergangenen Jahren laufend über dem Bundesdurchschnitt lagen,
- weil die Beschäftigungsziffern in Bayern besser sind als in anderen Regionen der Bundesrepublik, insbesondere besser als in jenen Regionen, die traditionell die wirtschaftlichen Schwerpunkte innerhalb der Bundesrepublik und früher im Deutschen Reich gewesen sind,
- weil sich auch die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu anderswo bei uns relativ günstig darstellt, bei allen Problemen, die wir damit nach wie vor immer noch haben.

Wir wissen wie Sie, daß wir jahrelang unter einer ganzen Reihe von Nachteilen gelitten haben. Die Verkehrsanbindung war schlecht. Die Lage zu den großen Märkten war ungünstig wegen der großen Entfernung. Aber der eigentliche Hemmschuh für die Industrien, die wir gerne bei uns angesiedelt hätten, waren die hohen Energiepreise. Es ist in den sechziger Jahren mit den Raffinerieansiedlungen in Ingolstadt erstmals gelungen, die bayerischen Energiepreise an den Durchschnitt des Bundes heranzuführen. Ich will heute nicht mehr davon sprechen, aber ich kann mich noch sehr gut erinnern, was damals in den Zeitungen über die Debatten im Bayerischen Landtag zu lesen war wegen der Gefährdungen, die mit Pipelines für die anliegenden Menschen verbunden wären.

(Tandler [CSU])

Daß sich Bayern in den vergangenen zwanzig Jahren wirtschaftlich überhaupt so entwickeln konnte, hängt mit Ingolstadt und der Absenkung der Energiepreise engstens zusammen, und daß wir dabei sind, endlich nach vorne zu kommen, verdanken wir, das wissen Sie genauso gut wie wir, in erster Linie neben der Verbesserung der Verkehrsanbindung in ganz besonderem Maße der Tatsache, daß in der Industriege-schichte Deutschlands die Energiepreise in Bayern erstmals unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen genauso gut wie ich, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß 62 Prozent der bayerischen Stromversorgung aus Kernenergie stammen. Sie werfen uns vor, daß dieser Prozentsatz zu hoch sei. Hierzu darf ich die Rückfrage stellen: Was halten Sie von Ihren Parteifreunden in Hamburg? Im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung habe ich gelesen, daß dort 87 Prozent der Stromversorgung aus Kernenergie stammen.

(Abg. Geiss-Wittmann: Hört! hört!)

Man sage mir einmal, wie man in Hamburg umsteigen soll. Ich will Ihre Antwort gar nicht in bezug auf Bayern allein haben.

(Abg. Walter Hofmann: Die müssen sich wärmer anziehen!)

Wie soll das dort möglich sein? Sie hören das nicht gerne, aber jetzt stelle ich einmal eine Frage. Barbara Rütting, eine gute Schauspielerin, die übrigens auch gute Kochbücher schreibt, wie ich persönlich feststellt habe, hat uns in Wackersdorf empfohlen, wir sollten uns wie Österreich verhalten. Zu dem Thema hat der Herr Ministerpräsident schon einiges gesagt. Sie meinten, Herr Hiersemann, wir würden das Verhältnis zwischen Bayern und Österreich belasten. Aber gute Nachbarschaft muß auch Wahrheiten ertragen können.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:  
Wahrheiten schon, aber nicht das  
Mokieren!)

Was soll eigentlich geschehen? Sagen Sie bitte, was Ihre Alternative ist!

(Abg. Niedermayer: Ihr habt keinen  
Vorschlag!)

Wie soll diese Lücke geschlossen werden? Herr Hiersemann, ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie davon sprechen, wir sollten von heute auf morgen abschalten. Das haben Sie nie getan, aber es gab Kräfte in Ihrer Partei, die das verlangt haben. Die spk, die Ihnen nicht ganz unbekannt ist, hat das auch veröffentlicht. Die Jungsozialisten meinten, innerhalb der nächsten fünf Jahre. Die gehören doch zu Ihnen.

(Abg. Hiersemann: Aber Sie wissen, was ein  
Parteitagsschluß ist, oder?)

Die spk ist ein offizielles Organ der Landtagsfraktion und des Landesverbandes. Sie hat veröffentlicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre.

(Abg. Klasen: Bei Ihnen darf nur veröffent-  
licht werden, was die oben wollen!)

Lassen Sie es meinetwegen innerhalb der nächsten zehn oder fünfzehn Jahre sein. Nur, wenn ich auf der einen Seite, wie Sie es heute hier getan haben, die Gefahren so groß an die Wand male und der Bevölkerung damit, ob bewußt und gewollt oder unbewußt Angst mache, dann sind Sie erst glaubwürdig, wenn Sie sagen, wir müssen von der Gefährlichkeit der Anlage her sofort abschalten.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten aber auch gleichzeitig sagen, welche wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen das hat. Wenn Sie sagen, in zehn oder fünfzehn Jahren, nennen Sie bitte die Alternative! Sagen Sie, wieviel einzusparen ist. Sie wissen doch genauso gut wie ich, daß 77 Prozent der Energie von der Wirtschaft verbraucht werden. Soll dort eingespart werden, bei den Arbeitsplätzen?

(Abg. Klasen: Aber bei den Prognosen ha-  
ben Sie sich schon einmal getäuscht!)

23 Prozent werden im privaten Bereich verbraucht. Dort kann teilweise sicherlich noch eingespart werden, ja, mit Bezugscheinen könnten Sie ungeheuer viel erreichen.

(Abg. Hiersemann: Aber doch nicht das  
auch noch!)

Was glauben Sie denn! Pro Person und pro Quadratmeter Wohnfläche und was weiß ich nicht alles.

(Abg. Hiersemann: Und für CSU-Mitglieder  
das doppelte Quantum! – Abg. Klasen: Sie  
kriegen gelbe, und wir kriegen blaue!)

Das wollen Sie? Nein, ich unterstelle es Ihnen nicht. Das wollen Sie alles nicht. Dann sagen Sie bitte, wie die Lücke geschlossen werden soll.

Soll es vielleicht durch einen weiteren Ausbau der Wasserkraft geschehen? Sagen Sie bitte nicht, die kleinen Kraftwerke dürften nicht vergessen werden. Für die waren wir nämlich schon immer. Wir waren nie große Zentralisten bei der Stromversorgung, was Sie, Herr Kolo, uns immer ganz gern unterstellt haben. Wir sind für Sowohl-Als-auch. Zum weiteren Ausbau der Wasserkraft ist bezüglich der Salzach vom Herrn Ministerpräsidenten schon gesagt worden, was dazu zu sagen ist. Waren wir nicht alle dagegen, daß diese fünf Kraftwerke an die Salzach kommen? Waren wir nicht einmütig dagegen?

(Abg. Kolo: So ist es!)

Wie war es denn an der Isar, als es um das Problem der Erosion des Flußbettes gegangen ist, Herr Kolo, als die Frage war: Nutzung der Wasserkraft oder Reduzierung dieses Problems, weitere Kraftwerke oder Ausbau des Bettes, Nichtnutzung und Landschaftsschutz und dergleichen mehr?

(Abg. Maurer: Sehr gut!)

Wo also?

(Tandler [CSU])

Herr Hiersemann, Sie hätten eigentlich auch auf einen weiteren wesentlichen Punkt in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten eingehen können: auf die zusätzliche Belastung der Umwelt beim Umstieg auf fossile Brennstoffe. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Abg. Gastinger: Da schweigen sie sich aus!)

Nein, darüber wird schweigend hinweggegangen.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich warte immer noch.

(Abg. Klasen: Warten Sie halt ab!)

Ich warte immer noch auf die Empörung derjenigen, die uns noch vor wenigen Monaten auf das Problem des „sterbenden deutschen Waldes“ hingewiesen haben. Sie haben das auch mit Gewichtigkeit und großer Empörung in der Stimme getan.

(Abg. Hiersemann: Deswegen sind wir doch gegen das sofortige Abschalten, weil wir wissen, was das bedeutet!)

– Ja, was heißt denn „sofort abschalten“? Lieber Herr Hiersemann, für Umsteigen, so hat es der Kollege Glück neulich formuliert, sind wir dann, wenn am Bahnhof auf dem Nachbargleis der neue Zug steht, in den man einsteigen kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Hiersemann)

Aber Sie sind ja für das Umsteigen, wenn der Zug auf dem Nachbargleis noch gar nicht da ist!

(Abg. Beck: Wenn das Gleis noch gar nicht da ist! – Abg. Klasen: Den Geisterzug bauen Sie in Wackersdorf! – Abg. Kolo: Aber das Gleis sollte man wenigstens langsam bauen!)

Das empfehlen wir nicht. Das wäre dann eine Geisterbahn, für die wir uns nicht zuständig fühlen.

Also, was soll kommen? Erdöl? Herr Kollege Hiersemann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ich will Ihnen nichts Falsches unterstellen, dann haben Sie bei Ihrer Begründung auf die derzeit niedrigen Erdölpreise abgehoben. Ja, glauben Sie denn, daß sie derzeit so niedrig sind, weil die Nachfrage so hoch ist? Es ist doch vielmehr so: In dem Augenblick, in dem sich die Nachfrage fundamental ändert, wird sich auch der Preis wieder ändern! Die Umwelt würde zusätzlich belastet!

(Zustimmung bei der CSU)

Herr Kollege Hiersemann, glauben Sie denn, daß es für uns ein Vergnügen ist, für die Nutzung der Kernenergie einzutreten und uns dafür von Ihnen und anderen prügeln zu lassen, uns der Verantwortungslosigkeit zeihen zu lassen und ähnliches mehr? Glauben Sie, daß das ein Vergnügen für uns ist? Doch in keiner Weise. Aber nachdem wir in der Verlegenheit sind, für die Regierungspolitik zuständig zu sein – sehr gern, wie ich zugebe –, können wir uns natürlich

nicht darauf verlassen, daß wir nach dem 12. Oktober nicht diejenigen sein werden, deren Aussagen vor dem 12. Oktober mit den anschließenden, von den Aussagen abweichenden Regierungsgepflogenheiten verglichen werden. Wir sind doch diejenigen, die heute so sprechen müssen, wie sie hernach handeln müssen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Das ist aber ganz neu bei Ihnen, wenn ich an Ihre Sprüche zu unserer Regierungszeit denke: 1986 nur noch eine Million Arbeitslose! – Abg. Klasen: Und das neue Lehrbildungsgesetz! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ja, wie es in Ihrer Regierungszeit war, Herr Hiersemann, vielen Dank für diesen Zwischenruf. Während Sie in der Bundesregierung waren, Helmut Schmidt Ihr Bundeskanzler war, waren Schmidt und die Mehrheit, schon lange nicht mehr die ganze SPD, für eine Nutzung der Kernenergie. Heute, da haben Sie recht, seit Sie die Regierungsverantwortung in Bonn abgegeben haben, verloren haben,

(Abg. Hiersemann: Sie meinen, seitdem Sie mit der FDP das unkeusche Geschäft gemacht haben!)

Schmidt nur noch am Rande einer der ihren ist, will die zunehmende Mehrheit in der SPD davon natürlich nichts mehr wissen. Aber Helmut Schmidt, zu seiner Ehre

(Abg. Hiersemann: Jetzt auf einmal?)

sei es gesagt, sieht es auch heute noch anders. „Alle quasseln vom Ausstieg“, hat er neulich gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Fragen muß die SPD beantworten. So billig, um es mit Ihren Worten zu formulieren, das ist ja eine der Vokabeln, die Sie immer wieder verwenden, kommen Sie nicht davon.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Wenn Sie dafür sorgen, daß sich das Fernsehen nicht abschaltet, kriegen Sie die Antwort! – Abg. Klasen: So was wird übertragen, und der „Scheibenwischer“ wird abgeschaltet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß das Beispiel Österreich nennen. Das muß ich doch noch bringen, weil es so schön ist und mit der kulturellen, wissenschaftlichen und industriellen Tradition dieses Landes gar nicht in Einklang zu bringen ist; man fragt sich, wie das möglich ist. Hainburg wird nicht gebaut, großes Verständnis dafür. Die Donau bei Hainburg ist für die Österreicher so ungefähr das, was für einen Teil von uns die Salzach ist. Die Donau bedeutet natürlich für die Österreicher sehr viel mehr als für uns die Salzach, deswegen sage ich: für einen Teil von uns. Aber das ist doch sehr einfach: Die Donau in Österreich muß schön bleiben, aber in Ungarn ist sie nicht so wichtig, und deswegen finanziert man mit österreichischem Geld das Kraftwerk in Ungarn und bezieht anschließend, statt das Geld zurückzuerhalten, den ungarischen Strom nach Österreich, ver-

(Tandler [CSU])

lagert also flußabwärts. Es wird doch im Ernst niemand bei uns vertreten wollen, daß wir die bayerischen Kernkraftwerke nicht bauen, sondern ebenfalls flußabwärts entlang der Donau in Österreich! Das wäre der Nachvollzug des österreichischen Beispiels, das uns die vorgenannte Barbara Rütting anempfohlen hat. Also, dieses Beispiel ist nicht gut, es wäre allerdings möglich.

Zu der Kernenergie in Österreich und dem schönen Museum in Zwentendorf ist ja auch das Nötigste vorhin gesagt worden.

(Abg. Dr. Rothemund: Sie bauen eines in Wackersdorf! – Abg. Klasen: Unseres wird noch größer werden!)

Es wäre möglich, das so zu machen, das ist nicht zu bestreiten. Die Bundesrepublik Deutschland und Bayern könnten an der Spitze des Fortschritts dieser Art, des neuen Fortschritts marschieren: Wir schließen die bayerischen Kernkraftwerke nicht von heute auf morgen, aber nach und nach, damit sich die Entschädigungsforderungen einigermaßen in Grenzen halten. Wir schließen einen langjährigen Vertrag mit den Franzosen ab, wozu diese gern bereit sind, und beziehen den kernenergieproduzierten Strom aus Frankreich. Oder: Eine weitere Möglichkeit ist, daß wir die Kernenergiekraftwerke in Bayern weiter produzieren lassen, aber die WAA nicht in Wackersdorf errichten, sondern einen 30 oder 40 Jahre gültigen Vertrag mit Frankreich abschließen. Frankreich tätigt entsprechende Investitionen und weitet seine Anlagen aus. Die Wiederaufarbeitung geschieht wie bisher in Frankreich.

(Abg. Klasen: Sie wissen doch, daß der Vertrag heute schon ausläuft!)

All diese Möglichkeiten gibt es. Der Vertrag mit den Franzosen läuft aus, das weiß ich. Er läuft deshalb aus, weil die in Frankreich geplanten Anlagen ab 1992 durch den französischen Bedarf ausgelastet sind. Denn Sie wissen: Die Franzosen erhöhen ihre Produktion an Strom aus der Kernenergie von 67 Prozent auf 75 Prozent des Bedarfs. Sie haben eine komplette Planung. Auch die Entsorgung ist auf dieses Potential abgestellt. Deswegen ist ab 1992 – vielleicht 1993 – für uns nichts mehr drin, es sei denn, wir geben Investitionen in Frankreich die Rentabilitätsgrundlage, die sie benötigen, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Das ist eine Möglichkeit. Sie kostet uns Devisen. Sie belastet zunächst einmal die Volkswirtschaft nicht so stark wie der Verzicht auf Kernenergie. Das ist alles richtig. Nur, die Gretchenfrage lautet: Bedeutet das dann eine größere Sicherheit für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland?

(Abg. Hiersemann: Sie unterstellen uns völlig falsche Ansätze!)

Bedeutet das eine größere Sicherheit? Herr Rothemund, glauben Sie denn, daß die Sowjetunion und die DDR auf Kernkraftwerke verzichten, bloß weil Sie in Bayern den Ausstieg propagieren? Das glauben Sie doch im Traum nicht!

(Beifall bei der CSU)

Die Frage ist doch heute nicht: Kernenergie auf dieser Erde, ja oder nein? Die Entscheidung liegt doch nicht hier im Bayerischen Landtag. Die Frage ist doch nur, und die gilt es hier zu entscheiden, ob wir auf die Nutzung dieser technischen Möglichkeit verzichten wollen, während die anderen nicht im geringsten auf diesen Verzicht hinarbeiten. Das ist doch die Alternative.

(Beifall bei der CSU)

Aber was bedeutet es, wenn die anderen nicht aussteigen, wir aber es tun sollen, Herr Hiersemann? Das meinte der Ministerpräsident vorhin, als er auf die Exportchancen hinwies. Sie wissen doch, etwa ein Drittel des Bruttosozialprodukts muß exportiert werden, damit der Lebensstandard bei uns im großen und ganzen so bleiben kann, wie er heute ist. Zu den Bedingungen unserer Leistungsfähigkeit gehört auch eine ausreichende Versorgung mit Energie zu bezahlbaren Preisen. Das ist doch die Konkurrenzsituation, in der wir uns befinden. Und wenn die anderen auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichten und dadurch einen Wettbewerbsvorteil haben, sollen wir dann auf diesen Vorteil verzichten? Das können Sie doch im Ernst niemandem vortragen. Das wird Ihnen auch Ihr Wählerpotential nicht abnehmen. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb appelliere ich wirklich an Sie: Sprechen Sie bitte nicht von dieser Frontstellung, und sprechen Sie nicht davon, daß es auf der einen Seite dieses Hauses diejenigen gäbe, die ohne Wenn und Aber, ohne Rücksicht auf Verluste

(Abg. Hiersemann: Doch! Genau so! – Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

der Nutzung der Kernenergie das Wort redeten.

(Abg. Hiersemann: Sie können sich nicht davonstehlen, genau das ist es! – Widerspruch bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

– Wenn ich zynisch werden wollte, würde ich sagen, ich danke Ihnen für diese Klarstellung. Denn aus dieser Äußerung geht doch hervor, daß Sie an einer gemeinsamen Auffassung dieses Hauses überhaupt nicht interessiert sind.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Tandler, der Gemeinsamkeitsapostel! Sie haben doch die Gemeinsamkeit zerstört!)

Wir haben doch die gemeinsame Basis nicht verlassen. Sie waren doch diejenigen, die das getan haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

– Ach, Herr Dr. Rothemund, Sie sind wirklich – als Vertreter Ihrer Partei, nicht als Person – nicht berechtigt, hier von Beleidigungen zu sprechen. Ihr Parteivorsitzender hat die CSU in einem Ausmaß beleidigt, wie wir es bislang von einem Führer einer demokratischen Partei noch nicht erlebt haben. Und Sie

(Tandier [CSU])

hatten nicht den Mut, sich von diesen Unverschämtheiten zu distanzieren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie allerdings, Herr Hiersemann, das ist Ihr gutes Recht, und der Tag wird kommen, an dem Sie dies bereuen werden, an einer solchen Gemeinsamkeit nicht interessiert sind, dann werden wir das zur Kenntnis nehmen. Aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir diese Gemeinsamkeit all den Menschen anbieten, auch in Ihrer Partei, im Umfeld Ihrer Partei, beispielsweise Betriebsräten und Arbeitnehmern, die an einer guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes interessiert sind. Sie brauchen die Quittung am 12. Oktober, damit Sie einmal sehen, was es Ihnen bringt, wenn Sie sich so billig der Verantwortung entziehen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Nächste Wortmeldung, Kollege Kolo!

(Zuruf von der CSU: Ach Gott! – Weitere Zurufe von der CSU)

**Kolo (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nach der Lektüre der Berichte der Ministerien – – –

(Anhaltende Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren. Das Wort hat Herr Kollege Kolo. Herr Kollege Kolo, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit jetzt 15 Minuten beträgt.

(Abg. Dr. Rothmund: Nein, das war mit dem Präsidenten anders vereinbart!  
45 Minuten!)

– Ich war nicht richtig informiert, Sie haben 45 Minuten Redezeit.

**Kolo (SPD):** Nachdem das geklärt ist, kann ich mit meinen Ausführungen beginnen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Lektüre der schriftlich vorliegenden Antworten der Ministerien hatte ich eigentlich die Hoffnung, daß wir die Chance nutzen könnten, in diesem Hause über die Energiepolitik nicht in Bierzeltatmosphäre und mit Wahlkampfverunglimpfungen zu diskutieren.

(Zurufe von der CSU: Das müssen gerade Sie sagen! Das ist der Witz des Jahrhunderts!)

Ich habe diese Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, weil ich der Meinung bin, daß gerade auch nach dem, was Herr Kollege Tandier eben sagte, die Chance besteht, daß Truderinger Reden des Ministerpräsidenten oder Presseerklärungen der Ministerien oder auch die Rede des Ministerpräsidenten heute als der

Pulverdampf angesehen werden, der vielleicht als Beileidmusik gelten kann, der uns aber nicht in dem Bemühen beirren sollte, zu einer gemeinsamen Energiepolitik zurückzufinden, die der Bürger von uns allen erwartet.

(Abg. Dr. Herbert Huber: Die haben wir doch gehabt!)

– Die haben wir gehabt. Das ist überhaupt keine Frage, Herr Kollege. Aber eines muß auch klar sein, Herr Kollege Huber: Wenn die Chance genutzt werden soll, gemeinsam eine notwendige andere Energieversorgung zu entwickeln, dann müssen wir etwas ernst nehmen, was der Herr Ministerpräsident im Schlußsatz seiner heutigen Erklärung gesagt hat. Ich zitiere:

Die Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft wird letztlich davon abhängen, ob es uns in einer demokratischen Ordnung möglich ist, den Bürgern die tatsächlichen Sachverhalte wahrheitsgemäß und verständlich zu vermitteln.

Dazu ist zumindest in den Reden heute nicht soviel transportiert worden. Wir sollten die Chance nutzen, denn es sind immerhin zwei Drittel der Bevölkerung gegen den Atomstrom, und immerhin 51 Prozent Ihrer Wählerschaft lehnen den weiteren Ausbau der Kernenergie ab. Daran werden sicherlich auch die 10 Millionen DM teuren Anzeigen des Verbandes der Deutschen Elektrizitätswerke nichts ändern.

(Abg. Dr. Goppel: Die teuerste Anzeige ist die von Rau!)

Ich darf nur sagen, Herr Ministerpräsident, wenn solche Sätze in Ihrer Erklärung stehen – ich wiederhole die Stichworte „tatsächliche Sachverhalte“ und „wahrheitsgemäße Vermittlung“ –, dann haben Sie bisher sehr wenig dazu beigetragen. Sie haben die Chance, auch andere Meinungen zum Tragen kommen zu lassen, bei Ihrem eigenen Beratergremium vor einigen Tagen verpaßt, obwohl Ihr umweltpolitischer Sprecher der Meinung war, daß wenigstens der eine oder andere die Möglichkeit hätte bekommen sollen, auch seine Meinung zu äußern. Sie haben auch die Chance, heute andere Meinungen über das Fernsehen darzustellen, durch Ihre Entscheidungen weitgehend abgeblockt.

(Zuruf des Abg. Dr. Goppel)

– Natürlich! In einigen Fragen haben Sie uns darüber hinaus auch heute wieder mit Falschinformationen bedient.

(Abg. Beck: Sie wollten eine andere Geschäftsordnung haben! Wir haben nichts abgeblockt!)

Ich möchte dennoch versuchen, den Ball von Herrn Tandier aufzufangen. Vielleicht sollten wir einmal überlegen, wo es in der Beurteilung der Situation im Hause auch Gemeinsamkeiten gibt. Es gibt genügend strittige Felder, über die man noch lange wird diskutieren müssen. Aber man sollte auch einmal überlegen, wo es denn gemeinsame Bewertungen und gemeinsame Erkenntnisse gibt.

(Kolo [SPD])

Ich bin der Meinung, zumindest habe ich das den bisherigen Ausführungen und den schriftlichen Unterlagen entnehmen können, daß der Ausstieg aus der Kerntechnik technisch machbar ist. Das ist eine Information, die nicht ganz unwichtig ist, denn bis vor nicht allzu langer Zeit ist dies sogar bestritten worden.

Wir sind der Meinung, daß ein sofortiger Ausstieg ökologisch nicht vertretbar ist. Sie sind darüber hinaus der Meinung, daß dieser zu teuer ist. Ich brauche das nicht zu vertiefen, weil weder Sie noch wir aus beiden Gründen für einen sofortigen Ausstieg sind. Das ist eine gewisse Übereinstimmung, die man einmal festhalten sollte.

Es gibt eine zweite Übereinstimmung, die man festhalten sollte, nämlich, daß wir bei künftigen Energiedienstleistungen und Energieversorgungssystemen nicht nur die Kriterien gelten lassen dürfen, die heute nach dem Energiewirtschaftsgesetz gelten, nämlich Preiswürdigkeit und Sicherheit der Versorgung, sondern daß wir in Zukunft in stärkerem Maße darauf achten müssen, daß Schonung von Rohstoffen, Verminderung bzw. Beseitigung der Schadstoffbelastung und Sozialverträglichkeit mindestens gleichrangige Kriterien für die Beurteilung eines Energieversorgungssystems sind.

Wenn wir uns darin einig sind, ergibt sich daraus – ich entnehme dies auch der Formulierung auf Seite 47 der Antwort der beiden Ministerien auf Ihre Interpellation, in der von der Notwendigkeit der Kreislaufwirtschaft gesprochen wird – eine dritte Übereinstimmung. Sie besteht darin, daß weder eine Energiepolitik auf der Basis fossiler Brennstoffe noch auf der Basis von Kernkraft auf Dauer machbar ist. Ich halte das für eine ganz wesentliche Erkenntnis, und ich freue mich, daß zumindest in den schriftlichen Unterlagen formuliert ist, daß weder die Kerntechnologie noch die fossilen Energieträger unsere Energieversorgung dauerhaft sichern können.

Daraus folgt, daß wir uns nach anderen Technologien werden umsehen müssen. Dabei standen bisher schon und stehen weiterhin zur Debatte einmal Kernfusion und zum anderen eine bessere Nutzung der Solartechnologie. Wir setzten von Anfang an auf eine solargestützte Fortentwicklung der Energieversorgung. Sie nehmen zunehmend Abstand von der Kernfusion, so konnte ich feststellen, weil Ihnen bewußt wird, daß die Kernfusion zumindest in bezug auf Sozialverträglichkeit große Ähnlichkeit mit der Nutzung der Kerntechnik hat, weil auch hier Radioaktivität natürlich nicht ausschließbar ist. Darüber brauchen wir auch heute nicht zu entscheiden; wir sind uns einig auf diesem Level.

Zwei strittige Probleme bleiben:

Zwar sind wir uns einig, daß weder die Kernfusion noch der totale Ersatz der Energie, die wir heute verwenden, durch solargestützte Systeme sofort mög-

lich sind, strittig ist, in welchem Zeitraum zwischen 20 oder 40 Jahren, einige sprechen sogar von 70 Jahren, diese neuen Systeme zu erwarten sind. Also geht es um Übergangsstrategien bzw. welche zu wählen ist. Sie sind wie wir der Meinung – ich hoffe, daß wir auch da übereinstimmen –, daß die Kerntechnologie eine Übergangsstrategie ist, denn sonst gibt es keinen Sinn, was Sie hier schreiben; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Dies erfordert eine Umstellung unserer heutigen Energieversorgungsstruktur von einer Verbraucherwirtschaft auf eine Art Kreislaufwirtschaft, die kontinuierlich, aber hinreichend behutsam erfolgen muß, damit wirtschaftliche, ökologische und soziale Risiken kleingehalten werden.

Ich gehe davon aus, daß sowohl die Kernkraft wie auch die Energie aus Kohle für Sie wie auch für uns eine Übergangsstrategie ist. Das sollten wir in der Öffentlichkeit auch einmal sagen. Es sind Übergangsstrategien.

Wir unterscheiden uns von Ihnen nur darin, daß wir von der Kernkraft als Übergangsstrategie größere Risiken erwarten als von der Kohle. Das ist der Dissens. Ich will versuchen, unsere Position zu begründen.

Wir sind dieser Meinung, weil wir wie gesagt die laufende radioaktive Belastung durch Kernkraftwerke, die weitergehende Nutzung und die Entsorgungsprobleme gravierender einschätzen als Sie. Wir gehen davon aus, daß die Gefährdung und Belastung künftiger Generationen durch die Übergangsstrategie Kernkraft vor allem im Hinblick auf die ungeklärte Entsorgung, die heute in seltener Offenheit auch vom Ministerpräsidenten dargestellt wurde, im Vergleich zur Kohle schwerwiegender zu beurteilen ist. Deshalb sind wir für den Ausstieg aus dieser Übergangsstrategie.

Wir sind auch für den Ausstieg, weil sich bereits bisher gezeigt hat, daß Kernkraftnutzung sozial unverträglich ist als Kohlenutzung. Ich sage nicht, daß Kohlenutzung überhaupt keine Risiken bietet. Aber alles, was der Staat bis heute aufgrund des Schutzerfordernisses für privates Eigentum für die WAA, für alle im Gefolge von Kerntechnologien erforderlichen Einrichtungen erbringen mußte, ist bei der Kohletechnologie bis heute nirgendwo notwendig gewesen.

Ein weiteres Argument ist vom Kollegen Hiersemann heute bereits sehr breit und offen dargestellt worden. Das Risiko der Eintrittswahrscheinlichkeit ist bei der Kerntechnologie wesentlich geringer als die laufenden Risiken bei der Kohle. Ich rede nur von der Eintrittswahrscheinlichkeit; bei den Kohlekraftwerken kann durchaus häufiger etwas passieren: Unser ganzes Leben besteht aus Risiken.

(Zustimmung bei der CSU)

Wir müssen die Risiken gegeneinander abwägen. Da hilft es nichts, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, immer nur danach zu fragen, welche Eintrittswahrscheinlichkeit gegeben ist, sondern Sie

(Kolo [SPD])

müssen sich das Schadenspotential ansehen. Weil das Schadenspotential bei der Kerntechnologie ungeheuer groß ist, sind wir der Meinung, daß wir uns bei der Wahl der Übergangsstrategie für die Kohletechnologie entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie der Meinung sind, daß Kerntechnologie auch in Ihrem Sinne nur eine Übergangsstrategie ist, dann macht es keinen Sinn, daß Sie unnötig weitere Kapazitäten in dieser Übergangsstrategie schaffen.

(Zustimmung bei der SPD)

Es gibt erst recht keinen Sinn, das Entsorgungsproblem durch einen weiteren Zubau von Kernkraftwerken eher noch zu vergrößern, und es macht keinen Sinn, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu errichten, wenn Sie der Meinung sind, daß wir mit dem jetzigen Kernkraftwerkspark – aus Ihrer Sicht mit einem Zubau von vielleicht noch zwei Kernkraftwerken – eigentlich auskommen. Wenn die Kerntechnologie eine Übergangsstrategie sein soll, dann hat es überhaupt keinen Sinn, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie müssen sich also über die Stringenz und Glaubwürdigkeit Ihrer eigenen Argumentation einmal Rechenschaft ablegen und sich auch fragen, ob solche Diskussionen, die der Herr Ministerpräsident heute im Hinblick auf Zwischenlager und ähnliches in Gang gesetzt hat, überhaupt sinnvoll geführt werden können, wenn die Kernkraft eine Übergangsstrategie sein soll.

(Zuruf des Abg. Ponnath)

– Herr Kollege Ponnath, eines ist ganz klar: Man kann alle Kernkraftwerke, die heute in Betrieb sind, dauerhaft nicht ohne Wiederaufarbeitung, ohne Endlager und ohne Zwischenlager betreiben, weil alle neuen Kernkraftwerke so ausgelegt sind, daß sie die während ihrer ganzen Laufzeit anfallenden Brennstäbe in ihrem eigenen Containment lagern können. Wir haben keine Zwischenlagerprobleme, wenn wir die Kerntechnologie als Übergangsstrategie ansehen. Wenn Sie sich selbst richtig interpretieren, gibt also auch das keinen Sinn. So ist nur die Frage zu stellen, und bei der Beantwortung sind wir behilflich, wie ein Endlager zu finden ist, um die Endlagerung der bis heute auch zu unseren Gunsten benutzten Brennstäbe zu klären, gar keine Frage.

(Abg. Walter Hofmann: Wohin?)

– Dahin, wo sie am geeignetsten unterzubringen sind,

(Lachen bei der CSU)

und nicht nach dem Motto, Herr Kollege Hofmann: Weil wir die Wiederaufarbeitung haben, müssen andere das Endlager nehmen, auch wenn sie schlechtere geologische Bedingungen haben.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Walter Hofmann: Wo könnte das sein?)

Wenn Sie darin eine Übergangsstrategie sehen, meine Damen und Herren, sollten Sie auch das Wort von Herrn Bölkow zur Kenntnis nehmen, der da meinte, die Energieversorgung allein über die Kernenergie sprengt jeden politischen und wirtschaftlichen Rahmen. Wir unterstreichen das. Ich nehme also zur Kenntnis:

Teile der CSU sind der Meinung, daß die Kernkraftnutzung, wenn überhaupt, nur eine Übergangsstrategie sein kann. In diesem Konzept geben aber weder Schneller Brüter noch weiterer Zubau noch WAA einen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen auf die Kohle. Ich bestreite nicht, daß wir zeitweilig – weil wir sagen: schrittweiser Ausstieg aus der Kerntechnologie – einen parallelen Ansatz haben zwischen Kohle- und Kerntechnologie, den wir schon immer haben, allerdings zugunsten der Kerntechnologie fortentwickelt. Wir wollen diese Tendenz umdrehen und wollen die Kerntechnologie zurückdrängen und den Kohleanteil erhöhen, bis erstere überflüssig wird. Ich werde dazu im Detail etwas sagen.

(Zurufe von der CSU)

Das heißt, ich verzichte nicht darauf, auch während ich diesen parallelen Weg gehe,

(Abg. Erwin Huber: Auf reine Luft!)

die Sicherheit der laufenden Kernkraftwerke zu überprüfen und zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Da Sie immer glauben, daß man auf die Lernfähigkeit eines Systems wie die Kerntechnologie setzen könnte und darauf verweisen, daß Sie alle Erfahrungen in Harrisburg ausgewertet hätten, zum Beispiel die aufgetretene Wasserstoffblase, wo Sie zwischenzeitlich ein Ventil so konstruiert hätten, daß diese absaugbar sei und ähnliches nicht eintreten könnte: Wie teuer war denn dieser „Lernerfolg“ in Harrisburg? Wie teuer war er auch für den Gesundheitszustand der Bevölkerung in diesem Bereich, und wie teuer war er ökonomisch? Was heißt denn, wenn Sie sagen: Wir haben unseren Sicherheitsstandard vertausendfacht? Bleiben wir einmal bei dem berühmten Ventil, das der Kollege Hiersemann angedeutet hat! Da baut man in einem Kernkraftwerk ein Ventil ein und sagt, es ist sicher. Aber weil wir es hundertprozentig sicherer machen wollen, bauen wir als zweite Sperre ein zweites Ventil ein. Und wenn man dann noch ein drittes Ventil eingebaut hat, stellt man sich vor den Bürger hin und sagt: Wir haben den Sicherheitsstandard unserer Kernkraftwerke verzehntausendfacht. So einfach ist das!

Der Bürger muß sich eigentlich verdammt vorkommen, wenn man so über Sicherheitsphilosophien diskutiert. Ich halte davon nichts. Wir müssen überprüfen, ob zum Beispiel Isar 1 an den Sicherheitsstandard der heutigen Kernkraftwerke herangeführt oder

(Kolo [SPD])

dem Sicherheitsstandard des geplanten Kernkraftwerks Ohu 2 angepaßt werden kann. Ich bin der Meinung, wir müßten dies fordern. Denn wenn dieser Sicherheitsstandard machbar ist, müßten wir im Hinblick auf die Sicherheit unserer Bürger diesen Sicherheitsstandard auch von allen laufenden Kernkraftwerken verlangen.

(Beifall bei der SPD)

Dann werden wir sehen, was bei Isar 1 passiert. Dann werden Sie plötzlich selber stilllegen und nicht warten, bis wir stilllegen. Dessen können Sie sicher sein, Herr Kollege Huber!

(Zurufe von der CSU)

Wir setzen auf die Kohle, nicht weil wir der Meinung sind, sie ist risikofrei, sondern weil wir sicher sind, daß hier die Folgen eines GAU mit Sicherheit nicht so sind wie bei einem Kernkraftwerk, und weil wir sicher sind, daß bei Kohlekraftwerken die bürgerkriegsähnlichen Situationen, zu denen alle kernkrafttechnischen Einrichtungen zwischenzeitlich geführt haben, weil sie sozial unverträglich sind, nicht anzutreffen sein werden.

(Abg. Beck: Bei jedem Flugplatz!)

Wir setzen auf die Kohle, weil wir der Meinung sind, daß sie flexibler zu handhaben ist, und weil die Schritte zu einer Kreislaufwirtschaft, wie auch Sie und wir alle sie wollen, besser anpaßbar sind, als das die Kerntechnologie ist, und weil wir der Meinung sind, daß die Kohletechnologie leichter reversibel, rückholbar ist als alles, was im Bereich der Kerntechnologie heute bekannt ist.

Lassen Sie mich gleich zu dem Risiko der Emissionsbelastung, das wir ernst nehmen, etwas sagen. Natürlich ist die Alternative zur Kerntechnologie nicht sozusagen umsonst zu bekommen, das haben wir nie behauptet. Sie ist mit einer größeren Belastung durchaus verbunden, aber nicht so, wie Sie das dargestellt haben.

Ich gehe jetzt einmal davon aus, daß wir derzeit eine Emissionsbelastung aus den Kraftwerken bei SO<sub>2</sub> von 100 000 Tonnen und bei NO<sub>x</sub> von 55 000 Tonnen haben. Nach Aussagen der Informationsbriefe der bayerischen Wirtschaft können wir die derzeitige Emissionsbelastung nach Abschluß aller Umweltinvestitionen bei den Kraftwerken bis zum Jahre 1990 auf fünf Prozent bei den SO<sub>2</sub>- und auf 20 Prozent bei den NO<sub>x</sub>-Emissionen senken. Das heißt, die bayerische Wirtschaft hält es für realistisch, bis 1990 den derzeitigen SO<sub>2</sub>-Ausstoß auf 5000 Tonnen bei SO<sub>2</sub> bzw. auf 11 000 Tonnen bei NO<sub>x</sub> zu senken.

Nun hat uns das Ministerium Zahlen genannt, was denn der totale Ersatz der Kernenergieanlagen durch Kohlekraftwerke an Emissionsbelastung bedeuten würde. Das Ministerium hat uns 36 000 Tonnen bei SO<sub>2</sub> und 24 000 Tonnen bei NO<sub>x</sub> genannt. Selbst wenn ich also diese Werte des Ministeriums nehme, sind wir bei einem völligen Ersatz der Kerntechnologie durch Kohle auf jeden Fall im Jahre 1995 weit, weit unter den SO<sub>2</sub>- und NO<sub>x</sub>-Werten, die wir heute

haben, und nicht, wie das Ministerium behauptet, bei einer Verdoppelung der Emissionsbelastungen.

Nun hat aber das Ministerium einen zweiten Trick angewandt. Es ist nämlich bei der Berechnung dieser SO<sub>2</sub>- und NO<sub>x</sub>-Belastung von der Großfeuerungsanlagen-Verordnung ausgegangen. Hätte man, was Stand der Technik ist, die Emissionswerte der von der Stadt München geplanten Anlage genommen, nämlich 25 mg bei SO<sub>2</sub> und bei NO<sub>x</sub> einen ähnlichen Wert, dann wären, Herr Minister, eben nicht die 36 000 und 24 000 Tonnen, sondern bei einer Leistung von 30 Terrawatt 2500 bzw. 8000 Tonnen herausgekommen, so daß wir bei einem totalen Umstieg auf die Kohletechnologie eine Emissionsbelastung bei SO<sub>2</sub> von 7500 Tonnen hätten.

(Lachen des Abg. Walter Hofmann)

Das wäre nicht einmal ein Zehntel der heute vorhandenen SO<sub>2</sub>-Emissionen. Herr Kollege Hofmann, Sie schütteln den Kopf.

(Abg. Walter Hofmann: Milchmädchenrechnung!)

– Das ist keine Milchmädchenrechnung, das sind eben – wie hat der Ministerpräsident gesagt? – „tatsächliche Sachverhalte“ und „wahrheitsgemäße Informationen“.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Walter Hofmann, Abg. Huber (Landshut) und Abg. Ponnath: Märchenerzähler!)

Auch bei den NO<sub>x</sub>-Werten wären wir mit 19 000 Tonnen ein Drittel unter den derzeitigen Werten. Das wäre allein beim Umstieg auf die Kohle möglich.

Ich bin nicht der Meinung, daß wir die CO<sub>2</sub>-Problematik vernachlässigen dürfen. Hier stehen natürlich Probleme ins Haus, deren langfristige Wirkung bis heute nicht in dem wünschbaren Maße gesichert ist. Aber, meine Damen und Herren von der CSU, ich bin schon ein bißchen seltsam berührt, wie Sie plötzlich reagieren. Wenn man vergleicht, wie Sie beim Waldsterben reagiert haben und wie Sie jetzt bei der CO<sub>2</sub>-Problematik reagieren, dann ist der Gegensatz eigentlich frappant. Waldsterben: seit langem bekannt, CO<sub>2</sub>: erst seit kurzem bekannt. Waldsterben: als Folge der SO<sub>2</sub>-Belastung weitgehend bewiesen, bei CO<sub>2</sub>: relativ spekulativ.

(Abg. Walter Hofmann: Was? – Widerspruch des Abg. Ponnath)

Bei Waldschäden sehr späte Reaktion der CSU, heute sehr schnelle Reaktion. Wirkungsmechanismen beim Waldsterben kurz- und langfristig belegbar und beweisbar, Wirkung bei CO<sub>2</sub> relativ langfristig. Das spricht nicht dagegen, daß man hier etwas tun muß; nur wären Ihre Krokodilstränen bei CO<sub>2</sub> etwas glaubwürdiger, wenn Sie z. B. bei der Diskussion über die Reduzierung der Verkehrsemissionen,

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CSU)

wo eine Menge CO<sub>2</sub> entsteht, und über ein Tempolimit, eine Begrenzung der Geschwindigkeit, genauso argumentiert hätten. Da aber haben Sie geschwiegen,

(Erregte Zurufe von der CSU)



(Kolo [SPD])

obwohl Sie wußten, daß hier wie bei jedem Verbrennungsvorgang CO<sub>2</sub> produziert wird.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Das macht Ihre Glaubwürdigkeit etwas problematisch.

Als wir vor Jahren darauf hingewiesen haben, daß man bei der Müllverbrennung darauf achten müsse, daß durch die Verbrennung organischer Substanzen auch CO<sub>2</sub> entsteht, haben Sie uns verlacht. Heute erinnern Sie sich an die CO<sub>2</sub>-Problematik. Ich bin froh darüber; nur ist die Glaubwürdigkeit Ihrer Tränen etwas anders zu beurteilen, wenn man sie realistisch betrachtet.

Noch einige Aspekte zur Sozialverträglichkeit. Nur bei einem Kernkraftwerk, bei keiner anderen Technologie, besteht im Katastrophenfall ein nicht begrenzbares Gefährdungspotential für die Gesellschaft durch freiwerdende Radioaktivität. Atomkraftwerke bergen auch im Gegensatz zu Kohlekraftwerken gewaltige Sicherheitsrisiken in sich, z. B. im Falle von Erdbeben, Flugzeugabsturz, Sabotage, Terrorismus und Krieg; darauf haben führende Wissenschaftler hingewiesen.

(Abg. Ponnath: Wie ist das bei Kohlekraftwerken?)

Das Vorhandensein von Atomkraftwerken in einem so dicht besiedelten Raum wie der Bundesrepublik macht die Führung atomarer Kriege überhaupt undenkbar, weil die Kernkraftwerke, die hier installiert sind, im Falle einer kriegesischen Auseinandersetzung mindestens das gleiche Gefährdungspotential darstellen wie abgeworfene Atombomben. Das muß man auch sehen, wenn man das Gefährdungspotential der beiden Technologien und Überbrückungsstrategien vergleicht.

Es ist nicht zu bestreiten, daß es in der Bevölkerung auch Widerstände gegen den Bau von Kohlekraftwerken gibt; die gesellschaftspolitischen Auswirkungen, die sich durch den Widerstand gegen die Kernkraftnutzung ergeben, sind aber unvergleichlich größer.

Neben den biologischen Risiken für die Gesundheit des einzelnen werden schon heute weitreichende Risiken gesellschaftspolitischer Natur sichtbar, die dazu führen, daß die bisher geltenden Verfassungsziele wie die Grundrechte, die Gewaltenteilung, die Rechtsstaatlichkeit und das Demokratieprinzip gefährdet und fortschreitend ausgehöhlt werden.

In einem Atomstaat besteht die Gefahr, daß die Gesellschaft in eine polizeikontrollierte atomenergiegerechte Gesellschaft umgewandelt wird, ja umgewandelt werden muß, weil das der Bürger aus Sicherheitsgründen zum Teil fordert. Außerdem sind bei der Kerntechnologie Überschaubarkeit, Kontrollierbarkeit und Reversibilität von Entscheidungsprozessen nicht gewährleistet.

Die Atomwirtschaft gefährdet die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft durch die notgedrungen zentrale Planung, Leitung und Überwachung atomarer

Anlagen. Es ist völlig klar, daß die Kerntechnologie für künftige Generationen eine größere Hypothek schafft als jede andere Technologie.

Deshalb sind wir für die Kohle, kombiniert mit einer Reihe anderer Schritte, zu denen ich jetzt komme, als Übergangsstrategie. Aber der zentrale Punkt ist: schrittweises Ersetzen von Kernenergie durch Kohle. Das ist technisch machbar, und es ist in den Zeitrelationen, die wir genannt haben, nämlich innerhalb von zehn Jahren, machbar; das gibt selbst die Staatsregierung zu. Es ist auch mit einer geringeren Emissionsbelastung machbar, als wir sie heute haben, nämlich mit einem Zehntel der Belastung bei SO<sub>2</sub> und mit einem Drittel der Belastung bei NO<sub>x</sub>. Das ist die Situation.

(Abg. Mittermeier: Was ist mit dem Treibhauseffekt?)

– Das habe ich gesagt. Wir müssen den Treibhauseffekt nicht nur bei der Kohlefeuerung bekämpfen, sondern in gleicher Weise beim Verkehr und in gleicher Weise zum Beispiel auch bei der Müllverbrennung, beim Abbrennen von Feldern und bei der Rodung von Wäldern in Südamerika, woher ein Drittel der insgesamt in der Welt produzierten CO<sub>2</sub>-Belastung kommt; daran sind führende deutsche Industrieunternehmen ganz maßgeblich beteiligt.

(Zustimmung von der SPD – Abg. Dr. Goppel: Mit welchem Recht vermehren Sie sie?)

Ich komme zu der zweiten strittigen Frage: Bis zu welchem Zeitpunkt ist eine Kreislaufwirtschaft erreichbar? Ich könnte auch fragen: Wann ist das Ende einer Übergangsstrategie erreichbar, unabhängig von den Gefahren, die mit Ihrer Kernkraft oder unserer Kohle verbunden sind? Es stellt sich die Frage: Sind das 30, 40 oder 70 Jahre?

Ich möchte keinen Sozialdemokraten zitieren; ich zitiere Wolff von Amerongen, der der Meinung ist: Der Ausstieg aus der Kerntechnologie ist nicht nur notwendig, sondern er ist in dem Zeitraum von 30 bis 40 Jahren auch machbar. Das heißt, die Übergangsstrategie ist in 30 bis 40 Jahren auch nach der Meinung von Herrn Wolff von Amerongen schaffbar.

Hierzu muß allerdings eines gesagt werden: Richtig ist, daß die Alternativen nicht von heute auf morgen zu schaffen sind, sondern einen Prozeß erfordern, der allerdings heute eingeleitet werden muß. Wir müssen vielleicht einmal überprüfen, ob wir hier nicht auch Einigkeit bekommen können.

(Abg. Micht: Das sind ja neue Töne!)

Zum zweiten besteht eine solche Strategie der Kreislaufwirtschaft aus vielen Einzelementen und nicht nur aus der Solarenergie, und zum dritten besteht hoffentlich Einigkeit auch darüber, daß es der Markt, wie es einige von Ihnen darstellen zu müssen glaubten, nicht schaffen wird. Der Markt hat nicht die Kerntechnologie gebracht, das war vielmehr eine politische Entscheidung, und der Markt wird auch nicht alternative Energien bringen, wenn die Politik nicht die erforderlichen Entscheidungen trifft.

(Kolo [SPD])

(Abg. Walter Hofmann: Das ist nicht wahr!)

Zum vierten wird es nicht nur um technische Lösungen für eine Kreislaufwirtschaft gehen, sondern es bedarf auch geänderter Verhaltensweisen.

(Anhaltende Unruhe)

– Ich habe Ihnen auch zugehört!

(Glocke des Präsidenten)

Das schrittweise Erreichen einer Kreislaufwirtschaft ist umso schwieriger, da sind wir uns hoffentlich einig, je einseitiger, je kapitalintensiver und je monopolistischer unsere Energiestruktur ist und je weniger Wettbewerb sie aufweist. Alle diese Kennzeichen weist die Kerntechnologie in viel stärkerem Maße auf als jede andere Technologie. Zum zweiten muß die Kreislaufwirtschaft aus vielen Elementen bestehen.

Für uns steht dabei, das ist bereits heute und nicht erst in 30 bis 40 Jahren machbar, die Energieeinsparung mit Wärmedämmung, Regeltechnik, Verbesserung des Wirkungsgrads der Geräte, aber auch der Heizsysteme und der Wärme-Kraft-Kopplung an der Spitze.

(Abg. Mittermeier: Das wird ja gemacht!)

Hinzu kommt die Nutzung regenerativer Energien. Zum Beispiel können wir fast die gesamte Wärmeenergie im Niedertemperaturbereich heute bereits regenerativ herstellen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, daß wir dies mit Solarenergie schaffen. Jetzt können Sie wieder sagen: Das geschieht heute schon. Was geschieht denn heute? Wie sind denn die Potentiale? Haben Sie sich einmal angeschaut, was das Ministerium in seiner Tabelle 8.1 darstellt? Ich komme darauf später noch einmal.

Das dritte ist eine Ergänzung um dezentrale Elemente, weil nur dadurch Einsparmöglichkeiten, Wärmeinseln und die Vernetzung regionaler Systeme möglich sind. Stärkere Kompetenzen bei den Kommunen für die Energiedienstleistung, d.h. regionale Energieversorgungskonzepte, bedeuten Korrekturen an den bestehenden Verträgen zwischen EVU und den Kommunen und eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet weiter, auch dies heute bereits und nicht erst in 30, 40 Jahren, die Beseitigung des Machtmißbrauchs der EVU, der einmal in den Durchleitungsrechten, die sie für sich in Anspruch nehmen und die den Wettbewerb auf diesem Markt unglaublich schwierig gestalten, und zum anderen im Anschlußzwang besteht. Es ist ganz seltsam, daß Sie in diesem Haus den Kommunen den Anschlußzwang der Bürger an die Fernwärmeversorgung verweigert haben, sich aber niemals kritisch dazu geäußert haben, daß die EVU bei uns in Bayern und überall den Anschlußzwang praktizieren können.

(Zustimmung von der SPD)

Und es bedarf der Fortentwicklung der Fotovoltaik ebenso wie der Fortentwicklung der Wasserstofftechnologie, was in erster Linie ein Problem der Forschungsförderung darstellt, zu der ich noch kommen werde.

Zum Thema Energiesparen sagen Sie, da sei schon alles gemacht oder werde schon zu vieles getan. Das Ministerium ist da viel ehrlicher und sagt, das ist ungeheuer schwierig, weil das von einigen Rahmenbedingungen und Maßnahmen abhängig ist. Ich halte das für eine sehr ehrliche Antwort. Wir sollten uns darüber unterhalten, wie wir es zuwege bringen, jene Rahmenbedingungen herzustellen, die zu den jeweils günstigsten Lösungen führen, sie also so zu ändern, daß solche Lösungen möglich sind. Wir sollten nicht immer nur darüber schwätzen, das ist zwar möglich, wir müssen etwas tun, damit es möglich wird.

Ich bedaure, meine Herren Minister, daß bei einigen Ausgangsdaten Strom und Gesamtenergie vermengt worden sind, ebenso wie eine Vermischung von Gewerbe, Industrie und Kleinverbrauchern eingetreten ist. Dies erschwert die Beurteilung der Situation, ebenso wie die Vermischung von Kleinverbrauch und Haushalt, die das Ganze schwierig macht. Dennoch will ich einige Größenordnungen aufzeigen:

50 Prozent Raumwärme bei Haushalten und insgesamt bei Gebäuden sind einsparbar, und zwar einsparbar durch Wärmedämmung, durch Steuertechnik oder Solarenergie. Fragen Sie einmal, wieviel davon heute eingespart wird? 40 Prozent Raumwärme und 65 Prozent für Warmwasserbereitung werden durch falschen Energieeinsatz verbraucht. Wenn wir die fossilen Energieträger dort herausholen und auch den Strom, dann ersetzen wir nicht nur den Strom durch regenerative Energie, sondern ersparen uns gleichzeitig mindestens 25 Prozent der heute in den Haushalten durch Wärmeverbrauch und Wärmebereitstellung verursachten Emissionsbelastungen. Das heißt, wir mindern die Immissionsbelastung noch stärker, als ich es vorhin schon angedeutet habe. Das gleiche gilt auch für Industrie und Gewerbe.

25 Prozent des in die Haushalte fließenden Stroms gehen in die Raumheizung, 11 Prozent in die Warmwasserbereitung; das sind 9 Prozent des gesamten Stromverbrauchs und 25 Prozent des Atomstroms, die heute bereits durch Sonne ersetzbar wären. Inklusive Handel, Gewerbe und öffentlicher Verwaltung werden fast 40 Prozent des Atomstroms für Heizzwecke verwendet. Das halten wir für eine Verschwendung von Primärenergie und eine nicht erforderliche Belastung der Bevölkerung mit Immissionen.

(Beifall von der SPD – Abg. Erwin Huber:

Das stimmt auf keinen Fall!)

Ich gehe noch auf die regenerativen Energien ein. Für das Jahr 2000 schätzen Sie, daß im günstigsten Fall 24 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten erreichbar wären. Das sind fast 50 Prozent der Primärenergie, die heute verwendet wird. Das sagt das Ministerium selber, 50 Prozent wären danach bei günstigster Variante allein durch regenerative Energien einsparbar. Schauen Sie sich einmal in der Ant-

(Kolo [SPD])

wort die Tabelle 8 an, und schauen Sie sich dann an, was in der Tabelle 1 steht. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, was durch Energiesparen überhaupt alles möglich ist.

Ich will das Thema Solar- und Wasserstoffenergie nicht weiter vertiefen. Nur: Wenn der Herr Ministerpräsident als Beispiel anführt, das ihm ein sogenannter Experte genannt hätte, daß man Wasserstoff per Tanker transportieren müßte, dann muß ich schon fragen, ob ihm da nicht gelinde gesagt echte Zweifel gekommen sind, ob das eine wirklich gute Auswahl von Experten war, die er da befragt hat. Davon redet weiß Gott kein Mensch, Wasserstoff zum Beispiel aus Afrika per Tanker zu uns zu transportieren. Vielmehr wird darüber geredet, die vorhandenen Pipelines der Gasversorgung für den Wasserstofftransport zu übernehmen.

(Abg. Ewin Huber: Pipelines können brechen!)

Das ist Teil eines Schauerszenarios, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zu den Kosten bemerken. Es wird immer gesagt, der Kernkraftstrom sei so billig. Wenn man dann fragt, wie billig er denn nun eigentlich sei, bekommt man permanent ausweichende Antworten. Zum Beispiel wird gesagt, er sei drei bis 5 Pfennige billiger als Strom aus Kohle. Ja, wieviel denn nun, drei Pfennige oder fünf Pfennige? Der Unterschied wäre nämlich 100 Prozent. Kann man das nicht einmal effektiv beziffern?

Frägt man nach den Kosten der Entsorgung, dann ist von 1,5 bis 2 Pfennigen die Rede, davon 1,3 Pfennigen für die Wiederaufarbeitung. Gibt es denn keine anderen Kosten mehr: Kosten für den Abbruch, für Zwischenlager und Endlager? Ist das billiger als die Wiederaufarbeitung?

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich weiter fragen: Hat man denn jemals in die Energiepreise einschließlich Kohle die Schäden durch Umweltbeeinträchtigungen einkalkuliert, die bisher mit 50 bis 80 Milliarden beziffert worden sind? Wo ist denn das Risiko eines GAU, Herr Kollege Huber, wo sind denn die Millionen- und Milliardenbeträge, die ein Unfall wie in Tschernobyl bei uns kosten würde, einkalkuliert? Sind in den Betriebskosten jene Kosten, die wir alle miteinander als Steuerzahler für die Bewachung des WAA-Geländes tagtäglich aufbringen müssen?

(Abg. Walter Hofmann: Da braucht ihr gerade was zu sagen!)

Wo sind die Kosten der Sozialverträglichkeit? Ich will einen unverdächtigen Zeugen nennen. Herr Haefele, der keineswegs verdächtigt werden kann, ein Gegner der Kernenergie zu sein, schreibt in der Zeitschrift „Natur“ in einer Untersuchung aus dem Jahr 1985: Es gibt keine erkennbaren Kostenunterschiede zwischen einem konsequent verwirklichten Sonnenenergie-Szenarium und der Kerntechnologie. Nehmen Sie das doch einmal ernst. Was sollen da ihre

Schauermärchen von 2 Billionen DM Kosten eines Ausstiegs?

(Abg. Dr. Seebauer: Das ist sowieso ein Quatsch!)

Rechnen Sie einmal um, dann haben Sie 70 Milliarden DM pro Jahr, das sind 21 Pfennige. Andere sagen, es handle sich nur um 20 Milliarden DM, dann sind es nur noch 7 Pfennige. Wenn Sie alles herausrechnen, was Ihnen der Kollege Hiersemann als Doppelrechnung schon nachgewiesen hat, dann sind Sie heute bereits bei Sonnenenergie und Energiesparen in einer Größenordnung von 3 bis 3,5 Pfennigen.

(Abg. Erwin Huber: Warum macht man es dann nicht?)

– Weil es technisch in dem Maße noch nicht machbar ist.

(Abg. Erwin Huber: Na also! – Abg. Walter Hofmann: Das ist ja eine Geisterstunde, die Sie hier bieten!)

– Es geht um das, was wir heute schon machen können. Energie einsparen können wir heute bereits und regenerative Energie einsetzen können wir auch heute bereits.

Meine Damen und Herren! Der Markt schafft es nicht. Es gibt am Markt weder einen Wettbewerb noch werden Alternativen gegen die Macht der EVU durchsetzbar sein. Sie behaupten, Alternativen seien nur mit Subventionen durchsetzbar. Das Gegenteil ist doch der Fall. Die Kerntechnologie wäre ohne Subventionen des Staates nie marktfähig geworden. Vergleichen Sie doch einmal: Seit 1956 sind 30 Milliarden DM an Forschungsmitteln in die Kerntechnologie geflossen, in die Entwicklung der Solarenergie nur 0,9 Milliarden DM; das ist nicht einmal ein Dreißigstel. Und da wollen Sie davon reden, daß die Solartechnologie subventioniert werden müßte, damit sie marktfähig wird. Das Gegenteil ist der Fall. Sie wie wir haben die Kerntechnologie bisher im Übermaß gefördert. Dieses Verhältnis müssen wir umkehren, wenn die Kerntechnologie Überbrückungstechnologie sein soll.

Wir sind nicht technikfeindlich, Herr Kollege Tandler. Es wäre schon ein Hohn der Geschichte, wenn Sie den Eindruck erwecken wollten, wir seien gegen Technik. Wir sind aus unserer Position als Interessenvertretung der Arbeitnehmer sehr wohl für die Entwicklung moderner Technologien. Als Vertreter der Arbeitnehmer wissen wir, was Arbeit bedeutet. Wir wissen, daß Plage und Mühsal der Arbeit durch technische Entwicklungen vermindert werden können. Wir wollen die Arbeitnehmer und alle Bürger in diesem Lande von mühsamen Tätigkeiten entlasten und sind schon deshalb für die Technik. Wir wollen aber mitreden, was unter technischem Fortschritt zu verstehen ist, wir dürfen dies nicht allein den Investoren überlassen.

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt anführen, Herr Kollege Tandler.

**Präsident Dr. Heubl:** Herr Kollege, es tut mir leid, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Kolo (SPD):** Herr Kollege Tandler, Sie erwecken den Eindruck, als sei die Kerntechnologie wirklich die einzig intelligente Technologie. Sind Sie nicht auch der Meinung, daß Einspartechnologien und regenerative Technologien wesentlich intelligentere, wichtigere und humanere Technologien sind als Kerntechnologie? Wer ist also eigentlich technikfeindlich, Sie, die Sie die Anwendung dieser Technologien permanent verhindern, oder wir, die wir gegen eine veraltete Dinosauriertechnologie ankämpfen?

Meine Damen und Herren! Ich kann nur wünschen, daß die beginnende Übereinstimmung und der intensive Austausch in strittigen Fragen fortgeführt werden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Zeit der Dinosaurier, sei es in der Technik, sei es in der Politik, bald zu Ende ist; daß, was in den Papieren der Ministerien steht, nicht nur das Kreidefressen eines Wolfs vor einer Landtagswahl ist, sondern sich irgendwann auch mal in Handlungen niederschlägt. Ich hoffe sehr, daß die nachdenklichen Stimmen in der CSU sich vielleicht doch einmal durchsetzen werden. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Kollege Glück!

**Glück Alois (CSU):** Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich eigentlich nach dem Sinn der Debatte, wenn der Herr Kollege Hiersemann nach der Rede des Herrn Ministerpräsidenten, in der in sehr differenzierter Weise die Bandbreite der Möglichkeiten und des Wollens unserer Energiepolitik dargestellt worden ist, und nach den sehr detaillierten und differenzierten Aussagen der beiden Minister wahrheitswidrig einfach feststellt, die CSU sei für Kernenergie ohne Wenn und Aber, etwas anderes habe er nicht gehört.

(Abg. Dr. Seebauer: Sie haben keine Einschränkung gemacht!)

Daß er gleichzeitig Nachdenken fordert und Aussagen verdreht, ist keine Basis für eine vernünftige Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Die Grundposition der SPD, um bei dem anzuknüpfen, was Herr Minister Dick schon ausgeführt hat, ist bestimmt von einer Gleichsetzung der Situation in Tschernobyl und bei uns. Dabei müssen wir doch einmal ganz nüchtern feststellen, meine Damen und Herren, daß Tschernobyl bezüglich der Wahrscheinlichkeit eines Risikos oder eines Unfalls uns keine neuen Erkenntnisse gebracht, nichts verändert hat. Risiko und Unfall sind weder unwahrscheinlicher noch wahrscheinlicher geworden.

(Abg. Dr. Seebauer: Das menschliche Versagen ist auf jeden Fall deutlicher geworden!)

– Nein, alle bisherigen Aussagen zur Sicherheit unserer Kernkraftwerke bezogen und beziehen sich auf unseren Sicherheitsstandard. Die Frage menschlichen Versagens stellt sich bei unserer Technik anders als in jenen Systemen. Sie brauchen nur einmal genau nachzulesen, was Minister Dick in seiner Antwort auf Ihre Interpellation bezüglich der Sicherheit dargestellt hat. Hier sind automatisch Sicherheitssysteme eingebaut; in der ersten halben Stunde kann das Betriebspersonal gar nicht eingreifen.

Natürlich weiß jeder, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, der sich mit Technik befaßt, daß bleibt, was man bislang übereinstimmend als Restrisiko bezeichnet. Damit haben wir uns früher schon auseinandergesetzt, damit werden wir uns auch jetzt auseinandersetzen müssen. Nur: Auf der Basis einer Gleichsetzung von Tschernobyl und unserer Situation jetzt Politik zu betreiben, ist schlichtweg unredlich. Dies diskreditiert Ihre eigenen Anstrengungen um die Sicherheit der Kernkraftwerke. Aber das ist typisch für Ihre gegenwärtige Politik der Flucht aus der Verantwortung und vor Ihren früheren Beschlüssen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Die CSU hat ihre Position auf dem Parteitag am 21. Juni in Nürnberg eindeutig formuliert. Diese Position wird von der Gesamtpartei getragen. Es ist völlig unsinnig und aussichtslos, wenn Sie versuchen sollten, irgendwo einen Keil einzutreiben. Ich darf die wichtigsten Positionen noch einmal festhalten:

Erstens. Es ist nicht zu verantworten, den Ausstieg aus der Kernenergie anzukündigen, solange kein entsprechender Ersatz verfügbar ist.

Zweitens. An der Erforschung und Erschließung neuer Energiequellen muß mit besonderem Nachdruck gearbeitet werden.

Drittens. Die Bemühungen zur Erhöhung des Wirkungsgrads der eingesetzten Energieträger sind zu verstärken mit dem Ziel, den Ausbaubedarf an Kraftwerkskapazität zu verringern.

Viertens. Entsprechend dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik ist die Technologie der Kernenergie weiter zu entwickeln von der Reaktorsicherheit über die Entsorgung bis zur Endlagerung auf der Basis des jeweils besten Sicherheitsstandes.

Diese Kombination ist Grundlage unserer Energiepolitik, Grundlage unserer Haltung zur Kernenergie. Der entscheidende Unterschied zu Ihnen, es ist heute schon einmal dargestellt worden, ist eigentlich immer Ihre übersteigerte irrationale Haltung: Vorher euphorisch sich das Heil der Welt von einer Technik versprechen, und dann genauso extrem in panischer Angst eine Technik verteuflern.

(Beifall bei der CSU)

Dies unterscheidet uns fundamental. Wir haben vor Tschernobyl diese Technik mit größter Wachsamkeit behandelt, dafür gibt es viele Belege, und wir haben nach Tschernobyl mit größter Wachsamkeit, aber auch Rationalität und in sorgfältiger Abwägung diese

(Glück Alois [CSU])

Technik bewertet, weder vorher noch nachher nur einer Stimmungslage nachgebend. Sie haben in weiten Teilen Ihrer Partei auf die Angst gesetzt und wollten mit dieser Angst politische Geschäfte machen. Sie sind heute selbst Gefangene dieser Politik der Angst.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Kolo, Sie haben heute immer wieder gesagt, wir setzen auf die Kohle.

(Abg. Kolo: Als Übergangslösung!)

– Als Übergangslösung. Hier hat offenbar schon ein beachtlicher Lernprozeß eingesetzt, um eines Ihrer Lieblingsworte zu gebrauchen, denn bis vor kurzem haben Sie immer noch den Eindruck erweckt, wir hätten schon ausreichende Möglichkeiten mit der Solarenergie, wenn wir 1995 das letzte Kernkraftwerk abschalten. Der Eindruck ist von Ihnen permanent erweckt worden.

(Abg. Kolo: Nicht von mir!)

Ich sehe in dem, was Sie da heute hier gesagt haben, einen Zugewinn an Klarheit. Auf der Basis können wir uns vernünftig auseinandersetzen und die Argumente abwägen. Dieses sollten wir auch tun.

Nun ist aber Ihre Ausgangsprämisse, Herr Kollege Kolo, mit einer solchen Politik der Ü b e r g a n g s l ö - s u n g Kohle einen Zugewinn an Sicherheit für unsere Bevölkerung zu erreichen. Dieses ist zu bestreiten. Denn die Kernkraftwerke im Umland, das heißt in den uns umgebenden benachbarten Ländern werden in Betrieb bleiben. Sie reduzieren das Risiko für unsere Bevölkerung also allenfalls um das Risiko, das mit Kernkraftwerken bei uns verbunden ist, mit Kernkraftwerken mit dem besten Sicherheitsstandard. Alle anderen mit weit höheren Risiken bleiben erhalten. Sie kaufen sich aber zusätzlich die wirtschaftlichen, ökologischen und gesundheitlichen Risiken ein, die mit der Übergangsstrategie Kohle verbunden sind.

(Beifall bei der CSU)

Insofern muß man eine Gewinn- und Verlustrechnung aufmachen. Sie stützen sich zunächst einmal auf die Möglichkeiten der Entschwefelung und Entstickung. Das ist gut so. Nur müssen wir schon hinzufügen: Diese Möglichkeit ist erst eröffnet, seit wir in Bonn an der Regierung sind und damit begonnen wurde. In Ihrer Regierungszeit ist auf diesem Sektor ja nichts geschehen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb argumentieren Sie auch mit einem Trick und stellen ein Rechenkunststück an, indem Sie sagen, die Planung der Stadt München für ein Kraftwerk sei Stand der Technik. In Wirklichkeit ist es Stand der Hoffnung.

(Abg. Kolo: Nein!)

und auf dieser Basis machen Sie dann eine Hochrechnung für Bayern.

(Abg. Kolo: Garantierte Werte, Herr Kollege!)

Herr Kollege Kolo, hier offenbart sich wieder Ihr sehr zwiespältiges Verhältnis zur Technik, das sich sowohl hier wie etwa beim Thema Solarenergie zeigt. Wenn Ihnen eine bestimmte technische Entwicklung nicht in den Kram paßt, sind Sie immer tief mißtrauisch gegenüber den Möglichkeiten der Technik. Wenn eine bestimmte technische Entwicklung Ihnen aber in die Richtung paßt, sind Sie grenzenlos optimistisch.

(Abg. Kolo: Bei Ihnen ist das anders?)

Da wird plötzlich Unmögliches als solide Grundlage unterstellt und der Bevölkerung etwas verkauft, was leider keine realistische Basis hat.

Die C O<sub>2</sub>-Problematik zum Beispiel haben Sie heute erstmals so beiläufig angesprochen, weil Sie sie wohl nicht mehr ignorieren können. Nur: Redlich ist die Diskussion nur, wenn wir der Bevölkerung in aller Klarheit die ganze Tragweite darstellen.

(Abg. Kolo: Dann nicht nur bei Kohle!)

Wenn es zu einer Erhöhung der Meeresspiegel um 10 bis 15 Meter kommt, sind weite Teile Europas nämlich nicht mehr bewohnbar. Wenn sich die Sahara den Prognosen entsprechend nach Südeuropa ausdehnt und Wüstenwanderungen bis Süditalien, Spanien und Portugal möglich sind, dann sind weite Teile Europas nicht mehr bewohnbar. Das müssen Sie der Bevölkerung gleichzeitig zu den Alternativen sagen, die Sie da aufstellen.

(Abg. Erwin Huber: So ist es!)

Der Begriff Übergangsstrategie, mit dem Sie argumentieren, ist natürlich ein sehr verschleiender Begriff. Eines ist dabei heute aber klar geworden: Sie rechnen selbst nicht mehr damit, daß in diesem Jahrhundert mit der Solarenergie und regenerativen Energiequellen eine nennenswerte Steigerung des Energiebeitrags möglich ist.

(Widerspruch des Abg. Kolo)

– Herr Kollege Kolo, Sie haben sich zwar innerhalb Ihres Beitrags ein paarmal widersprochen, soweit Sie aber zur Kohle referiert haben, sind Sie davon ausgegangen, daß der Übergangszeitraum mit 30 bis 40 Jahren zu kalkulieren ist.

(Abg. Kolo: Photovoltaik!)

Das ist wohl nicht zu bestreiten. Auf dieser Basis, meine Damen und Herren, das wollen wir für unsere Bevölkerung ganz eindeutig feststellen, bei diesen Risiken für unser Klima, unsere Gesundheit und unsere Umwelt ist auch für einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren die Kohle für uns kein vertretbarer Ersatz der Kernenergie.

(Beifall bei der CSU)

Sagen Sie der Bevölkerung auch, was wir aufgrund gesicherter Daten über den Brennstoffkreislauf Kohle an gesundheitlichen Problemen zu erwarten haben:

Wir haben in der Bundesrepublik in den letzten Jahren jährlich zwischen 50 und 60 Todesfälle gehabt, in

(Glück Alois [CSU])

den vorhergehenden Jahren sogar bis zu 120 Tote pro Jahr. Dazu kommen bei 25 000 Unfällen, die sich pro Jahr in Kohlebergwerken ereignen, 3000 Schwer verletzte. Allein in Nordrhein-Westfalen werden jährlich 3000 Fälle von Lungenfibrose als Berufskrankheit anerkannt. Die Staublunge hat tödlichen Charakter. Zu diesem Risiko der Krebserkrankung müssen Sie natürlich auch sagen, daß, wenn Sie Kernenergie durch Kohle ersetzen wollen, wobei etwa eine Tonne Kohle pro Person und Jahr einzusetzen wäre, daß dies aufgrund empirischer Erfahrung, nicht auf spekulativer Basis zusätzlich 148 Krebstote pro Jahr bedeuten würde. Das müssen Sie alles der Bevölkerung sagen. Dann kann man abwägen. Wenn dann jemand sagt, ich nehme das alles lieber in Kauf als das Restrisiko unserer Kernkraftwerke, dann haben wir eine korrekte Basis der Diskussion. Bislang verläuft die Diskussion, vor allem in den letzten acht Wochen, aber so, als gebe es eine Technik mit Risiko und gewissermaßen risikolose Alternativen. Diese Art der Darstellung ist letztlich ein Betrug an der Bevölkerung.

(Zustimmung bei der CSU)

Wenn es dann konkret um den Bau von Kohlekraftwerken geht, werden wir hier oder zumindest draußen Argumente zu erwarten haben, wie sie Kollege Dr. G a n t z e r, der leider nicht da ist, am 12. Dezember 1984 im Landtag vorgetragen hat, als es um den Standort des Kohlekraftwerks in Ismaning ging. Kollege Dr. Gantzer sagte, es gebe fünf Argumente, die dagegen sprächen, daß am Standort Ismaning ein Kohlekraftwerk errichtet werde. Ich zitiere auszugsweise:

1. Es droht eine weitere Luftverschmutzung. Trotz aller möglichen Filter wird es zum Ausstoß von CO<sub>2</sub>, SO<sub>2</sub>, NO<sub>2</sub>, Benzpyren kommen. Die Folgen sind für die Bevölkerung in und um Ismaning unvorhersehbar.
2. Es droht Lärmbelästigung. Ein so großes Kraftwerk erfordert ständigen Kohletransport sowie Schlackeabtransporte.
3. Es drohen radioaktive Stoffe. Bekannt ist, daß bei Verbrennung von Kohle in einem Wärmekraftwerk radioaktive Strahlung entsteht, die größer sein kann als bei einem Kernkraftwerk.

(Hört, hört! bei der CSU)

4. Es droht eine Zerstörung der Landschaft.
5. Es droht Gewässerbelastung.

So Kollege Dr. Gantzer zur Ausweisung eines Kohlekraftwerks.

(Lachen des Abg. Dobmeier)

Meine Damen und Herren! Das wäre die Argumentation, die wir zu erwarten hätten, wenn Sie, was Sie jetzt vertreten, tatsächlich umsetzen würden.

(Zustimmung bei der CSU)

Der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung schrieb am 9. Juni in einem Kommentar unter der Überschrift „Verdunkelung des Fortschritts“ unter anderem; ich zitiere:

Wer so tut, als wisse er bereits, wie der sofortige oder mittelfristige Ausstieg aus der Kernenergie bewerkstelligt werden kann, ist nicht aufrichtig. Er ersetzt die Notwendigkeit der Wissenschaft durch das Gebot des Glaubens.

(Abg. Tandler: Sehr richtig!)

Zum Nachdenken gehört mehr: Die Suche nach Alternativen, aber auch die Frage, ob Kernenergie sicherer gemacht werden kann, und nicht zuletzt die Prüfung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die mit einer Abkehr oder einem Umsteigen von der Kernenergie verbunden sind.

Meine Damen und Herren! Das ist eigentlich exakt die Haltung der SPD. Die SPD betreibt eine leichtfertige Politik mit der Umwelt, eine leichtfertige Politik mit der Gesundheit und eine leichtfertige Politik mit den Arbeitsplätzen.

(Zustimmung bei der CSU – Abg. Dr. Seebauer: Natürlich! Es fehlt noch ein bißchen was!)

– Herr Kollege Dr. Seebauer, zu meiner Heimatregion gehört teilweise das Chemiedreieck. In der Chemie ist der Strompreis als Kostenfaktor im Schnitt etwa mit den Personalkosten vergleichbar. Ihre Umstiegspläne mit einer Verteuerung des Strompreises um rund 30 Prozent würden dort das Ende bedeuten.

(Widerspruch des Abg. Dr. Seebauer)

– Herr Kollege Dr. Seebauer, Sie zucken mit den Schultern, Sie nehmen das Ende des Chemiedreiecks, das Ende der dortigen chemischen Industrie als gegeben hin.

(Abg. Dr. Seebauer: Falsche Prämissen!)

Diese Konsequenzen muß man ganz klar sehen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Kolo)

Meine Damen und Herren! Es ist nach meiner Überzeugung alarmierend, wie die SPD die Probleme behandelt. Wir sind uns alle darüber einig, daß die Energiepolitik eine der großen Herausforderungen der kommenden Zeit ist. Wenn man diese Herausforderung aber nur nach der Stimmungslage des Tages behandelt, dann frage ich mich, wie Sie morgen das Thema Chemie oder übermorgen das Thema Forschung behandeln werden.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Goppel: Gentechnologie!)

– Es fragt sich auch, wie Sie dann das Thema Gentechnologie behandeln werden. Immer da, wo es emotionalen Druck gibt, wird dann wohl nur aus der Tagesstimmung heraus gehandelt, und das ist gefährlich.

(Beifall bei der CSU)

(Glück Alois [CSU])

Man kann über den gangbaren Weg die unterschiedlichsten Vorstellungen entwickeln, man darf sie aber nicht aus der Tagesstimmung heraus entwickeln. Insofern fallen Sie von einem Extrem ins andere und haben Sie kein Verhältnis zum technisch-wissenschaftlichen Fortschritt.

(Abg. Dr. Seebauer: Gar nichts?)

Sie haben nach der früheren Euphorie heute ein gestörtes Verhältnis zur modernen Arbeitswelt und zur modernen Industriegesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Noch eine abschließende Bemerkung:

Die Lösung der Energieprobleme ist eine Aufgabe, die uns durch Tschernobyl bewußter geworden sein sollte. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Kernenergie. Was ist alles zu lösen?

Für das nächste Jahrhundert steht an, damit muß man schon heute beginnen, für Öl und Gas Ersatz zu finden. Es steht an, risikolose Alternativen für die Kernenergie zu finden. Es ist unsere Aufgabe, auch zur Kohle risikolosere Alternativen zu finden, und dies ohne neue gefährliche Abhängigkeiten von krisengeschüttelten Gebieten. Ich fürchte, wir laufen beim Öl ohnehin Gefahr, in den neunziger Jahren in eine neue Energiefalle zu tappen, weil die jetzigen billigen Ölpreise bei manchen schon wieder Illusionen wecken.

(Abg. Tandler: So ist es!)

Ich meine, daß wir anstelle von Verzweiflung, Angst und Zukunftspessimismus diese gemeinsame Aufgabe als Herausforderung sehen und anpacken müssen. Es ist eine große Herausforderung, eine schwierige Aufgabe, aber auch eine lohnende Aufgabe, einen organischen Übergang zu finden ohne riskante Experimente für Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherheit. Tragfähige Lösungen werden wir nur in einem Wettbewerb der Ideen und Initiativen finden, nicht indem wir versuchen, die folgenden Generationen reglementierend festzulegen. Deshalb brauchen wir in der Energiepolitik statt einer Politik der Endzeitstimmung eine Aufbruchstimmung. Ich danke Ihnen.

(Beifall und Sehr gut! bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Seebauer.

**Dr. Seebauer (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, wir sind gegen die Arbeit, wir sind gegen die Wahrheit, wir sind gegen die Wissenschaft, wir sind gegen die Technik, wir sind gegen das Leben.

(Abg. Klasen: Wir sind gegen die CSU!)

Herr Kollege Glück, Sie haben Ihre Frustrationen auf uns abgeladen in einer relativ schwierigen Situation.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen:

Sie haben sich über das Plakat „Tschernobyl ist überall“ ziemlich erregt. Es stammt übrigens nicht von uns, es gibt da kein Plakat der SPD. Ich würde auch nicht wiederholen, daß Tschernobyl überall ist. Aber Sie sollten sich nicht täuschen, meine Damen und Herren: Die Folgen von Tschernobyl sind in den Köpfen aller Menschen, und ich würde sagen: Gott sei Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU:

Daran habt ihr aber fest mitgeholfen!)

Es hieß dann, wir seien euphorisch gewesen, weil wir in den fünfziger Jahren die Kernenergie begrüßt hätten, wie Sie übrigens auch. Es ist zu mühselig, jetzt Äußerungen der CSU hervorzuholen, wie Sie die Kernenergie, damals hieß sie ja noch Atomenergie,

(Frau Abg. Pausch-Gruber: Strauß war der erste Atomminister! Er hat die Atomenergie aufgebaut!)

gelobt haben und wie stolz vor einigen Wochen noch der Herr Ministerpräsident erzählte, daß er der erste Atomminister gewesen sei

(Abg. Möslin: Das stimmt doch!)

und daß hier die richtigen Weichen von ihm gestellt worden seien. Euphorie hin oder her, meine Damen und Herren, es kommt darauf an, daß wir auf die jetzige Situation vernünftige Antworten finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen:

Herr Kollege Glück, wenn man falsche Prämissen setzt, müssen natürlich auch die Folgerungen stimmen, da haben Sie recht. Wenn sich im Chemiedreieck schlagartig von heute auf morgen die Energiepreise um 30 Prozent erhöhen würden, dann hätte das Chemiedreieck keine Existenzgrundlage mehr. Aber davon redet doch keiner.

(Abg. Alois Glück: Aber das ist die Folge!)

Es ist umstritten, ob es 30 Prozent sind. Die Energieumstellung ist ein langfristiger Prozeß, wie die SPD dargestellt hat; ich komme darauf noch zurück. Es wird auch mit Sicherheit Möglichkeiten geben, durch rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung wieder zu höheren Kosten anderer Kostenträger zu kommen.

Wenn Sie, Herr Kollege Glück, das vielleicht als letzte Bemerkung, in der Gegend dort unten herumlaufen und sagen, die SPD gefährdet das Chemiedreieck,

(Abg. Alois Glück: So ist es!)

dann weiß ich nicht, was von Ihrer hier als anständig und besonders wahrhaft und ehrlich dargestellten Position in schwieriger Zeit übriggeblieben ist. Was nach meiner inzwischen auch schon mehrjährigen Erfahrung in diesem Landtag bleibt, ist die Erkenntnis, daß Sie sich hier immer sehr vornehm gebärden, aber draußen ganz schön unfair zuschlagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU:  
Von der SPD gelernt!)

(Dr. Seebauer [SPD])

Ich möchte mich noch mit einem Einwand auseinandersetzen, der bei Ihnen ein bißchen zur Schallplatte geworden ist mit einem Sprung darin: Die SPD will aussteigen, sagt aber nicht wie.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt doch!)

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht anderes tun, als Sie zu bitten, und ich werde persönlich dafür sorgen, daß Sie die Unterlagen bekommen, wenn Sie sie nicht haben, unsere Erklärung, die über vierzehn Seiten hat, detailliert nachzulesen.

(Abg. Dr. Goppel: Das hat nichts mit der Seitenzahl zu tun, sondern mit der Qualität!)

Ich hätte es sehr begrüßt, Herr Kollege Glück, wenn Sie zu diesem Papier die eine oder andere konkrete Frage gestellt hätten; wenn Sie zum Beispiel gesagt hätten: In diesem Punkt sind wir anderer Meinung, bitte beantworten Sie ihn mir einmal und begründen Sie Ihre eigene Position. Das wäre eine fruchtbare Diskussion gewesen. Aber das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der SPD – Abg. Herbert Huber (Landshut): Warum haben Sie das nicht in die Interpellation hineingeschrieben?)

Im wesentlichen möchte ich aber zur Stellungnahme des Herrn Staatsministers Jaumann sprechen und einige Bewertungen einführen. Zuerst eine erfreuliche:

Ich meine, es war ein sachlicher Bericht. Er hat sich mit unseren Fragen tatsächlich auseinandergesetzt. Das kontrastierte ein bißchen zu dem, was wir im Anschluß daran gehört haben; vielleicht liegt es an der Müdigkeit nach vielen Stunden.

Das zweite war für mich eigentlich das Interessanteste: Wenn ich den Herrn Staatsminister richtig verstanden habe, so hat er, und nur darum geht es, einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie nicht generell für unmöglich erachtet. Das ist eine interessante Position, ich will noch nicht von Konsens reden wie der Kollege Tandler, der davon immer spricht, ihn aber nie sucht,

(Beifall bei der SPD)

über die man zumindest einmal miteinander reden kann.

Es ist auch richtig, wenn der Herr Staatsminister sagt, daß wir sieben bis acht Kohleblöcke in Bayern bräuchten, um die ausfallende Kernenergie zu ersetzen. Das ist genau die Rechnung, die wir auch in unserer Augsburger Erklärung aufgemacht haben. An einer anderen Stelle der Rede des Herrn Staatsministers heißt es elf oder zwölf Blöcke; aber das ist wohl die Schuld derjenigen, die ihm zugearbeitet haben. Einigen wir uns auf sieben bis acht!

(Abg. Walter Hofmann: Wo sollen die hin? –

Abg. Dr. Martin Mayer: Ismaning!)

– Sehen Sie, ich habe denselben Gedankengang wie Sie. Denn dann kommt, mit Sicherheit aus seiner Sicht nicht falsch gestellt, die Frage nach den Standorten. Meine Damen und Herren! Wir haben uns in

Augsburg eindeutig zur Standortfrage geäußert. Wir haben gesagt, daß es nach unserem schrittweisen Szenarium möglich ist, in Bayern Kohlekraftwerke an Standorten zu bauen bzw. einzurichten, die heute Kernkraftwerke haben. Dies ist auch logisch, weil wir das Verbundnetz sowie die Infrastruktur nutzen und die gesamten elektrowirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen können. Damit erübrigen sich weitere oder viele weitere neue Standorte.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung dazu machen: Ich akzeptiere sehr wohl, wenn Sie zitieren, daß sich in der Vergangenheit Kollegen, alle Kollegen übrigens, gegen Kohlekraftwerke ausgesprochen haben.

(Abg. Dr. Goppel: Wo stehen denn dann Ihre acht Kraftwerke?)

Das können Sie keinem Abgeordneten übelnehmen. Wenn in der Nähe von München, nämlich in Oshu, ein 1300 Megawatt großes Kernkraftwerk gebaut werden soll und dann auch noch mitten im dichtbesiedelten Münchner Norden angesichts der ohnehin entstehenden Stromschwemme in München ein Kohlekraftwerk, dann wird das der Bevölkerung ein bißchen zuviel. Insofern kann man mit abwägenden Argumenten, wenn ich auch zugebe, daß das ein Problem ist, eine höhere Befürwortung von Standorten für Kohlekraftwerke in Zukunft sehr wohl erreichen. Das ist eine Frage des politischen Willens.

Der Herr Staatsminister hat dann allerdings ausgeführt, daß die Kosten eines schrittweisen Ausstiegs unvermeidbar hoch seien. Ich kann mich nur in Kürze mit diesem Argument beschäftigen; es ist aber wichtig.

Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal: Wir berechnen die tatsächlichen Kosten der Kernenergie nicht voll. Es fehlen alle vorlaufenden Kosten der Überprüfung, der Erforschung, der Sicherheit; ich nenne nur die Stichworte Karlsruhe und Jülich. Hier arbeiten Tausende von Menschen an der Erforschung hauptsächlich der Sicherheitskomponente der Kernenergie. Diese Kosten müssen Sie integrieren.

Wir rechnen auch nicht die nachgelagerten Kosten ehrlich zusammen. Sie sprechen von 7 bis 8 Milliarden DM für die WAA Wackersdorf. Meine Damen und Herren! Die Endlagerung wird ein Vielfaches davon kosten. Wir brauchen aber beides; das hat sich in der heutigen Diskussion noch einmal klar erwiesen. Das heißt, es werden, das ist nicht im geringsten eine Übertreibung, noch etwa 100 Milliarden DM Kosten für notwendige Entsorgungseinrichtungen in den nächsten Jahren hinzukommen. Somit sieht der Kostenvergleich mit einer konventionellen, also auf Kohle und anderen Energien basierenden Energieerzeugung anders aus, wenn wir die Kosten der Kernenergie voll aufrechnen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung dazu machen. Es geht auch um den Zeitraum.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Huber?



**Dr. Seebauer (SPD):** Nein, Entschuldigung, es geht um meine Zeit. Seien Sie mir nicht böse!

(Abg. Herbert Huber (Landshut): Doch!)

– Dann sind Sie kein fairer Parlamentarier, wenn Sie böse sind. Das ist dann Ihr Problem.

(Abg. Dr. Goppel: Jetzt hätte er schon gefragt gehabt!)

Die Problematik des Zeithorizonts sehen wir anders, Herr Staatsminister. Sie sprechen von 15 Jahren. Ich nehme das einmal so hin. Dafür gibt es eine Menge vernünftiger Gründe. Aber die Politik muß doch in der Lage sein, Prozesse, wie Planung, Standortfindung, Umrüstung, technische Innovation, die uns tagtäglich beschäftigen, in kürzester Zeit zu bewältigen. Hier kommt es auf den politischen Willen an. Dann geht so etwas auch schneller.

(Beifall bei der SPD)

Hier besteht nicht die Notwendigkeit, wie der Herr Ministerpräsident gesagt hat, auf einen zündenden Einfall, die Idee eines Forschers zu warten, damit wir die Nachfolgeenergie hätten. Die Erfindung, aber noch viel mehr die Umsetzung von Nachfolgeenergien wird einen breiten Strom von finanziellen, geistigen und technischen Investitionen erfordern, die wiederum nur möglich sind, wenn wir dafür auch Platz machen. Solange wir alle geistigen und finanziellen Ressourcen in der Kernenergie finden, solange wir mit Kernenergie Überkapazität am Markt schaffen, wird sich weder aus finanziellen noch wissenschaftlichen noch marktwirtschaftlichen Gründen eine Lücke für alternative Energien auftun. Das ist die Grundsatzproblematik. Wenn man hier nicht die Wege freimacht, kann sich in der jetzigen Situation der Dominanz der Kernenergie auf dem gesamten Energiemarkt kein zartes Pflänzchen einer alternativen Lösung entwickeln.

(Zuruf des Staatssekretärs Dr. Fischer – Glocke des Präsidenten)

– Herr Staatssekretär Fischer, es ist ein bißchen spät, aber hören Sie noch etwas zu!

Meine Damen und Herren! Wenn wir auf den schnellen Ausstieg drängen, dann aus folgender Überlegung:

Wenn wir die gesamte Kette der Kernkraftwerke, der Brüter, der Wiederaufbereitung, der Endlagerung, der Konditionierung, der Zwischenlagerung und vieler anderer Dinge schließen, gibt es aller Wahrscheinlichkeit nach keine Möglichkeit mehr, die Kernenergie als Übergangsenergie zu betrachten. Ich dachte, daß das zumindest Konsens sei. Es wird sich dann technisch und natürlich auch investitionsmäßig alles so verfestigt haben, daß Politiker, hier spreche ich alle Politiker an, mit Sicherheit nicht den Mut haben werden, aus einem so perfektionistischen und mit Milliardenbeträgen finanzierten System auszusteigen, es sei denn, aber das wünscht sich keiner, daß noch einmal etwas passiert, womöglich in unserer Nähe, kontrollierbarer, vielleicht in einem westlichen Land. Dann gibt es diese Diskussion sowieso nicht mehr. Keiner wünscht sich das.

Wir müssen in der Politik also dafür sorgen, daß wir Handlungsfreiheit haben. Spielräume für Handlungsfreiheit erarbeite ich mir dadurch, daß ich rechtzeitig in die Gestaltung alternativer Wege eintrete.

(Beifall bei der SPD)

Die Diskussion ging den ganzen Tag darüber, Wissenschaft werde nicht akzeptiert. Der Ministerpräsident hat dazu etwas gesprochen, was ich aus meiner Sicht schlichtweg in Abrede stellen möchte. Er sagte, wir bräuchten einen Grundkonsens der Wissenschaft in diesen Fragen. Ich sage Ihnen das Gegenteil: Gerade weil wir für den einfachen Menschen in der unüberschaubaren Diskussion und den immensen Zusammenhängen der Gefahr eines Monopols des Wissens erliegen, kommt es nicht auf einen vordergründig hergestellten Grundkonsens der Wissenschaft an, sondern es kommt auf die organisierte Form von These und Antithese an, um überhaupt Transparenz in einen für den normalen Menschen wie Sie und mich unüberschaubaren Prozeß bringen. Das muß das Ziel einer vernünftigen Wissenschaftspolitik sein.

(Abg. Kling: Das ist doch falsch!)

Herr Kollege, wenn Sie nun sagen, Sie informierten sich breit bei der Wissenschaft, dann möchte ich Ihnen ein schönes Wort entgegenhalten, das auch parlamentarisch häufig gebraucht wird: Wenn man einen Sumpf trockenlegen will, darf man nicht die Frösche fragen. Meine Damen und Herren, Sie haben bei Ihrer Anhörung zu den Problemen der Kernenergie wirklich nur die Frösche gefragt.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es ganz konkret: Ich halte nicht alle Äußerungen des Freiburger Ökoinstituts für richtig. Aber wir verdanken den sogenannten alternativen Wissenschaftlern, das ist alles nur plakativ, eine Menge Problembewußtsein. Das muß doch auch für Sie gelten: Klammern Sie sich nicht so eng an diesen energiewirtschaftlichen Teil unserer Gesellschaft! Ich möchte wissen, in welchem Problembewußtsein und auf welchem Wissensstand wir in all diesen Fragen stünden, wenn es nicht auch Wissenschaftler gegeben hätte, die den Mut hatten, angeblich sakrosankte Weisheiten der etablierten Wissenschaften schlichtweg anzuzweifeln und damit einen vernünftigen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kling: Sie haben nichts damit bewirkt!)

Das hat meine Einstellung zu diesem Thema auch etwas geprägt, weil ich diese Dinge ernst nehme, vielleicht im Unterschied zu Ihnen.

**Präsident Dr. Heubl:** Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dr. Seebauer (SPD):** Ich komme zum Ende.

Herr Kollege, wir hatten Energieprognosen mit 100 Kernkraftwerken für die Bundesrepublik. Andere haben einfach gesagt, das sei falsch, und die hatten recht. Sie hatten zu dem Zeitpunkt die schwächeren Begründungen, das gebe ich zu, aber sie hatten recht.

(Dr. Seebauer [SPD])

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Was soll man am Ende einer solchen Diskussion über viele Stunden sagen, in der ich kein Aufeinander-Zubewegen oder gar den Versuch von Ihrer Seite erlebt habe,

(Abg. Kling: Quatsch!)

auf zweifelnde Argumente einzugehen. Ich habe heute vielmehr den festen Eindruck bekommen, daß Sie keinen Konsens in der Sache erzielen wollen, der zumindest in einem Punkt hätte hergestellt werden können, nämlich den weiteren unkontrollierten Ausbau der Kernenergie in einem unverantwortlichen Tempo einzuschränken. Sie haben nicht die geringste Bewegung in der Frage gezeigt, ob wir die Zukunft nicht etwas kritischer betrachten sollen, ob wir unser angeblich hohes Wissen nicht etwas bescheidener sehen sollen

(Abg. Erwin Huber: Das ist doch ein Popanz!)

und ob wir nicht etwas nachdenklicher werden sollen nach dem, was jetzt passiert ist und womit unsere Menschen noch sehr viele Jahrzehnte werden leben müssen. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Huber!

**Huber** Herbert [Landshut] (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die SPD-Riege auf die sachlichen und fundamentalen Ausführungen des Ministerpräsidenten und der beiden für diesen Bereich zuständigen Minister geboten hat, finde ich schon sehr dünn, um es einmal so zu sagen.

(Abg. Dr. Seebauer: Dafür haben Sie schon durch die Redezeit gesorgt!)

Das ist für mich ein Beweis, daß das Thema für eine parteipolitische Auseinandersetzung denkbar ungeeignet ist. Ich habe das auch schon früher gesagt. Man sehe es bloß einmal in den geschichtlichen Zusammenhängen, die aber leider für Sie auch kein Hindernis sind, muß ich sagen. Dieses Faktum kann jedermann erkennen; ich erinnere bloß an das SPD-Plakat, das man vor dem Haus sehen kann, das von einer Diktion ist, als gingen wir einem Cäsium-Zeitalter entgegen.

(Abg. Dr. Rothmund: Das ist sehr gut!)

– Herr Kollege Dr. Rothmund, Sie betreiben das Geschäft mit der Angst.

(Beifall bei der CSU)

Sie nutzen die Angst gemeinsam mit den Grünen als Vehikel für parteipolitischen Opportunismus und wahlkämpferische Effekthascherei. Das paßt hier überhaupt nicht, das werden Sie wahrscheinlich zurückkriegen. Denn diese Rechnung geht nicht auf.

Sie können uns glauben: Wir nehmen Tschernobyl und alles, was damit zusammenhängt, genauso ernst wie Sie, noch dazu, wenn man aus einem Gebiet kommt, wo man die Kernkraftwerke vor der Haustür hat; noch dazu, wenn man kleine Kinder hat. Wer sollte sich dem entziehen? Nur, hier kann man nicht aus Effekthascherei zusätzliche Angst schüren wollen.

Wenn Sie sich über die Auswirkungen und Folgewirkungen von Tschernobyl mit den Leuten unterhalten, die in die Versammlung gehen, dann erwähnen Sie bitte die Tatsache, daß in Bayern die natürliche Ganzkörperbestrahlung im Mittel bei 150 Millirem im Jahr liegt, daß durch die Radioaktivität und den Fallout des Unglücks von Tschernobyl eine einmalige Dosis von 4 bis 7 Millirem an die Bevölkerung abgegeben wurde und daß die langlebigeren Radionuklide – die beiden Cäsiumarten und das gottlob nur in geringer Menge anfallende Strontium – eine zusätzliche Langzeitwirkung in der Größenordnung von 5 bis 15 Millirem haben. Bei diesen 150 Millirem in Bayern, die ich nannte, macht die natürliche Schwankungsbreite immerhin 30 Millirem pro Jahr aus, je nach regionaler Lage. Bei dieser Relation und bei diesen faktischen Zahlen, die nicht bestritten werden können, sollten Sie der Bitte nachkommen, die ich gerade geäußert habe. Damit würden Sie etwas sehr Gutes tun. Es wäre auch für Sie von Vorteil. Aber Sie sind da uneinsichtig.

Herr Kolo hat den Saal leider schon verlassen. Trotzdem möchte ich auf eine Aussage Bezug nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Er war der Meinung, man könnte die Entsorgung der jetzt laufenden Kernkraftwerke, die auch nach seiner Überzeugung nicht sofort stillgelegt werden können, dadurch meistern, daß man die abgebrannten Brennelemente an den Standorten der Kernkraftwerke lagert, sprich: in Kompaktgestellen, die dann sicherlich noch auszubauen wären.

Meine Herrschaften von der SPD! So kann nicht gewettet werden. Wenn Sie meinen, daß die Bevölkerung in den Gebieten, in denen es Kernkraftwerke gibt, auch noch damit einverstanden ist, daß das Potential an Gefahr, das zweifelsohne bei jeder Technologie besteht, dadurch erhöht wird, daß wir dort auch noch Zwischenlager auf lange Zeit haben, dann täuschen Sie sich ganz gewaltig!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nachdem auch von Ihnen in früheren Jahren, wie der Herr Ministerpräsident heute früh deutlich gesagt hat, einmal ja zur friedlichen Nutzung

(Abg. Klasen meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– ich habe keine Zeit, Herr Kollege Klasen, setzen Sie sich hin – der Kernenergie in Form der Kernspaltung gesagt worden ist und in Nordrhein-Westfalen und Hessen die Voraussetzung der Versorgung für den Betrieb der Kernkraftwerke durch die Produktion der Brennelemente geschaffen wird, muß natürlich auch die Entsorgung gewährleistet sein. Dabei sollen sich

(Huber [Landshut, CSU])

Fachleute darüber unterhalten, wie es in der Staatskanzlei auch geschehen ist, ob das integrierte Entsorgungskonzept in Form der Wiederaufbereitung oder die Endlagerung das Richtige ist.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eines steht fest: Wir sind verpflichtet, für die Entsorgung zu sorgen. Darum kommen wir nicht herum. Aber die Lösung, die Herr Kolo vorhin angeboten hat, geht nicht.

(Abg. Klasen: Sie haben nicht zugehört!)

Ein paar Anmerkungen noch zu den wirtschaftlichen Auswirkungen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg.

Klasen meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage – Abg. Erwin Huber: Setzen! –

Abg. Dr. Goppel: Macht doch nicht so ein Palaver!)

– Nur keine Aufregung, Herr Kollege Klasen.

Es ist wohl unbestreitbar, daß die im Betrieb und im Bau befindlichen kerntechnischen Anlagen einen Vermögenswert in der Größenordnung von rund 100 Milliarden DM verkörpern. Dazu gibt es eindeutige Aussagen, die nicht angezweifelt werden. Ebenso steht fest, daß bei einer Stilllegung – ob auf einmal oder im Laufe der Zeit – selbstverständlich Entschädigungen an die Eigentümer gezahlt werden müssen. Das ist gar keine Frage. Eine entschädigungslose Enteignung durch Rücknahme der erforderlichen Betriebsgenehmigung wäre nur dann möglich, wenn die Sicherheit der Anlage nicht gewährleistet wäre. Das kann man von den bundesdeutschen Kernkraftwerken so ohne weiteres – gottlob – nicht sagen. Es würde also in der Konsequenz bedeuten, daß allein die Zinslast aus solchen Entschädigungssummen den Steuerzahler jährlich mit rund sieben Milliarden DM belasten würde. Das kann man nachrechnen. Hinzu käme natürlich die Tilgung des gesamten Betrages, ohne die zeitliche Reihenfolge mit einzukalkulieren. Sie würde etwa 100 Milliarden DM betragen.

In der Diskussion muß weiter als wirtschaftliche Dimension berücksichtigt werden, wozu wir gerade von meinem Vorredner etwas gehört haben, daß zu diesen Milliardenbeträgen der Brennstoffmehraufwand für die Ersatzstromerzeugung in den wieder mobilisierten oder neu zu bauenden Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken käme. Er muß ebenfalls mit zirka sieben Milliarden DM pro Jahr veranschlagt werden, wobei man durchaus erwarten könnte, daß dann der Preis für Kohle, Öl und Gas wieder erheblich steigt. Das ist bei dem Spiel von Angebot und Nachfrage eine Selbstverständlichkeit.

Ferner gehört mit ins Kalkül, daß wir in wieder mobilisierte Öl-, Gas- und Kohleanlagen, zumindest zum überwiegenden Teil, die heute schon mehrmals angesprochenen Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen installieren müßten, wofür ebenfalls einige Milliarden DM pro Jahr anfallen würden. Schließlich müßten die Rückstellungen für die Beseitigung der stillzu-

legenden Kernkraftwerke nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, die Sie sicher kennen, sofort oder auf Zeit auf die erforderlichen Beträge aufgefüllt werden. Die gesamte Elektrizitätswirtschaft würde dadurch bei derzeit rund 18 400 MW mit rund neun Milliarden DM belastet.

Wie Sie auf die Zahl von sieben neuen Kohlekraftwerken gekommen sind, weiß ich nicht. Wenn man zugrunde legt, was die Elektrizitätswirtschaft als notwendigen Ersatz für die heute in der Bundesrepublik bestehenden Kernkraftwerke ansieht, nämlich 32 neue 750 MW-Kohlekraftwerke, sieht die Rechnung natürlich anders aus. Als Ersatz für die in Bau und Betrieb befindlichen Kernkraftwerkskapazitäten von derzeit etwa 24 000 MW müßte mit dem Bau von 32 750-MW-Kohlekraftwerksblöcken sofort begonnen werden. Selbstverständlich wäre dann auch mit den entsprechenden Kosten zu rechnen. Gut, ich räume ein, daß diese Rechnung von einer interessierten Gruppe stammt; sie muß nicht stimmen. Aber selbst wenn man den Bedarf herunterschraubt, bleiben hohe Kosten übrig, ganz zu schweigen davon, wohin man die Dinger bauen soll, denn da würde es ja auch Probleme geben. Sie selber haben sie ja vorhin angesprochen, Herr Kollege Dr. Seebauer.

Wesentlich höhere Kosten ließen sich mit Rechnungen aufstellen, die auf einem sofortigen Kernenergieausstieg basieren. Man bräuchte beispielsweise nur die laufenden tatsächlichen finanziellen Mehrbelastungen über das Jahr 2000 hinaus addieren und das tun, was die Grünen wollen und was auch verschiedentlich in Ihren Reihen als Lösungsmöglichkeit angesprochen wird, nämlich Solarenergie mit einzubeziehen. Dazu ein kleines Beispiel:

Der Ersatz eines Kernkraftwerkblocks von 1300 MW wie das KKI II durch Solarzellen würde bedeuten, daß nach dem heutigen Stand der Technik rund zehnmal so hohe Investitionskosten, nämlich 48 Milliarden DM, gegenüber fünf Milliarden DM entstehen würden. Der erzeugte Strom wäre dann rund 25mal teurer als der aus Kernkraftwerken.

Ganz allgemein kennen wir die Rechnungen, die von den Strompreisen her von der Elektrizitätswirtschaft aufgemacht werden. So war kürzlich in der Süddeutschen Zeitung zu lesen, daß Dr. Holzer von einem Preisschub um etwa 30 Prozent ausgeht. Nun, auch das ist mit etwas Vorsicht zu betrachten. Aber daran, daß ein enormer Kostenschub entstehen würde, darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen etwas sagen: Ich habe im vorigen Jahr, also weit vor Tschernobyl, in Niederbayern eine Umfrage unter Unternehmen unterschiedlichster Kategorien und Provenienz veranstaltet und gefragt, ob und inwieweit die Energiepreise Standortrelevanz haben, also für ihre Standortentscheidung mitbestimmend sind. Ich kann Ihnen die Unterlagen und die Auswertungsergebnisse gern zur Verfügung stellen. Natürlich ist zunächst einmal die Verfügbarkeit als wesentliches Kriterium herausgekommen; es ging in erster Linie um

(Huber [Landshut, CSU])

Gas, z.B. bei der Ziegeleiindustrie etc. Aber die Strompreise selbst sind ebenfalls mitentscheidend dafür, ob ein schwachstrukturiertes Gebiet, wie es Niederbayern ist und wie andere Gebiete es auch sind, Chancen hat, sich aufwärts zu entwickeln und die Arbeitsplätze, die es derzeit bietet, für die Zukunft zu erhalten.

Ich bin wirklich davon überzeugt: Ein Strompreisschub selbst von nur zehn Prozent würde zu einer ganz erheblichen negativen Entwicklung bei den Arbeitsplätzen, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten, führen. Bitte beziehen Sie das auch mit ins Kalkül ein, wenn Sie Thesen an den Mann zu bringen versuchen wie nicht nur schrittweisen Ausstieg, sondern möglichst schnellen Umstieg auf Kohle und die übrigen fossilen Brennstoffe, wie es Herr Kollege Kolo vorhin getan hat. Dann müssen Sie auch die Folgen auf Preise und Arbeitsplätze mit einbeziehen. Wenn Sie einigermaßen wahrhaftig sein wollen, dürfen Sie das nicht verschweigen.

Noch etwas, Sie werden sich jetzt wundern; ich gebe Ihnen in zwei Punkten recht, die heute noch gar nicht angesprochen worden sind:

Ich persönlich vertrete die Meinung – ich weiß, daß ich hier eine andere Meinung vertrete als viele meiner Fraktionskollegen –, daß das Kernkraftwerk Niederaichbach, für das vor kurzem die Abbruchgenehmigung erteilt worden ist, jetzt nicht abgebrochen werden sollte, weil die Bevölkerung, insbesondere in den mit Kernkraftwerken ausgestatteten Regionen, selbstredend infolge von Tschernobyl ganz besonders emotionalisiert ist. Man kann davon ausgehen, daß diese Anlage, nachdem sie schon einige Jahre in der Gegend herumsteht, auch noch einige weitere Jahre des gesicherten Einschlusses vertragen würde, ganz zu schweigen davon, daß die Auflagen, die die Abbruchgenehmigung enthält, derzeit meiner Meinung nach gar nicht erfüllt werden können.

Ich gebe Ihnen in einem weiteren Punkt recht, Herr Kolo:

Auch ich befürworte eine Überprüfung des Kernkraftwerks Isar I. Ich weiß, daß die Betreiber dazu bereit sind, in der Folge dieses Unglücks, das die Russen leider nicht gemeldet haben, wozu sie verdammt noch mal verpflichtet gewesen wären. Darum möchte ich auch Herrn Hiersemann sagen, wenn er schon mit seiner „neuen Kraft“, mit der er von den Plakaten herunterprotzt, demonstrieren geht, daß er einmal vor der Sowjetischen Botschaft protestieren soll und nicht in Wackersdorf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Also eine zusätzliche Sicherheitsüberprüfung beim KKI.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ich schließe mich dem an, was Kollege Alois Glück vorhin gesagt hat. Wir sind keine Fetischisten der Nutzung der Kernkraft in der Form der Kernspaltung.

Wir sehen sie als eine Notwendigkeit an, von der sofort Abstand genommen werden soll, wenn Alternativen zur Verfügung stehen.

(Abg. Kolo: Die fallen doch nicht vom Himmel, Herr Kollege!)

Deshalb sagen wir ja zur weiteren Erforschung und finanziellen Unterstützung der alternativen Energiequellen, deshalb sagen wir selbstverständlich auch ja zu jeglicher Energieeinsparung, was die Wirtschaft aus Kostengründen ohnehin tut, wo die Möglichkeiten von den Haushaltungen aber sicherlich noch nicht voll ausgeschöpft werden.

(Abg. Dr. Seebauer: Weder in der Wirtschaft noch in den Haushaltungen!)

Diversifizierung des Energieangebots, aber zunächst kein Ausstieg aus der Kernkraft, weil dieser derzeit ohne enorme wirtschaftliche und ökologische Schäden nicht möglich wäre, wird auch in Zukunft unsere Politik sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr. Bitte, Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem sich niemand mehr gemeldet hat, darf ich das Schlußwort sprechen. Ich werde es so kurz halten, daß die in der Geschäftsordnung vorgesehene Möglichkeit, die Debatte zu verlängern, nicht in Anspruch genommen werden muß. Ich werde mich mit den Reden der Vertreter der CSU nicht befassen, weil diese im wesentlichen unsere Meinung vertreten haben, sondern möchte mich, um mit der Zeit zurechtzukommen, mit den Ausführungen von Herrn Dr. Seebauer und von Herrn Kolo beschäftigen.

Zunächst zu den „Fröschen“ des Herrn Dr. Seebauer. Dazu möchte ich die Namen vorlesen, damit Sie sich Ihre Wortwahl, die man als etwas beleidigend auffassen kann, beim nächstenmal etwas besser überlegen:

Prof. Dr. Baumgärtner, Leiter des Instituts für Radiochemie der Technischen Universität München; Dr.-Ing. Karl-Eugen Becker, Geschäftsführer des Technischen Überwachungsvereins Bayern, Prof. Dr.-Ing. Alois Birkhofer, Vorsitzender des Instituts für Reaktordynamik und Reaktorsicherheit der Technischen Universität München und Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission; Prof. Dr.-Ing. Horst Böhm, Vorsitzender des Kernforschungszentrums Karlsruhe; Dip.-Ing. Ludwig Bölkow, Solarenergie; Direktor Jacques Couture, Frankreich; Dr. Hubert Eschrich, Belgien; Dr. Jochen Holzer, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Bayernwerke; Prof. Dr. Hans Wolfgang Levi, wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung; Prof. Dr. Heinz Maier-Leibnitz, ein besonders interessanter „Frosch“, würde ich sagen,

(Staatsminister Jaumann)

ehemaliger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft; Prof. Dr.-Ing. Franz Maynger, Vorsitzender des Instituts für Thermodynamik der Technischen Universität München; Prof. Dr. Hanns Michaelis, Generaldirektor a.D. der Kommission der EG; Dr. Alfred Pfeiffer, Prof. Dr. Klaus Pinkan, Prof. Dr. Helmut Schäfer usw. Es war wirklich, ohne das zu vertiefen, die Creme der Creme der Beteiligten und der Sachkundigen anwesend.

(Abg. Dr. Seebauer: „Beteiligten“ ist richtig!)

Sie waren auch nicht nach der Fragestellung ausgesucht, wer dafür ist und wer dagegen.

(Abg. Dr. Seebauer: Es sind alle dafür!)

Ich habe zum Beispiel des öfteren in Veröffentlichungen gelesen, daß der Herr Dr. Bölkow gegenteiliger Meinung gewesen wäre. Ich kann dazu nur feststellen, daß in den entscheidenden Fragen alle völlig einer Meinung waren.

(Abg. Dr. Rothmund: Sie haben die Interessierten und die Beteiligten eingeladen!)

Herr Seebauer, Sie haben gesagt, die Vorkosten der Kernenergie seien nicht voll berücksichtigt. Die Kernenergie wurde bisher mit ca. 20 Milliarden DM subventioniert.

(Abg. Kolo: 30 Milliarden DM!)

– Nein, 20 Milliarden DM. Die Kohle hat allein im Zeitraum zwischen 1970 und 1985 mehr als 40 Milliarden DM Finanzhilfen erhalten, dazu zirka 8 Milliarden DM jährlich die Knappschaftsversicherung, und dazu kommen die Zuschüsse der beteiligten Bergbauländer. Man kann also wirklich nicht sagen, daß die Kernenergie etwa im Verhältnis zur Kohle sehr bevorzugt worden wäre. Es ist genau umgekehrt.

(Abg. Dr. Rothmund: Im Verhältnis zu alternativen Energien!)

Herr Kolo, Sie haben gefragt, ob es nun 3 oder 5 Pfennig mehr wären oder geringere Kosten beim Kernenergiestrom.

(Abg. Kolo: Eine finanzmathematische Durchschnittsrechnung!)

Das kommt einfach daher, daß die Bandbreite von der Einsatzdauer pro Jahr abhängig ist. In dem einen Fall haben wir eine Einsatzdauer von 5000 Jahresstunden, in dem anderen eine Einsatzdauer von 7000 Stunden. Wenn ein Kernkraftwerk lange Laufzeiten hat, kommt der Strom billiger. Aber der Durchschnitt ist etwa mit 5 Pfennig gerechnet.

Im übrigen haben Sie davon gesprochen, wie viele Kohlekraftwerkblöcke hinzugebaut werden müßten. Wir haben die Zahlen 7 und 11 genannt. Das hängt damit zusammen, daß Sie kleinere Kohlekraftwerke wollten. Wenn man die kleineren Blöcke nimmt, dann sind es 11, nimmt man die großen, sind es 7.

(Abg. Dr. Seebauer: Sehen Sie, so einfach kann man sich einigen, so leicht ist das!)

Herr Kolo, Sie haben sehr viel von Kernenergienutzung als Übergangsstrategie gesprochen. Nun, jede neue Technologie wird einmal abgelöst, so war es jedenfalls bisher, sobald sich etwas Besseres findet. Das war immer so, und das wird auch so bleiben.

(Abg. Dr. Seebauer: Suchen!)

Es ist aber noch nichts Besseres in Sicht.

(Abg. Dr. Seebauer: Aber suchen!)

– Nun gut, wenn etwas Besseres in Sicht wäre, könnte man von Übergangsstrategie reden. Da aber noch nichts in Sicht ist und auch die Frage, ob es noch 70 oder 100 Jahre dauert, nicht geklärt ist, kann man von Übergang nicht sprechen. Vielleicht dauert es auch 500 Jahre, vielleicht ist es morgen schon da. Man kann wissenschaftliche Ergebnisse nicht voraussagen.

(Zuruf von der SPD)

– Wer es zu können glaubt, der soll es versuchen. Der soll es vor den Menschen vertreten. Wir können es nicht, und deswegen können wir eine solche Nutzung einfach nicht als Übergangsnutzung bezeichnen.

(Abg. Dr. Seebauer: Dr. Bölkow sagt, 40 Jahre!)

Die Staatsregierung hat dargelegt, daß mehr Kohle, mehr Öl, mehr Gas keine vertretbare Alternativen zur Kernenergie sind. Das sind sie nicht. Die Kohleverbrennung führt zu hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Im übrigen hat heute die Frankfurter Allgemeine einen Bericht über die Anhörung des Senats in Washington veröffentlicht, der besagt, auf keinen Fall mehr Kohle, auf keinen Fall mehr CO<sub>2</sub>, denn die Gefahren dieser Nutzung sind sehr viel größer. Wir würden uns also nichts Positives einhandeln, sondern genau das Gegenteil.

Daß Energiesparen, meine Damen und Herren, energiepolitische Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Umwelt, für unsere Nachwelt schafft, kann nicht geleugnet werden. Es kann aber nicht die Nutzung der Kernenergie ersetzen. Aber man kann vielleicht den notwendigen Umfang des Einsatzes von Kernenergie durch Energiesparen beschränken. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen auch in dieser Richtung verstärken.

Die Staatsregierung hat aufgezeigt, daß die neuen Energiequellen auf absehbare Zeit keine Alternativen sind. Es sind bis vier Prozent, sagen wir gleich fünf Prozent, meine Damen und Herren.

(Abg. Kolo: 24 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten!)

Das entspricht der jährlichen Steigerungsrate des Stromverbrauchs. Wir haben es hier mit einem Zeitraum bis zum Jahr 2000 zu tun. Das geht einfach nicht. Man kann nicht mit 2 bis 4 Prozent Energieerzeugung einen Wert von 30, 40 oder mehr Prozent abdecken. Das geht nicht, das kann auch niemand ernsthaft behaupten.

(Staatsminister Jaumann)

Die Sonnenenergie kann unsere Energieversorgung in der ferneren Zukunft sein, sicherlich, wie auch Bölkow sagt. Sie ist dann vielleicht eine bessere Alternative zur Kernenergie. Sie dahin zu entwickeln ist eine Herausforderung an unsere Zeit und natürlich an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das erlaubt es aber nicht, heute schon vom Ausstieg aus der Kernenergie zu sprechen. Vielmehr können wir erst dann davon sprechen, wenn es allmählich konkret wird. Solange es nur Wünsche sind, die wir alle haben, die aber keine Realisierungsmöglichkeiten bieten, ist es keine Alternative, sondern ein Wolkenkuckucksheim, alles andere als eine Alternative. Natürlich birgt die Kernenergienutzung ein Risiko an sich, aber es gibt heute und in überschaubarer Zukunft keine bessere Alternative.

Ich möchte am Schluß, wenn Sie es mir nicht übelnehmen, eine persönliche Wertung der heutigen Diskussion vornehmen. Ich glaube, daß in der Diskussion, die trotz allem sehr viel Wert gehabt hat, wenn nicht alles täuscht, sich die Standpunkte ein bißchen angenähert haben. Das wollte ich noch sagen. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind die beiden Tagesordnungspunkte erledigt.

Ich rufe die während dieser Vollsitzung eingegangenen Dringlichkeitsanträge auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothemund, Hiersemann, Zlerer, Christa Meier und Fraktion SPD betreffend Fünftes Anti-WAA-Festival am 26./27. Juli 1986 in Burglengenfeld (Drucksache 10/11 194)**

Wird der Dringlichkeitsantrag begründet? – Bitte, Herr Kollege Wirth!

**Wirth (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wäre der Herr Innenminister anwesend, würde ich ihn, inspiriert vom Ministerpräsidenten, der sehr gern Latein spricht, mit dem nötigen Pathos zurufen: Quousque tandem abutere patientia nostra?

(Zuruf von der CSU: Der Innenminister kann das auch!)

Ich bin davon überzeugt, daß Sie wissen, was das heißt, ansonsten könnten Sie bei ihm nachfragen.

(Abg. Walter Hofmann: Jetzt ist er aber nicht da!)

Ich meine, daß Fehlleistungen des bayerischen Innenministers im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Wiederaufbereitungsanlage ständig zunehmen.

(Widerspruch des Abg. Ponnath)

Wir hatten im Winter die Situation, daß Polizisten in den Einsatz geschickt wurden, ohne wintermäßig ausgerüstet zu sein.

(Abg. Ponnath: Schnee von gestern!)

Wir hatten den Einsatz von Hubschraubern, die Demonstranten von Bäumen abseilen mußten. Dabei wurde nicht nur das Leben der Demonstranten, sondern auch der Hubschrauberbesatzungen gefährdet. Dabei war angesichts der herrschenden Kälte nicht zu erwarten, daß jemand länger auf einem Baum bleibt.

An Ostern wurde der Bürgerkrieg beschworen. Jene, die zur Demonstration aufgerufen hatten, wurden verdächtigt, ein Sicherheitsrisiko zu sein. Tatsächlich kamen dann 50 000 bis 100 000 friedliche Demonstranten bei vielleicht 100 oder 200 Gewalttätarn. Genau das Gegenteil dessen trat ein, was vorausgesagt worden war.

Heute lesen wir in der Zeitung, daß an Pfingsten offensichtlich Gasbomben auf Rettungswagen abgeworfen wurden. Und da sind die markigen Erklärungen des Herrn Innenministers, die schließlich in ein Einreiseverbot für demonstrationswillige Österreicher mündeten. Diese Maßnahme hat nicht einmal in der CSU sehr viel Beifall gefunden. Bei allen anderen hat sie zu Recht Spott und Hohn hervorgerufen.

Jetzt haben wir das Gefühl, daß der Innenminister dabei ist, die nächste Fehlleistung zu erbringen.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Antrag wollen wir ihn daran hindern, die Protestveranstaltung in Burglengenfeld mit der Begründung zu unterbinden,

(Abg. Fendt: Was? Das ist doch keine Protestveranstaltung! – Abg. Ponnath: Bauchtänze beim Festival!)

daß möglicherweise im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung Gewalttaten begangen werden. Das kann doch rechtlich nicht möglich sein. Da wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Brokdorf-Urteil, völlig außer acht gelassen. Es kann doch nicht wahr sein, daß Tausende und Abertausende von friedlichen Menschen daran gehindert werden können, ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit auszuüben, nur weil es einige hundert in der Bundesrepublik herumreisende gewalttätige Chaoten gibt. Es kann doch nicht wahr sein, daß die Befürchtung des Regierungspräsidenten der Oberpfalz, nicht hinreichend Polizisten zur Verfügung zu haben, das Verbot einer derartigen Veranstaltung rechtfertigt, obwohl die Veranstalter alle Auflagen zu erfüllen bereit sind, welche die Stadt Burglengenfeld für erforderlich hält. Es kann doch nicht wahr sein, daß sich ein Minister, zu dessen Aufgaben es gehört, dafür zu sorgen, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden beachtet wird, sich ohne weiteres über den Mehrheitsbeschluß des Stadtrats Burglengenfeld hinwegsetzt.

Der Eindruck, daß durch ein solches Verhalten, das jegliches Augenmaß vermissen läßt, Grundrechte manipuliert werden, verfestigt sich. Dieser Eindruck ist gefährlich. Wir Sozialdemokraten wollen die Wiederaufbereitungsanlage nicht. Wir hoffen, sie durch Protest noch verhindern zu können. Wir wissen, daß dieser Protest politisch nur erfolgreich sein kann,

(Wirth [SPD])

wenn er friedlich verläuft. Deswegen möchten wir dem Herrn Innenminister wünschen, daß er beim Ergreifen und Ermitteln jener gewalttätigen Chaoten endlich mehr Erfolg hat. Wir glauben allerdings, daß er diesen Erfolg gerade dadurch gefährdet, daß sein Vorgehen nicht zur erforderlichen Isolierung dieser Chaoten führt, sondern eher geeignet ist, ihnen Sympathisanten zuzutreiben. Dies halten wir für in höchstem Maße gefährlich.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als an Ostern zur Demonstration in Wackersdorf aufgerufen wurde, haben Sie damit argumentiert, daß die Sozialdemokraten ein Sicherheitsrisiko in Kauf nehmen, weil die Demonstration nicht hinreichend weit vom Bauzaun entfernt sei. Burglengenfeld ist 20 Kilometer vom Bauzaun entfernt, aber trotzdem sind Sie gegen diese Veranstaltung. Dies beweist, daß Ihre damalige Argumentation nur ein Vorwand war.

Im Grunde genommen wollen Sie derartige Protestveranstaltungen überhaupt nicht, ob sie jetzt 20 Kilometer oder 50 Kilometer oder 100 Kilometer von Wackersdorf entfernt stattfinden. Ihnen paßt es nicht, daß man mit Ihnen nicht übereinstimmt. Weil Ihnen das nicht paßt, können wir Sozialdemokraten aber unseren Protest gegen die Wiederaufbereitungsanlage nicht aufgeben.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Kamm:** Wortmeldung dazu? – Herr Kollege Dr. Beckstein!

**Dr. Beckstein (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ungewöhnlich, daß in einer Sondersitzung des Parlaments, in der zwei Interpellationen zu einem Thema behandelt werden, ein Dringlichkeitsantrag einer Fraktion gestellt wird, so daß zunächst zu überlegen war, ob wir zur Sache überhaupt etwas sagen sollen oder ob wir erklären, daß wir bei diesem unfairen Verfahren nicht mitmachen und insoweit ablehnen.

Zur Sache sind verschiedene Anmerkungen erforderlich, die von mir in aller Kürze entsprechend darzustellen sind.

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege Beckstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage? –

**Dr. Beckstein (CSU):** Nein. Ich will nur zwei Minuten sprechen. Die Kollegen haben dringlich gebeten, meine Ausführungen sehr schnell abzuwickeln. Ich will nur einige Gedanken darlegen.

Wenn die Veranstaltung in Burglengenfeld ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges ist, dann ist das insbesondere vom Unterbezirk der SPD mitzuverantworten, der bundesweit zu einer Veranstaltung am 26. Juli nach Wackersdorf einlädt. Herr Hiersemann ist leider nicht mehr da; damit sind alle Erklärungen, die auffordern, nicht mehr nach Wackersdorf zu gehen, scheinheilig bis zum Exzeß,

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

nachdem dies auf Tausenden von Plakaten geschieht.

(Zuruf des Abg. Dr. Böddrich)

– Was sage ich Falsches? Es hängen Tausende von Plakaten aus. Im Sicherheitsausschuß haben sich die Mitglieder Ihrer Fraktion gestern nicht davon distanziert. Es ist in der Öffentlichkeit nichts erklärt worden. Es gibt auch rechtliche Mittel, daß man sich gegen derartige Maßnahmen schützt. Bundesweit wird auf Tausenden von Plakaten mit der Unterschrift „SPD-Unterbezirk“ aufgerufen, nach Wackersdorf zu gehen.

(Frau Abg. Geiss-Wittmann: So ist es!)

Sie haben diesen Rahmen mitgesetzt, diesen Rahmen müssen Sie ertragen!

Es gibt Erkenntnisse von vielen Landesämtern für Verfassungsschutz, nicht nur vom bayerischen, die zu ernsthaftesten Sicherheitsbedenken Anlaß geben. Es wird gesagt, daß alle Gewalttäter, die bundesweit bei Demonstrationen auftauchen, am 26. Juli in diesem Raum sein werden. Sie werden voraussichtlich – darüber gibt es Hinweise, die auch schon einmal in der Öffentlichkeit genannt worden sind – erstmals mit zwei neuen Einsatzmitteln da sein. Wenn derartige Dinge anstehen, dann, so meine ich, sollte eine Partei, deren Name, wie Herr Böddrich behauptet, mißbräuchlich verwendet wird, alles dransetzen zu sagen: Wir warnen davor, geht nicht nach Wackersdorf. Davon hat man von Ihnen aber nichts gehört.

(Beifall bei der CSU)

Wir meinen, daß die SPD selber in erheblichem Umfang mit beigetragen hat, daß die Veranstaltung in Burglengenfeld in das absolute Zwielficht der Gewalt gekommen ist. Wir bitten deshalb den Innenminister, dafür zu sorgen, daß diese Veranstaltung nicht stattfindet, damit Sicherheit, Leben und Gesundheit, aber auch Sachwerte der Bürger nicht gefährdet werden.

Ich beantrage namens unserer Fraktion namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Wortmeldung, Herr Kollege Zierer!

(Abg. Zierer begibt sich ohne Sakko und mit aufgekrepelten Ärmeln ans Rednerpult – Lebhaftes Unmutsbezeugungen bei der CSU – Erregter Zuruf des Abg. Dr. Rothmund, zur CSU: Was soll das? Er ist angegriffen worden! Unerhört! – Anhaltende Unruhe)

– Das Wort hat Kollege Zierer!

(Anhaltende Unruhe – Abg. Möslin, zur SPD: Das richtet sich nicht gegen die Person, sondern gegen die Kleidung!)

**Zierer (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie reagieren, ist nicht untypisch für Sie. Ich

(Zierer [SPD])

bin hier als Vorsitzender des Unterbezirks Schwandorf-Cham massiv angegriffen worden, aber wenn ich mich zu rechtfertigen versuche, empfangen Sie mich mit Geheul. Sie wollen doch überhaupt keine Rechtfertigung,

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen Ihre Vorurteile hier zum Tragen bringen und nichts anderes.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich spreche deshalb nicht zu Ihnen, ich spreche zu denen, die guten Willens sind, auch einmal eine offene Erklärung zur Kenntnis zu nehmen.

Ich habe dem Minister Hillermeier – er ist nicht da – mit Schreiben vom 7. dieses Monats folgendes mitgeteilt:

1. Der Unterbezirk ist nicht Veranstalter dieses Festivals.
2. Wir haben auch mit den Veranstaltern in keinsten Weise zusammengearbeitet.
3. Wir haben im Vorfeld

– nämlich bereits im April, vor Pfingsten, vor Tschernobyl –

1000 Mark an die Veranstalter als eine Art Ausfallbürgschaft für ein eventuelles Defizit gegeben.

Glauben Sie denn im Ernst, daß ich vorab frage, ob BDKJ oder Katholisches Landvolk oder die Grünen oder wer auch immer vielleicht auch 1000 Mark geben? Was Sie jetzt aber machen, ist das: Sie versuchen, aus diesem ganz normalen Vorgang, den ich und der Unterbezirk zu verantworten haben, eine Aktionsgemeinschaft mit den Grünen und der DKP zu stilisieren. Das ist ungeheuerlich und unverschämt, das ist typisch für Sie!

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Abg. Dr. Beckstein meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege Zierer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Zierer (SPD):** Nein!

Wenn Sie sonst nichts haben, lieber Herr Beckstein, der Sie sich in Nürnberg als so liberal gerieren, aber hier als Scharfmacher darstellen, dann tun Sie mir schlicht leid. Wenn das Ihre ganzen politischen Argumente sind, ist es ein Armutszeugnis für Sie persönlich und für Ihre ganze Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nun aber zur Sache!

(Zuruf von der CSU: Wird auch Zeit!)

Lesen Sie einmal den Kommentar von Herrn Stiller in der heutigen Süddeutschen; er paßt Ihnen offenbar nicht ins Konzept. Dann werden Sie die Pflöcke sehen, auf die es ankommt:

Die CSU versucht, mißliebigen Protest einfach abzuwürgen. Dazu gehört auch der Versuch, ein Rockfestival der WAA-Gegner zu verbieten. Niemandem ist es bisher eingefallen, ein Fußballspiel nur deshalb zu verbieten, weil sich in der Masse der friedlichen Fans auch Schläger und Randalierer befinden könnten.

Und:

Es bedarf wohl deutlicher Richterworte, die bayerische Regierung an rechtsstaatliche Grundsätze zu erinnern.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist die Meinung eines Mannes, der sicherlich kein Mitglied der SPD ist.

Herr Kollege Beckstein, nun lassen Sie sich halt bitte einmal von einem, der auch im Stadtrat von Burglenfeld tätig ist, sagen, was da passiert ist.

Am 18. Juni hat der Stadtrat mehrheitlich beschlossen, für die Durchführung dieses Festivals die Grundstücke der Stadt zur Verfügung zu stellen. Mit der Stimme auch eines CSU-Stadtrates und JU-Mitglieds!

(Abg. Spitzner: Der sein Grundstück dazu gegen Entgelt verpachtet hat!)

– Herr Kollege Spitzner, Sie diffamieren ja Ihre eigenen Parteifreunde. Es ist schlicht falsch, was Sie sagen. Es ist falsch, daß Sie dieses JU-Mitglied, nur weil es eine andere Meinung hat als Sie, diffamieren. Ich weise das für den Kollegen Bachfischer zurück. Der hat keine müde Mark dafür bekommen. Was Sie meinen, ist, daß der Sohn des früheren 2. Bürgermeisters Aschenbrenner, obwohl sein Vater in der Sitzung vom 18. Juni gegen die Überlassung der Grundstücke gestimmt hat, dann für 5000 Mark seine Grundstücke verpachtet hat. Das ist Ihre Moral, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und Zurufe: Da schau her!)

Kollege Spitzner, jetzt haben Sie aber wirklich einmal ein klassisches Eigentor geschossen.

(Zuruf des Abg. Spitzner)

Vielen Dank für den Ball, den Sie mir zugespielt haben! Der Vater stimmt vorher dagegen, daß die Grundstücke überlassen werden, aber der Sohn tut nichts anderes, als die Hand aufzuhalten, um die 5000 Mark für seine sauren Wiesen zu kassieren. Das ist nicht untypisch für diese Scheinmoral!

(Zuruf des Abg. Spitzner)

Der Bürgermeister Bawidamann hat am 18. Juni den Beschluß, die Grundstücke zur Verfügung zu stellen, mitnichten beanstandet. Warum hat er denn damals nicht nach Artikel 59 Absatz 2 der Gemeindeordnung die Rechtswidrigkeit gerügt? Warum nicht? Weil erst nachher die Einflußnahme Ihrer Parteifreunde kam!

(Zustimmung bei der CSU)

Es kamen am Tag nachher die Presseartikel des Herrn Staatsministers Hillermeier, es kamen fünf „Ministeriale“ aus München angereist, um im Rathaus den kleinen CSU-Bürgermeister an den kurzen Zügel



(Zierer [SPD])

zu nehmen. Er wurde dann nach München zu Herrn Schweinoch zitiert. Was hat denn das alles mit Selbstverwaltung zu tun? Es kann mir gestohlen bleiben, daß Sie als Oberbürgermeisterkandidat von Nürnberg die hehren Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung über alles stellen. Wenn's darauf ankommt, und es wagt ein kleiner Bürgermeister oder ein vergleichsweise unbedeutender Stadtrat wie der von Burglengenfeld einmal, eine eigene Meinung zu haben, dann greift man massiv ein, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Das ist der eigentliche Skandal an der ganzen Angelegenheit.

Im übrigen sage ich, daß ich sehr froh bin, daß sich der Stadtrat diesem massiven Einfluß nicht gebeugt hat. Das finde ich prima. Das war sehr, sehr wichtig. Und bei der zweiten Abstimmung, als der Bürgermeister auf Druck seiner Parteifreunde das Ganze nochmals auf die Tagesordnung getan hat, sind wir sogar mehr geworden mit 13:11. Einer von der CSU ist dann weggeblieben, das war der Vater dessen, der die 5000 Mark kassiert hat.

(Abg. Kolo, zur CSU: So billig seid ihr! – Gegenruf des Abg. Spitzner)

Nun wird es eigentlich noch interessanter! Bevor sich überhaupt der Stadtrat von Burglengenfeld in den Sitzungssaal begeben konnte, sind bereits am Freitag, dem 11. Juli, zwei Dinge passiert:

Erstens hat der Herr Krampol einen Brief an alle Stadträte geschrieben: Wehe, wenn ihr so einen Beschluß faßt, dann wird der sicherlich aufgehoben werden. Und er hat zweitens dem Herrn Landrat von Schwandorf ebenfalls einen Brief geschrieben. Bevor sich überhaupt die Stadträte zusammengefunden haben, ist der Landrat bereits angewiesen worden, sich entsprechend der eventuellen Aussetzung des Bürgermeisters zu verhalten. Ja wo sind wir denn?! Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang!

(Beifall bei der SPD)

Nun sage ich Ihnen etwas ganz Neues: Der Landrat von Schwandorf, dessen Vertreter ich bekanntlich bin, wird dies mitnichten tun. Er hat mir vor einer halben Stunde gesagt, er könne die Anweisung nicht befolgen. Damit, lieber Herr Kollege Beckstein, kommen Sie in enorme Schwierigkeiten. In Artikel 59 Absatz 2 der Gemeindeordnung gibt es nämlich kein Selbsttrittsrecht; schauen Sie einmal schnell im Masson nach! Das schlaue, schnell gezimmerte Gesetz paßt leider auch nicht.

Was macht ihr denn jetzt? Der Landrat weigert sich, den Beschluß aufzuheben; der Landrat stellt sich hinter die Stadträte. Jetzt kommt ihr in Schwierigkeiten. Alles, was bisher gelaufen ist, war also vergebliche Liebesmüh', und ich sage ganz offen: Das freut mich ungeheuerlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es darauf ankommt, werden Sie von einem mutigen, sich nach der Rechtsordnung verhaltenden Landrat in diesem Freistaat Bayern immer noch vorgeführt.

Ich möchte noch einige weitere Bemerkungen machen:

Tatsache ist, daß bei der Fachstellenbesprechung, die der Bürgermeister im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni durchgeführt hat, das Festival von allen Fachstellen befürwortet worden ist. Nur die Polizei hat sich bei der Fachstellenbesprechung bedeckt gehalten. Der Herr Polizeiobererrat Huber hat noch ein paar Tips gegeben, daß auf dem Gelände zum Beispiel keine Schäferhunde gehalten werden sollen. Vor der Stadtratssitzung kam aber plötzlich eine Stellungnahme der Polizei entsprechend der Anweisung des Herrn Innenministers.

Ich halte das Ganze für einen ungeheuerlichen Vorgang. Ich halte es für symptomatisch für die Art und Weise, wie Sie mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden umgehen. Deshalb stelle ich fest: Sie mißachten rechtsstaatliche Grundsätze und haben in Sachen WAA wirklich jedes Augenmaß verloren. Wenn Sie so weitermachen, machen Sie sich schlicht lächerlich.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist die Meinung der Mehrheit der Presse. Es ist die Meinung der Mehrheit der Jugend, es ist die Meinung der Jungen Union in Burglengenfeld. Es ist die Meinung eines CSU-Stadtrats in Burglengenfeld, und es ist die Meinung vieler Kinder der übrigen CSU-Stadträte; denn diese haben in der Stadtratssitzung geklagt: Unsere Söhne machen uns Schwierigkeiten, weil sie auch gern BAP, Grönemeyer oder Lindenberg hören wollen. Natürlich gab es die Schwierigkeit, daß die meisten Stadträte von der Gegenseite Lindenberg bestenfalls für eine Stadt im Allgäu und BAP vielleicht für „Dreck“ in Oberpfälzer Mundart hielten. Da war es natürlich schwierig, ihnen die Bedeutung des Festivals klarzumachen.

(Zuruf von der CSU: Witzbold!)

Ich sage Ihnen noch folgendes: Sie schießen hier wirklich mit Kanonen auf Spatzen. Im übrigen reden Sie, das meine ich jetzt sehr ernst, die Gewalt förmlich herbei.

(Lachen bei der CSU – Abg. Ponnath: Das ist eine Unverschämtheit! – Unruhe)

Wir hatten doch in Burglengenfeld zwei Festivals.

(Abg. Ponnath: Keinerlei Schamgefühl, der schämt sich nicht!)

Wissen Sie nicht, Kollegin Stamm, daß wir bereits vier Festivals gehabt haben und daß da überhaupt nichts passiert ist?

(Abg. Loibl: Naa!)

Gewalttäter können doch immer an den Zaun gehen, ob nun das Festival stattfindet oder nicht. Daß die Anarcho-Gruppen das Festival sowieso für „Kommerzscheiß“ halten, ich bitte um Verzeihung für diesen Ausdruck, ist auch bekannt. Ich meine also, Sie erreichen gar nichts.

(Zierer [SPD])

Ich bin sicher, Sie hätten das Festival auch nicht genehmigt, wenn es in Passau stattgefunden hätte. Ob es in Passau oder in Lindau stattgefunden hätte, Ihnen paßt die ganze Richtung einfach nicht.

Ich möchte das, was der Kollege Bachfischer von der CSU im Stadtrat sehr vernünftig gesagt hat, nicht mehr zitieren; aber ich kann Ihnen nur sagen, daß es bei der Bevölkerung auf sehr fruchtbaren Boden gefallen ist. Lassen Sie deshalb doch bitte die Kirche im Dorf! Lassen Sie doch um Gottes willen das Festival laufen! Lassen Sie doch Ihre Einflußnahmen bleiben!

Ich möchte jetzt einmal umgekehrt argumentieren. Was passiert denn, Kollegin Stamm, wenn der VGH in München das Festival am 24. Juli, also einen Tag vorher, doch verbieten sollte? Was passiert dann? Dann kommen die Gewalttäter trotzdem angereist.

(Heftiger Widerspruch von der CSU – Abg. Möslin und andere: Aha!)

– Natürlich!

(Erregte Zurufe von der CSU – Abg. Möslin: Sie rechnen also damit! – Abg. Maurer: Sie rechnen fest damit! – Abg. Stein: Jetzt wissen wir es! – Unruhe!)

– Natürlich!

(Glocke des Präsidenten)

Seit Ihrem CS-Gas-Einsatz vom Ostermontag kommen regelmäßig Gewalttäter von überall her in unseren Landkreis angereist.

(Anhaltende Unruhe)

Zu dieser Situation haben Sie mit dem Befehl, CS-Gas einzusetzen, nicht unwesentlich beigetragen.

(Zustimmung von der SPD)

Wenn Sie in einer perfiden Art und Weise eine Linie von Brokdorf über Wackersdorf nach Straßlach ziehen, ziehe ich mir diesen Schuh nicht an.

(Weitere Zurufe von der CSU – Anhaltende Unruhe)

Ich kann es doch nicht verhindern, daß sie einreisen;

(Abg. Ponnath: Diesen Schuh hat er sicher selber angezogen! – Weitere Zurufe von der CSU)

es ist doch Sache der Polizei, entsprechend tätig zu werden.

(Abg. Stein: Woher wissen Sie das?)

Was regen Sie sich denn so auf?

(Anhaltende große Unruhe)

Ich sage Ihnen: Wenn die Gewalttäter, deren Anreise ich nicht verhindern kann, zu einem Festival kommen, bei dem 50000 friedliche Popmusikfans anwesend sind,

(Widerspruch von der CSU)

haben diese doch enorme Schwierigkeiten, überhaupt zum Tragen zu kommen. Aber wenn das Festival verboten wird, gibt es eher ein Umfeld für Gewalt. Ich sage schlicht für alle Stadträte, auch für den ehemaligen Kollegen Hölzrigl, der jahrelang dem Rechts- und Verfassungsausschuß angehört hat und der ebenfalls mit mir und anderen für die Genehmigung gestimmt hat, daß wir dann die Verantwortung ablehnen.

(Aha! bei der CSU! – Vereinzeltes Lachen – Unruhe)

Ich bitte Sie, das Festival stattfinden zu lassen.

(Abg. Leeb: Jetzt hat er die Geister gerufen!)

Dann werden, dessen bin ich ziemlich sicher,

(Abg. Vollkommer: Die Gewalttäter kommen!)

die Taten einiger in der Mehrheit total untergehen, und dann wird das Festival friedlich ablaufen. Sie werden anschließend ein Inserat aufgeben und werden schreiben: Wir bedanken uns bei der Polizei dafür, daß das Festival friedlich abgelaufen ist.

Zum Plakat habe ich an sich das Wesentliche schon gesagt.

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege Zierer, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

**Zierer (SPD):** Ich habe dies auch dem Herrn Minister in einem Brief mitgeteilt. Ich meine, man kann Unwahrheiten zwanzigmal wiederholen, aber damit werden sie nicht wahrer. Der Unterbezirk Schwandorf war nie Veranstalter und wird es auch nie sein. Der Druck der Plakate ist, das kann ich nur aufgrund der Auskunft der Veranstalter, also des Vereins, sagen, bereits im April, vor Tschernobyl und vor den Pfingst-krawallen, in Auftrag gegeben worden. Die Plakate, die damals gedruckt worden sind, werden eben korrigiert. Warum sollten denn die Veranstalter

(Das Mikrofon wird vorübergehend abgeschaltet)

die Teilnehmer nach Wackersdorf einladen, wenn das Festival in Burglengenfeld stattfindet?

(Erregte Zurufe von der CSU, u. a.: Wo sind wir denn?)

Da wären sie sehr ungeschickt. Dann wären die Leute nicht bei BAP, Grönemeyer und Lindenberg, sondern würden sich am Marktplatz in Wackersdorf einfinden. So ungeschickt sind die Veranstalter nicht.

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege Zierer, ich bitte jetzt, Schluß zu machen.

(Abg. Fendt: Hör' doch mal auf! – Zurufe – Unruhe)

Jetzt ist Schluß! Herr Kollege, der letzte Satz ist längst gesprochen.

**Zierer (SPD):** Sie sollten sich mit Ihren eigenen Jugendorganisationen in Burglengenfeld auseinandersetzen! Da hätten Sie mehr Schwierigkeiten als hier als grölende Menge im Landtag.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Nochmals Herr Kollege Dr. Beckstein!

**Dr. Beckstein (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte versuchen, in großer Ruhe und Sachlichkeit einige Fragen zu stellen. Ich meine, es tut gut zu versuchen, noch einmal Ruhe einkehren zu lassen,

(Abg. Jena: Das sagen Sie Ihrer Fraktion!)

obwohl mich eines schon erstaunt. Von jemandem, der – vielleicht zu Unrecht – auf einem Plakat steht, das zu Wackersdorf aufruft, hätte ich eigentlich erwartet, daß er das als allererstes und nicht erst ganz am Ende der Redezeit bei abgeschalteten Mikrofonen klarstellt.

(Abg. Klasen: Er hat einen Brief geschrieben!)

Herr Kollege Zierer, im Sicherheitsausschuß hat gestern kein Mitglied Ihrer Fraktion davon etwas gewußt.

(Abg. Möslin: Na also!)

Auf Plakaten, die heute in München aufgehängt wurden, steht nach wie vor „SPD-Unterbezirk“. Auf anderen Plakaten, die heute gegen 14 Uhr am Bauzaun neben der Versicherungskammer angeklebt wurden und die völlig anders gestaltet sind, ich habe sie selber gesehen, steht zwar die SPD nicht mehr, nach wie vor wird aber für Wackersdorf eingeladen.

Wenn Sie einen Funken Klarheit haben wollen, dann distanzieren Sie sich von Plakaten, die nach Wackersdorf einladen! Ich muß schon sagen: In Nürnberg habe ich bisher noch kein Plakat gesehen, das nach Burglengenfeld einlädt, sondern alle laden nach Wackersdorf ein. Da muß ich schon sagen, liebe Kollegen von der SPD, daß Sie auf Tausenden von Plakaten bundesweit mit der Unterschrift „SPD-Unterbezirk“ für Wackersdorf aufgerufen haben.

(Zurufe von der SPD)

Es wurde objektiv dazu aufgefordert. Die Plakate hängen so da. Welche Rechtsmittel haben Sie eingelegt, um das zu unterbinden?

(Beifall bei der CSU)

Haben Sie eine einstweilige Verfügung beantragt? Wenn das im April erschienen ist, dann kann doch keiner, der es halbwegs ehrlich meint, im Juli davon sprechen, daß das nicht verhindert werden konnte.

(Beifall bei der CSU)

Das ist, ich darf es bewußt in der strafrechtlichen Terminologie nennen, *dolus eventualis*, nämlich billigende Inkaufnahme, daß der Name verwendet wird. Die entsprechenden Gruppen werden es schon als bare

Münze nehmen, und im Parlament kann man sich ja dann ein wenig distanzieren. Das heißt also, Sie nehmen das in Kauf, oder Sie verlangen, dazu haben Sie ein gerichtlich durchsetzbares Recht, daß derjenige, der mit Ihrem Namen rechtswidrig wirbt, dies zu unterlassen hat; das heißt, daß die entsprechenden öffentlichen Bekanntgaben und Beseitigungen erfolgen. Aber kein Wort, daß Sie sich davon distanzieren und sagen, wir verwahren uns gegen den Mißbrauch unseres Namens. Wenn Sie auch nur einen Funken Ehrlichkeit in sich hätten, würden Sie sagen, daß es sich um einen schlimmen Mißbrauch handelt und daß Sie mit solchen Leuten nicht zusammenarbeiten wollen.

(Starker Beifall bei der CSU)

Es ist aber nichts dazu gesagt worden, daß immerhin zumindest in der breiten Öffentlichkeit dieser Eindruck entstanden ist. Es wird überhaupt nichts dagegen unternommen, daß zusammen mit der DKP und den Grünen die Veranstaltung nach Wackersdorf einberufen wird.

(Abg. Klasen: Das ist eine Borniertheit, die ist grausam!)

Von einem Veranstalter, Herr Kollege Zierer, ich möchte Sie da einmal herzlich bitten, mir das zu sagen, höre ich so Gerüchte, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren darf, daß der Veranstalter durchaus wegen strafbarer Handlungen im Zusammenhang mit Steinewerfen am 11. Mai 1986 in Erscheinung getreten sei und deswegen Ermittlungsverfahren laufen. Ist das richtig, Herr Kollege Zierer, daß derjenige, der das WAAhnsinnsfestival veranstaltet, wegen Steinewerfens am 11. Mai 1986 in Erscheinung getreten ist? Mit der Gesellschaft möchte ich nicht zusammenarbeiten.

(Abg. Dr. Rothmund: Was soll denn das? Also, Sie sind Rechtsanwalt! – Abg. Zierer: Sie wollen ein Kollege von mir sein! Sie arbeiten mit V-Leuten zusammen! Der liberale Beckstein!)

Wenn die SPD mit solchen Leuten zusammenarbeitet – –

(Fortgesetzte Zurufe bei der SPD – Glocke des Präsidenten – Zuruf von der SPD: Sie arbeiten mit V-Leuten zusammen, die strafbare Handlungen begangen haben!)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Ich muß Sie bitten, die Zwischenrufe einzustellen. Herr Kollege Dr. Beckstein, Sie haben das Wort!

**Dr. Beckstein (CSU):** Herr Kollege Zierer, ich würde an Ihrer Stelle mit persönlichen Beleidigungen sehr vorsichtig sein.

(Starker Beifall bei der CSU)

Ich würde mir von vielen Kollegen im Hause persönliche Verunglimpfungen eher gefallen lassen als von Ihnen. Das möchte ich einmal klarstellen.

(Dr. Beckstein [CSU])

(Starker Beifall bei der CSU – Abg. Zierer:  
Was wollen Sie damit sagen?)

Ich halte es für erstaunlich, daß ausgerechnet Sie als sicherheitspolitischer Sprecher der SPD auftreten.

(Abg. Zierer: Was wollen Sie damit sagen, Herr Beckstein?)

Ich will damit sagen, daß ich bisher nicht gehört habe, daß Sie sich in besonderer Weise um Sicherheitsprobleme in Deutschland oder in Bayern verdient gemacht hätten.

(Starker Beifall bei der CSU)

Statt dessen habe ich bisher nur andere Dinge gehört, um darauf noch einmal zurückzukommen. Ich möchte aber auf die ursprüngliche Frage verweisen:

Es kann doch niemand ernsthaft bestreiten, Herr Kollege Dr. Rothmund, daß bei den Tausenden von Plakaten dieser Eindruck besteht. Ich lade Sie ein, wir laufen durch Haidhausen, und ich zahle Ihnen den zehnfachen Betrag dessen, was wir miteinander wetten, wenn ich nicht in einer halben Stunde 50 Plakate finde, auf denen der SPD-Unterbezirk als Veranstalter auftritt.

(Abg. Zierer: Ein Lügner sind Sie! Ein Lügner!)

– Fahren wir herum.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Hängen die Plakate oder nicht?

(Fortgesetzte Zurufe bei der SPD)

Was haben Sie zur Verhinderung dessen unternommen? Seit wann haben Sie was unternommen? Seit wann wissen Sie es? Seit vielen Wochen hängen doch die Plakate. Gestern im Sicherheitsausschuß wußte kein Mitglied Ihrer Fraktion davon, daß Sie sich distanziert hätten. Distanzieren Sie sich laut und vernünftig, wehren Sie sich gegen den Mißbrauch Ihres Namens, oder tragen Sie mit die Verantwortung, die daraus entsteht.

(Starker Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Nochmals, Herr Kollege Zierer!

(Zurufe von der CSU)

**Zierer (SPD):** Herr Kollege Dr. Beckstein, wenn ich richtig weiß, dann sind Sie Rechtsanwalt. Ich finde es ungeheuerlich, daß Sie hier in die Debatte ein angebliches Ermittlungsverfahren gegen Herrn Walter Dürr einführen und so tun, als sei dieser schon verurteilt. Das ist ungeheuerlich.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Beckstein meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Sie haben gesagt, es sei ein Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig, und Sie haben mich gefragt, warum ich mit solchen Leuten gemeinsame Sache mache, mich von solchen Leuten nicht distanzieren.

(Fortgesetzte Zurufe bei der CSU)

Ich habe erst vor 14 Tagen als Anwalt wieder junge Leute vor Gericht verteidigt, die wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wegen Nötigung angeklagt waren, aber freigesprochen worden sind. Ich finde Ihre Argumentation derart unredlich, Sie sollten sich ihrer als Anwalt schämen.

(Starker Beifall bei der SPD – Abg. Klasen:  
Der Herr Kohl hat auch ein Ermittlungsverfahren gehabt! – Glocke des Präsidenten)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Beckstein?

**Zierer (SPD):** Nein, nein. Ich sage es noch einmal zum Mitschreiben: Ich habe in der Woche nach der Landtagsdebatte – es muß der 3. Juli gewesen sein – durch Anruf von der Presse erfahren, daß sich der Herr Staatsminister des Innern mit diesem Flugblatt und Plakat befaßt hat; ich darf es ja nicht zeigen. Ich habe es geprüft und dann am 7. Juli 1986 dem Herrn Staatsminister einen Brief geschrieben, in dem alles klipp und klar steht. Ich sage noch einmal: Ich finde es ungeheuerlich, daß der Herr Minister in Kenntnis der Fakten diese unwahren Behauptungen im Sicherheitsausschuß wissentlich wiederholt hat. Das muß ich Ihnen sagen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich habe dem Herrn Minister geschrieben, ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren: „Falls Sie somit in Zukunft behaupten sollten, daß der SPD-Unterbezirk Schwandorf-Cham als Veranstalter dieses Festivals auftritt oder mit DKP und Grünen zusammenarbeitet, ist dies falsch und stellt eine vorsätzlich unwahre Behauptung dar.“

(Zuruf von der CSU: Auf dem Plakat steht es aber immer noch! – Weitere Zurufe von der CSU – Allgemeine Unruhe)

Ich konstatiere, daß der Herr Minister in seinem Schreiben von heute, das ich vor wenigen Minuten bekommen habe, dies wiederholt. Auf dem Plakat steht folgendes: „Veranstalter: Verein zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit e. V.“. Und dann steht dort „In Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen der Oberpfalz, dem Jugendzentrum etc., den Grünen, der DKP, dem SPD-Unterbezirk und den Jusos.“

(Widerspruch und Zurufe von der CSU:  
Also: In Zusammenarbeit!)

– Ja sehen Sie, jetzt schwenken Sie sofort um und sagen, na ja, vom Veranstalter wollen wir ja nichts mehr wissen, es steht da von Zusammenarbeit.

Herr Dr. Beckstein, Sie haben schlicht von Veranstaltung gesprochen und gesagt, die SPD habe nach Wackersdorf aufgerufen.

(Zierer [SPD])

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU)

Ich sage nochmals: Wenn Worte in diesem Hohen Hause noch einen Sinn geben sollen, dann haben Sie hier vor wenigen Minuten die Unwahrheit gesagt. Ich bin weder Veranstalter noch habe ich nach Wackersdorf aufgerufen. Alles andere habe ich schon erläutert.

(Fortgesetzte Zurufe und Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Ich will noch einen letzten Versuch nach dem Motto machen „was wäre, wenn“. Was wäre denn, wenn zum Beispiel Placido Domingo auf dem Lanzenanger in Burglengenfeld ein großes Festival für die Erdbebenopfer in Mexiko veranstalten und die Parteien mit der Bitte anschreiben würde, etwas zu bezahlen? Da würde die DKP etwas zahlen, die Grünen würden etwas zahlen, und der SPD-Unterbezirk würde etwas zahlen. Dann wäre es etwas ganz anderes, weil es für die armen Erdbebenopfer in Mexiko ist. Hier geht es doch um einen Nebenkriegsschauplatz. Sie sind bloß dagegen, weil es um ein Anti-WAA-Festival geht. Ansonsten habe ich mir wirklich nichts vorzuwerfen und Ihnen gegenüber schon dreimal nicht.

(Starker Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Wortmeldung, Herr Kollege Tandler!

**Tandler (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lese mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vor: „Fünftes Anti-Wahnsinns-Festival am 26./27. Juli 1986 in Wackersdorf. BAP, Herr Grönemeyer und Band“ usw. „Veranstalter: Verein zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit ...“

(Zurufe von der SPD)

Da frage ich Sie: Wo ist der Unterschied? Herr Dr. Rothemund, Sie haben mich hier in diesem Hohen Hause der Unwahrheit geziehen, als ich Ihnen und Ihrer Partei vorgeworfen habe, daß Sie gemeinsame Sache mit Kommunisten machen. Hier steht: „In Zusammenarbeit mit ...“

(Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich wissen, wenn es so wäre, wie Sie es darstellen, was Ihr Parteivorstand unternommen hat, daß diese Plakate aus der Öffentlichkeit verschwinden.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege Langenberger, Sie haben das Wort!

**Langenberger (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! An die Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung über die Sicherheitsproblematik, mit der der Kollege Dr. Beckstein begonnen hat, ist jetzt mehr oder weniger das Werfen mit Dreck getreten.

(Zuruf von der CSU: Zierer macht es möglich!)

Deshalb möchte ich versuchen, noch einmal auf die Sicherheitsproblematik einzugehen.

Der Herr Kollege Dr. Beckstein hat als Begründung dafür, weshalb die Sicherheitsorgane in Bayern möchten, daß dieses Treffen verboten wird, Erkenntnisse aus mehreren Bundesländern angeführt, daß damit zu rechnen sei, daß eine ganze Reihe von Gewalttätigern einreisen, die noch dazu zwei neue Waffenarten zum Einsatz bringen möchten.

Herr Kollege Dr. Beckstein, dazu kann ich nur sagen: Wenn es diese Erkenntnisse gibt, wenn Sie wissen, daß diese Leute mit diesen Waffen nach Burglengenfeld reisen werden, wenn man das alles weiß, müßte es doch eine Kleinigkeit, ja sogar ein gefundenes Fressen für die Sicherheitskräfte sein, diese Leute mit den neuartigen Waffen auf dem Weg nach Burglengenfeld festzunehmen. Das müßte doch möglich sein, wenn genaue Erkenntnisse vorliegen. Dann wäre das ganze Dilemma beseitigt, und man müßte nicht das ganze Festival deswegen verbieten.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Nochmals Herr Kollege Dr. Rothemund!

**Dr. Rothemund (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe soeben gesehen, daß der Herr Kollege Dr. Beckstein sich noch einmal zu Wort gemeldet hat. Vielleicht, Herr Kollege Beckstein, benützen Sie die Gelegenheit, den Satz zurückzunehmen oder richtigzustellen, den Sie vorhin gesprochen haben. Sie haben dem Sinne nach gesagt, daß Sie mit jemandem, gegen den ein Ermittlungsverfahren läuft, nicht zusammenarbeiten würden.

(Zurufe von der CSU)

– Er hat erklärt, er arbeite mit jemandem, der ein Ermittlungsverfahren am Hals hat, nicht zusammen. Ich sage Ihnen: Der Bundeskanzler Kohl hatte Ermittlungsverfahren am Hals. Viele haben Ermittlungsverfahren am Hals.

(Zurufe von der CSU)

Entscheidend ist doch, was bei einem Ermittlungsverfahren herauskommt. Was Sie betreiben, ist eine totale Vorverurteilung, die rechtsstaatswidrig ist, sehr verehrter Herr Kollege Beckstein. Ich möchte Sie wirklich bitten, sich zu überlegen, was Sie vorhin hier gesagt haben, und dies richtigzustellen. Das kann einer, der wie Sie einem Berufsstand angehört, der für diesen Zusammenhang auch die nötige Sachkenntnis vermittelt, bei Gott nicht aufrechterhalten.

Das Zweite betrifft den Brief des Herrn Kollegen Zierer an den Herrn Innenminister Hillermeier. Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte man erwarten können, daß der Brief von Herrn Hillermeier bekanntgegeben wird, daß zumindest die Sachdarstellung vorgetragen worden wäre, die ihm der Kollege Zierer gegeben hat. Er brauchte sie ja nicht zu teilen. Aber sie zu unterschlagen ist ein Stück Unfairness.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Rothemund [SPD])

Denn er kannte ja den Brief, er wußte, was drin stand, und er wußte, wie das Ganze aus der Sicht des Kollegen Zierer erklärt wurde.

Zur Sachlage selbst: Die Wette, daß wir Veranstalter sind, Herr Kollege Beckstein, haben Sie bereits verloren. Aus dem Gesamtzusammenhang ergibt sich eindeutig, daß die SPD nicht Veranstalter ist, sondern daß dieser Verein – –

(Zuruf von der CSU: Das ist doch Haarspaltereil! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Es gibt einige unter Ihnen, denen ich zutraue, logisch zu denken. Aber die, die jetzt so laut dazwischen rufen, sind meist solche, die sich hier niemals durch logisches Denkvermögen besonders hervorgehoben haben. Ich muß Ihnen wirklich sagen: Wenn Sie nicht zuhören können, dann sollten Sie wenigstens nicht schreien. Ich gebe jedem das Recht, auch einmal zu schreien, wenn er Bereitschaft zeigt zuzuhören. Aber jetzt bitte ich Sie mal zuzuhören.

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege, vorher darf ich Sie fragen, ob Sie noch eine Zwischenfrage gestatten?

**Dr. Rothemund (SPD):** Mir fällt es nicht im Traum ein, nachdem ich selber heute keine Zwischenfrage zugelassen bekommen habe, irgend jemandem eine zuzulassen.

Kommen wir noch einmal zu dem Punkt, es macht ja allmählich Spaß. Veranstalter sind nicht wir oder der Unterbezirk Schwandorf, sondern dieser Verein.

(Abg. Dr. Hundhammer: So einfach ist das!)

Dieser Verein ist von einigen unterstützt worden. Diejenigen, die ihn unterstützt haben, haben das selbstverständlich aus eigener Verantwortung heraus getan, aber nicht in Zusammenarbeit und nicht in Absprache mit den anderen.

(Abg. Möslin: In Verbindung!)

– Herr Möslin, allmählich fange ich auch bei Ihnen an, an einem zu zweifeln.

(Weiterer Zuruf von der CSU)

Der Verein hat eine Verbindung zu denen, die ihn unterstützt haben. Aber die, die unterstützt haben, haben doch keine Verbindung untereinander! Sie wollen uns doch im Grunde anlasten, daß es eine Verbindung des Unterbezirks Schwandorf zum Beispiel mit der DKP gäbe. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen mit allem Nachdruck: Hier gibt es null Verbindung. Wir haben mit der DKP nichts gemein, genauso wenig wie mit den Grünen. Wir haben uns mit den beiden nicht zu irgend etwas zu verbünden, wir verbünden uns auch nicht. Wir lassen uns aber durch die Beteiligung anderer nicht davon abhalten, etwas, was wir für richtig erkannt haben, auch tatsächlich zu unterstützen. Das ist das Grundprinzip unserer Partei

im Umgang mit politisch Andersdenkenden und politischen Gegnern. Wir hätten uns auch dann nicht gescheut, den Verein zu unterstützen, wenn Sie mit unterschrieben hätten.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Nochmals Dr. Beckstein!

**Dr. Beckstein (CSU):** Zunächst zu der Frage, ob ich mit jemandem zusammenarbeite, gegen den ein Ermittlungsverfahren läuft. Ein Ermittlungsverfahren als solches ist nichts Ehrenrühriges, selbstverständlich nicht.

(Abg. Kolo: Auf einmal!)

Ich habe dem Herrn Kollegen Zierer die Frage gestellt, ob es richtig ist, daß derjenige, der Veranstalter des WAA-Festes ist, am 11. Mai 1986 Steine geworfen hat. Ich erwarte von ihm die Antwort, ob das stimmt oder ob das falsch ist. Ich nehme an, daß Sie Herrn D. intensiv befragt haben, da Sie in Zusammenarbeit mit ihm als Veranstalter auftreten. Wenn ich mit jemandem zusammenarbeite, frage ich schon nach, ob der mit derartigen Dingen in Zusammenhang steht. Sie werden ihn mit Sicherheit in Kürze wohl fragen, ob er als Veranstalter am 11. Mai als Steinewerfer in Erscheinung getreten ist. Wenn ich mit jemandem zusammenarbeite, frage ich schon nach, wenn derartige Vorwürfe erhoben werden.

(Beifall bei der CSU)

Damit keinerlei Zweifel bestehen: Ich spreche ohne Konzept. Ich kann jetzt nicht sicher sagen, welche Formulierung ich gebraucht habe. Als Anwalt weiß ich selbstverständlich, daß in vielen Fällen Ermittlungsverfahren rein formale Angelegenheiten sind, die manchmal unter höchst dubiosen Umständen in die Wege geleitet werden – Herr Fraktionsvorsitzender, wir hatten ja darüber schon manchmal freundliche Gespräche –, aber die Tatsache ist, daß unter Umständen – das ist noch einmal die Frage an Sie, Herr Zierer – der Mann, mit dem der Unterbezirk Schwandorf zusammenarbeitet, am 11. Mai am Zaun Steine geworfen hat.

Zum zweiten finde ich es rührend, daß man sagt: Veranstalter bin ich nicht, aber ich bin in der Zusammenarbeit, und sich dann auch nicht distanziert. Es ist eine unerträgliche Sache, Herr Rothemund, daß auf Tausenden von Plakaten unter Ihrem Namen nach Wackersdorf eingeladen wird und eben nicht nach Burglengenfeld.

(Zuruf des Abg. Dr. Hundhammer)

Andere Personen, nicht die SPD, laden ausdrücklich zu Veranstaltungen nach Wackersdorf und zum „Rock am Bauzaun“ ein. Andere wiederum empfehlen: Wir fahren zum Konzert und zur Baustelle. Das ist doch die entscheidende Frage.

Sie müssen sich zumindest vorwerfen lassen, daß jeder vernünftige Bürger, der in Nürnberg oder in München das Plakat liest, auf dem der Veranstalter in Zu-

(Dr. Beckstein [CSU])

sammenarbeit mit der SPD nach Wackersdorf einlädt, sich sagen muß: Nicht nur die Chaoten laden nach Wackersdorf ein, sondern auch die SPD. Ich halte es darum für wenig glaubwürdig, wenn Sie einerseits mit scheinbar flammenden Reden sagen: Leute, geht nicht zum Bauzaun, dort passieren Gewalttaten, es andererseits aber hinnehmen und trotz vielfacher Aufforderung nicht bereit sind, sich davon zu distanzieren, daß Ihr Name mißbraucht wird. Sie sagen nicht, was Sie gegen den Mißbrauch Ihres Namens unternommen haben. Wenn ich mich nicht dagegen wehre, daß mein Name fälschlicherweise verwendet wird, dann nehme ich in Kauf, aus welchen Gründen auch immer, daß mir auch die Folgen zugerechnet werden.

Ich habe wie viele Polizeibeamte Bedenken, daß der 26. Juli zu erheblichen Gewalttaten führen wird. Ich freue mich darüber ganz und gar nicht. Herr Kollege Zierer, ich halte es sogar für durchaus möglich, daß die Veranstaltung nicht verboten werden wird, weil eine Einflußnahme in der Tat schwierig ist. Ich kann ohne rechtliche Prüfung nicht ohne weiteres sagen, ob eine Durchgriffsmöglichkeit besteht.

Wenn mir sachkundige Leute quer durch die Parteien, auch Polizeikräfte, die bei Ihnen engagiert sind, sagen, daß es am 26. Juli schlimm werden wird, dann wundere ich mich, daß Ihre Sorge nicht darum geht, daß nichts passiert, sondern daß Sie vielmehr hinnehmen, daß mit Tausenden von Plakaten öffentlich mit dem Namen der SPD auch heute noch ohne massiven Protest aufgeföhrt wird, nach Wackersdorf zu gehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

Das ist die Geföhrdung. Sie müssen sich sagen lassen, daß man Sie für etwaige Gewalttätigkeiten, die hoffentlich nicht passieren, mit verantwortlich machen wird.

(Zustimmung bei der CSU – Abg. Klasen:  
So wollen wir es haben! Das ist die Strategie! – Abg. Langenberger: Meine Frage ist nicht beantwortet!)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Das Wort hat Herr Kollege Tandler!

**Tandler (CSU):** Das ist nicht die Strategie!

(Abg. Klasen: Doch!)

– Nein. Die Tatsache, daß wir die Debatte zu diesem Thema führen, haben doch Sie herbeigeföhrt.

(Zuruf von der CSU: Natürlich!)

Wir haben doch keinen Dringlichkeitsantrag gestellt.

(Abg. Dr. Rothemund: Den haben wir gestellt!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß dieser Dringlichkeitsantrag debattiert wird, obwohl das vorher nicht vereinbart war.

(Widerspruch des Abg. Dr. Rothemund)

Sie wissen genau so gut wie ich, Herr Dr. Rothemund – ich sage das noch einmal in der Öffentlichkeit, weil immer wieder Unterstellungen kommen –, daß wir einst vereinbart hatten, daß außerhalb des ursprünglich vorgesehenen Tagesordnungspunktes solche Anträge nur dann beraten werden, wenn man sich vorher ausgesprochen hat. Das ist hier nicht der Fall gewesen. Sie sagen, der Vereinbarung sei dadurch Genüge getan, daß Ihr Fraktionsgeschäftsführer dem unseren das mitgeteilt hat. Nach meiner Auffassung ersetzt eine Mitteilung keine Vereinbarung.

(Beifall bei der CSU)

Weil es nicht absehbar war, hat der Herr Innenminister seine Zusage, aus Anlaß des 30jährigen Jubiläums der Bezirksregierung die Festansprache zu halten, eingehalten. Er ist deshalb heute nicht mehr da.

(Abg. Klasen: Und der Herr Staatssekretär?)

– Der Herr Staatssekretär ist in Wackersdorf, weil dort eine Reihe von Bundestagsabgeordneten heute vor Ort ein Gespräch führen wollen. Dagegen ist wohl nichts einzuwenden. Er ist schließlich nicht auf irgendeiner Festivität, sondern kommt einer dienstlichen Aufgabe nach.

Zurück zum Thema. Dieses Flugblatt, dieses Plakat, wie immer Sie es haben wollen, ist in zweifacher Hinsicht ein Skandal. Der eine Punkt ist, daß es nach Wackersdorf einlädt, obwohl vorgegeben wird, daß die Veranstaltung in Burglengenfeld stattfinden soll. Das Zweite ist die Tatsache, daß die SPD letztlich noch als Mitveranstalter mit aufgeföhrt wird. Sie bestreiten das und sagen, Sie wollten damit nichts zu tun haben.

(Abg. Dr. Rothemund: Wir sind nicht Veranstalter!)

– Nein, Veranstalter ist „in Zusammenarbeit mit ...

Ich stelle die Gegenfrage: Angenommen, ein solches Festival fände in Hessen statt, und zwar zu einem Zeitpunkt, als es noch die bekannten Auseinandersetzungen um die Startbahn West gegeben hat. Veranstalter wäre dort eine Bürgerinitiative gewesen, und es hätte geheißen: In Zusammenarbeit mit dem dortigen Verband der NPD und der dortigen CDU. Dann hätte ich erleben wollen, was Sie zu diesen Vorgängen von sich gegeben hätten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Daran müssen Sie sich messen lassen. Ich frage noch einmal: Was hat die SPD Bayerns konkret unternommen, auch an rechtlichen Schritten, um diese Plakate aus der Welt zu schaffen?

(Zurufe von der CSU: Nichts, nichts! – Starker Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Meier!

Frau **Meier** Christa (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor kurzem habe ich eine Anzeige unterschrieben mit dem Titel: „Frauen gegen die Apartheid in Südafrika“. Die Sache wurde von den evangelischen Frauen in Regensburg in die Wege geleitet. Die Anzeige haben etwa 300 Leute unterschrieben. Sie haben mit ihrer Unterschrift den Gedanken der evangelischen Frauen unterstützt, gegen die Apartheid in Südafrika etwas zu unternehmen. Da kann natürlich auch ein DKP-Mitglied draufstehen. Solche Leute sind dann genauso Unterstützer wie ich. Deswegen arbeite ich noch lange nicht mit der DKP zusammen.

(Lebhafte Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten!)

Das ist derselbe Vorgang!

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Maurer:  
Das ist doch nicht vergleichbar!)

– Natürlich! Ich bin auch deswegen, weil ich eine Aktion der evangelischen Frauen unterschreibe, nicht evangelisch. Ich halte nur die Idee, die da verbreitet wird, für gut.

(Abg. Herbert Huber (Landshut): Unglaublich!)

Nun zu den Plakaten und zu dem, was hier abläuft. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Diskussion um das Bürgerfest in Regensburg, einer Veranstaltung am Bismarckplatz, wo Sie auch wochenlang geunkelt haben, daß das alles ganz gewalttätig verlaufen wird. Dem Mitveranstalter, Herrn Caspers, Stadtrat in Regensburg, und dem Arbeitskreis Kultur Regensburger Bürger sind eine Reihe von Auflagen gemacht worden. Diese Auflagen wurden erfüllt. Und siehe da, diese Veranstaltung, zu der die Österreicher nicht kommen durften, verlief völlig gewaltlos. Die Polizei konnte sich ziemlich im Hintergrund halten. Herr Caspers ist dabei, dieses Rock-Festival mitzuorganisieren. Er kennt viele der mitwirkenden Rock-Gruppen, weil er selber auch Musiker, Künstler ist.

(Zuruf von der CSU: Künstler?)

Nach einigen Gesprächen haben Vorstellungen der Genehmigungs- und Sicherheitsbehörde dazu geführt, daß das Festival aus Gründen der Sicherheit nicht in Wackersdorf stattfinden soll. Die Veranstalter haben sich darauf eingelassen und eine Ausweichmöglichkeit gesucht. Sie haben dann herausgefunden, daß etwa 20 Kilometer vom Bauzaun entfernt, in Burglengenfeld, eine große Wiese ist. Am 3./4. Mai fand in Offenstetten bei Wackersdorf ein Festival statt, das ebenfalls gewaltlos verlief. Herr Caspers war schon in Offenstetten Mitorganisator und ist es jetzt wieder in Burglengenfeld.

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen?

Frau **Meier** Christa (SPD): Nein. Daß das Festival jetzt in Burglengenfeld stattfinden soll, war bei Drucklegung der Plakate noch nicht bekannt. Jetzt ist es bekannt, und natürlich müssen die Plakate jetzt geändert werden.

(Abg. Tandler: Das heißt, Sie haben den Unterschriftstext gekannt!)

Sie können nicht behaupten, weil Wackersdorf auf den Plakaten steht, daß nach Wackersdorf aufgerufen werden soll. Es muß geändert werden. Das ist ganz klar.

(Abg. Tandler: Das heißt, Sie haben die Plakate vorher gekannt!)

– Nein, überhaupt nicht. Ich habe mit den Plakaten nichts zu tun. Ich weiß nur, daß seit April die Vorbereitungen für dieses Festival laufen.

(Zurufe des Abg. Dr. Goppel und Dr. Beckstein)

Zur Zeit der Drucklegung der Plakate gingen die Veranstalter noch davon aus, daß die Veranstaltung in Wackersdorf stattfindet. Dann haben aber die Sicherheits- und Genehmigungsbehörden Auflagen gemacht, und die Veranstalter haben gesagt: Selbstverständlich erfüllen wir die Auflagen. So, wie wir die Auflagen am Bismarckplatz in Regensburg erfüllt haben, erfüllen wir sie auch hier. Darum soll die Veranstaltung jetzt in Burglengenfeld stattfinden. Seit zwei Wochen ist in den Zeitungen über die Auseinandersetzungen zu lesen, daß das Festival nach Burglengenfeld kommen soll. Sie tun so, als wäre von vornherein das Plakat mit Absicht mit Wackersdorf als Veranstaltungsort gedruckt worden.

(Abg. Dr. Beckstein: Die Plakate sind noch heute nachmittag geklebt worden!)

Nach einem langen Diskussionsprozeß mit den Genehmigungsbehörden und mit der Polizei ist es zu der Änderung des Veranstaltungsortes gekommen.

(Zustimmung bei der SPD – Zuruf des Abg. Möslin)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Nochmals der Kollege Zierer!

**Zierer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst der Kollegin Meier herzlich danken, daß sie versucht hat, etwas zu rechtfertigen. Ich sage nochmals: Ich habe keinen Grund, das Verhalten des SPD-Unterbezirks zu rechtfertigen oder mich zu entschuldigen.

(Abg. Fendt: Das glauben wir schon!)

Ich habe überhaupt keinen Einfluß auf dieses Plakat genommen. Ich habe erst durch die Bemerkung des Herrn Staatsministers von dem Plakat erfahren.

(Oh-Rufe bei der CSU)

Ich habe ihm das dann mitgeteilt, und damit war die Sache für mich erledigt.

Ich stelle noch einmal fest: Ich arbeite nicht mit den anderen zusammen, mir war auch nicht bekannt, wer noch Geld gibt, und ich habe erst durch den Herrn Staatsminister von diesem „schrecklichen“ Plakat Kenntnis erhalten.

(Abg. Dr. Beckstein: Warum spricht Dr. Böddrich dann von „Fehlgedruck“?)



(Zierer [SPD])

Ich sage es noch einmal: Das ist schon eine seltsame Moral. Wir vom Unterbezirk zahlen 1000 DM an den Veranstalter; das wird als unanständig kritisiert. Aber der Sohn des früheren zweiten Bürgermeisters, Mitglied Ihrer Fraktion, kassiert 5000 DM, wahrscheinlich mit Geld von unserem Unterbezirk. Das ist anständig? Der CSU-Stadtrat Bachfischer schließlich verhandelt seit Wochen mit diesen „schrecklichen“ Veranstaltern, offenbar auch in Zusammenarbeit mit der DKP und den Grünen, und holt 15000 DM für die Jugendarbeit der Stadt Burglengenfeld heraus. Das ist doch eine doppelte Moral! Sie bauen einen Nebenkriegsschauplatz auf, aber zur Sache haben Sie, Herr Kollege Beckstein, kein einziges Wort gesagt. Sie haben einen Bürger madig gemacht, indem Sie sagten, daß ein Ermittlungsverfahren gegen ihn läuft. Sie haben behauptet, es könnten da Steinewerfer gewesen sein. Ich weiß das nicht.

(Abg. Dr. Beckstein: Interessiert Sie auch nicht, oder?)

Ich weiß nur, daß gerade in Sachen WAA Hunderte von Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind.

(Zuruf von der CSU: Was?)

Hunderte sind verhaftet worden. Am Pfingstdienstag beispielsweise wurden 210 von der Polizei verhaftet, und es sind schlichte drei Haftbefehle vom Haftrichter ausgestellt worden. Jetzt, im Vorfeld, einen bislang unbescholtenen Mann, den Herrn Dürr, in diesen Verdacht zu bringen empfinde ich als das eigentlich Skandalöse an dieser Sache und nicht dieses lächerliche Plakat.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Herr Kollege Dr. Rothemund, Sie haben das Wort!

**Dr. Rothemund (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas richtigstellen. Herr Kollege Tandler, Sie haben vorhin gemeint, im Blick auf den von uns gestellten Dringlichkeitsantrag kritische Bemerkungen machen zu sollen. Das kann so nicht stehenbleiben.

Wir haben in der Ältestenratssitzung noch nicht gewußt, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag heute oder überhaupt einbringen. Die Sitzung des Stadtrats von Burglengenfeld war wohl am Dienstag, wenn ich mich recht erinnere. Also konnte ich Ihnen in der Ältestenratssitzung dazu auch nichts sagen.

In der Fraktion wurde dann darüber geredet, ob der Antrag jetzt oder nächste Woche eingebracht werden soll. Natürlich mußte er eigentlich so schnell wie möglich eingebracht werden.

(Abg. Fendt: Das hätten wir gestern miteinander bereden können!)

Natürlich habe ich dann meinen Geschäftsführer beauftragt,

(Abg. Fendt: Den Geschäftsführer!)

sich mit der CSU-Fraktion in Verbindung zu setzen. Ich habe umgekehrt erlebt, daß die CSU-Fraktion

Dringlichkeitsanträge eingereicht hat, ohne sie mir überhaupt zur Kenntnis zu bringen,

(Abg. Tandler: Ja! – Abg. Möselein: Das ist normal üblich so!)

sondern als Versuch einer Überraschung, was nicht meine Art in diesem Zusammenhang je gewesen ist.

(Oh-Rufe bei der CSU)

– Sie da hinten wissen ja nichts. Das weiß höchstens der Herr Tandler zu beurteilen.

(Abg. Tandler: Höchstens, aber allerhöchstens!)

Die eingeschobene Sitzung bietet die Möglichkeit, auch Dringlichkeitsanträge zu behandeln.

(Abg. Dr. Hundhammer: Nein, das haben wir in der interfraktionellen Kommission nicht vereinbart!)

– Was Sie in der interfraktionellen Kommission geredet und gedacht haben mögen, kann ich nicht wissen. Beschlossen haben wir dies nicht. Aber wir haben eine Übung; ich habe extra eine Sitzung heraussuchen lassen, wo ein Dringlichkeitsantrag von uns ordnungsgemäß behandelt worden ist.

Ich möchte mir auch das Recht nicht nehmen lassen, das in der Geschäftsordnung steht, an eingeschobenen Sitzungstagen, also an ganz normalen Plenarsitzungstagen, Dringlichkeitsanträge einzubringen. Das entspricht auch der Zweckmäßigkeit. Ich kann doch, wenn ein dringliches Problem vorliegt, und das Parlament sich versammelt, nicht darauf verzichten wollen, dieses dringliche Problem aufzugreifen.

Ein zweites will ich in diesem Zusammenhang bemerken: So billig, Herr Beckstein, sollten Sie es sich nicht machen, Verantwortung zu verschieben. Die Verantwortung dafür, daß dieses Popkonzert in angemessenem Rahmen abgewickelt werden kann, haben die Veranstalter und die Polizei, die staatlichen Sicherheitsbehörden. Sie müssen im Vorfeld auch überlegen, ob es vernünftig ist, die Veranstaltung in dieser oder jener Form entsprechend zu begleiten.

(Zuruf von der CSU: Abstimmen!)

Wenn Sie sagen, wir seien verantwortlich, wenn etwas geschieht, dann weise ich diese Verantwortung mit Nachdruck zurück.

Meine Damen und Herren! Im Sicherheitsausschuß sind keinerlei Erkenntnisse überprüfbarer Art vorgelegt worden, so wurde mir jedenfalls von den Mitgliedern des Sicherheitsausschusses versichert, die den Schluß zuließen, daß etwas passiert oder passieren kann. Dem Sicherheitsausschuß sind keinerlei nachprüfbare Erkenntnisse vorgelegt worden.

(Frau Abg. Stamm: Herr Zierer hat gesagt, die kommen doch sowieso!)

Sie haben also abstrakte Vermutungen.

(Abg. Dr. Beckstein: Die kommen doch, wie Zierer sagt!)

– Natürlich wissen wir, daß wir reisende Gewalttäter haben. Wenn Sie es so betrachten, daß, weil es reisende Gewalttäter gibt, überhaupt keine Veranstaltung mehr stattfinden darf,

(Dr. Rothemund [SPD])

(Frau Abg. Geiss-Wittmann: In Wackersdorf!)

dann bedeutet dies, daß Sie sich von anderen, nämlich von reisenden Gewalttätern, ein Stück Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland wegnehmen lassen, nämlich das Recht auf Demonstration und das Recht auf Veranstaltungen.

(Abg. Dr. Beckstein: Aber Sie selber erklären doch, daß nach Wackersdorf eingeladen wurde!)

Dann haben diese reisenden Gewalttäter ihr Ziel erreicht. Denn dann haben sie die Demokratie gezwungen, auf ein wichtiges demokratisches Grundrecht, nämlich das Recht auf Demonstration, auf Versammlungsfreiheit, zu verzichten. Das kann nicht unsere gemeinsame Position sein.

(Abg. Nätscher: Und das Recht auf körperliche Unversehrtheit?)

– Sie sollen wirklich einmal ein Seminar besuchen, wo Sie einiges über das Demonstrationsrecht mitbekommen an Hand des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das Sie immer noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere, daß die Diskussion sich in dieser Weise abgespielt hat. Das hätte nicht sein müssen. Ich bin überzeugt, daß der Vertreter des Landkreises Schwandorf, Herr Schuierer, rechtens handelt, wenn er den Zumutungen der Aufsichtsbehörden nicht folgt, sondern in seiner Verantwortung sagt: Der Beschluß des Stadtrats Burglengenfeld ist rechtmäßig, und es gibt keinen Anlaß, ihn aufzuheben.

(Abg. Klasen: Diese Hirtenbriefe!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da sitzen so viele, die in der Kommunalpolitik tätig sind oder es waren. Ich war selber zwölf Jahre lang Landrat. Ich muß sagen, hier hat sich eine Entwicklung vollzogen, auch in bezug auf das Selbstverwaltungsrecht, das ich für ein wichtiges Grundrecht der Kommunen halte, die uns Sorge bereiten muß. Diese Staatsregierung hat immer weniger Respekt vor dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und der Landkreise.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist gleichgültig, in welchem Rahmen sich dies abwickelt, ob daneben etwa der Aspekt des öffentlichen Versammlungsrechts noch eine Rolle spielt.

(Zuruf von der CSU: Abstimmen!)

Meine Damen und Herren! Wir stehen zu dem, was der Landrat Schuierer offenkundig zu tun beabsichtigt. Für uns handelt der Stadtrat Burglengenfeld rechtmäßig, für uns handelt der Landrat rechtmäßig, und diejenigen, die unrechtmäßige Zumutungen an die kommunalen Dienststellen herantragen, sollen sich überlegen, ob sie diesen Weg in Bayern wirklich fortsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf bitten, diese vorzubereiten und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, benutze die Ja-Karte, entsprechend die Nein- bzw. Enthaltungskarte.

(folgt Namensaufruf)

Das Alphabet wird einmal wiederholt. –

Wir unterbrechen zur Auszählung.

(Unterbrechung der Sitzung von 18 Uhr 20 Minuten bis 18 Uhr 24 Minuten)

**Zweiter Vizepräsident Lechner:** Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 45 Abgeordnete, mit Nein 89, Enthaltungen 2. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten Dr. Böddrich, Frau Burkei, Dorsch, Engelhardt Karl-Theodor, Engelhardt Walter, Falter, Fichtner, Franz, Gausmann, Gebhardt, Geisberger, Dr. Götz, Frau Haas, Frau Harrer, von Heckel, Hollwich, Jena, Frau Jungfer, Kaiser, Kamm, Klasen, Koch, Frau König, Kolo, Kurz, Langenberger, Leiß, Mehrlich, Frau Meier Christa, Moser, Müller Herbert, Naumann, Frau Pausch-Gruber, Dr. Rothemund, Schimpl, Dr. Schlittmeier, Schlosser, Schmitt Hilmar, Schmolcke, Sommerkorn, Starzmann, Stenglein, Werner, Wirth und Zierer.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten Asenbeck, Auer, Bauereisen, Baumann, Beck, Dr. Beckstein, Frau Dr. Biebl, Böhm, Breitner, Brosch, Dandorfer, Daum, Diethel, Dobmeier, Eykman, Falk, Fendt, Fickler, Frau Fischer, Dr. Frank, Freller, Gastinger, Frau Geiss-Wittmann, Dr. Goppel, Graß, Grossmann, Gruber, Häußler, Heiler, Dr. Heubl, Hölzl Manfred, Hofmann Walter, Huber Erwin, Huber Herbert, Dr. Huber Herbert, Dr. Hundhammer, Jaumann, Kalb, Dr. Kempfle, Knipfer, Kopka, Frau Krinner, Lechner Ernst, Lechner Ewald, Leeb, Leschanowsky, Loibl, Loscher-Frühwald, Lukas, Dr. Maier Christoph, Dr. Maier Hans, Dr. Matschl, Maurer, Dr. Mayer Martin, Dr. Merkl, Möslin, Morgenroth, Nätscher, Neder, Oswald, Dr. Pollwein, Ponnath, Freiherr von Redwitz, Regensburger, Ritter, Rosenbauer, Schön Karl, Dr. Schosser, Frau Schweiger, Dr. Seidl, Seitz, Spitzner, Frau Stamm, Stein, Strehle, Tandler, Tauber, Frau von Traitteur, Voge, Vollkommer, Dr. Weiß, Werkstetter, Widmann, Dr. Wiesheu, Dr. Wilhelm, Wünsche, Frau Würdinger, Würth und Zeitler.

Mit **Ich enthalte mich** stimmten die Abgeordneten Fröhlich und Hölzl Johann.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 25 Minuten)

DLP 10/113 B

S. 1 – S. 130

## Interpellation

der Abgeordneten **Tandler, Alois Glück, Dr. Herbert Huber, Wengenmayer, Beck, Erwin Huber, Herbert Huber und Fraktion CSU**

### Künftige Energiepolitik in Bayern

Eine bedarfsgerechte, versorgungssichere und umweltschonende Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen ist für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Bayerns von herausragender Bedeutung. Energiepolitische Entscheidungen haben weitreichende und langfristige Auswirkungen. Sie müssen jeweils eingehend und sorgfältig unter Berücksichtigung aller relevanten Belange getroffen werden. Dabei sind auch die Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen zu bedenken.

Die künftige Energiepolitik ist infolge des Reaktorunfalls in Tschernobyl in der UdSSR auch in der Bundesrepublik Deutschland wieder in den Streit der Meinungen geraten. So fordern beispielsweise Grüne und SPD teils den sofortigen, teils den kurz- und teils den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie. Eine solche Abkehr von der lange von den großen Parteien gemeinsam getragenen Energiepolitik hätte für die wirtschaftliche Entwicklung und die Umweltsituation in Bayern weitreichende Folgen.

Wir fragen daher die Staatsregierung:

1. Wie hat sich die Energieversorgung, insbesondere die Versorgung mit elektrischer Energie, in Bayern seit 1960 entwickelt und welche Auswirkungen haben sich hieraus für die Wirtschaftsentwicklung und die Umweltsituation in Bayern ergeben?
2. Welche Bedeutung kommt der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung bis zum Jahr 2000 unter wirtschaftlichen, energie- und umweltpolitischen Gesichtspunkten zu?
3. Mit welchen Auswirkungen auf Stromversorgung, Sicherheit der Bevölkerung und Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsplätze und private Haushalte wäre bei einem so-

fortigen oder mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie zu rechnen?

4. In welchen anderen Ländern Europas sind Kernkraftwerke in Betrieb oder im Bau und in welchem Umfang trägt die Nutzung der Kernenergie dort zur Stromversorgung bei? Streben diese Länder einen Ausstieg aus der Kernenergie an?
5. Welche technisch-wirtschaftlich nutzbaren Potentiale zur Einsparung und zur rationelleren Verwendung insbesondere der elektrischen Energie bestehen und wie können die entsprechenden bisherigen Anstrengungen in Bayern künftig noch verstärkt werden?
6. Welche Rolle spielen bislang die sogenannten regenerativen Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme usw.) in der Energiepolitik der Staatsregierung und welchen Anteil können sie — auch unter Berücksichtigung einer noch verstärkten staatlichen Förderung — in absehbarer Zeit zur Energieversorgung in Bayern erlangen?
7. Wie beurteilt die Staatsregierung die Entwicklungsmöglichkeiten
  - a) der nachwachsenden Rohstoffe
  - b) der Wasserstofftechnologie
  - c) der Kernfusion
 und deren Beitrag zur Energieversorgung?
8. Aus welchen Tatsachen leitet die Staatsregierung die Aussage ab, daß unsere kerntechnischen Anlagen zu den „sichersten der Welt“ gehören?
9. Wie kann aus heutiger Sicht die notwendige Entsorgung der Kernkraftwerke unter sicherheitsmäßigen und ökologischen Gesichtspunkten bestmöglich sichergestellt werden?
10. Sind der Staatsregierung Bereitschaftserklärungen anderer Bundesländer bzw. politischer Gremien für Standorte zur Direktendlagerung abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren bekannt? Wie beurteilt die Staatsregierung die Festlegung der bayerischen SPD auf diesen Entsorgungsweg?

Interpellation

"Künftige Energiepolitik in Bayern"

Landtagsdrucksache 10/10463

Teil I

Beantwortung der Fragen 1 mit 7  
durch den Bayerischen Staatsminister  
für Wirtschaft und Verkehr

Anton Jaumann

Teil II

Beantwortung der Fragen 8 mit 10  
durch den Bayerischen Staatsminister  
für Landesentwicklung und Umweltfragen

Alfred Dick

am 17.7.1986 im Plenum des  
Bayerischen Landtags

Frage 1: Wie hat sich die Energieversorgung, insbesondere die Versorgung mit elektrischer Energie, in Bayern seit 1960 entwickelt und welche Auswirkungen haben sich hieraus für die Wirtschaftsentwicklung und die Umweltsituation in Bayern ergeben?

Entwicklung der bayerischen Energieversorgung seit 1960:

Die Energieversorgung Bayerns hat sich seit 1960 sowohl quantitativ als auch strukturell grundlegend verändert. Dabei können zwei Phasen unterschieden werden: Zum einen die Entwicklung bis zur ersten Energiekrise 1973, die durch einen stark steigenden Energieverbrauch und strukturell durch einen immer größeren Ölanteil gekennzeichnet war. Zum anderen die Entwicklung nach 1973, in der eine insgesamt deutliche Verlangsamung des Energieverbrauchsanstiegs und eine gezielte Zurückdrängung des Öls besonders aus der Stromerzeugung stattfand.

Der Primärenergieverbrauch Bayerns lag 1960 bei rd. 25 Mio t Steinkohleeinheiten (SKE). Wichtigster Energieträger war damals die Steinkohle mit einem Anteil von rd. 1/3, gefolgt vom Mineralöl mit einem Anteil von knapp 1/4, Braun- und Pechkohle mit knapp 1/5 und Wasserkraft und Stromimporte zusammen mit ebenfalls knapp 1/5 des Gesamtenergieverbrauchs (siehe Tabelle 1).

Von 1960 bis 1973 stieg der Primärenergieverbrauch Bayerns Jahresdurchschnittlich um 5,8 % auf 51,8 Mio t SKE und damit auf mehr als das Doppelte von 1960. Dabei ging der Verbrauch an

Steinkohle auf weniger als die Hälfte und ihr Anteil am Gesamtverbrauch auf 7 % zurück. Hierfür und zur Deckung des zusätzlichen Energiebedarfs kam im wesentlichen das seinerzeit konkurrenzlos preisgünstige Mineralöl zum Einsatz, das vor allem nach dem Aufbau der bayerischen Raffinerien mit ihren Pipelineverbindungen zum Mittelmeer in den 60er Jahren den regionalen Nachteil Bayerns in der Energieversorgung abbaute und damit eine wichtige Voraussetzung für den Wirtschaftsaufschwung des Landes schuf. Bis 1973 erhöhte sich der Mineralölverbrauch auf mehr als das 7fache, sein Anteil am Gesamtenergieverbrauch nahm auf rd. 70 % zu. Als neuer Energieträger kam in dieser Zeit auch das Erdgas hinzu, das 1973 bereits einen Beitrag von fast 7 % zur bayerischen Energieversorgung leistete. Neben der Beschaffung entsprechender Erdgasmengen auf dem internationalen Markt - Bayern selbst verfügt nur über sehr begrenzte Erdgasvorkommen - war hierfür der Aufbau eines landesweiten Erdgasnetzes notwendig, den die Staatsregierung seit 1970 mit erheblichen staatlichen Mitteln fördert.

Die Kernenergie leistete zur Energieversorgung Bayerns 1973 noch keinen nennenswerten Beitrag; die Bedeutung, die ihr von der Staatsregierung für die künftige Versorgung beigemessen wurde, wurde jedoch darin sichtbar, daß Bayern Standort sowohl des ersten deutschen Forschungsreaktors (Garching bei München), als auch des ersten deutschen Versuchskernkraftwerks (Kahl/Main) und des ersten deutschen Demonstrationskernkraftwerks (Gundremmingen, Block A) wurde.

Noch deutlicher als beim Primärenergieverbrauch zeigt sich der strukturelle Wandel der bayerischen Energieversorgung vor 1973 bei der Entwicklung des Endenergieverbrauchs (s. Tabelle 2). Hatte die Kohle (Stein- und Braunkohle) 1960 hier noch einen

Anteil von rd. 50 %, das Mineralöl noch unter 30 %, so betrug 1973 der Kohleanteil gerade noch 6 %, der Ölanteil dagegen über 70 %. Im Zuge der Modernisierung und Technisierung von Bayerns Wirtschaft und privaten Haushalten erhöhte sich gleichzeitig der Anteil des Stroms zu Lasten des direkten Einsatzes fossiler Brennstoffe von 7,3 % auf 11,7 %. Der Stromverbrauch stieg in dieser Zeit um jahresdurchschnittlich 7,3 % von 16 Mrd. Kilowattstunden (kWh) im Jahr 1960 auf über 40 Mrd kWh im Jahr 1973.

Der in Bayern verbrauchte Strom stammte 1960 noch zu rd. 50 % aus heimischer Wasserkraft (s. Tabelle 3). Trotz ihres weiteren Ausbaus ging wegen des zunehmenden Stromverbrauchs ihr Anteil bis 1973 auf weniger als 1/4 zurück. Von praktisch Null auf rund 1/4 des gesamten Stromaufkommens stieg dafür im gleichen Zeitraum die Stromerzeugung aus Öl. Etwa der gleiche Anteil wurde 1973 durch bayerische Kohlekraftwerke gedeckt, die 1960 noch rd. 2/5 des benötigten Stroms geliefert hatten. Rund 1/10 des Strombedarfs mußte 1973 von außerhalb Bayerns bezogen werden. Block A des Kernkraftwerks Gundremmingen konnte damals rd. 1/20 des Strombedarfs decken.

Die Ölkrise des Jahres 1973 markiert weltweit eine Wende der energiewirtschaftlichen Entwicklung. Zum einen wurden aufgrund der deutlich gewordenen Ölimportrisiken international Maßnahmen zur Verringerung des hohen Ölanteils an der Energieversorgung getroffen. Zum anderen hatten die drastische Energieverteuerung und die durch sie mit ausgelöste wirtschaftliche Struktur- und Wachstumskrise global eine deutliche Verlangsamung auch des Energieverbrauchs zur Folge.

Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Bayern seit 1973 spiegelt die Veränderung dieser maßgeblichen Einflußfaktoren wider. Während dieser Verbrauch in den Jahren der Ölpreiskrisen

und der wirtschaftlichen Rezession nach 1973 und 1979/80 stagnierte oder rückläufig war, stieg er in den dazwischenliegenden Jahren vor allem im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1982 wieder deutlich an. Mit rd. 55 Mio t SKE lag der Primärenergieverbrauch 1984 jedoch nicht wesentlich über dem Verbrauch von 1973 und noch immer unter dem bisher höchsten Verbrauch von über 57 Mio t SKE im Jahr 1979.

Bezogen auf das jeweilige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts läßt sich gegenüber dem Zeitraum 1960 bis 1973 eine erhebliche Verringerung des spezifischen Energieverbrauchs feststellen. Während zwischen 1960 und 1973 das jahresdurchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,8 % mit einem durchschnittlichen Anstieg des Primärenergieverbrauchs von 5,8 % verbunden war, steht dem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,5 % zwischen 1973 und 1984 nur ein durchschnittlicher Primärenergieverbrauchsanstieg von 0,4 % pro Jahr gegenüber. Diese Veränderung beruht im wesentlichen auf einer Verringerung des spezifischen Brennstoffverbrauchs sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch in den privaten Haushalten. Beim Stromverbrauch ergab sich aufgrund der hier geringeren Einsparmöglichkeiten und zusätzlicher Stromanwendungen zu Lasten fossiler Brennstoffe keine so deutliche Abkoppelung von der Entwicklung des Wirtschaftswachstums.

Neben der Verlangsamung des Energieverbrauchsanstiegs hat sich nach 1973 die Struktur der bayerischen Energieversorgung wiederum entscheidend verändert. Der Ölanteil am Primärenergieverbrauch ist auf gut 50 % und damit wieder auf den Stand etwa Mitte der 60er Jahre zurückgegangen. Der Rückgang entspricht in etwa dem Anteilszuwachs der Energieträger Erdgas und Kernenergie, die 1984 mit 13,1 % bzw. 14,4 % nach dem Öl die größten Beiträge



zur Energieversorgung Bayerns leisteten. Dagegen blieben die Anteile der Kohle mit rd. 12 % und der Wasserkraft mit rd. 6 % etwa auf dem Niveau von 1973.

Beim Endenergieverbrauch hat sich der Trend zu verstärkter Stromanwendung zu Lasten der fossilen Brennstoffe, vor allem des Heizöls, weiter fortgesetzt und damit die Bedeutung dieses Energieträgers mit einem Anteil von inzwischen 16 % am Endenergieverbrauch weiter verstärkt. Insgesamt erhöhte sich der Bruttostromverbrauch Bayerns von 1973 bis 1984 von rd. 40 Mrd kWh auf fast 57 Mrd kWh.

Am deutlichsten vollzog sich die Änderung der Energiestruktur Bayerns im Bereich der Stromerzeugung. Durch die schrittweise Inbetriebnahme der 4 Kernkraftwerksblöcke Isar 1, Grafenrheinfeld und Gundremmingen (2 Blöcke) konnten nicht nur nach dem zweiten Ölpreisschub die Stromerzeugung aus Öl praktisch voll und die aus Erdgas weitgehend ersetzt und der Wegfall der heimischen Braunkohle zum Teil kompensiert werden, sondern es konnte darüber hinaus auch der Großteil des Strombedarfszuwachses mit diesen Anlagen abgedeckt werden. Gleichzeitig wurde die bis zur Inbetriebnahme dieser Anlagen zunehmende Abhängigkeit Bayerns von Strombezügen aus anderen Ländern beseitigt, die zeitweise bis über 20 % des bayerischen Strombedarfs decken mußten. Heute werden fast 2/3 der öffentlichen Stromerzeugung in Bayern aus Kernenergie, fast 1/5 aus Stein- und Braunkohle, rd. 1/7 aus heimischer Wasserkraft, rd. 4 % aus Erdgas und nur noch rd. 1 % aus Öl gewonnen.

#### Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung:

Die strukturelle Veränderung der Energieversorgung Bayerns war stets von dem Ziel geleitet, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes eine möglichst sichere und preisgünstige,

gleichzeitig aber auch eine möglichst umweltfreundliche Energieversorgung in allen Landesteilen zu gewährleisten. Dies gilt auch für die Entwicklung vor 1973, als die Energieversorgung ohne den forcierten Ausbau der Ölversorgung angesichts der ungünstigen energiewirtschaftlichen Ausgangsbedingungen Bayerns zum Engpaßfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung zu werden drohte. Nur durch den Ausbau der Mineralölversorgung in den 60er Jahren konnte die bayerische Wirtschaft mit ausreichender Energie zu wettbewerbsfähigen Bedingungen versorgt und damit in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand Bayerns gegenüber dem übrigen Bundesgebiet allmählich aufzuholen. Deshalb mußte die bayerische Staatsregierung die Risiken einer hohen Ölabhängigkeit in Kauf nehmen, die ihr auch schon vor 1973 bewußt waren.

Möglichkeiten einer breiteren Diversifizierung etwa durch den Einsatz von Erdgas oder der Kernenergie, mit deren Hilfe nach 1973 die Zurückdrängung des hohen Ölanteils erfolgte, waren seinerzeit jedoch noch nicht verfügbar oder noch nicht hinreichend entwickelt. Auch für eine rationellere und sparsamere Energieverwendung waren wegen der vergleichsweise niedrigen Energiepreise vor 1973 die wirtschaftlichen Möglichkeiten eng begrenzt.

Durch den forcierten Ausbau der Erdgasversorgung und der Stromerzeugung aus Kernenergie, aber auch durch die von höheren Energiepreisen begünstigte und staatlich massiv geförderte Energieeinsparung ist die Energieversorgung Bayerns in den letzten Jahren nachhaltig versorgungssicherer, relativ preisgünstiger und nicht zuletzt wesentlich umweltfreundlicher geworden. Wenngleich Bayern nach wie vor in sehr hohem Maß energieimportabhängig ist, haben sich die Risiken dieser Abhängigkeit sowohl durch die heute ausgewogenere Struktur der Energieträgeranteile als auch durch die breitere Streuung der Lieferländer doch entscheidend verringert. Der Ausbau der Erdgasver-

- DE P 101 177 B

sorgung hat vor allem in den peripheren und schwachstrukturierten Regionen Bayerns zu einer deutlichen Verbesserung der Standortbedingungen für Industrieansiedlungen geführt. Immerhin sind mittlerweile auch im Flächenstaat Bayern 20 % aller Gemeinden an das Erdgasnetz angeschlossen.

Die Entwicklung der Strompreise in Bayern seit 1960 verlief parallel zur Entwicklung der Preise für die zur Stromerzeugung eingesetzten Energieträger:

Anfang der 60er Jahre lag das Industriestrompreisniveau in Bayern noch rd. 14 % über dem Bundesdurchschnitt (Strompreisindex 114 %). Preisbestimmend waren die Hauptenergieträger Steinkohle, deren Preisniveau etwa um die Transportkosten über dem des Ruhrgebiets lag, und Braunkohle. In den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre verbesserte sich der Strompreisindex infolge des billigen Öls, das über Pipelines aus Mittelmeerräfen bezogen und in den bayerischen Raffinerien verarbeitet wurde, bis auf ca. 104 %. Die erste Ölkrise im Jahre 1973 löste dann einen kräftigen Anstieg des bayerischen Strompreisniveaus bis auf den Index 110 % im Jahre 1976 aus.

Mit steigendem Anteil der Kernenergie durch die Inbetriebnahme der Kernkraftwerke Isar 1 (1977), Grafenrheinfeld (1981) und Gundremmingen (1984) verbesserte sich das Strompreisniveau, bezogen auf die Bundesrepublik, vom Index 110 im Jahre 1976 kontinuierlich bis auf den Index 97 zu Beginn dieses Jahres. Die bayerischen Strompreise sind heute mit die günstigsten in der Bundesrepublik Deutschland. Berücksichtigt man, daß jedes Prozent Strompreisunterschied für Bayerns Wirtschaft und private Verbraucher einen Kostenunterschied von annähernd 100 Mio DM jährlich bedeutet, so wird daraus die Kostenentlastung für die bayerische Volkswirtschaft durch die Verbesserung der Strompreissituation deutlich.

./.

Bundesländer, die nicht so wie Bayern die Kernenergie genutzt haben, konnten diese günstige Strompreisentwicklung nicht erzielen.

In Nordrhein-Westfalen mußten das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) und die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) zum 1.7.1985 die Strompreise deutlich anheben. Ursache dafür waren besonders die zunehmenden Kosten für die Entschwefelung und Entstickung der Kohlekraftwerke. Das RWE muß im Juli 1986 die Strompreise erneut anheben. Der Anstieg der Strompreise hätte durch einen Ausbau der Kernenergie in Nordrhein-Westfalen gemildert werden können.

Die im Vergleich zu anderen Bundesländern günstigere Strompreisentwicklung in Bayern hat die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen erhöht, ihre Investitionskraft gestärkt und ehemalige energiekostenbedingte Wettbewerbsnachteile beseitigt. Die Neuansiedlung von Unternehmen ist durch den zunehmenden Strompreisvorteil beschleunigt worden. Darüber hinaus haben günstige Strompreise Kaufkraft bei den privaten Haushalten freigesetzt und zu einer Erhöhung der Realeinkommen geführt.

Bayern kann heute die günstigste Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik vorweisen. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum hat sich für die bayerische Bevölkerung sehr positiv ausgewirkt. Dies zeigt sich in

- spürbar verbesserten Einkommen
- überdurchschnittlichen Beschäftigungschancen
- günstigen Lehrstellenbilanzen sowie
- unbestreitbaren Erfolgen in der Regionalpolitik.

Auswirkungen auf die Umwelt

Von 1960 bis Mitte der 70er Jahre war infolge des kontinuierlich ansteigenden Energieverbrauchs ein wesentlicher Anstieg der Emissionen aus dem Energiebereich zu verzeichnen. Als Leitparameter sind hierbei vor allem Schwefeldioxid und Stickstoffoxid anzuführen.

Von 1976 bis 1985 hingegen konnten die Schwefeldioxid-Emissionen in Bayern in den Bereichen Haushalt und Kleinverbraucher sowie Kraftwerke und Industrie von rd. 696.000 t auf rd. 238.000 t und damit um rd. 66 % reduziert werden. Die größte Reduktion konnte hierbei bei den Haushalten und Kleinverbrauchern von rd. 119.500 t auf rd. 47.000 t und damit um rd. 61 % sowie bei den Kraftwerken von rund 430.000 t auf rd. 83.000 t und damit um rd. 81 % erzielt werden. Der Verlauf dieser Entwicklung ist aus Tabelle 4 ersichtlich.

Dieser Erfolg konnte im wesentlichen durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Haushalte und Kleinverbraucher
  - Absenkung des Schwefelgehaltes des leichten Heizöls EL von 0,55 auf 0,3 Gew.-%
  - verstärkter Einsatz von Erdgas
  - Ausbau der Fernwärmeversorgung
- Kraftwerke, Heizkraftwerke und Heizwerke
  - zunehmender Einsatz von Kernenergie in der Stromerzeugung sowie Ersatz bayerischer Rohbraunkohle durch tschechische Hartbraunkohle im Kraftwerk Schwandorf
  - emissionsmindernde Maßnahmen durch Vereinbarungen mit den Kraftwerksbetreibern. Hierzu gehören der verstärkte Einsatz von emissionsarmen Anlagen, der Einsatz von Steinkohle mit einem Höchstschwefelgehalt von 1 %, die Anwendung des Additiv-

Verfahrens in den Braunkohlekraftwerken Arzberg und Schwandorf sowie die Stilllegung von emissionsstarken Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von insgesamt 600 MW.

Es ist davon auszugehen, daß die Schwefeldioxid-Emissionen aus den angeführten Bereichen bis 1988/89 auf insgesamt rund 190.000 t und damit um rd. 73 % gegenüber 1976 abgesenkt werden können. Diese weitere Minderung der Schwefeldioxid-Emissionen wird im wesentlichen durch die Inbetriebnahme der bereits in Bau befindlichen Entschwefelungsanlagen bei den Kraftwerken erreicht werden. Im Kraftwerksbereich werden die Schwefeldioxid-Emissionen 1988/89 bedeutend unter 50.000 t absinken, wodurch gegenüber 1976 eine Reduktion um mindestens 90 % erreicht wird.

Bei den Stickstoffoxid-Emissionen war ebenfalls seit Mitte der 70er Jahre eine abnehmende Tendenz zu verzeichnen. Von 1976 bis 1985 konnte eine Abnahme von ca. 143.000 t auf rd. 108.000 t und damit um etwa 25 % erreicht werden. Der Verlauf dieser Entwicklung kann der Tabelle 5 entnommen werden. Die größte Emissionsminderung wurde auch hier auf dem Kraftwerkssektor erzielt, auf dem die Stickstoffoxid-Emissionen von 1976 bis 1985 von rd. 76.000 t auf rd. 55.000 t und damit um rd. 27 % abnahmen. Ein nicht unwesentlicher Teil dieser Abnahme konnte im Jahre 1985 mit der Durchführung von feuerungstechnischen Maßnahmen (Primärmaßnahmen) erzielt werden. Mit der Inbetriebnahme der in Bau und Planung be-

findlichen Entstickungsanlagen (Sekundärmaßnahmen), die voraussichtlich 1988/89 abgeschlossen sein wird, werden die Stickstoffoxid-Emissionen aus Kraftwerken dann unter 30.000 t/a liegen.

- DLP 10/113 B

Durch die angeführten erheblichen Emissionsminderungen bei den Schadstoffen Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid von 1976 bis 1985 konnte auf dem Kraftwerkssektor ein bedeutender Beitrag zur Absenkung der Schadstofffracht in Bayern geleistet werden. Da insbesondere diese beiden Schadstoffparameter eine erhebliche Rolle in der Diskussion um das Waldsterben spielen, kommt dieser Emissionsminderung, die wesentlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, eine große Bedeutung zu. Dieser überdurchschnittliche Erfolg konnte aber nur zusammen mit dem zunehmenden Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in Bayern erreicht werden.

Frage 2: Welche Bedeutung kommt der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung bis zum Jahr 2000 unter wirtschaftlichen, energie- und umweltpolitischen Gesichtspunkten zu?

In der weltweiten Energieversorgung müssen künftig folgende Probleme gelöst werden:

- Durch die besonders in Entwicklungsländern stark zunehmende Weltbevölkerung nimmt auch der Weltenergiebedarf - trotz Maßnahmen zur Energieeinsparung - weiter erheblich zu. Dabei ist zu beachten, daß die Länder der Dritten Welt aufgrund ihres technologischen Rückstands bei der Nutzung neuer Energietechniken noch lange auf fossile Energieträger angewiesen sein werden.
- Nach der Untersuchung "Synopse und Beurteilung aktueller Energieprognosen" des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München vom Jan. 1986 reichen unter Berücksichtigung des zunehmenden

./.

Weltenergiebedarfs die sicher nachgewiesenen Energiereserven an Kohle noch 82 Jahre, an Erdöl noch 30 Jahre und an Erdgas noch 33 Jahre. Wann und in welchem Umfang darüber hinaus die wahrscheinlichen Reserven wirtschaftlich gewinnbar sein werden, ist heute noch nicht abschätzbar.

- Das aus heutiger Sicht wirtschaftlich nutzbare Potential an erneuerbaren Energiequellen kann die zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe nicht ersetzen. Dies gilt vor allem für die Deckung des Energiebedarfs der großen Industrienationen in den gemäßigten Klimazonen.
- Die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Gas sind wertvolle Rohstoffe besonders für die chemische Industrie. Durch Verbrennung zur Energieerzeugung werden sie nicht mehr rückgewinnbar vernichtet.
- Bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe müssen schwere Umweltprobleme in Kauf genommen werden. Es entstehen Schadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide, Ruß, Staub, Kohlenmonoxid und Kohlendioxid.

Vieles deutet darauf hin, daß vor allem Schwefeldioxid und Stickoxide wesentlich zu den Waldschäden beitragen. Darüber hinaus warnen Wissenschaftler seit Jahren vor einer weltweit drohenden Klimaveränderung durch einen Temperaturanstieg infolge des zunehmenden Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre.

Die Kernenergie kann wesentlich zur Lösung dieser Probleme beitragen, da sie folgende energie- und umweltpolitischen Vorteile bietet:

- Die Kernenergie ist versorgungssicher:

Mit der Kernenergienutzung können fossile Energieträger im wesentlichen durch Kapital, Know-How und Technik sowie sicher verfügbares Uran ersetzt werden. Der Energieinhalt in einer



- 12 - DLP 701-113 D

Tonne Uran 235 entspricht dem Energieinhalt von rd. 3 Mio t Steinkohle. Infolge dieser hohen Energiedichte spaltbarer Kernbrennstoffe haben Kernkraftwerke ein lange reichendes Brennstoffinventar. Sie können - im Gegensatz zu allen anderen Wärmekraftwerken - bei totalem Lieferstopp der Einsatzenergie über Jahre hinweg mit hoher Leistung weiterbetrieben werden. Zusätzliche Vorräte sind einfacher und wesentlich kostengünstiger anzulegen als bei anderen Energieträgern. Die politische Stabilität wichtiger Uranexportländer ist wesentlich größer als die vieler Ölexportländer. Rd. 90 % des wirtschaftlichen Werts des Kernstroms wird im Inland erarbeitet. Die Kernenergie ist deshalb eine quasi-heimische Energie und trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit in der Energieversorgung bei.

Die weltweite Stromerzeugung aus Kernenergie entlastet zudem wesentlich die internationalen Kohle-, Öl- und Gasmärkte und trägt damit zur Sicherheit der Versorgung auch bei diesen Energieträgern bei.

#### Die Kernenergie ist preisgünstig

Der Kostenvorsprung des Kernstroms gegenüber Strom aus deutscher Steinkohle in der Grundlaststromerzeugung beträgt derzeit 3 bis 5 DPf/kWh. Dieser Kostenvorsprung wird sich durch die Kosten für die Entschwefelung und Entstickung der Kohlekraftwerke eher noch vergrößern. Die bei der Beantwortung der Frage 1 geschilderte günstige bayerische Strompreisentwicklung der letzten Jahre ist ein Beweis für die Wirtschaftlichkeit der Kernenergienutzung. Die Stromrechnungen der Verbraucher in Bayern und in der Bundesrepublik wären 1985 insgesamt um rd. 1 1/2 Mrd. DM bzw. um rd. 6 Mrd. DM höher ausgefallen, wenn der Kernstrom mit deutscher Steinkohle hätte erzeugt werden müssen. Die Strompreise bleiben mit der Kernenergienutzung auf Dauer kalkulierbar.

./.

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik werden in den letzten rund eineinhalb Jahrzehnten dieses Jahrtausends gemeinsam vor großen Aufgaben stehen. Es gilt, beim Abbau der Arbeitslosigkeit weitere Fortschritte zu machen. Darüber hinaus müssen die sozialen Sicherungssysteme auch dann funktionsfähig erhalten werden, wenn sich vom nächsten Jahrzehnt an erschwerte demographische Bedingungen abzeichnen. In der Regionalpolitik bedarf es weiterhin enormer Anstrengungen, um gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu erreichen und sicherzustellen.

Wichtige Voraussetzung für die Bewältigung dieser und anderer Herausforderungen ist ein zufriedenstellendes Wirtschaftswachstum. Hierzu wird eine sichere und preisgünstige Energieversorgung benötigt. Sie kann in Bayern nach dem jetzigen Kenntnisstand auf absehbare Zeit nur mit Hilfe der Kernenergie gewährleistet werden.

Das weltweite Ringen um Beschäftigung und Einkommen wird in den kommenden Jahren noch härter werden. Die deutschen Unternehmen stehen nicht nur im Wettbewerb mit den "alten Industriestaaten". Sie müssen immer stärker auch mit Schwellenländern in Fernost und in Südamerika konkurrieren. Um unter diesen Bedingungen zu bestehen, können sich die Bundesrepublik und Bayern keine kostspieligen und im Weltmaßstab letztlich nicht konkurrenzfähigen, unwirtschaftlichen Energieträger leisten. Sie brauchen ausreichende Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen

- Die Kernenergie ist umweltschonend

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem Sondergutachten zu Waldschäden und Luftverunreinigungen vom März 1983 festgestellt, daß von Kernkraftwerken keine Emissionen mit einem relevanten ökologischen Gefährdungspotential ausgehen.

Im Gegensatz zu Wärmekraftwerken, die mit Kohle oder Öl befeuert werden, verbrauchen Kernkraftwerke keinen Sauerstoff und geben keine schädlichen Verbrennungsprodukte, wie Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Staub ab. Kernkraftwerke emittieren auch kein Kohlendioxid, dessen Zunahme in der Erdatmosphäre zu katastrophalen Folgen für das großräumige Klima führen kann. Kernkraftwerke geben lediglich geringe Mengen radioaktiver Stoffe in die Umgebung ab, die etwa den Radioaktivitätsabgaben aus Kohlekraftwerken infolge der natürlichen Radioaktivität der Kohle entsprechen. Wie die langjährigen Erfahrungen zeigen, beträgt im bestimmungsgemäßen Betrieb die durch Kernkraftwerke verursachte Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Umgebung weniger als 1 % der natürlichen Strahlenbelastung, der jedermann ohnehin seit jeher ständig ausgesetzt ist.

Derzeit erzeugen in Bayern folgende Kernkraftwerke Strom:

- Das Kernkraftwerk Isar 1 bei Ohu an der Isar, Landkreis Landshut, mit 907 Megawatt (MW) elektrischer Leistung,
- das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld am Main, Landkreis Schweinfurt, mit 1300 MW elektrischer Leistung,
- das Kernkraftwerk Gundremmingen a.d. Donau, Landkreis Dillingen, mit zwei mal 1310 MW elektrischer Leistung.

Die bayerische Kernkraftwerksleistung beträgt rd. 1/3 der gesamten Kraftwerksleistung in der öffentlichen Stromversorgung Bayerns. Kernkraftwerke werden rund um die Uhr als Grundlastkraftwerke eingesetzt. Deshalb liegt ihr Anteil an der öffentlichen Stromerzeugung Bayerns mit fast 2/3 deutlich über ihrem Anteil an der Kraftwerksleistung. Entsprechend hatten in der öffentlichen Stromversorgung der Bundesrepublik die Kernkraftwerke 1985 einen Anteil an der gesamten Kraftwerkskapazität

von rd. 1/5 und einen Anteil an der öffentlichen Stromerzeugung von mehr als 1/3.

Im Jahre 1985 wurden in Bayern 36,4 Mrd Kilowattstunden (kWh), in der Bundesrepublik 125,9 Mrd kWh und in Europa rd. 790 Mrd kWh Strom aus Kernenergie erzeugt. Hätte man diesen Strom aus fossilen Brennstoffen wie z.B. Kohle gewinnen müssen, wären in Bayern zusätzlich rd. 12 Mio t, in der Bundesrepublik Deutschland rd. 42 Mio t und in Europa rd. 260 Mio t Steinkohle erforderlich gewesen. Allein an diesen Zahlen und Fakten kann man ablesen, welche Bedeutung der Kernenergie für die Strom- und Energieversorgung schon heute zukommt.

Mit der 1988 vorgesehenen Inbetriebnahme des seit 1982 in Bau befindlichen Kernkraftwerks Isar 2 bei Ohu wird dem steigenden Strombedarf Rechnung getragen.

Ob und ggf. wann das Kernkraftwerk Pfaffenhofen a.d.Zusam realisiert werden muß, hängt entscheidend von der künftigen Stromverbrauchsentwicklung und letztlich davon ab, ob sich im Gegensatz zu heute künftig realistische Alternativen zur Kernenergie abzeichnen werden.

Frage 3: Mit welchen Auswirkungen auf Stromversorgung, Sicherheit der Bevölkerung und Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsplätze und private Haushalte wäre bei einem sofortigen oder mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie zu rechnen ?

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr hat zur Quantifizierung der Auswirkungen eines sofortigen oder mittelfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie ein Gutachten in Auftrag gegeben. Unabhängig davon sind auch heute schon qualitative Aussagen und Grobschätzungen der Auswirkungen möglich

Auswirkungen auf die Stromversorgung:

1. Bei einem sofortigen Ausstieg, d.h. einem Abschalten von 18.553 Megawatt (MW) Kernkraftwerksleistung in der Bundesrepublik Deutschland, könnte eine sichere Stromversorgung mit dem eigenen noch verbleibenden Kraftwerkspark nicht mehr garantiert werden. Hierbei wird unterstellt, daß alle Öl-, Gas- und die zum Teil bereits eingemotteten alten Kohlekraftwerke ohne Umweltschutzeinrichtungen mobilisiert würden. Vor allem im Versorgungsraum Bayern mit seinem überdurchschnittlich hohen Kernenergieanteil (Leistungsanteil - MW - rd. ein Drittel; Arbeitsanteil - kWh - rd. zwei Drittel) und im Norden der Bundesrepublik müßte mit erheblichen Versorgungsstörungen dort gerechnet werden, wo das Verbundnetz für einen hohen Leistungsaustausch nicht ausgelegt ist oder die geforderte Leistung auch von anderen Unternehmen nach Abschaltung der Kernkraftwerke nicht geliefert werden kann. Ein entsprechender Zubau von Kohlekraftwerken dürfte mindestens fünf Jahre, realistischerweise wesentlich länger, dauern. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft könnte so über Jahre hinaus nicht mehr die notwendige und vom Gesetz geforderte Versorgungssicherheit garantieren.

In Bayern würde bei einem sofortigen Verzicht auf eine Kernkraftwerksleistung von 4.827 MW die Höchstlast nicht mehr gedeckt werden können. Die bayerische Kernkraftwerksleistung könnte nämlich durch die vorhandene Reserveleistung nicht ersetzt werden. Ausfälle konventioneller Kraftwerke würden zu weiteren Versorgungsausfällen führen. Diese würden bei weiterem Leistungsanstieg noch zunehmen. Gegebenenfalls könnten nur durch Bewirtschaftung des Stroms in Form verteilter oder gezielter Abschaltungen gravierende volkswirtschaftliche Schäden in Grenzen gehalten werden.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß bei der Beurteilung notwendiger Kraftwerkskapazitäten häufig die in Statistiken aufgeführte Bruttoengpaßleistung mit der zum Zeitpunkt der Höchstlast vorhersehbar einsetzbaren Nettoleistung verwechselt wird. Die einsetzbare Nettoleistung ist jedoch deutlicher kleiner als die Bruttoleistung, da

- Wärmekraftwerke einen erheblichen Eigenverbrauch haben,
- zum Zeitpunkt der Höchstlast im Winter Laufwasserkraftwerke wegen der geringen Wasserführung der Flüsse einen starken Leistungsrückgang aufweisen,
- die Stromerzeugung in Heizkraftwerken mit zunehmender Wärmeauskopplung für die Fernwärmeversorgungen abnimmt und
- Pumpspeicherkraftwerke nur einen begrenzten Speicherinhalt haben.

Darüber hinaus muß aus Gründen der Versorgungssicherheit eine ausreichende Reserve für unvorhersehbare Kraftwerksausfälle vorgehalten werden.

2. Aus Kernenergie werden 1986 in der Bundesrepublik voraussichtlich rd. 135 Mrd kWh Strom gewonnen (1985: rd. 125 Mrd kWh). Dieser Strom müßte durch den Einsatz fossiler Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle) in Höhe von rd. 45 Mio Tonnen Steinkohleeinheiten (t SKE) in konventionellen Wärmekraftwerken ersatzweise erzeugt werden. Die Beschaffung solcher großer Mengen fossiler Brennstoffe wäre problematisch. Derartige Energiemengen wären - wenn überhaupt - kurzfristig nur unter Inkaufnahme drastischer Preissteigerungen zu beschaffen.

Ein Teilausgleich könnte voraussichtlich durch erhöhten Strombezug aus Frankreich - zumindest außerhalb der Wintermonate - ermöglicht werden. Insoweit würde man allerdings nur deutsche Kernstrom durch französischen Kernstrom ersetzen.

Mittelfristig dürfte das Mengenproblem durch eine entsprechende Kapazitätserweiterung der internationalen Kohle-, Öl- und Gaswirtschaft lösbar sein - allerdings nur unter Inkaufnahme einer heute nur schwer abschätzbaren Verteuerung fossiler Brennstoffe.

Die starke Inanspruchnahme zusätzlicher fossiler Importenergien würde - unabhängig von den genannten Kraftwerkskapazitätsproblemen - einen Verlust an Versorgungssicherheit für die Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem für Bayern mit seinem hohen Anteil an Ölkraftwerken bedeuten. Die Rückkehr zu fossilen Brennstoffen wäre ein Rückfall in die Risiken der Auslandsabhängigkeit und Erpreßbarkeit der deutschen Stromerzeugung und damit Energieversorgung.

Die in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb und in Bau befindlichen kerntechnischen Anlagen (Kernkraftwerke, Anlagen der Reaktorbauindustrie und des Brennstoffkreislaufs) repräsentieren einen Vermögenswert in der Größenordnung von 100 Mrd DM. Für diese Vermögenswerte müßten an die Eigentümer bei einer Stilllegung Entschädigungen gezahlt werden. Allein die Zinslast aus solchen Entschädigungssummen würde den Steuerzahler mit rd. 7 Mrd DM jährlich belasten. Hinzu käme natürlich die Tilgung des genannten Betrags von 100 Mrd DM. Ein entschädigungsloser Widerruf der Genehmigungen kommt nach Atomrecht u.a. nur dann in Frage, wenn die Sicherheit der Anlagen nicht mehr gewährleistet ist. In dem hier diskutierten Fall handelte es sich jedoch um den Widerruf aufgrund einer anderen Energiepolitik. Von mangelnder Sicherheit kann bei dem hohen Sicherheitsstandard kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik nicht die Rede sein.

4. Die Rückstellungen für die Beseitigung der stillzulegenden Kernkraftwerke müßten sofort auf die erforderlichen Beträge aufgefüllt werden. Die gesamte Elektrizitätswirtschaft würde hierdurch bei derzeit rd. 18.500 MW mit mehreren Milliarden DM belastet.
5. Zu diesen Milliardenbeträgen käme der Brennstoffmehraufwand für die Ersatzstrombeschaffung in bestehenden bzw. wieder mobilisierten Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken. Er kann mit fast 7 Mrd DM pro Jahr veranschlagt werden, wobei wegen des dann zu erwartenden Preisanstiegs für Kohle, Öl und Gas noch höhere Beträge wahrscheinlich sind.
6. Für die wieder mobilisierten Öl-, Gas- und Kohleanlagen müßten zumindest zum überwiegenden Teil Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen installiert werden. Hierfür würde ein weiterer Mehraufwand in Milliardenhöhe anfallen.
7. Zur Wiederherstellung einer angemessenen Versorgungssicherheit müßte die in Betrieb und Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität von etwa 24.000 MW möglichst rasch durch Kohlekraftwerksblöcke ersetzt werden. Der hierzu notwendige Aufwand bedarf noch eingehender Untersuchungen, da er sich zum Teil mit dem erwähnten Mehraufwand für die wieder mobilisierten Altanlagen saldiert. Er dürfte bei nahezu 50 Mrd DM liegen. Unberücksichtigt ist hierbei, daß die hierfür erforderliche Kapazität der Kraftwerksbauindustrie derzeit im Inland nicht vorhanden ist und der gleichzeitige Bau von über 30 Kohlekraftwerksblöcken in der Bundesrepublik Deutschland, auch von der Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung her, nicht durchsetzbar wäre.



- 21 - DLP 101113 D

Allein in Bayern müßten in den nächsten sechs Jahren bis zu sieben Kohlekraftwerksblöcke mit einer elektrischen Leistung von je 750 MW<sub>el</sub> zugebaut werden. Nach dem Standortsicherungsplan für Wärmekraftwerke 1985 kämen hierfür Standorte in Grafenrheinfeld, Viereth, Eggolsheim, Arzberg, Schwandorf, Frauenaaurach, Pleinting, Ismaning und Marienberg in Betracht.

3. Aus dieser groben Kostenabschätzung folgt, daß die volkswirtschaftlichen Mehrbelastungen eines Kernenergieausstiegs einem Strompreisschub in der Bundesrepublik von bis zu 30 % entsprechen würden. In den Regionen mit hohem Kernenergieanteil, wie in Bayern, würden die Auswirkungen noch stärker zu Buch schlagen.
4. Diese Mehrkosten würden sich noch erhöhen, wenn man beim Ersatz der Kernkraftwerksleistung utopische Vorstellungen verwirklichen würde, wie sie seit dem Tschernobyl-Unfall von Kernkraftgegnern wieder verstärkt propagiert werden.

Wie hoch die Mehrkosten dann sein könnten, läßt sich schon anhand einer Einzelbetrachtung, wie Ersatz eines 1.300-MW-Kernkraftwerksblocks (KKI 2) durch Solarzellen, verdeutlichen. Hierfür wären nach dem heutigen Stand der Technik rd. zehnmal so hohe Investitionskosten, nämlich rd. 48 Mrd DM gegenüber rd. 5 Mrd DM (KKI 2), erforderlich. Der erzeugte Strom wäre rd. 25 mal so teuer wie der aus Kernkraftwerken. Da dieser Solarstrom nur bei Licht zur Verfügung stünde, müßten - wollte man auf den Zubau zusätzlicher konventioneller Ersatzkraftwerke verzichten - zusätzlich entsprechend dimensionierte Energiespeicher hinzugebaut und die Solarzellen überdimensioniert werden. Die genannten Investitions- und Stromgestehungskosten würden sich dann in etwa verdoppeln.

./.

### Auswirkungen auf die Wirtschaft, Arbeitsplätze und private Haushalte

Die genannten Kosten eines Kernenergieausstiegs würden insgesamt einen mehrstelligen Milliardenbetrag erreichen, der unabhängig von der Art seiner Finanzierung letztlich von Wirtschaft und Bürgern aufgebracht werden müßte. Im einzelnen wären folgende Auswirkungen zu befürchten:

#### 1. Auswirkungen auf die Unternehmen

Drastische Strompreiserhöhungen würden die Produktionskosten der Unternehmen erhöhen. Vor allem stromintensive Produktionen z.B. im Bereich der chemischen Industrie wären hiervon betroffen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit würde sich wesentlich verschlechtern mit der Folge von Produktionskürzungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland bis hin zu Betriebsstillegungen und dem Abbau von Arbeitsplätzen.

Übernahme der Staat auf der Grundlage des Gemeinlastprinzips teilweise oder vollständig die Ausstiegskosten, so wären Steuererhöhungen und/oder eine Anhebung der öffentlichen Neuverschuldung nicht zu vermeiden. Die Belastungen müßten dann zwar von der Wirtschaft nicht alleine getragen werden. Sie würden aber dennoch zu einer starken Beeinträchtigung ihrer Wettbewerbsfähigkeit führen. Dies umso mehr, als die kumulierte Unternehmenssteuerbelastung mit 70 % bereits jetzt über dem internationalen Durchschnitt liegt.

. Auswirkungen auf die privaten Haushalte

Auch für die privaten Haushalte müßte ein beträchtlicher Verlust an Realeinkommen und Wohlstand als Folge von höheren Strom- und Energiepreisen und hierdurch bedingte Preissteigerungen bei einer ganzen Reihe von Gütern und Dienstleistungen befürchtet werden. Eine Anhebung der öffentlichen Neuverschuldung müßte letztlich über höhere Steuern oder Abgaben finanziert werden. Auch dadurch würde der Ausgaben-spielraum der privaten Haushalte merklich verringert. Die Belastungen für die Haushalte würde noch wesentlich höher ausfallen, wollte man primär ihnen allein die Kosten eines Kernenergieausstiegs aufbürden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten.

Naturgemäß müßten die zu erwartenden starken Strompreiserhöhungen besonders zu Lasten sozial schwacher Bevölkerungsschichten gehen. Soziale Spannungen und Konflikte könnten nicht ausgeschlossen werden. Wie wenig in der Bevölkerung Einkommensschmälerungen wirklich akzeptiert werden, haben die massiven Widerstände gezeigt, von denen die Haushaltskonsolidierungsbemühungen seit 1981 begleitet waren.

. Auswirkungen auf die Volkswirtschaft insgesamt

Bei einem drastischen Anstieg der Energiepreise, der Steuern und/oder der öffentlichen Neuverschuldung würden das Investitionsklima sowie die Investitionsfähigkeit der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland erneut massiv belastet. Wie schon zu Beginn der 80er Jahre würden wichtige Zukunftsinvestitionen unterbleiben - mit negativen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung.

Problematisch wäre insbesondere auch die Verschlechterung des "Investitionsstandortes Bundesrepublik Deutschland". Während andere Länder - wie etwa die USA - massive Steuerentlastungen für die Wirtschaft in Angriff nehmen, würde bei uns genau das Gegenteil geschehen. Dadurch würde nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt in Mitleidenschaft gezogen, sondern zugleich die Durchführung in- und ausländischer Investitionen bis hin zur Neuansiedlung von Unternehmen erheblich erschwert.

Darüber hinaus wäre der Ausstieg aus der Kernenergie ein Ausstieg aus der Kerntechnik und somit ein Signal für das Ausland, daß wir unseren eigenen technologischen Leistungen nicht vertrauen. Auch dies würde sich negativ auf unsere Exportfähigkeit auswirken. Da der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik bei fast 30 % liegt, wäre ein Vielzahl von Arbeitsplätzen gefährdet.

Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde den Verlust von mehreren hunderttausend primär und sekundär von der Kernenergienutzung abhängigen Arbeitsplätzen bedeuten. Die international hoch angesehene deutsche kerntechnische Industrie wäre am Ende.

Dem stünden zwar durch den Rückgriff auf fossile Energieträger - z.B. auf die einheimische Kohle - neue, aber weniger rentable Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüber. Neue Beschäftigungschancen entstünden sicherlich auch im Bereich der "alternativen" Energien und rationelleren Energieverwendung. Verglichen mit den Beschäftigungsverlusten, hervorgerufen durch den Ausstieg aus der Kernenergie, werden sie aber geringer eingeschätzt. Dies vor allem auch deshalb, weil die Umstellung auf andere Energieträger mit erheblichen arbeitsmarktpolitischen Reibungsverlusten verbunden wäre.

Die Beschäftigten werden sich nur schwer von einem Bereich zum anderen umsetzen lassen. Dies müßte zu einer Verstärkung der strukturellen Arbeitslosigkeit führen.

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß der Übergang auf eine im Vergleich zur Kernenergie weniger wirtschaftliche Energietechnologie eine Fehlallokation von volkswirtschaftlichen Ressourcen darstellt. Weniger wirtschaftliche Arbeitsplätze können auf Dauer nur durch Subventionen erhalten werden. Ein Beweis dafür sind die Arbeitsplätze im deutschen Steinkohlebergbau. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil des durch den Ausfall der Kernenergie entstehenden Energiebedarfs durch Importe gedeckt werden müßte. Es käme zu erheblichen Kaufkraftabflüssen ins Ausland mit multiplikativen Negativeffekten für Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand.

1. Auswirkungen insbesondere auf die bayerische Wirtschaft:

Bayern ist als rohstoffarmes, revier- und küstenfernes Land besonders auf die Nutzung der Kernenergie angewiesen. Ein Ausstieg aus der Kernenergie wäre für Bayern besonders folgenscher:

- Die Strompreisverteuerung würde in Bayern wegen des inzwischen erreichten Kernenergieanteils stärker ausfallen als in anderen Bundesländern. Bayerische Strompreise würden wieder deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen.
- Der Rückgriff auf fossile Energieträger wäre für das revier- und küstenferne Bayern besonders teuer.
- Überdurchschnittlich viele kerntechnische Arbeitsplätze müßten in Bayern aufgegeben werden.
- Bayern bietet heute ansiedlungswilligen Unternehmen infolge der günstigen Strompreise einen beachtlichen Standortvorteil. Dieser Vorteil würde sich infolge steigender Strompreise wieder in einen Standortnachteil verkehren.

Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung und Umwelt

Ein sofortiger oder mittelfristiger Ausstieg aus der Kernenergie würde die Sicherheit der Bevölkerung auf dem Gebiet des Strahlenschutzes im Bereich des auch vom Bundesverfassungsgericht akzeptierten äußerst geringen Restrisikos der deutschen Kernkraftwerke nur marginal verbessern, ohne das alles bestimmende, international bedingte Restrisiko zu mindern. Gleichzeitig würde die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt durch die Schadstoffemissionen der als Substitut eingesetzten fossilen Energieträger erheblich beeinträchtigt.

1. Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung

Nach einhelliger Fachmeinung gehören die deutschen Kernkraftwerke zu den sichersten der Welt (siehe auch Antwort zu Frage 8). Behauptungen von Herrn Professor Jungk, bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) habe der Sicherheitsstandard in der Bundesrepublik Deutschland noch nie als vorbildlich gegolten, sondern bestenfalls als mittelmäßig, lange sogar als unterdurchschnittlich, sind falsch. In einer Stellungnahme des Generaldirektors der IAEA zu den Behauptungen von Herrn Professor Jungk wird festgestellt, daß

- die IAEA den nuklearen Sicherheitsstandard in den Mitgliedsstaaten nie verglichen hat,
- Herr Professor Jungk an der Entwicklung nuklearer Sicherheitsstandards nicht beteiligt war,
- die Sicherheitsstandards der Bundesrepublik Deutschland mit als Grundlage dienten für die Entwicklung von IAEA-Standards für die Sicherheit von Kernkraftwerken, weil sie umfassende Anforderungen enthalten, die einen sehr hohen Sicherheitsstand gewährleisten.

Wie aus der Antwort zu Frage 4 zu ersehen ist, sind derzeit in Europa außerhalb der Bundesrepublik Deutschland 191 Kernkraftwerksblöcke in Betrieb und 87 Kernkraftwerksblöcke in Bau. Es wäre geradezu absurd, wenn die zu den sichersten der Welt gehörenden deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet werden würden, ohne daß damit gleichzeitig eine Abschaltung oder zumindest Nachrüstung der weniger sicheren Kernkraftwerke in den Nachbarstaaten vor allem im Osten erreicht werden würde.

Ein Ausstieg der Bundesrepublik aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie hätte zur Folge, daß Deutschland in den einschlägigen internationalen Gremien nicht mehr vertreten wäre, zumindest kein Mitspracherecht mehr hätte. Die hohe deutsche Sicherheitstechnik würde nicht mehr fortentwickelt werden und könnte auch nicht mehr ins Ausland transferiert werden.

Der einzig auch bisher vernünftige und gangbare Weg ist, durch hohe Qualitätsanforderungen, laufende Überwachung und Umsetzung von Betriebserfahrungen und Erkenntnissen aus Störfällen den Sicherheitsstand ggf. auch durch Nachrüstung ständig fortzuentwickeln und damit das jetzt schon sehr geringe Restrisiko bei deutschen Anlagen weiter zu verringern.

Im internationalen Bereich werden die Bundesregierung und auch Bayern darauf drängen, daß eine Harmonisierung der Sicherheitsanforderungen auf möglichst hohem Niveau erreicht wird.

./.

## 2. Auswirkungen auf die Umwelt

- 2.1 Bei einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie müßten in Bayern die braunkohle-, steinkohle-, öl- und erdgasbefeuer-ten Kraftwerke in der Grundlast eingesetzt werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß bei einem sofortigen Ausstieg die Höchstlast im Winter nicht mehr gedeckt werden könnte und keine Reserve beim Ausfall von Kraftwerken mehr vorhanden wäre. Betrachtet man unabhängig davon nur die elektrische Jahresarbeit, könnten die fossil befeuerten bayerischen Kraftwerke im Grundlastbetrieb die rd. 30 Mrd kWh Kernstrom rein rechnerisch ersetzen, die in bayerischen Kernkraftwerken für den bayerischen Verbrauch im Jahre 1985 erzeugt worden sind (rd. 6 Mrd. kWh der gesamten bayerischen Kernstromerzeugung in Höhe von 36 Mrd. kWh werden derzeit im wesentlichen aus Gündremmingen vom RWE zur Versorgung außerbayerischer Gebiete eingesetzt). Dabei müßte die erforderliche Ersatzstromerzeugung wie folgt auf die fossil befeuerten bayerischen Kraftwerke aufgeteilt werden:

Braunkohlekraftwerke	1	Mrd kWh
Steinkohlekraftwerke	3,5	Mrd kWh
Ölkraftwerke	19	Mrd kWh
Gaskraftwerke	6,5	Mrd kWh.

Hierbei wird davon ausgegangen, daß die Kohlekraftwerke mit Rauchgasreinigungseinrichtungen sowohl aus umweltschutz- als auch aus energiepolitischen Erwägungen heraus weitestmöglich ausgelastet werden und die Ölkraftwerke, die derzeit lediglich Reservefunktion haben und für die noch keine weitergehenden emissionsmindernden Maßnahmen eingeleitet worden sind ohne Rücksicht auf die nach der Verordnung über Großfeuerungsanlagen zulässige Restnutzungsdauer in der Grundlast betrieben werden.

./.



Auf der Basis der vorgenannten Umstrukturierung der Strombedarfsdeckung würden sich im Jahr 1987 folgende zusätzliche Schadstoffemissionen ergeben:

Schwefeldioxid	184.000	t
Stickstoffoxide	63.700	t
Staub	3.000	t.

Bei der Berechnung dieser Emissionen wurde bereits berücksichtigt, daß im Jahr 1987 weitere Entschwefelungsanlagen in bayerischen Kraftwerken in Betrieb sein bzw. im Laufe des Jahres in Betrieb gehen werden.

Selbst unter der wenig realistischen Annahme, daß es gelänge, im erforderlichen Umfang schwefelarmes schweres Heizöl zu beschaffen, würde die zusätzliche Schwefeldioxid-Emission immerhin noch 99.000 t betragen. Da schwefelarmes schweres Heizöl auf dem Energiemarkt nur beschränkt verfügbar ist, wäre allerdings zu befürchten, daß ein verstärkter Einsatz im Kraftwerksbereich nicht eine Reduzierung, sondern lediglich eine Verschiebung der Schwefeldioxid-Emissionen vom Sektor Kraftwerke auf den Sektor Industrie mit sich bringen würde.

Somit ist festzustellen, daß die Bemühungen Bayerns zur Eindämmung von Luftschadstoffen durch einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie nachhaltig beeinträchtigt würden. Die Schwefeldioxidemissionen aus bayerischen Kraftwerken würden sich gegenüber den Werten von 1985 verdreifachen und die Stickstoffoxidemissionen verdoppeln. Werden dagegen die Kernkraftwerke planmäßig weiterbetrieben, läßt sich bis 1987 unter Berücksichtigung der emissionsmindernden Maßnahmen bei den Kohlekraftwerken eine weitere deutliche Verringerung dieser Schadstoffemissionen erreichen.

./.

Darüber hinaus könnten bei einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie die gesetzlichen Vorschriften der Großfeuerungsanlagenverordnung nicht mehr eingehalten werden, da Anlagen über die zulässige Restnutzungsdauer hinaus weiter betrieben werden müßten.

- 2.2 Bei einem mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie Anfang bis Mitte der 90er Jahre müßten die Kernkraftwerke im wesentlichen durch neu zu errichtende Kohlekraftwerke ersetzt werden, die dann entsprechend der Verordnung über Großfeuerungsanlagen mit Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen ausgerüstet wären. Hierfür müßten die erforderlichen Genehmigungsverfahren sofort eingeleitet und reibungslos abgewickelt werden können, was unter Berücksichtigung des Widerstands gegen solche Anlagen unrealistisch erscheint.

Diese neuen Kohlekraftwerke würden folgende zusätzlichen Emissionen abgeben:

Schwefeldioxid	36.000 t/a
Stickstoffoxide	24.000 t/a
Staub	6.000 t/a.

Dies würde gegenüber den bei Einsatz der Kernenergie aus dem Sektor Kraftwerke zu erwartenden Schadstoffemissionen mindestens eine Verdoppelung der Schwefeldioxid- und auch Stickstoffoxid-Emissionen bedeuten.

- 2.3 Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie würde demnach zu sehr starken Erhöhungen der Schwefeldioxid-, Stickstoffoxid- und Staubemissionen führen. Die bisher erreichten Erfolge der Bayerischen Staatsregierung bei der Minderung der Schadstoffbelastung würden weitgehend zunichte gemacht. Ei

mittelfristiger Ausstieg aus der Kernenergie würde mindestens zu einer Verdoppelung der Emissionen führen, wozu noch Umweltprobleme beim Transport und Umschlag der Kohle sowie der Entsorgung von Asche und Entschwefelungsprodukten kommen würden. Ganz abgesehen davon würde der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre mit der Gefahr von Klimaveränderungen noch schneller zunehmen. Allein in Bayern würden rd. 40 Mio t Kohlendioxid pro Jahr durch die zusätzliche Kohleverbrennung entstehen.

Frage 4: In welchen anderen Ländern Europas sind Kernkraftwerke in Betrieb oder in Bau und in welchem Umfang trägt die Nutzung der Kernenergie dort zur Stromerzeugung bei? Streben diese Länder einen Ausstieg aus der Kernenergie an?

Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit in Europa in 18 Ländern Kernkraftwerke in Betrieb bzw. in Bau. Im einzelnen handelt es sich um die Länder Belgien, Bulgarien, DDR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Österreich <sup>\*)</sup>, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Sowjetunion, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn. In diesen Ländern sind 191 Kernkraftwerksblöcke mit einer elektrischen Bruttoleistung von 119 693 MW in Betrieb und 87 Kernkraftwerksblöcke mit einer elektrischen Leistung von 60 889 MW in Bau. Die größte in Betrieb befindliche Kernkraftwerkskapazität hat Frankreich mit 41 661 MW, aufgeteilt auf 46 Blöcke (Bundesrepublik Deutschland: 18 553 MW, 20 Blöcke). Die größte in Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität hat die Sowjetunion mit 33 280 MW, aufgeteilt auf 32 Blöcke (Bundesrepublik Deutschland: 5 672 MW, 5 Blöcke). In Tabelle 6 sind die Anzahl der Blöcke und die elektrische Leistung der Kernkraftwerke in den einzelnen Ländern Europas aufgelistet.

Die Kernenergie trägt in den genannten Ländern sehr unterschiedlich zur Stromerzeugung bei. Die Anteile der Kernenergie an der Gesamtstromerzeugung betrugen im Jahr 1985 beispielsweise in Frankreich mit fast 225 Milliarden Kilowattstunden erzeugtem Kernstrom 65 % und in Italien mit rd. 7 Milliarden Kilowattstunden Kernstrom nur 4 % (Bundesrepublik Deutschland: 31,5 %). Die geringste Menge Kernstrom von rd. 4 Milliarden

---

<sup>\*)</sup> Kernkraftwerk fertiggestellt, aber nicht in Betrieb genommen.

Kilowattstunden wurde in den Niederlanden erzeugt; der Anteil liegt dort bei gut 6 %. Aus Tabelle 7 sind die absoluten Zahlenwerte der Kernstromerzeugung und die Anteile an der Gesamtstromerzeugung der einzelnen Länder ersichtlich.

Von den kernenergienutzenden Ländern Europas strebt die weit überwiegende Mehrheit den weiteren Ausbau der Kernkraftkapazitäten an. Unter den Staaten Westeuropas sind hier neben Frankreich vor allem Großbritannien, Spanien und die Schweiz zu nennen. Dort sind neben den in Tabelle 6 aufgeführten in Betrieb und im Bau befindlichen Anlagen weitere 15 Anlagen mit 18 299 MW projektiert oder geplant. In den osteuropäischen Staatshandelsländern, deren Kernenergieanteil an der Stromerzeugung mit 66 in Betrieb befindlichen Anlagen (38 869 MW) heute 11 % beträgt, sind insgesamt 53 Anlagen mit 46 030 MW in Bau und weitere 56 Anlagen mit 53 430 MW projektiert oder geplant. Derzeit gibt es lediglich in Schweden konkrete, auch in zeitlicher Hinsicht fixierte Pläne für einen Ausstieg aus der Kernenergie. Im Anschluß an eine Volksabstimmung hat der schwedische Reichstag am 23.3.1980 beschlossen, über die bereits in Betrieb und in Bau befindlichen sowie die konkret projektierten Kernkraftwerke hinaus keine weiteren Kernkraftwerke zu bauen. Keines der schwedischen Kernkraftwerke soll länger als 25 Jahre betrieben werden. 1985 ist der letzte der 12 von der Volksabstimmung mit erfaßten Kernkraftwerksblöcke in Betrieb genommen worden. Nach Ablauf einer 25jährigen Betriebszeit soll dieser Block als letzter im Jahr 2010 stillgelegt werden. Nach einem Bericht einer von der schwedischen Regierung eingesetzten Kommission zur Überprüfung der Realisierbarkeit des genannten Reichstagsbeschlusses besteht allerdings Zweifel,

ob im Hinblick auf die Sicherung der Elektrizitätsversorgung die vorgesehenen Zeitpläne einhaltbar sind. Eine Gesamtbetrachtung der schwedischen Kernenergiepolitik unter Einbeziehung des derzeitigen Entsorgungskonzepts legt den Schluß nahe, daß Schweden sich trotz des genannten Reichstagsbeschlusses die Option für eine zukünftige Kernenergienutzung offen halten will.

1985 hat Schweden ein zentrales unterirdisches Zwischenlager in Betrieb genommen. Dort sollen die aus schwedischen Kernkraftwerken kommenden ausgedienten Brennelemente bis zu 40 Jahre zwischengelagert werden. Nach den derzeitigen Planungen soll spätestens bis zum Jahr 2020 ein Endlager zur Verfügung stehen. Dieses Endlager soll sowohl für ausgediente Brennelemente als auch für hochradioaktive verglaste Abfälle aus der Wiederaufarbeitung geeignet sein. Schweden könnte bei Bedarf auf die ausgedienten Brennelemente im Zwischenlager zurückgreifen. Die Eignung des Endlagers auch für hochradioaktive verglaste Abfälle kann als Indiz dafür gewertet werden, daß Schweden auch die Wiederaufarbeitung der ausgedienten Brennelemente nicht grundsätzlich ausschließt.

Die Republik Österreich hat bis heute das fertiggestellte Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld nicht in Betrieb genommen. Aufgrund des Ergebnisses einer Volksbefragung über die Inbetriebnahme dieses ersten österreichischen Kernkraftwerks am 5.11.1978 (50,47 % Nein-Stimmen bei 64,1 % Stimmbeteiligung) wurde am 15.12.1978 vom österreichischen Nationalrat ein "Atomverbotsgesetz" verabschiedet. Dieses Gesetz verbietet die Erteilung der Betriebsgenehmigung und untersagt weitere Kernkraftwerksprojekte. Bei der Beurteilung dieser Entscheidung ist jedoch zu berücksichtigen, daß zum Zeitpunkt der Volksabstimmung die Kernenergie-

gegner in der öffentlichen Diskussion davon ausgegangen waren, daß Sonnen- und Windenergie sowie Erdwärme als Alternativen zur Kernenergie einsetzbar sein werden. Der Beitrag dieser Energien ist jedoch bis zum heutigen Tag in Österreich ohne Bedeutung. Der weitere Ausbau der Wasserkraft in Österreich bringt heute in den Alpen erhebliche ökologische Probleme mit sich. Zudem wurden in Österreich ebenfalls aus ökologischen Gründen Wasserkraftwerke an der Donau nicht realisiert. Deshalb hat Österreich Verträge mit Ungarn über die Finanzierung einer Donaustaufstufe in Ungarn und einen entsprechenden Strombezug von dort abgeschlossen.

./.

Frage 5: Welche technisch-wirtschaftlich nutzbaren Potentiale zur Einsparung und zur rationelleren Verwendung insbesondere der elektrischen Energie bestehen und wie können die entsprechenden bisherigen Anstrengungen in Bayern künftig noch verstärkt werden?

Möglichkeiten zur Einsparung und rationellen Verwendung von Energie sind im Zusammenhang mit der Erstellung von Energiebedarfsprognosen analysiert worden. Eine verallgemeinernde Quantifizierung der Einspareffekte ist aber trotz Anwendung aufwendiger mathematischer Methoden in Verbindung mit einem erheblichen rechentechnischen Aufwand außerordentlich schwierig. Probleme bereitet bereits die Analyse des statistischen Datenmaterials bzw. der vorhandenen Verbrauchsstrukturen. Nur Abschätzungen können beispielsweise über gesamtwirtschaftliche Veränderungen, Entwicklungen der Energiepreise, der Kapitalmarktzinsen sowie des technischen Fortschritts und nicht zuletzt auch der energie- und umweltpolitischen Maßnahmen des Staates vorgenommen werden. Angaben über Energiesparpotentiale sind deshalb mit großen Unsicherheiten behaftet und können lediglich orientierende Hinweise geben.

In Bayern wird nahezu die Hälfte der gesamten Endenergie im Sektor Haushalte und sonstige Kleinverbraucher verbraucht. Etwa 1/4 entfällt jeweils auf die Sektoren Industrie und Verkehr. Zweck bzw. Art und Weise des Energieverbrauchs und damit auch der Einsparmöglichkeiten sind in den drei Verbrauchssektoren sehr unterschiedlich. Es ist deshalb zweckmäßig, die einzelnen Sektoren getrennt zu betrachten.

#### Haushalte und sonstige Kleinverbraucher

Der Energieverbrauch dieses Sektors wird überwiegend zur Raumheizung und Warmwasserbereitung benötigt, wie die folgende Aufstellung zeigt:

./.



Raumheizung	(ca. 82 %)
Warmwasser	(ca. 10 %)
Haushaltsgeräte	(ca. 7 %)
Licht	(ca. 1 %).

hauptansatzpunkt für Einsparmöglichkeiten bietet dabei der dominierende Bereich der Raumheizung. Einsparungen sind hierbei möglich durch

- energiebewußtes Verbraucherverhalten  
(z.B. Absenken der Raumtemperaturen, gezieltes Lüften, Reduzierung des Warmwasserverbrauchs),
- Reduzierung des Nutzwärmebedarfs  
(z.B. verbesserte Wärmedämmung von Gebäuden),
- Verbesserung des Nutzungsgrades bei Wärmeerzeugungsanlagen  
(z.B. Einsatz neuer energiesparender Heizungsanlagen und moderner Regelungseinrichtungen),
- Nutzung regenerativer Energiequellen und Wärmerückgewinnung  
(z.B. Einsatz von Solar- oder Wärmepumpenanlagen).

Das Verbraucherverhalten hängt von zahlreichen, kaum bewertbaren und abgrenzbaren Einflußfaktoren ab. Die wesentlichste Wirkung dürfte, wie die Erfahrung zeigt, vom Energiepreisniveau ausgehen. Von Bedeutung sind darüber hinaus gezielte energiepolitische Maßnahmen des Staates sowie der Wissensstand der Verbraucher.

Die Staatsregierung ist dabei der Auffassung, daß das Ziel sparsamer und rationellerer Energieverwendung entsprechend unserem Wirtschaftssystem grundsätzlich über den Markt erreicht werden soll. Einschlägige Maßnahmen sollen deshalb primär darauf gerichtet sein, die Steuerung durch den Markt mit möglichst markt-

konformen Mitteln zu unterstützen. Die Staatsregierung räumt deshalb der Information und Aufklärung des Energieverbrauchers über Notwendigkeit und Möglichkeiten der Energieeinsparung einen hohen Stellenwert ein. Beispielhaft sei auf die zahlreichen von der Staatsregierung herausgegebenen Broschüren hingewiesen, wie z.B.: Energie-Spartips, Energiemarkt in Bayern, Verbraucher-Tips, Energie von der Sonne, Heizungen im Vergleich beim Neubau, Alte Heizung - was tun?, Energiesparen in der gewerblichen Wirtschaft und vieles mehr. Derzeit ist eine Merkblattsammlung zu praktisch allen wichtigen Möglichkeiten der sparsamen und rationellen Energieverwendung in Arbeit. Ferner wurde von der Staatsregierung das Projekt "Energiesparberatung Bayern" beim Bauzentrum München mit einer ständigen Ausstellung und kostenlosen Energieberatung finanziell unterstützt. Es ist beabsichtigt, eine ähnliche Einrichtung im Nürnberger Raum zu schaffen.

Einen weiteren Weg zur sparsamen und rationelleren Energieverwendung bieten finanzielle Hilfen für investive Maßnahmen. Zweck solcher Hilfen sollte grundsätzlich sein, den Einsatz von Techniken, deren Wirtschaftlichkeit ohne Förderung z.B. erst bei höherem Energiepreisniveau gegeben wäre, frühzeitig zu ermöglichen. Hierfür bestehen verschiedene finanzielle Hilfen. So können die Optimierung und Modernisierung von Heizungsanlagen bzw. die Verbesserung der Wärmedämmung bei vermieteten Objekten in der Regel als Erhaltungsaufwand steuerlich abgesetzt werden. Darüber hinaus wurde § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, der breitenwirksame Förderungsmöglichkeiten zur Energieeinsparung bietet, auf Initiative Bayerns auf die Begünstigung von Aufwendungen zur Modernisierung von Heizungs- und Warmwasseranlagen in selbstgenutzten Gebäuden/Wohnungen ausgedehnt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß auch Solaranlagen, Wärmepumpen und Wärmerückgewinnungsanlagen nach § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung gefördert werden. Die begünstigten Maßnahmen müssen vor dem 1.1.1992 abgeschlossen sein. Für eine Fortführung und Verbesserung dieser

- 30 DEP 10117 B

Förderung spricht, daß Anlagen und Einrichtungen zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie zur Wärmerückgewinnung gegenüber konventionellen Energietechniken in der Regel ohne entsprechende Finanzierungshilfen nicht konkurrenzfähig sind. Ausschlaggebend hierfür sind ihre vergleichsweise hohen Anschaffungskosten und die heutige entspannte Situation auf den Energie- und insbesondere Ölmärkten. Ein Aussetzen der Förderung dieser Technologien würde die in Gang gekommenen Einspar- und Umstrukturierungsprozesse gefährden.

Im übrigen wird auch im Bayerischen Modernisierungsprogramm (BayModR) die Verbesserung der Energieversorgung sowie der Wärme- und Warmwasserversorgung gefördert, falls diese Maßnahmen im Zusammenhang mit anderen Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Es wird geprüft, das Bayerische Modernisierungsprogramm dahingehend zu ändern, daß Heizungsmodernisierungen auch ohne anderweitige Modernisierungsmaßnahmen gefördert werden können. Dadurch könnte insbesondere dem Personenkreis, für den aus Einkommensgründen eine steuerliche Förderung weniger hilfreich ist, ein Anreiz zur Heizungsmodernisierung geboten werden.

Energieeinsparung und rationellere Energieverwendung können ferner über Gesetze und Verordnungen erzwungen werden. Derartige Eingriffe sollten jedoch auf das erforderliche Mindestmaß begrenzt werden. Sie sind grundsätzlich nur dann vertretbar, wenn die Realisierung volkswirtschaftlich sinnvoller und notwendiger Maßnahmen ohne ihre Hilfe nicht oder nur unvertretbar verzögert erwartet werden kann. Als wohl wichtigste Maßnahme aus diesem Bereich ist das von der Bundesregierung 1976 erlassene und 1980 geänderte "Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden" (Energieeinsparungsgesetz) zu nennen. Auf der Grundlage dieses Gesetzes hat die Bundesregierung folgende Verordnungen erlassen:

./.

- "Verordnung über einen energiesparenden Wärmeschutz bei Gebäuden" (Wärmeschutz-Verordnung)

Die Wärmeschutzverordnung stellt auf Energieeinsparung gerichtete Anforderungen an den Wärmeschutz bei Neubauten und, sofern bestimmte bauliche Änderungen vorgenommen werden, auch bei bestehenden Gebäuden. Mit der zum 1.1.1984 in Kraft getretenen Novelle der Wärmeschutzverordnung werden in Wohngebäuden Wärmeverluste im Vergleich zur Situation vor Erlass der Wärmeschutzverordnung im Jahre 1977 um ca. 50 % reduziert.

- "Verordnung über energiesparende Anforderungen an heizungstechnischen Anlagen mit Brauchwasseranlagen" (Heizungsanlagen-Verordnung)

Die novellierte Heizungsanlagen-Verordnung enthält u.a. folgende Regelungstatbestände: Anpassung der Heizkesselleistung an den tatsächlichen Wärmebedarf, Begrenzung der Abgasverluste, Wärmedämmung von Heizungs- und Warmwasserleitungen, Installation von automatisch wirkenden Regelungs- und Steuereinrichtungen, Begrenzung der Warmwassertemperatur auf 60° C. Die Anforderungen gelten für neue Anlagen sowie für bestehende, die wesentlich erweitert oder umgerüstet werden. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, bestehende Heizungsanlagen in Gebäuden mit mehr als 2 Wohnungen mit regelungstechnischen Einrichtungen bis 30.9.1987 nachzurüsten.

- "Verordnung über energiesparende Anforderungen an den Betrieb von heizungstechnischen Anlagen und Brauchwasseranlagen" (Heizungsbetriebs-Verordnung)

Nach der Heizungsbetriebs-Verordnung müssen Heizungsanlagen regelmäßig geprüft werden. Diese Verordnung enthält Anforderungen insbesondere an die Wartung, Bedienung und Instandhaltung von Heizungsanlagen sowie die Überwachung der Abgasverluste von Wärmeerzeugern.

- "Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten" (Verordnung über Heizkostenabrechnung)

Die Verordnung regelt die Verteilung der Betriebskosten zentraler Heizungs- und Brauchwasserversorgungsanlagen sowie der Lieferung von Fernwärme durch den Gebäudeeigentümer. Der Gebäudeeigentümer ist grundsätzlich verpflichtet, 50 - 70 % der Kosten nach dem individuellen Verbrauch jedes einzelnen Nutzers zu verteilen. Untersuchungen haben ergeben, daß durch die verbrauchsabhängige Abrechnung Energieeinsparungen von ca. 15 % erreicht werden können.

Was den Stromverbrauch der Haushalte betrifft, so ist er gegenüber dem Wärmeverbrauch mengenmäßig von nachrangiger Bedeutung. Hinzu kommt, daß im Bereich der Elektrohaushaltsgeräte der Markt ein wirkungsvoller Motor für energetisch günstige gerätetechnische Entwicklungen ist. So wurden von der deutschen Elektroindustrie angekündigte Senkungen der Verbrauchswerte von Haushaltsgeräten vorzeitig erreicht bzw. übertroffen. Insbesondere konnten bei verbrauchsintensiven Elektrogeräten wie Kühlschränken, Gefriergeräten, Wasch- und Spülmaschinen gegenüber dem Jahr 1978 Verbesserungen beim Energieverbrauch bis zu ca. 25 % erzielt werden. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft weiter fortsetzen.

Insgesamt bietet der Sektor Haushalte und sonstige Kleinverbraucher noch ein größeres Einsparpotential, das besonders im Bereich der Wärmenachfrage liegt. Wie groß es letztlich ist, wird entscheidend davon beeinflußt, welche Maßnahmen zur Energieeinsparung zu für den Verbraucher wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen möglich sind und inwieweit der Verbraucher bereit ist, energiesparende Verhaltensweisen - ggf. auch unter Inkaufnahme eines Komfortverzichts - zu akzeptieren.

./.

Industrie

Dominierend ist bei der von der Industrie benötigten Energie der Bedarf an Prozeßwärme auf höherem Temperaturniveau. Nach Schätzungen entfallen vom Gesamtenergieverbrauch der Industrie ca. 75 % auf Prozeßwärme, ca. 13 % auf Raumheizung und ca. 12 % auf Licht und Kraft.

In den letzten Jahren ist im industriellen Bereich der Prozeßwärmebedarf zurückgegangen. Das ist besonders auf Umstrukturierungen der industriellen Produktion zurückzuführen, die vor allem zu Lasten der energieintensiven Grundstoffindustrie erfolgten.

Aber auch verbesserte Anlagentechniken und größere Einheitsleistungen der wärmetechnischen Anlagen, was bei guter Auslastung zu geringerem spezifischem Verbrauch gegenüber kleineren Einheitsleistungen führt, haben einen beachtlichen Beitrag geleistet. Auch der Übergang zu anderen Fertigungstechniken fand hier seinen Niederschlag. Schließlich wirkten sich auch noch der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Wärmerückgewinnung und die Rückführung von Abfällen und Altmaterial energieverbrauchsmindernd aus. Der Stromverbrauch hat hingegen zugenommen. Diese Zunahme ist besonders auf steigende Mechanisierung und Automatisierung und den höheren Hilfsenergiebedarf, den moderne Anlagen aufweisen, zurückzuführen. Auch Verbesserungen der Arbeitsplatzbedingungen, wie z.B. Reduzierung der Staubbelastung durch Elektrowärmeverfahren, haben eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Darüber hinaus lassen sich bei einer Vielzahl industrieller Verfahren gerade durch verstärkten Einsatz von Strom Energie und Rohstoffe einsparen. Dies gilt besonders für die Elektrothermie wie Induktions-, Widerstands-, Lichtbogen-, Infrarot- oder Mikrowellenheizung. Aber auch Oberflächenbehandlungen mit Elektronenstrahlen oder Lasern, Konzentrationserhö-

nungen durch umgekehrte Osmose, Anwendung von Wärmepumpen, Wärmerückgewinnungsanlagen oder Recycling-Verfahren verlangen erhöhten Stromeinsatz.

Weitere Reduzierungen des Prozeßwärmebedarfs sind bei den verschiedenen Prozeßführungen durchaus noch möglich. Besonders ist dies im Rahmen der Erneuerung des Produktionsapparates und der weiteren Marktdurchdringung mikroelektronischer Steuerungssysteme zu erwarten. Größere Möglichkeiten zur Einsparung werden vornehmlich in einer weiteren Veränderung der Produktpalette gesehen. Hierbei geht es darum, die Menge energieintensiver, oft einfach zu erstellender Güter, zugunsten solcher Güter zu reduzieren, die, gemessen am Endwert, einen geringeren Energieeinsatz verlangen und deren Wert durch einen hohen technologischen Stand gekennzeichnet ist. Auch bei diesen Strukturveränderungen kann davon ausgegangen werden, daß sich der bisherige Trend der Abnahme des Prozeßwärmebedarfs und der Zunahme des Strombedarfs fortsetzen wird. Eine Quantifizierung der Einsparmöglichkeiten ist hier aber nicht möglich. Hinzu kommt, daß Verlagerungen der Produktion von energieintensiven auf weniger energieintensive Produkte oder gar der energieintensiven Grundstoffindustrie in rohstoffländern Grenzen gesetzt sind. Auch wird dadurch insgesamt betrachtet Energie nicht gespart, sondern lediglich Energieverbrauch ins Ausland verlagert. So kann auf die heimische Grundstoffindustrie nicht verzichtet werden, will man nicht vollkommen vom Ausland abhängig werden. Auch können durch Strukturveränderungen verlorengegangene Arbeitsplätze nicht ohne weiteres in anderen Bereichen ersetzt werden.

Verkehr

Der Verkehrsbereich ist dadurch gekennzeichnet, daß die dort verbrauchte Endenergie zu 90 % auf den Straßenverkehr und nur zu etwa 10 % auf den Schienenverkehr, den Luftverkehr und die Binnenschifffahrt entfällt. Der Verkehr ist zu 95 % von Mineralölprodukten abhängig; lediglich im Schienenverkehr ist die elektrische Energie von Bedeutung.

Möglichkeiten für weitere Energiesparmaßnahmen bestehen besonders

- im Ausbau und in der Vergrößerung des Marktanteils der Verkehrssysteme mit günstigem spezifischem Endenergieverbrauch sowie
- in verbesserter Fahrzeugtechnik.

Öffentliche Verkehrsmittel oder Massenverkehrsmittel sind in der Regel weniger energieintensiv als der Individualverkehr. Verlagerungen von Verkehrsleistungen vom Pkw auf Bus, Stadtbahn oder Eisenbahn bzw. vom Lkw auf die Eisenbahn oder die Binnenschifffahrt vermindern sowohl den Endenergieverbrauch als auch die Abhängigkeit vom Mineralöl.

Derartigen Verkehrsverlagerungen sind sowohl strukturbedingte als auch technische Grenzen gezogen. Bürger und Wirtschaft müssen die freie Wahl von Verkehrsmittel und -weg haben, um eine optimale Deckung des Verkehrsbedarfs zu gewährleisten. Auf das Kraftfahrzeug als Verkehrs- und Transportmittel kann auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Maßnahmen, um bei gegebenen Verkehrsmitteln und gegebenem Verkehrsbedarf einen effektiveren Energieeinsatz zu gewährleisten, bestehen insbesondere



DLP 10/117 B

- im Ausbau des Netzes von Autobahnen und sonstigen Straßen, um einen flüssigen Verkehr zu ermöglichen,
- in einer verbesserten Verknüpfung und Koordinierung der Verkehrssysteme (Kombiverkehr, Verkehrsverbünde, Park-and-Ride-Systeme).

Ein erhebliches Einsparpotential liegt in konstruktiven Verbesserungen der Kraftfahrzeuge. Beispiele hierfür sind die neueren motor- und getriebetechnischen Entwicklungen. Aber auch Luftwiderstandsreduzierungen und Verringerungen des Rollwiderstandes sowie der Fahrzeugmasse führen zu Verbrauchsminderungen. Hierbei wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt. So wurde die von der Deutschen Automobilindustrie 1979 der Bundesregierung gegebene Zusage, den spezifischen Kraftstoffverbrauch bis 1985 um ca. 10 bis 12 % zu senken, mit ca. 20 % deutlich übertroffen. Auch künftig wird die Senkung des spezifischen Kraftstoffbedarfs ein Entwicklungsziel mit hoher Priorität bleiben.

Auch energiebewußtes Verhalten kann einen wesentlichen Beitrag zur Energieeinsparung leisten. Einer vielfältigen und intensiven Information über energiesparende Fahrweise, regelmäßige Wartung der Fahrzeuge, Nutzung von angebotenen Massenverkehrsmitteln und Verringerung der Fahrten pro Pkw durch Bildung von Fahrgemeinschaften kommt deshalb große Bedeutung zu.

Was den Einsatz elektrischer Energie im Verkehrsbereich betrifft, so bestehen Einsparmöglichkeiten besonders bei der Deutschen Bundesbahn und schienengebundenen Nahverkehrsunternehmen, die Großabnehmer für elektrische Energie sind. Unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung ist hier u.a. der Einsatz der Drehstrom-Antriebstechnik entwickelt worden. Diese Antriebstechnik ermöglicht es, Bremsenergie an das Netz zurückzugeben. Außerdem ergeben sich über den guten Leistungsfaktor geringere Netzbelastungen. Dank einer fortgeschrittenen Leistungselektro-

./.

nik ist diese energiesparende Antriebstechnik möglich geworden. Bei weiterer Verfeinerung dieser Technik lassen sich auch hier zusätzliche Energieeinsparungen verwirklichen.

Die Deutsche Bundesbahn hat bereits 60 E-Loks der Baureihe 120 bestellt, die diese Drehstromtechnik verwenden. Diese werden in den Jahren 1987/88 in Betrieb genommen werden.

Auch bei der Münchener U-Bahn laufen bereits 6 Doppeltriebwagen mit Drehstrom-Antriebstechnik als Prototypen - nicht zuletzt wegen der vor allem in Nahverkehrsnetzen erheblichen Energieeinsparung bis zu 30 %. Künftige U-Bahn-Züge werden deshalb in München nur noch mit dieser Antriebstechnik beschafft werden. In der weiteren Zukunft dürften auch im S-Bahn-Verkehr Züge mit Drehstrom-Antriebstechnik zum Einsatz kommen.

Frage 6: Welche Rolle spielen bislang die sogenannten regenerativen Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme usw.) in der Energiepolitik der Staatsregierung und welchen Anteil können sie - auch unter Berücksichtigung einer noch verstärkten staatlichen Förderung - in absehbarer Zeit zur Energieversorgung in Bayern erlangen?

Unter dem Begriff "Regenerative Energiequellen" wird heute eine Vielzahl verschiedenartiger Möglichkeiten zur Erschließung nicht vorratsbegrenzter Energiequellen zusammengefaßt. Insbesondere handelt es sich hierbei um Möglichkeiten zur Nutzung von

- Sonnenstrahlung
- Umgebungswärme
- Erdwärme
- Windkraft
- Gezeitenenergie
- Biomasse
- Wasserkraft.

Die Staatsregierung hat die Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energiequellen unter dem Thema "Neue Energiequellen und -technologien" im Rahmen ihres Energieprogramms ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt.

In den Grundsätzen und Zielen dieses Programms wird der Erkenntnis Rechnung getragen, daß das fundamentale Problem einer langfristigen Energiesicherung angesichts der begrenzten Ressourcen und Belastbarkeit unseres Lebensraums naturgemäß und - auf lange Sicht - ausschließlich durch die Nutzung regenerierbarer Energiequellen und die Erschließung weiterer, nach menschlichen Maßstäben unerschöpflicher Energiequellen gelöst werden muß. Dies erfordert eine Umstellung unserer heutigen Energieversorgungsstruktur von einer "Verbraucherwirtschaft" auf eine Art "Kreislaufwirtschaft", die kontinuierlich, aber hinreichend behutsam erfolgen muß, damit wirtschaftliche, ökologische und soziale Risiken klein gehalten werden. Jede Technologie, die mehr oder weniger zur Erhöhung der Versorgungssicherheit beitragen kann und ökologisch, sicherheitstechnisch und wirtschaftlich vertretbar erscheint, hat dabei ihre Berechtigung und Dringlichkeit. Es ist heute nicht mehr möglich, auf ihre Erforschung, Entwicklung und Ausbau auch nur in Teilbereichen zu verzichten.

Erforschung und Entwicklung regenerativer Energiequellen sind in der Regel von länderübergreifendem Interesse und werden deshalb primär durch den Bund und auch durch die Europäische Gemeinschaft gefördert. Bayern beteiligt sich dabei insbesondere an der institutionellen Förderung von Forschungseinrichtungen, die auch auf dem Gebiet der Nutzung regenerierbarer Energiequellen tätig sind. Darüber hinaus werden Vorhaben zur Entwicklung und Einführung neuer Energietechnologien im Rahmen des "Programms zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung" gefördert.

Ferner kann in verschiedenen bayerischen Programmen mit regionalwirtschaftlicher, mittelstands- oder agrarpolitischer Zielsetzung auch der Einsatz neuer Energietechnologien mitgefördert werden. Die Staatsregierung bemüht sich darüber hinaus, Hemmnisse abzubauen, die die Markteinführung neuer Energietechnologien behindern. Soweit regenerative Energiequellen an der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit standen, hat sich die Staatsregierung für Markteinführungshilfen eingesetzt. Hierzu gehörten die Ausgestaltung der breitenwirksamen Förderungsmöglichkeiten wie § 4 a Investitionszulagengesetz und § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.

Schließlich hat die Staatsregierung ein umfassendes Angebot an Informations- und Beratungsmöglichkeiten über sparsame und rationelle Energieverwendung sowie die Nutzung regenerativer Energiequellen geschaffen. So werden dem Verbraucher über Zeitschriftenbeilagen und -anzeigen, Werbespots und -filme, Rundfunksendungen und Filme sowie Informationsschriften (Broschüren, Faltblätter) neutrale Orientierungshilfen gegeben. Zahlreiche öffentliche bzw. mit öffentlichen Mitteln geförderte Einrichtungen bieten darüber hinaus kostenlose Beratungen an.

Trotz allem wird aber der Beitrag regenerativer Energiequellen für die künftige Energieversorgung unseres Landes kurz- bis mittelfristig gering sein. Dies zeigen zahlreiche wissenschaftliche Forschungsergebnisse, Erfahrungen mit Demonstrationsvorhaben und in manchen Fällen bereits durchgeführte Markteinführungsversuche. Darüber hinaus sind Substitutionspotentiale, technische Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Methoden zur Nutzung regenerativer Energiequellen bereits Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen

Eine neuere Untersuchung (1985) wurde im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft durchgeführt. Hierbei wurden mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen und technischen Detailstudien die ausschöpfbaren Potentiale regenerativer Energiequellen in der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1990 und 2000 quantitativ abgeschätzt. Die Schätzungen geben den Umfang an, in dem die erneuerbaren Energiequellen realisiert werden könnten. Wegen Unsicherheiten bei wesentlichen Einflußfaktoren wurden für die Abschätzung jeweils eine günstige und eine ungünstige Variante der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugrundegelegt. Die günstige Variante geht dabei von einem starken Energiepreisanstieg und einem niedrigen Diskontierungszinssatz, die ungünstige Variante von einem niedrigen Energiepreisanstieg und höherem Diskontierungszinssatz aus.

Wesentliches Ergebnis dieser Studie ist, daß in der Bundesrepublik Deutschland mit einem ausschöpfbaren Gesamtpotential regenerativer Energiequellen von ca. 24 Mio t SKE bei der günstigen Variante und ca. 15,4 Mio t SKE bei der ungünstigen Variante gerechnet wird. Das entspricht etwa 6,4 bzw. 4,1 % des gegenwärtigen jährlichen Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Von den einzelnen regenerativen Energiequellen werden dabei unterschiedliche Beiträge erwartet. Diese sind in Tabelle 8 aufgelistet.

Der Tabelle ist zu entnehmen, daß der heute bereits stark genutzten Wasserkraft der größte Anteil am Gesamtpotential der erneuerbaren Energiequellen (31 % in der günstigen und 46 % in der ungünstigen Variante) zuzurechnen ist. Stellt man ferner in Rechnung, daß die berücksichtigten Wasserkräfte und Müllverwertungstechniken in der Bundesrepublik Deutschland bereits heute ca. 9 Mio t SKE betragen, so können bis zum Jahr 2000 nur etwa 2 - 4 % unseres Energieverbrauchs zusätzlich durch regenerative Energiequellen abgedeckt werden. Die grundsätzlichen Nachteile dieser Energieformen, wie geringe Energiedichten sowie starke

zeitliche und örtliche Schwankungen, erfordern im allgemeinen so hohe Investitionskosten, daß selbst unter günstigen Bedingungen die Energieerzeugungskosten weit über denen der konventionellen Energietechnik liegen. Auch erhöhte staatliche Förderung kann nur in Ausnahmefällen diesen Kostenunterschied kompensieren.

Diese für die Bundesrepublik Deutschland gewonnenen Erkenntnisse sind im Grunde auf Bayern übertragbar, auch wenn einige regionale Besonderheiten bestehen. So sind z.B. in Bayern die Möglichkeiten der Nutzung der Windenergie aufgrund der topographischen und meteorologischen Bedingungen stark eingeschränkt. Die für einen sinnvollen Betrieb von Windkraftanlagen erforderlichen Windschwindigkeiten treten vornehmlich in Küstenregionen auf. Andererseits können bei der überwiegend in Bayern genutzten Wasserkraft noch gewisse Ausbaumöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Auch für die Sonnenenergienutzung sind die Voraussetzungen in Bayern relativ günstiger.

Frage 7: Wie beurteilt die Staatsregierung die Entwicklungsmöglichkeiten

- a) der nachwachsenden Rohstoffe
  - b) der Wasserstofftechnologie
  - c) der Kernfusion
- und deren Beitrag zur Energieversorgung?

Zu a)

Nachwachsende Rohstoffe sind erneuerbare und damit letztlich auch unerschöpfliche Energiequellen (siehe auch Frage 6). Ihr Nutzungspotential wird deshalb zunehmend zu berücksichtigen sein, wobei aber den Erfordernissen des Landschafts- und Umweltschutzes sowie dem im allgemeinen geltenden Vorrang der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für Ernährungszwecke Rechnung zu tragen ist.

Aus technischer Sicht kommen folgende energetische Einsatzmöglichkeiten nachwachsender Rohstoffe im "Nichtnahrungsbereich" in

Frage:

- Ethanol (aus Getreide, Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben) als Zusatz zu Otto-Kraftstoffen,
- pflanzliche Öle (z.B. Raps) als Kraftstoff für Dieselmotoren,
- Holz und Stroh zur Verwendung als Brennstoff,
- Biogas.

Bei der Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten nachwachsender Rohstoffe muß berücksichtigt werden, daß ihre Wettbewerbsfähigkeit, die von den Entwicklungen der Energie- und Agrarmärkte abhängt, für eine energetische Nutzung größtenteils noch nicht gegeben ist. Es bedarf in der Regel noch erheblicher Förderungsanstrengungen, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Rohstoffen zu verbessern.

Derzeit wird die energetische Nutzung von Agrarprodukten als Möglichkeit zum Abbau struktureller Überschüsse gesehen, die zunehmend Finanzierungsprobleme bereiten. Die Landwirtschaft braucht neue Absatzmöglichkeiten außerhalb der Nahrungsmittelmärkte, wenn die landwirtschaftlichen Marktordnungen nicht gefährdet werden sollen.

Dieser Aspekt ist in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Ansatzpunkte für künftige Initiativen und Aktivitäten bestehen grundsätzlich in einer Förderung kostenreduzierender technischer Fortschritte sowie der Anpassung der administrativen Rahmenbedingungen.

Voranzutreiben sind Untersuchungen und Entwicklungen zur Züchtung und Anbautechnik sowie zur Umwandlung agrarischer Rohstoffe für den Energiemarkt.

Die Staatsregierung tritt dafür ein, die administrativen Rahmenbedingungen so zu ändern, daß landwirtschaftliche Produkte für die energetische Nutzung bis zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit gestützt werden. Sie geht dabei davon aus, daß die erforderlichen Finanzmittel durch Umschichtungen von Agrarmarktausgaben aufgebracht werden und Einsparungen möglich sind.

Zu b):

Wasserstoff dient gegenwärtig vor allem als Chemierohstoff. Seine großtechnische Erzeugung erfolgt hierfür insbesondere aus fossilen Rohstoffen (Erdgas, Erdöl, Kohle).

Wasserstoff eignet sich grundsätzlich auch als Energieträger. Er kann in Wärme und elektrische Energie umgewandelt werden. Seine Anwendung wäre insbesondere nicht mit einer Steigerung der  $\text{CO}_2$ -Konzentration in der Atmosphäre verbunden. Darüber hinaus läßt er sich transportieren und speichern. Bisher fand Wasserstoff eine praktische Anwendung als Energieträger nur als Raketentreibstoff.

Eine Energieversorgung auf Wasserstoffbasis würde wirtschaftliche Techniken der Erzeugung, des Transports, der Speicherung und der Nutzung von Wasserstoff erfordern.

Die Wasserstoffherzeugung zur Energiebedarfsdeckung auf der Basis fossiler Rohstoffe ist wegen der Begrenztheit dieser Rohstoffe



und des Umwandlungsaufwands nicht sinnvoll, so daß für eine "Wasserstoff-Wirtschaft" praktisch nur die Spaltung von Wasser mit Freisetzung von Wasserstoff in Frage käme. Die Wasserstoffherzeugung aus Wasser erfordert aber erheblich Energie. Es wird hierbei mehr Energie benötigt, als letztlich dem Energieinhalt des gewonnenen Wasserstoffs entspricht. Als für eine Wasserstoffherzeugung notwendige Energiequellen werden Sonnen- und Kernenergie diskutiert.

Eine Wasserstoffherzeugung auf der Basis von Sonnenenergie müßte in den Wüstenregionen der Erde erfolgen, da dort die Sonneneinstrahlung etwa 2 - 3 mal größer ist als in den industrialisierten Energieverbrauchszone der nördlichen Hemisphäre. Dennoch würde die sehr geringe terrestrische Energiedichte der Sonneneinstrahlung neben einem gewaltigen Flächen- bzw. Landbedarf einen außerordentlich hohen Material- bzw. Investitionsaufwand für die entsprechenden Anlagen erfordern.

Die solare Wasserstoffherzeugung befindet sich international noch im Experimentierstadium. In der Bundesrepublik Deutschland wurde eine größere Untersuchung auf diesem Gebiet 1986 in einem bilateralen Projekt mit Saudi-Arabien begonnen. Auch in Bayern ist derzeit ein Forschungsvorhaben geplant. Größere Fortschritte können nur langfristig erwartet werden. Eine großtechnische Wasserstoffherstellung könnte nach heutigen Erkenntnissen wesentlich kostengünstiger unter Einsatz von Kernenergie (Hochtemperatur-Reaktoren) erfolgen.

Der Transport von Wasserstoff wäre über größere Entfernungen mit Tankern oder über Pipelines denkbar. Die Kosten hierfür lägen aber weit über denen von fossilen, besonders aber von mineralischen Energieträgern. Insbesondere müßten im Zusammenhang mit Transport und Speicherung wegen der hohen Zünd- und Explosionsfähigkeit von Wasserstoff noch zahlreiche Sicherheitsfragen gelöst werden.

Auch die Nutzung von Wasserstoff bei mobilen Verbrauchern (Kraftfahrzeuge, Schienenfahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge) und die Strom- und Wärmeerzeugung im stationären Bereich beinhalten noch große Probleme.

Bisher wurde der Einsatz von Wasserstoff vor allem bei Kraftfahrzeugen erprobt. Hierbei hat sich gezeigt, daß zufriedenstellende Lösungen besonders für die Wasserstoffspeicherung nicht abzusehen sind. Auch fehlen praktikable Vorschläge für das Verteilungsnetz.

Konzeptionen für die Strom- und Wärmeerzeugung zur Versorgung ortsfester Verbraucher wurden entwickelt. Besonders handelt es sich um Brennstoffzellen zur Stromerzeugung. Diese Technologie ist noch am Anfang ihrer Entwicklung. Vor allem konnten noch keine wirtschaftlichen Katalysatormaterialien gefunden werden.

Insgesamt sind Überlegungen zu einer auf Wasserstoff basierender Energieversorgung kaum über die "Szenario-Phase" hinaus gediehen. Vor einer praktischen Umsetzung der diesbezüglichen Theorien sind noch zahlreiche und große technische, aber auch wirtschaftliche, politische, ökologische und organisatorische Probleme zu lösen. Bei Lösung dieser Probleme könnte eine umweltfreundliche Wasserstofftechnologie als wesentlicher Schritt zu einer Kreislaufwirtschaft auf sehr lange Sicht weltweit Bedeutung erlangen. Fachleute weisen darauf hin, daß in dieser Technologie unter Einsatz von Kernenergie bzw. Solarenergie als Primärenergiequellen langfristig die Zukunft der Energieversorgung der Menschheit liegen könnte.

u c):

urch Kernfusion, d.h. kontrolliertes thermonukleares Verschmelzen der Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium zu Helium, soll die dabei freiwerdende Kernbindungsenergie in nutzbarer Form gewonnen werden. Die Energiedichte dieses Prozesses ist außerordentlich hoch. Pro Brennstoffmasse wird dabei etwa 1 Million mal mehr Energie freigesetzt als bei der Kohleverbrennung und etwa 10mal mehr als bei der Kernspaltung. Im Fall einer wirtschaftlichen Realisierung wäre die Kernfusion eine praktisch erschöpfliche Energiequelle, da die hierfür benötigten Grundstoffe Deuterium und Tritium in praktisch unbegrenzten Mengen vorhanden sind. Deuterium ist im Wasser vorhanden und kann daraus mit geringem Aufwand abgetrennt werden. Damit stellen die Weltmeere ein riesiges Reservoir für Deuterium dar. Tritium ist in Wasser nur in verschwindend geringen Mengen vorhanden. Es könnte aber in einem denkbaren Fusionsreaktor aus Lithium gewonnen werden. Die geschätzten Vorräte an Lithium sind so hoch, daß die Kernfusion über Jahrtausende als Energiequelle dienen könnte.

Die kontrollierte Kernfusion läßt sich physikalisch und technisch nur sehr schwer erreichen. In einem Fusionsreaktor muß nämlich das Brennstoffgemisch aus Deuterium und Tritium auf ca. 100 Millionen Grad Celsius aufgeheizt und bei dieser Temperatur für eine bestimmte Mindestzeit zusammengehalten werden, damit der Reaktor Energie liefern kann. An dem Ziel, diese Mindestbedingungen zu erreichen, wird in einschlägigen und sehr aufwendigen Programmen in Westeuropa, USA, Japan und der Sowjetunion gearbeitet.

In Westeuropa wird die Erforschung der Kernfusion national und gemeinsam mit den in EURATOM zusammengeschlossenen Ländern betrieben. Sie stellen das europäische Programm auf, beteiligen sich an seiner Finanzierung und kontrollieren seine Ausführung

./.

in den nationalen Laboratorien. Gemeinsam bauten und betreiben sie das größte Fusionsexperiment der Welt, den "Joint European Torus" (JET) in Culham (England). Gemeinsam wird auch das nächste Großexperiment geplant, das eine Vorstufe eines Demonstrationsreaktors sein könnte.

Aufgrund der international gewonnenen Erkenntnisse wird es für wahrscheinlich gehalten, in einem physikalischen Experiment die Fusionsbedingungen zu erreichen. Erst im Anschluß daran könnte die Entwicklung der Reaktortechnologie einsetzen, die erweisen muß, ob ein wirtschaftlich arbeitender Fusionsreaktor gebaut werden kann. Trotz der bisher erzielten Erfolge sind noch ungeheuere physikalische und technische Probleme zu lösen. Eine Realisierung der Kernfusion als Energiequelle könnte deshalb nach Auffassung von Fachleuten kaum vor Mitte des kommenden Jahrhunderts möglich sein. Dennoch eröffnet die Kernfusion die Option auf eine langfristige Energieversorgung, die größte und in der Zukunft beträchtlich verstärkte Forschungsarbeiten rechtfertigt.

Frage 8: Aus welchen Tatsachen leitet die Bayerische Staatsregierung die Aussage ab, daß unsere kerntechnischen Anlagen zu den "sichersten der Welt" gehören?

Die Bayerische Staatsregierung hat sich schon seit den ersten Anfängen der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland intensiv mit der kerntechnischen Sicherheit befaßt und kann auf nunmehr 30 Jahre Erfahrung bei der Genehmigung und Beaufsichtigung kerntechnischer Anlagen zurückblicken. In diesen Jahren umfaßte das Spektrum die sicherheitstechnische Prüfung so unterschiedlicher Anlagen wie Unterrichts- und Forschungsreaktoren, Versuchs- und Demonstrationskernkraftwerke, kommerziell betriebene Kernkraftwerke mit Leichtwasserreaktoren, eine Brennelementfabrik sowie neuerdings auch eine Wiederaufarbeitungsanlage. Die Bayerische Staatsregierung kann für sich dabei in Anspruch nehmen, maßgeblich an der Entwicklung des heute gültigen hohen Sicherheitsstandards in der Bundesrepublik mitgearbeitet und diesen, oft lange bevor er bundesweit verbindlich eingeführt worden ist, realisiert zu haben. So wurde beispielsweise das Kernreaktorfernüberwachungssystem, das es gestattet, den Betriebszustand fortlaufend behördlich zu überwachen, für Bayern entwickelt und weltweit erstmals errichtet und betrieben. Mittlerweile haben alle Bundesländer dieses System übernommen.

Der heutige Sicherheitsstandard ist nicht nur - wie in der Technik sonst allgemein üblich - das Ergebnis angesammelter Erfahrung, sondern auch das Ergebnis von systematischen und vorausschauenden Sicherheitsanalysen. In keinem anderen Bereich der Technik sind bis jetzt so konsequent alle denkbaren Fehler, Störungen und Risiken untersucht und bewertet worden. Hohe Beträge an öffentlichen Forschungsmitteln und an Eigenleistungen der deutschen Industrie wurden für diesen Zweck aufgewendet. Mehrere Großforschungsanlagen und Tausende von Wissenschaftlern und Technikern arbeiten ständig an der weiteren Vervollkommnung des Kenntnisstandes. Darüber hinaus haben staatliche Stellen und die Reaktorindustrie über Kooperations- bzw. Lizenzverträge einen unmittelbaren Zugriff zum kerntechnischen Wissen aller wichtigen staatlichen Kernenergienutzer.

Nach alledem wurde ein Sicherheitsstandard erreicht, der sowohl alle maßgeblichen internationalen Anforderungen erfüllt als auch spezifisch deutsche Zusatzvorgaben wie beispielsweise den Schutz vor Einwirkungen von außen und einen hohen Automatisierungsgrad berücksichtigt.

Daß kerntechnische Anlagen bei uns nur dann genehmigt werden dürfen, wenn die Erfüllung dieses hohen Sicherheitsstandards auch im konkreten Verwaltungsverfahren nachgewiesen worden ist, geht aus einer zentralen Bestimmung des Atomgesetzes hervor (§ 7 Abs. Nr.3). Danach kann eine kerntechnische Anlage nur dann genehmigt werden, wenn "die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb" getroffen worden ist. Da Wissenschaft und Technik keine nationalen Grenzen kennen, ist diese gesetzliche Bestimmung geeignet, den Bau von kerntechnischen Anlagen mit im internationalen Vergleich höchster Sicherheit zu ermöglichen, von Anlagen also, die "zu den sichersten der Welt gehören".

Für die in Betrieb befindlichen bayerischen Kernkraftwerke Isar 1, Grafenrheinfeld und Gundremmingen II sowie das Kernkraftwerk Isar 2, das z.Zt. noch in Bau ist, - ausnahmslos moderne Anlagen mit Leichtwasserreaktoren - wird der hohe Sicherheitsstandard durch die Einhaltung folgender Sicherheitsgrundsätze erreicht:

#### 8.1 Der Grundsatz der inhärenten Sicherheit:

Bei der reaktorphysikalischen Auslegung wird jeweils sorgfältig darauf geachtet, daß die nukleare Energieerzeugungsanlage inhärent sichere Eigenschaften aufweist. Das bedeutet, daß eine Leistungserhöhung des Reaktors, d.h. eine Reaktivitätszufuhr, durch die dem System innewohnenden physikalischen Eigenschaften von selbst wieder in einen stabilen Zustand gebracht wird. Diese Effekt bewirken zwei Phänomene: Mit steigender Temperatur des Brennstoffs verschlechtert sich dessen Fähigkeit zur Absorption von Neutronen mit anschließender Kernspaltung, mit steigender Temperatur (oder gar Verdampfung) des Reaktorwassers, das als

Neutronenmoderator und als Kühlmittel zugleich dient, verschlechtert sich die Moderation der Neutronen. In beiden Fällen wird die für die Kettenreaktion wichtige Neutronenbilanz so nachhaltig verschlechtert, daß eine Leistungsexkursion des Reaktors schon aus naturgesetzlichen Gründen ausgeschlossen ist. Dies ist beispielsweise bei russischen RBMK-Reaktoren nicht der Fall.

Unabhängig von diesen günstigen Selbstregeleigenschaften der Leichtwasserreaktoren wurden die Schnellabschalteneinrichtungen so konstruiert, daß sie ihre Aufgabe absolut zuverlässig ohne Zufuhr von äußerer Hilfsenergie, die möglicherweise gestört sein könnte, erfüllen. Die Reaktorschnellabschaltung erfolgt nach Reaktorbauart unterschiedlich mit Hilfe der Schwerkraft oder durch ein stets vorhandenes Gasdruckpolster.

### 3.2 Das Barrierenkonzept:

Ziel aller Maßnahmen zur Reaktorsicherheit ist es, die bei der Kernspaltung im Reaktorkern entstehenden radioaktiven Spalt- und Aktivierungsprodukte jederzeit sicher einzuschließen. Hierzu dienen mehrere hintereinanderliegende Barrieren. Ein großer Teil der Spaltprodukte ist im Kristallgitter des Brennstoffs (Uran-Dioxid) gebunden. Gasförmige und flüchtige Anteile werden durch die gasdichten Brennstabhüllen eingeschlossen. Der gesamte Reaktorkern befindet sich in einem geschlossenen Kühlkreislauf, der vor allem durch den Reaktordruckbehälter und die Hauptkühlmittelleitungen gebildet wird; der Kühlkreislauf ist von einem gasdichten und druckfesten Sicherheitsbehälter aus Stahl umgeben. Der Sicherheitsbehälter wird durch eine massive Stahlbetonhülle gegen äußere Einwirkungen geschützt.

Im Zusammenwirken der Betonstrukturen der Gebäude, der Filter- und Lüftungsanlagen sowie der Abwasseraufbereitung steht zusätzlich noch eine umfassende Rückhaltetechnik für den Einschluß radioaktiver Stoffe zur Verfügung.

Diese Einrichtungen stellen sicher, daß die in der Strahlenschutzverordnung festgelegten, im internationalen Vergleich sehr

niedrigen Grenzwerte für die Abgabe radioaktiver Stoffe aus Kernkraftwerken weder im bestimmungsgemäßen Betrieb noch bei den der Auslegung der Anlage nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zugrunde zu legenden Störfälle überschritten werden. Selbst bei schweren Reaktorunfällen z.B. mit teilweise geschmolzenem Reaktorkern, wäre, wie der Störfall von Harrisburg gezeigt hat, äußerstenfalls mit der Freisetzung eines kleinen Bruchteils des Aktivitätsinventars mit einer Zeitverzögerung von einigen Tagen zu rechnen.

### 8.3 Der Grundsatz der tiefgestaffelten Schutzmaßnahmen:

Um Reaktorunfälle mit höchster Zuverlässigkeit ausschließen zu können und nicht ausschließbare Störungen zu beherrschen und ihre Auswirkungen zu begrenzen, werden Kernkraftwerke und auch andere kerntechnische Anlagen in Deutschland nach einem mehrstufigen Sicherheitskonzept ausgelegt.

Durch sorgfältige, alle Erkenntnisse und Erfahrungen berücksichtigende Auslegung der Anlagen, höchstmöglichen Qualitätsstandard bei der Fertigung und besonderes Augenmerk auf die Funktionssicherheit wird zielstrebig auf einen störungsarmen, einwandfreien Betrieb hingearbeitet. Bekanntermaßen ist ein solcher Betrieb der beste Garant für die Sicherheit einer Anlage. Daß die bayerische Kernkraftwerke regelmäßig die Spitzenplätze bei der Verfügbarkeit in internationalen Statistiken belegen, ist ein Zeichen auch für ihren hohen Qualitätsstandard. Dieser Standard wird selbstverständlich im Betrieb ständig überprüft und, wo es nötig sein sollte, verbessert.

Auch bei einem noch so hohen Sicherheitsaufwand ist jedoch eine absolute Sicherheit nicht erreichbar. Deshalb sind umfassende Schutz-, Begrenzungs- und Reserveeinrichtungen zur Beherrschung von Betriebsstörungen vorgesehen. Damit können beginnende Fehlfunktionen der Anlage frühzeitig erkannt, ausgeregelt bzw. durch Zuschalten von Reservefunktionen begrenzt werden.



Eine weitere Sicherheitsstufe hat zum Ziel, bei dennoch auftretenden Störfällen deren Auswirkungen einzudämmen und die Abgabe radioaktiver Stoffe in die Umgebung auf zulässige, unbedenkliche Werte zu begrenzen. Eine Sicherheitseinrichtung dieser Stufe ist z.B. der druckfeste und gasdichte Sicherheitsbehälter sowie das den Sicherheitsbehälter umschließende Reaktorgebäude.

#### 3.4 Grundsatz der Redundanz der Sicherheitssysteme:

Die zur Beherrschung von Störfällen erforderlichen Sicherheitssysteme müssen ihre Aufgabe mit hoher Zuverlässigkeit erfüllen. Unter Berücksichtigung möglicher Reparaturen und Ausfälle werden deshalb jeweils mehr Teilsysteme eingebaut als zur Beherrschung eines bestimmten Störfalles notwendig wären (Redundanz). Die Redundanz der Sicherheitseinrichtungen muß mindestens zwei Teilsysteme mehr betragen, als zur Beherrschung des jeweiligen Störfalles erforderlich wäre.

#### 3.5 Vorkehrungen gegen Mehrfachausfälle aus gemeinsamer Ursache:

Es muß sichergestellt sein, daß kein Einzelereignis, sei es ein Schaden in der Anlage selbst, z.B. an einem Sicherheitsteilsystem, oder ein äußeres Ereignis, die Sicherheit der Anlage unzulässig beeinträchtigt. Auslegungskriterien zur Erfüllung dieser Forderung sind das Prinzip der räumlichen Trennung und das Prinzip der Diversität. Räumliche Trennung besagt, daß Sicherheitsteilsysteme einschließlich ihrer Energieversorgung und Leittechnik baulich so voneinander getrennt angeordnet werden müssen, daß sie sich bei Zerstörung eines Teilsystems gegenseitig nicht schädigen und daß Brände, Überflutungen in den Gebäuden oder Einwirkungen von außen nicht mehr als ein redundantes Teilsystem beeinträchtigen können. Diversität besagt, daß Sicherheitsfunktionen auf verschiedenen Wirkungsmechanismen (physikalische Diversität) oder unterschiedlichen Gerätekonstruktionen (geräte-technische Diversität) beruhen.

## 8.6 Grundsatz der sicherheitsgerichteten Bedienungstechnik

Obwohl die sorgfältige Auswahl des Kraftwerkspersonals nach Zuverlässigkeit und Fachkenntnissen einen hohen Stellenwert besitzt, wird große Sorgfalt auf die bedienungsgerechte Gestaltung der Anlage verwendet. Dies bedeutet insbesondere übersichtliche und ergonomische Gestaltung, zweckmäßige Informationsaufbereitung und Informationsdarbietung, Automatisierung, Verriegelung und Funktionsgruppensteuerung sowie wartungs- und prüffreundliche Konstruktionen. Insbesondere hängt die Beherrschung von Störfällen wegen der im internationalen Vergleich sehr weitgehenden Automatisierung deutscher Anlagen nicht davon ab, daß das Betriebspersonal unter extremem Streß schnelle Schalthandlungen vornimmt. Vielmehr bleibt ihm die Zeit für eine sachgerechte Analyse des Geschehens, zur Feststellung der Ursachen und zum Einleiten von Schutz- und Abhilfemaßnahmen.

Die Bayerische Staatsregierung ist deshalb überzeugt, daß die bayerischen kerntechnischen Anlagen höchsten internationalen Ansprüchen genügen und daß auch neue Erkenntnisse aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl zwar möglicherweise partielle sicherheitstechnische Verbesserungen zur Folge haben können, niemals aber die Sicherheit unserer Anlagen grundsätzlich in Frage zu stellen vermögen.

Frage 9: Wie kann aus heutiger Sicht die notwendige Entsorgung der Kernkraftwerke unter sicherheitsmäßigen und ökologischen Gesichtspunkten bestmöglich sichergestellt werden?

Voraussetzung für eine verantwortungsbewußte friedliche Nutzung der Kernenergie ist eine gesicherte Entsorgung der Kernkraftwerke. Dies gilt unabhängig davon, zu welchen Ergebnissen die derzeitige Diskussion einzelner politischer Parteien über einen kurz- oder mittelfristigen Ausstieg aus der friedlichen Kernenergienutzung führt. In jedem Fall muß für die bereits vorhandenen und

Die künftig anfallenden ausgedienten Brennelemente und die anfallenden radioaktiven Abfälle den gesetzlichen Verpflichtungen entsprechend Sorge getragen werden. Derzeit fallen z.B. in der Bundesrepublik Deutschland jährlich ausgediente Brennelemente mit ca. 400 Tonnen an, Ende der 80er Jahre müssen wir mit jährlich ca. 600 Tonnen Schwermetall (SM) rechnen.

Um eine bestmögliche Entsorgung sicherstellen zu können, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- . Die gesetzlichen Vorgaben für die Entsorgung sowie die gesetzlichen Bestimmungen für die Sicherheit bei der Erstellung und dem Betrieb der dafür erforderlichen Einrichtungen (z.B. Einhaltung der Grenzwerte) müssen erfüllbar sein.
- . Die Entsorgungsverfahren und deren Einzelschritte müssen bereits aus heutiger Sicht als sicher und zeitgerecht realisierbar eingeschätzt werden können.
- . Die Entsorgungsmaßnahmen müssen
  - eine optimale Ressourcenschonung,
  - eine Minimierung von Langzeitwirkungen und
  - eine Reduzierung von Endlagervolumen für hochradioaktive Abfälleermöglichen.
- . Die Entsorgungsmaßnahmen müssen bezüglich künftiger Strategien der Kernenergienutzung flexibel sein.

Das Ergebnis einer in nahezu 30 Jahren gewachsenen, bisher von allen politischen Parteien gleichermaßen getragenen Energiepolitik unter Einschluß der Kernenergienutzung wird deutlich im Entsorgungskonzept der Bundesregierung. Dieses sog. integrierte Entsorgungskonzept, das sämtliche o.g. Anforderungen optimal berücksichtigt, enthält folgende Entsorgungsteilschritte:

Zwischenlagerung der ausgedienten Brennelemente in oder außerhalb von Kernkraftwerken,

- Wiederaufarbeitung der ausgedienten Brennelemente,
- Verarbeitung der abgetrennten Kernbrennstoffe zu neuen Brennelementen und Rückführung in die Kernkraftwerke,
- Konditionierung der radioaktiven Abfälle, d.h. Überführung in eine endlagerfähige und langzeitsichere Form,
- Endlagerung der radioaktiven Abfälle in einem Bundesendlager (Grube Konrad, Salzstock Gorleben).

Dieses Entsorgungskonzept erfüllt die gesetzlichen Forderungen nach einem Vorrang der Verwertung durch Wiederaufarbeitung. Ebenso werden in optimaler Weise die gesetzlichen sicherheitstechnischen Forderungen erfüllt. Die Anlagen der ersten Teilschritte des integrierten Entsorgungskonzepts wie Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung und Abfallkonditionierung sind sogar schon im Rahmen atomrechtlicher Verfahren mit positivem Ergebnis geprüft; der derzeitige Stand der Arbeiten zur Erkundung und Errichtung der oben genannten Bundesendlager stellt sich wie folgt dar:

Beim Salzstock Gorleben ist mit dem Bau von Schächten zur untertägigen Erkundung begonnen worden. Vorausgesetzt, daß diese die aufgrund der obertägigen Erkundung festgestellte grundsätzliche Eignung des Salzstocks für Abfälle aus der Wiederaufarbeitung bestätigt, kann mit der Inbetriebnahme gegen Ende der 90er Jahre gerechnet werden. Für die ehemalige Eisenerzgrube Konrad läuft derzeit ein Planfeststellungsverfahren. Mit der Inbetriebnahme kann für etwa 1990 gerechnet werden.

Mit diesen Terminplänen stehen die Bundesendlager weit vor einem aktuellen Bedarf für die Abfälle aus der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf zur Verfügung. Insgesamt gehört die Bundesrepublik Deutschland damit zu denjenigen Ländern in der Welt, deren Arbeiten im Hinblick auf die Schaffung von Endlagern für radioaktive Abfälle am weitesten fortgeschritten sind. Im übrigen bestehen derzeit keine Zweifel, daß für die geplanten Endlager alle noch verbleibenden sicherheitstechnischen Anforderungen erfüllt werden können.

Darüber hinaus sprechen insbesondere ökologische Gesichtspunkte für eine Entsorgung über die Wiederaufarbeitung:

- Die Recycling-Strategie wird vom geltenden Atomgesetz gefordert und entspricht den heutigen Vorstellungen einer möglichst weitgehenden Schonung der natürlichen Rohstoffvorkommen.
- Die wiedergewonnenen Wertstoffe - Uran und Plutonium - lassen sich bereits in Leichtwasserreaktoren heutiger Bauart zurückführen und ermöglichen so bereits heute eine rd. 30 %ige Verringerung des Importbedarfs an Natururan.
- Darüber hinaus werden die Langzeitr Risiken des endgelagerten Abfalls u.a. durch die Rückführung der Wertstoffe in die Leichtwasserreaktoren und die vorgesehene Verglasung der hochradioaktiven Abfälle minimiert.
- Das für die radiologisch bedeutsamen hochradioaktiven Abfälle benötigte Endlagervolumen wird bei Entsorgung mit Wiederaufarbeitung entscheidend reduziert.
- Eine Entsorgung mit Wiederaufarbeitung bedeutet auch, daß die Konditionierung (Verpackung) der jeweiligen Abfallart optimal angepaßt werden kann.

Das Entsorgungskonzept der Bundesrepublik Deutschland ist in optimaler Weise flexibel, es hält weitere fortschrittliche Optionen der friedlichen Kernenergienutzung, wie z.B. die Nutzung der Brutertechnologie, offen.

Als einzige mittelfristig grundsätzlich realisierbar erscheinende Alternative zur Entsorgung über die Wiederaufarbeitung wird die direkte Endlagerung diskutiert. Hierzu enthielt der Beschluß der Regierungschefs vom 28.09.79 auch den Auftrag, die direkte Endlagerung von abgebrannten Brennelementen auf ihre Realisierbarkeit und sicherheitstechnische Bewertung hin zu untersuchen.

Über diese Untersuchungen wurde Ende 1984 vom Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Projektstudie vorgelegt, die vom Länderausschuß für Atomkernenergie, der Reaktorsicherheitskommission, der Strahlenschutzkommission sowie von der Bundesregierung bewertet wurde. Hieraus ergibt sich übereinstimmend als Antwort auf den o.g. Untersuchungsauftrag der Regierungschefs, daß die direkte Endlagerung keine entscheidenden sicherheitsmäßigen Vorteile besitzt und aus heutiger Sicht nur für solche Brennelemente in Frage kommt, für die die Entwicklung einer eigenen Wiederaufarbeitungstechnik wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Abschließend kann somit festgestellt werden: Das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesrepublik Deutschland, d.h. der Entsorgungsweg mit Wiederaufarbeitung, ist geeignet, die Entsorgung der Kernkraftwerke sachgerecht und zeitgerecht unter optimalen sicherheitsmäßigen und ökologischen Gesichtspunkten zu gewährleisten. Die Bundesrepublik besitzt alle technischen, geologischen und administrativen Voraussetzungen, das Entsorgungsproblem in hervorragender, beispielgebender Weise aus eigener Kraft zu lösen. Die Entsorgung mit Wiederaufarbeitung ist darüber hinaus aus heutiger Sicht der derzeit einzige belastbare Weg.

Frage 10: Sind der Staatsregierung Bereitschaftserklärungen anderer Bundesländer bzw. politischer Gremien für Standorte zur Direktendlagerung abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren bekannt? Wie beurteilt die Staatsregierung die Festlegung der bayerischen SPD auf diesen Entsorgungsweg?

Der Staatsregierung ist bekannt, daß sich die Niedersächsische Landesregierung grundsätzlich bereit erklärt hat, Standorte für die Endlagerung der in der Bundesrepublik Deutschland anfallender radioaktiven Abfälle zu übernehmen. Im Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28.09.79 heißt es in Ziffer 6: "Die Regierungschefs von Bund und Ländern begrüßen die Bereitschaft der Landesregierung von Niedersachsen, die Errichtung eines Endlagers in Gorleben zuzulassen,

sobald die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes ergibt, daß dieser für eine Endlagerung geeignet ist. Die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes Gorleben wird deshalb zügig vorangeführt, so daß die für die notwendigen Entscheidungen erforderlichen Kenntnisse über den Salzstock in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vorliegen. Zu diesem Zweck wird das laufende Planfeststellungsverfahren für ein Endlager im Salzstock Gorleben fortgeführt und ggf. auf alle in Betracht kommenden Endlagerarten ausgedehnt."

Aus der Sicht der Staatsregierung bezieht sich diese Aussage in erster Linie auf die Abfälle des integrierten Entsorgungskonzeptes. Sie geht jedoch davon aus, daß das Endlager langfristig gleichermaßen auch für diejenigen ausgedienten Brennelemente zur Verfügung stehen wird, für die eine Wiederaufarbeitung nicht zweckmäßig erscheint. Darüberhinaus ist der Staatsregierung keine Bereitschaftserklärung eines anderen Bundeslandes bekannt, Standorte für die Direktendlagerung zur Verfügung zu stellen. Nach Kenntnis der Staatsregierung werden in keinem anderem Bundesland alternative Standorte zur Direktendlagerung diskutiert. Die bayerische SPD allerdings hat sich bereit erklärt, bei Verzicht auf die Wiederaufarbeitung, die Staatsregierung bei der Suche nach einem Endlagerstandort in Bayern zu unterstützen. Die Staatsregierung hält demgegenüber an der geplanten Wiederaufarbeitung der Leichtwasserreaktor-Brennelemente und der Endlagerung der dabei anfallenden Abfälle in Niedersachsen fest und begrüßt darüber hinaus die Untersuchung und Entwicklung von Verfahren zur Direktendlagerung im Rahmen der geplanten Pilotanlage in Niedersachsen.

Die Festlegung der bayerischen SPD auf die Direktendlagerung als einzigen Weg zur Entsorgung der Leichtwasser-Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland, die im übrigen im Widerspruch zum Verwertungsgebot des Atomgesetzes steht, bedeutet:

1. Die Festlegung auf einen derzeit nicht belastbaren Entsorgungsweg:

Die Direktendlagerung befindet sich derzeit noch in der Konzeptfindungsphase. Dies wird besonders deutlich durch den

Antrag der DWK in Niedersachsen zur Errichtung einer Pilot-Konditionierungsanlage, mit einer maximalen Jahreskapazität von 35 Tonnen Schwermetall(SM). Diese Anlage, die nach den Planungen im Jahr 1995 in Betrieb gehen soll, wird in diesem Jahrhundert auch bei einem erfolgreichen Abschluß der vorgesehenen Entwicklungsarbeiten keinen nennenswerten Beitrag zur Vertiefung der Erkenntnisse über die Methode der Direktendlagerung leisten können. Nach Hochrechnungen des BMI ist die Entsorgung der Kernkraftwerke mit den derzeit bestehenden Entsorgungsmöglichkeiten einschließlich der Zwischenlager Ahaus und Gorleben bis 1992 gesichert. Darüberhinaus würde eine Entsorgungsstrategie ohne Wiederaufarbeitung bedeuten, daß dann etwa ab dem Jahr 1992 bis voraussichtlich zum Jahr 2020 oder später alle 2 - 3 Jahre ein weiteres großes Zwischenlager in Betrieb genommen werden müßte, ohne daß damit das Entsorgungsproblem gelöst wäre. Damit würden sich unbehandelte radioaktive Reststoffe jahrzehntelang stapeln.

2. Die Festlegung auf ein derzeit nicht hinreichend gesichertes Endlagerkonzept:

Derzeit kommt nur der Salzstock Gorleben als zu nutzende Endlagerformation für die Direktendlagerung in Frage. Die Staatsregierung stellt fest:

- Nach allen bisherigen Erkenntnissen ist der Salzstock Gorleben aus geologischer Sicht für die Endlagerung radioaktiver, insbesondere hochradioaktiver und wärmeentwickelnder Abfälle aus der integrierten Entsorgung geeignet. Aufgrund der bisher durchgeführten obertägigen Erkundungsarbeit konnte die Bundesregierung z.B. die grundsätzliche Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben für Abfälle aus der Wiederaufarbeitungsanlage bestätigen. Diese Aussage schließt jedoch die Endlagergebinde für die Direktendlagerung derzeit noch nicht mit ein.
- Die Bereitschaft Niedersachsens, die Endlagerung zu übernehmen, bezieht nicht eindeutig auch die Direktendlagerung ausgedienter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren mit ein.



3. Die mögliche Verlagerung von Entsorgungseinrichtungen:

Es ist derzeit noch keinesfalls geklärt, ob bei der Direktendlagerung in Salz die Anforderungen der internationalen Spaltstoffüberwachung erfüllbar sind. Ein Scheitern der Direktendlagerung in Salz als Endlagerformation hätte zur Folge, daß, entsprechend den derzeit im Ausland geplanten Strategien zur Direktendlagerung in Granit, deutsche Kristallgebiete als wahrscheinlich einzig mögliche Alternative in Frage kämen. Bei einem Verzicht auf Wiederaufarbeitung wäre im o.g. Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Forderung nach Direktendlagerung in Urgesteinsformationen zu rechnen.

4. Infragestellung der Betriebsgenehmigung der Kernkraftwerke:

Aus dem Vorgenannten ergibt sich, daß die Entsorgung der Kernkraftwerke ungesichert und damit deren weiterer Betrieb in Frage gestellt wäre.

5. Belastung künftiger Generationen:

Die Frage nach einer sicherheitstechnisch und ökologisch vertretbaren Entsorgung der Kernkraftwerke würde durch eine Abkehr vom integrierten Entsorgungskonzept nicht gelöst, sondern weiter in die Zukunft verschoben und damit kommenden Generationen aufgebürdet. Dagegen ist, wie in Antwort zu Frage 9 ausgeführt, bereits nach heutigem Kenntnisstand die Wiederaufarbeitung hinsichtlich der zu stellenden Sicherheits- und Umweltschutzanforderungen in vollem Umfang realisierbar.

6. Energieverschwendung:

Die ausgedienten Brennelemente würden insbesondere bei Direktendlagerung in Salz nicht rückholbar endgelagert werden; ein späteres Recycling und damit eine Rückgewinnung von mindestens 30 % der in den Brennelementen ursprünglich enthaltenen Energie - bei künftiger Nutzung fortgeschrittener Reaktoren weit darüber - wäre unmöglich. Der Verzicht auf Wiederaufarbeitung bedeutete eine Energieverschwendung von noch nie gekanntem Ausmaß.

Ein Verzicht auf Wiederaufarbeitung würde auch einen nur schwer revidierbaren Verzicht insbesondere auf die Option Schneller Brüter bedeuten. Die Brüter-Technologie ist bei Bedarf technisch verfügbar. Es kann abgesehen werden, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie damit, wenn erforderlich, wesentlich zur Energieversorgung im kommenden Jahrtausend beitragen kann. Diese Technologie ist derzeit die einzige reale und damit wertvolle Option für eine künftig vielleicht notwendige Energiegewinnung. Verantwortungsbewußte Politik bedeutet, auch diese Option zu erhalten.

Entwicklung des Primärenergieverbrauchs  
in Bayern 1960 - 1973 - 1984

Energieträger	1960	1973	1984
Mio t SKE* (%)	25,0 (100)	51,78 (100)	54,82 (100)
Steinkohle	8,2 (32,8)	3,63 (7,0)	4,35 (7,9)
Braunkohle	4,8 (19,2)	3,20 (6,2)	2,19 (4,0)
Mineralöl	5,7 (22,8)	35,74 (69,0)	28,22 (51,5)
Gas	0,2 (0,8)	3,48 (6,7)	7,19 (13,1)
Wasserkraft und Atomimporte	4,7 (18,8)	4,53 (8,8)	4,33 (7,9)
Sonstige	-	0,62 (1,2)	7,88 (14,4)
sonstige	1,4 (5,6)	0,58 (1,1)	0,66 (1,2)

Tabelle 2

Entwicklung des Endenergieverbrauchs  
in Bayern 1960 - 1973 - 1984

Energieträger	1960	1973	1984
Mio t SKE* (%)	20,4 (100)	36,5 (100)	38,5 (100)
Kohle	10,2 (50,0)	2,2 (5,9)	2,1 (5,5)
Mineralölprodukte	5,9 (28,9)	26,9 (71,8)	23,7 (61,7)
Atom	1,5 (7,3)	4,3 (11,7)	6,2 (16,0)
Gas	0,3 (1,5)	2,9 (8,0)	5,5 (14,1)
Sonstige (1960 Schätzwert)	2,5 (12,3)	0,9 (2,6)	1,0 (2,7)

Mio t SKE = 29,3 PJ

Stromverbrauch und -aufkommen in Bayern  
1960 - 1973 - 1984

	1960	1973	1984
Brutto-Stromverbrauch (Mrd kWh)	16,0	40,2	57,0
Aufkommen:			
Erzeugung im Lande	14,9	36,5	54,1
davon Wasserkraft	8,2	9,3	10,6
Kohle	•	11,0	12,6
Öl	•	11,2	1,3
Gas	•	2,0	4,7
Kernenergie	-	1,8	24,0
Netto-Bezug über Landes- grenzen	1,2	3,6	2,9
=====			

Quelle: Tabelle 1 - 3:

Energieberichte Bayern, StMWV

SO<sub>2</sub>-Emissionen in den Bereichen Haushalte, Industrie und Kraftwerke in Bayern

	1976	1978	1980	1981	1983	1984	1985 <sup>*)</sup>	Abnahme 1976-1985
	t	t	t	t	t	t	t	%
Haushalte und sonst. Kleinverbraucher	119.500	100.000	60.000	52.700	45.000	47.000	~47.000	61 %
Industrie (einschl. Raffinerien)	146.600	139.000	136.000	124.900	120.000	111.000	~108.000	26 %
Kraftwerke Heizkraftwerke Heizwerke (einschl. Strom- erzeugung im industr. Bereich)	430.000	351.000	281.000	270.000	105.000	102.000	~83.000	81 %
	~696.000	~590.000	~477.000	~448.000	~270.000	~260.000	~238.000	66 %

<sup>\*)</sup> vorläufige überschlägige Abschätzung für 1985

Kraftwerke 1988/89 bedeutend weniger als 50 000 t

Tabelle 5

NO<sub>x</sub>-Emissionen in den Bereichen Haushalte, Industrie und Kraftwerke in Bayern

	1976	1978	1980	1981	1983	1985 <sup>*)</sup>	Abnahme 1976 - 1985 %
	t	t	t	t	t	t	
Haushalte und sonst. Kleinverbraucher	25.200	22.900	20.100	18.000	17.000	~17.000	32 %
Industrie (einschl. Raffinerien)	41.500	39.400	40.600	37.100	36.000	~36.000	13 %
Kraftwerke Heizkraftwerke Heizwerke (einschl. Stromer- zeugung im industr. Bereich	76.000	75.400	72.500	69.700	65.000	~55.000	28 %
	~143.000	~138.000	~123.000	~125.000	~118.000	~108.000	25 %

<sup>\*)</sup> Vorläufige überschlägige Abschätzung für 1985

Kraftwerke 1988/89 weniger als 30 000 t

Kernkraftwerke in Europa (Stand April 1986)

	Land	In Betrieb		In Bau	
		Zahl der Blöcke	Elektrische Leistung (brutto) in MW	Zahl der Blöcke	Elektrische Leistung (brutto) in MW
1.	Belgien	8	5.759	-	-
2.	Bulgarien	4	1.760	2	2.000
3.	DDR	5	1.840	6	3.760
4.	Finnland	4	2.400	-	-
5.	Frankreich	46	41.661	16	20.677
6.	Großbritannien	36	9.895	4	2.640
7.	Italien	3	1.344	5	4.004
8.	Jugoslawien	1	660	-	-
9.	Niederlande	2	531	-	-
10.	Österreich	-	-	1	723 *)
11.	Polen	-	-	2	930
12.	Rumänien	-	-	3	1.980
13.	Schweden	12	9.723	-	-
14.	Schweiz	5	3.036	-	-
15.	Sowjetunion	50	32.189	32	33.280
16.	Spanien	8	5.815	7	6.815
17.	Tschechoslowakei	5	2.200	6	3.200
18.	Ungarn	2	880	2	880
$\Sigma$	(ohne BR Deutschland)	191	119.693	87	60.889

Zum

Vergleich:

Bundesrepublik  
Deutschland

20

18.553

5

5.672

\*) Kernkraftwerk Tullnerfeld fertiggestellt, aber nicht in Betrieb genommen

Stromerzeugung aus Kernenergie  
in den Ländern Europas  
im Jahr 1985

Land		Erzeugung aus Kernenergie in Mrd. kWh	Anteil an der Gesamterzeugung (einschl. Industri etc.) in Prozent
1.	Belgien	34,59	60,0
2.	Bulgarien	13,10	31,5
3.	DDR	11,20	9,8
4.	Finnland	18,78	41,0
5.	Frankreich	224,64	65,0
6.	Großbritannien	61,11	19,3
7.	Italien	7,02	4,0
8.	Jugoslawien	4,05	5,0
9.	Niederlande	4,01	6,1
10.	Schweden	58,56	42,3
11.	Schweiz	22,38	46,0
12.	Sowjetunion	160,00	10,4
13.	Spanien	28,01	22,8
14.	Tschechoslowakei	11,80	14,6
15.	Ungarn	5,00	18,5
Zum Vergleich: Bundesrepublik Deutschland		125,9	31,0



Ausschöpfbares Potential regenerativer Energiequellen  
in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2000

chnologie	günstige Variante	ungünstige Variante	Beitrag 1982
Mio t SKE	24,02	15,38	8,44
larenergie,gesamt (Nieder-, Mittel-, ochtemperaturwärme nd Photovoltaik)	2,58	1,55	0,1
rmepumpen	5,95	0,53	0,14
ndenergie	1,85	1,27	-
sserkraft	7,44	7,03	6,38
omasse / Müll	6,20	5,00	1,94
othermie	-	-	-
eresenergie	-	-	-
sserstoff	-	-	-
=====			

elle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin  
und Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und  
Innovationsforschung, Karlsruhe;  
Untersuchung im Auftrage des Bundesministers für  
Wirtschaft "Abschätzung des Potentials erneuerbarer  
Energiequellen in der Bundesrepublik Deutschland" (1985)

S. 80

DLP 10/113 D

## Interpellation

der Abgeordneten Dr. Rothemann, Hiersemann, Kolo, Dr. Seebauer und Fraktion SPD

### Bayerns Ausstieg aus der Kernenergie

Der Ausbau der Kernenergie wurde in Bayern seit Beginn der 80er Jahre schneller und konsequenter durchgesetzt als in anderen Bundesländern. Nach den Unfällen von Windscale und Harrisburg und der fatalen Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erkennen gerade in Bayern immer mehr Menschen, daß die Kernenergie uns in eine Sackgasse führt. Die Kernenergie ist nicht absolut sicher und damit grundsätzlich nicht völlig beherrschbar. Das trotz größter Sicherheitsbestrebungen verbleibende Restrisiko gefährdet nicht nur die Gesundheit und das Leben der Menschen in Bayern, sondern birgt Risiken für die Menschen in ganz Europa. Der Schutz des menschlichen Lebens, die Achtung der Menschenwürde und die Sicherung der körperlichen Unversehrtheit der Menschen begründen die ethische und politische Verpflichtung, in der künftigen Energiepolitik Bayerns grundlegend umzudenken und den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie bereits heute zu planen und einzuleiten. Dieses erfordert die grundsätzliche Umorientierung der bayerischen Energiepolitik auf Energiesparen, erneuerbare Energiequellen und übergangsweise schadstoffarmen Kohlestrom, damit ökologisch- und sozialverträgliche Alternativen zur Kernenergieerzeugung eine bedarfsgerechte, Versorgungssichere und wirtschaftliche Energieversorgung Bayerns auch in Zukunft sicherstellen.

Um die vorhandenen Möglichkeiten und Wirkungen eines schrittweisen Ausstiegs Bayerns aus der Kernenergie bis 1995 genauer zu bestimmen, fragen wir deshalb die Staatsregierung:

- a) Wie beurteilt die Staatsregierung die Auffassung der Bundesregierung, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie insgesamt eine Billion DM kosten würde bzw. welche Mehrkosten erwartet die Staatsregierung bei einem schrittweisen Umstieg Bayerns auf Energiesparen, regenerative Energiequellen, übergangsweise Steinkohle und verstärkt Gas- und Öleinsatz?
- b) Inwieweit gestaltet sich sowohl technisch als auch kostenmäßig gerade in Bayern ein Ausstieg aus der Kernenergie besonders schwierig, weil in Bayern der Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung seit 1981 um 1000 Prozent gesteigert wurde und damit bereits heute einen größeren Anteil hat als es die DIW-Energieprognose der Staatsregierung für das Jahr 2000 erwartete?
- c) Wie schneidet bei einem Vergleich der umgelegten Anschaffungskosten pro installiertes Kilowatt elektrischer Leistung ein Atomkraftwerks im Unterschied zu einem Kohle- oder Windkraftwerk ab?
- d) In welcher Höhe sind nach Kenntnis der Staatsregierung die Reservehaltungskosten bei der Einspeisung von Heizkraftwerken mittlerer Größe im Gegensatz zu Großkraftwerken zu kalkulieren?
2. a) Hält die Staatsregierung ihre von Teilen der Staatsregierung bekundete Bereitschaft, über einen Ausstieg aus der Kernenergie nachzudenken, vereinbar mit dem Einstieg in die Plutoniumswirtschaft durch die WAA bzw. Brutertechnologie?
- b) Wie vereinbart die Staatsregierung einerseits das Angebot des umweltpolitischen Sprechers der CSU, über einen Ausstieg aus der Kernenergie nachzudenken und die Äußerung des Ministerpräsidenten andererseits, daß über einen Ausstieg aus der Kernenergie nur einer reden könne, der entweder Demagoge sei oder von der Sache nichts verstehe?
- c) Teilt die Staatsregierung die Meinung, daß eine Änderung der Energiepolitik, d.h. ein Ersatz der Kernkraft durch Energiesparen, verstärkte Nutzung regenerativer Energien, Ausbau der Blockheizkraftwerke und insbesondere der Kohlenutzung in kraftwärme-gekoppelten Kraftwerken bei starker Emissionssenkung nur dann möglich wird, wenn bereits heute die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden?
- d) Hält die Staatsregierung die bisherige Förderung erneuerbarer Energien mit 193 Mio. DM gegenüber der Kernkraftförderung mit 1192 Mio. DM für 1986 durch den Bund für ausreichend, um von einem ernsthaften Nachdenken über einen Ausstieg aus der Kernenergie sprechen zu können?
3. a) Welche der in Bayern installierten Öl- und Gaskraftwerke können in der Grundlast gefahren werden und in welchen Zeiträumen auf Gas bzw. extrem schwefelarmes Heizöl umgestellt werden?
- b) In welchen bayerischen Kohlekraftwerken könnte durch geeignete Um- bzw. Nachrüstmaßnahmen eine umweltschonende Stromerzeugung im Grundlastbereich mittelfristig ermöglicht werden?
- c) Wie hoch schätzt die Staatsregierung das Potential kraftwärme-gekoppelter Kraftwerke inklusive Blockheizkraftwerke für die Stromerzeugung bei konsequenter Ausweitung der Fern- und Nahwärme ein?
- d) Sieht die Staatsregierung neben dem Neubau von schadstoffarmen Steinkohlekraftwerken auf Importkohlebasis noch andere Möglichkeiten für die kurz- bis mittelfristige Substitution der Kernenergie im Grundlastbereich?
4. a) In welchem Zeitraum ist nach Meinung der Staatsregierung in Bayern der Ausstieg aus der Kernenergie technisch denkbar und wirtschaftlich und sozial vertretbar?
- b) Welcher Zeitraum ist nach Auffassung der Staatsregierung für die technische Umstellungsphase von größeren Zentralheizungsanlagen auf Blockheizkraftwerke anzusetzen?
- c) Mit welcher Dauer muß nach Ansicht der Staatsregierung für die technische Bauzeit und verfahrensmäßige Verfahrensabwicklung beim Bau von Heizkraftwerken gerechnet werden?

- d) In welcher Zeit und mit welchen Kosten könnten die zum Großteil vor Mitte der 70er Jahre errichteten Steinkohlekraftwerke durch neue, technisch größere Anlagen an den alten Standorten ersetzt werden, wobei als Maßstab für die Rauchgasreinigung der Münchner Standard für Schwefeldioxid von 25 mg/cbm und für Stickoxid von 100 mg/cbm zu gelten hat?
5. Wie beurteilt die Staatsregierung die Arbeitsplatzwirkungen, wenn an den heutigen Standorten der vier Kernkraftblöcke in Bayern neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 600 MW gebaut und in Betrieb genommen werden?
6. a) Welche Blockgröße ist nach Auffassung der Staatsregierung für Heizkraftwerke unter dem Gesichtspunkt der Regelbarkeit optimal, um in den Sommermonaten ein Minimum an Aufwärmung der Gewässer zu erzielen?
- b) Mit welchem Entwicklungspotential darf nach Auffassung der Staatsregierung bei der Rauchgasreinigung für Braunkohle bei Brennstoffeinsatz in Kraftwerken gerechnet werden?
- c) Sieht es die Staatsregierung für geboten an, durch einen befristeten erhöhten Gaseinsatz bzw. Einsatz von schwefelarmem Heizöl, die gegenwärtig noch ungelösten Probleme der Rauchgasreinigung bei Hartbraunkohle zu überbrücken?
- d) In welchem Zeitraum können in Bayern neue fossil befeuerte Kraftwerke ans Netz gehen, die voll den modernsten Umweltstandards entsprechen und für den Dauerbetrieb geeignet sind?
7. a) Welche Möglichkeiten sind nach Auffassung der Staatsregierung geeignet, die bestehenden Lastspitzen der Stromnachfrage abzubauen, damit kostenünstigste Lastzustände sowohl kraftwerks- als auch netzseitig vermindert werden können?
- b) Ist die Staatsregierung bereit, zur Verstärkung der Stromnachfrage auch im gewerblichen Bereich entsprechende Empfehlungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen anzuregen, insbesondere bei den Unternehmen, an denen der Freistaat Kapitalanteile hält?
- c) Welche Möglichkeiten der Energieeinsparung sieht die Staatsregierung in der Verbreitung von elektrischen Geräten mit abgesenktem spezifischen Energieverbrauch und für den Einsatz neuer energiesparender Technologien in den Privathaushalten?
8. a) Welche ergänzenden Beratungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende und sozial-öffentliche Einrichtungen sind nach Meinung der Staatsregierung geeignet, den Informationsstand über Energiesparmöglichkeiten und den Einsatz rationeller Energietechniken zu vergrößern?
- b) Welche Einspareffekte im Elektrizitätsverbrauch sieht nach Auffassung der Staatsregierung auf das bayrische Programm zur rationellen Energieverwendung zurückzuführen?
- c) Auf welche neue Projekte zur Energieeinsparung sollte dieses Programm ausgeweitet werden?
9. Welchen Sinn sieht die Staatsregierung darin, daß nach dem geltenden Standortsicherungsplan für Bayern an kühllastgeeigneten Standorten für Wärmekraftwerke entweder zwei Kernkraftwerksblöcke mit zusammen 2600 MW oder nur ein Kohlekraftwerk mit 600 MW errichtet werden dürfen?

Die Interpellation der SPD zielt insgesamt auf die Frage, ob, in welchem Zeitraum und mit welchen Auswirkungen ein Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie möglich ist. Die an sich entscheidende Vorfrage, ob und aus welchen Gründen ein solcher Ausstieg für notwendig erachtet wird, wird aber in dieser Interpellation nicht mehr zur Diskussion gestellt. Es wird statt dessen lediglich einleitend u.a. unter Hinweis auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine "ethische und politische Verpflichtung" zum Ausstieg aus der Kernenergie unterstellt.

Die Staatsregierung weist die Auffassung, daß nur der Ausstieg aus der Kernenergie der ethischen und politischen Verpflichtung gerecht werde, entschieden zurück. Zwar sprechen sich viele Menschen unter dem Eindruck der weitreichenden Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl für einen solchen Ausstieg aus ethischen und moralischen Erwägungen aus. Doch kann die Staatsregierung gerade aus ethischen und moralischen Gründen, die von ihr die bestmögliche Wahrung des Wohls der Allgemeinheit fordern, aus folgenden Erwägungen derzeit einen Ausstieg aus der Kernenergie nicht verantworten:

Die Staatsregierung hat die Kernenergie nie als völlig risikofreie Möglichkeit der Energieversorgung betrachtet; eine solche Energieversorgung gibt es nicht und wird es nicht geben. Ihre Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie beruht vielmehr auf der Abwägung unterschiedlicher Risiken und Vorteile und der dabei gewonnenen Überzeugung, daß unter Berücksichtigung der heute möglichen und bei uns angewendeten Sicherheitstechnik die ver-

./.

bleibenden Risiken der Kernenergienutzung geringer wiegen als die - zweifellos andersartigen - Risiken, die mit einem Verzicht auf die Kernenergienutzung verbunden wären.

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat dieses Abwägungsergebnis nicht widerlegt. Denn dieser Unfall hat nicht das sog. Restrisiko der Kerntechnik in der Bundesrepublik Deutschland offenbart, bei der die Sicherheit absolute Priorität hat, sondern das Risiko einer hierzulande nicht verfolgten Kernenergiepolitik, die die Sicherheitsbelange anscheinend in unverantwortlicher Weise hintangestellt hat.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß die meisten Länder um die Bundesrepublik Kernkraftwerke betreiben, z.T. unmittelbar in Grenznähe, z.T. mit wesentlich geringerem Sicherheitsstandard, als er bei unseren Anlagen gewährleistet ist. Es ist unrealistisch, davon auszugehen, daß diese Länder auf absehbare Zeit auf die Kernenergienutzung verzichten werden. Die Staatsregierung sieht daher eine ethische und politische Verpflichtung nicht darin, die weltweit sichersten Kernkraftwerke im eigenen Land abzuschalten, sondern gerade im Hinblick auf die Verantwortung für Mensch und Umwelt darauf hinzuwirken, daß der hohe Sicherheitsstandard unserer Anlagen auch international übernommen wird. Mit einem Ausstieg aus der Kerntechnik würde die Bundesrepublik ihre Vorreiterrolle bei der weiteren Verbesserung der Reaktorsicherheitstechnik aufgeben. Damit würde die Bestimmung des hinzunehmenden Risikos der Kernenergienutzung letztlich den Sicherheitsanforderungen anderer Länder überlassen werden, die sich heute bereits z.T. mit einem geringeren Sicherheitsstandard begnügen.

Gerade der Reaktorunfall von Tschernobyl und die u.a. von der Sowjetunion bereits erklärte Entschlossenheit, die Kernenergienutzung weiter auszubauen, haben die Notwendigkeit wegen der grenzüberschreitenden Auswirkungen eines solchen Unfalls deut-

ich gemacht, die Einflußmöglichkeiten der Bundesrepublik zur Verbesserung der internationalen Reaktorsicherheit zu verstärken, statt sie durch einen Ausstieg aus dieser Technologie aufzugeben.

Die Staatsregierung hält einen internationalen Verzicht auf die Kernenergie aber nicht nur für unwahrscheinlich, sondern auch nicht für wünschenswert, solange nicht bessere Alternativen zur Lösung der weltweiten Energieversorgungsprobleme verfügbar sind. Die weltweite Energieversorgungssituation kann bei der Diskussion über die Verantwortbarkeit eines Ausstiegs der Bundesrepublik aus der Kernenergie nicht ausgeklammert bleiben, wie dies in der Interpellation der SPD geschieht. Gerade wenn der Ausstieg aus der Kernenergie ethisch begründet sein soll, muß die Frage eines möglichen Verzichts weltweit gestellt und beantwortet werden.

Ein weltweiter Verzicht auf die Kernenergienutzung wäre heute und in überschaubarer Zukunft überhaupt nur durch einen massiven Rückgriff auf fossile Energieträger (Kohle, Öl, Gas) möglich und hätte damit sowohl in ökonomischer als auch ökologischer Hinsicht unausweichlich schwerwiegendste Folgen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ressourcen dieser Energieträger, vor allem die wirtschaftlich gewinnbaren, begrenzt sind und gerade ihr forcierter Verbrauch auch die Frage der Verantwortbarkeit gegenüber zukünftigen Generationen aufwirft. Hinzu kommt, daß schon aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung vor allem in den Entwicklungsländern und aufgrund des dort bestehenden Nachholbedarfs mit einem weltweit weiter steigenden Energiebedarf zu rechnen ist. Ob Industrieländer wie die Bundesrepublik Deutschland es sich leisten können, durch Verzicht auf die Kernenergie nur weiteren Verknappung und Verteuerung der fossilen Energien

beizutragen und dadurch gerade den unterentwickelten Ländern mit der Energie auch das Recht auf ein Leben in angemessenen wirtschaftlichen Verhältnissen streitig zu machen, ist ebenfalls eine Frage der ethischen Verantwortbarkeit.

Darüber hinaus ist die Verbrennung fossiler Energien nicht etwa nur mit möglichen Risiken, sondern mit ganz realen Belastungen für Mensch und Umwelt verbunden.

Die Umweltdiskussion der vergangenen Jahre, die erheblichen Anstrengungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verringerung der fossilen Schadstoffemissionen und die entsprechenden Forderungen an die europäischen Nachbarländer würden zunichte gemacht, wenn in unserem Lande die Kernenergie durch Mehreinsatz gerade dieser fossilen Energien ersetzt und damit die Umwelt wieder stärker anstatt weniger belasten würde. Vor allem aber ist dabei auf das Problem der technisch nicht vermeidbaren Zunahme der  $\text{CO}_2$ -Konzentration in der Atmosphäre, die durch die Verbrennung fossiler Energieträger erfolgt, und das damit verbundene Risiko einer globalen Klimaveränderung zu sehen, die sich für die Welt eines Tages als weit folgeschwerer und irreversibler erweisen kann als selbst der größte Unfall bei der Kernenergienutzung.

Die Erschließung neuer Energiequellen, besonders der Sonnenenergie, möglicherweise auch der Fusionsenergie, sieht die Staatsregierung als wichtige Aufgabe der globalen langfristigen Zukunftssicherung. Die Hoffnung, daß diese Energiequellen vielleicht im nächsten Jahrhundert zur Hauptenergiequelle werden könnten, begründet jedoch für die Energiepolitik heute und in überschaubarer Zukunft mit Sicherheit keine Möglichkeit zum Verzicht auf die Kernenergie.



- V - DLP 14113 D

Gleiches gilt auch für die Energieeinsparung durch rationellere Energienutzung, die zweifellos weiter verbessert werden kann und muß. Dadurch können Probleme der Energieversorgung bei uns wie weltweit entschärft und energiepolitische Entscheidungsspielräume eröffnet werden. Die Frage ist jedoch auch hier, ob solche Spielräume gerade den Verzicht auf Kernenergie oder nicht eher auf die Verbrennung fossiler Rohstoffe ermöglichen sollen.

Angesichts der Kürze der Zeit, die für die Beantwortung der umfangreichen und z.T. detaillierten Fragen der Interpellation zur Verfügung stand, konnten die Fragen im folgenden nicht erschöpfend behandelt werden. Z.T. ist eine exakte Beantwortung nur nach eingehenden, auch gutachtlichen Untersuchungen möglich. Dies gilt vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs, wenngleich dieser Gesichtspunkt offensichtlich von der SPD in ihren Fragestellungen als nicht relevant angesehen wird.

A n t w o r t

der

Bayerischen Staatsregierung

B e a n t w o r t u n g

durch den

Bayerischen Staatsminister für

Wirtschaft und Verkehr

Anton Jaumann

am

17. Juli 1986

DLP 14 113 D

- 1.a) Wie beurteilt die Staatsregierung die Auffassung der Bundesregierung, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie insgesamt eine Billion DM kosten würde bzw. welche Mehrkosten erwartet die Staatsregierung bei einem schrittweisen Umstieg Bayerns auf Energiesparen, regenerative Energiequellen, Übergangsweise Steinkohle und verstärkt Gas- und Öleinsatz?

Zu den wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie hat sich der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Dr. Dieter von Würzen, namens der Bundesregierung am 23. Mai 1986 wie folgt schriftlich geäußert:

"Die wirtschaftlichen Folgen eines sofortigen Ausstiegs aus der Kernenergie wären schwerwiegend: Die Sicherheit der Versorgung mit elektrischer Energie wäre nicht mehr wie bisher eindeutig gewährleistet, ein unvermeidbar mit einem Kernenergieverzicht verbundenes höheres Strompreinsniveau würde die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen beeinträchtigen und Arbeitsplätze gefährden.

Bei einem sofortigen Abschalten aller Kernkraftwerke müßten rd. 36 % des Stromaufkommens der öffentlichen Versorgung ersetzt werden. Zwar verfügt die Elektrizitätswirtschaft über Reservekapazitäten, insbesondere Öl- und Gaskraftwerke, deren Einsatz nach den Ölkrisen der 70er Jahre schrittweise reduziert wurde. Angesichts der Größenordnung des Kernenergieanteils an der öffentlichen Stromversorgung (regional bis zu 70 %) könnten aber bis zur Errichtung neuer Kraftwerke auch Versorgungsausfälle nicht ausgeschlossen werden. Das gilt insbesondere für unvorhergesehene Kraftwerksausfälle und/oder witterungsbedingte Mehrnachfrage, weil die für solche Fälle bereitgehaltenen Reservekapazitäten dann nicht mehr zur Verfügung stünden. Dies wiederum müßte beträchtliche Produktionsausfälle zur Folge haben, weil unabhängig von der Stromintensität eines Unternehmens im einzelnen ohne Funktionieren der Stromversorgung nahezu jeder Produktionsprozeß zum Erliegen kommt. Ein Ersatz des Kernenergiestroms könnte auch unter Berücksichtigung weiterer Energieeinsparung oder des verstärkten Einsatzes alternativer Energiequellen im wesentlichen nur durch fossile Energieträger gedeckt werden.

./.

Der zusätzliche Einsatz fossiler Brennstoffe würde erhebliche zusätzliche Belastungen der Umwelt durch Schwefeldioxid und Stickoxide wie auch andere Schadstoffe zur Folge haben. Allein um den 1985 in der Bundesrepublik aus Kernenergie produzierten Strom aus Steinkohle zu erzeugen, müßten zusätzlich 40 Mio t Steinkohle verstromt werden.

Gleichzeitig würde das in den vergangenen Jahren erreichte hohe Maß an Versorgungssicherheit verlorengehen. Die Stromversorgung würde erneut zu einem nicht unwesentlichen Teil von Energieeinführungen und damit auch von möglichen neuen Versorgungsstörungen abhängig werden.

Im einzelnen kaum abschätzbar sind die Auswirkungen einer zwangsläufig mit einem Verzicht auf Kernenergie verbundenen Verteuerung der Stromversorgung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, von der Arbeitsplätze wie Wohlstand aller Bürger in gleicher Weise abhängen. Dies gilt in besonderem Maße für stromintensive Industrien, für die der Strompreis zu den wesentlichsten Kostenfaktoren zählt. Eine erste vorläufige Abschätzung der Mehrkosten der öffentlichen Stromversorgung für den Fall einer sofortigen Abschaltung aller Kernkraftwerke führt zu durchschnittlich höheren jährlichen Stromversorgungskosten in der Größenordnung von 20 - 25 %, die zu den noch bevorstehenden Kostenerhöhungen aufgrund von Umweltschutzinvestitionen hinzuzurechnen wären. Dabei würden u.a. die höheren Betriebskosten fossil befeuerter Kraftwerke, die Kosten der Errichtung von Ersatzkraftwerken, die Restabschreibung der abgeschalteten bzw. nicht fertiggestellten Kernkraftwerke - jeweils bezogen auf eine an üblichen Zinsraten und Laufzeiten orientierte Annuität - berücksichtigt.

Eine höhere Nachfrage nach fossilen Brennstoffen als Folge des Verzichts auf Kernenergie, könnten generell zu einem neuen Energiepreisschub führen und auch die Stromversorgungskosten weiter erhöhen. Dies gilt insbesondere, wenn die Abschaltungen nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt blieben. Die Energiekrisen der 70er Jahre haben gezeigt, daß bereits ein relativ geringer Nachfrageüberhang unverhältnismäßige Energiepreissteigerungen auslösen kann. Im Gegensatz zu fossil befeuerten Kraftwerken ist Kernenergie wegen der Kostenstruktur mit einem Anteil der Brennstoffkosten an den Stromerzeugungskosten in der Größenordnung von nur rd. 20 % relativ unempfindlich gegenüber Energiepreissteigerungen.

Nicht gering eingeschätzt werden darf auch der psychologische Effekt einer so gravierenden Änderung der Rahmen- und Planungsdaten für die Unternehmen. Die damit einhergehende Verunsicherung über die weitere Entwicklung dürfte zumindest vorübergehend zu einer erheblichen Reduzierung der Investitionspläne führen und könnte damit kurzfristig eine rezessive Entwicklung

einleiten mit entsprechenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Dadurch und durch etwaige Entschädigungsmaßnahmen könnten schließlich auch erhebliche Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zukommen."

Die Staatsregierung hat in ihrer Antwort zu Frage 3 der CSU-Interpellation "Zukünftige Energiepolitik in Bayern" die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie ähnlich schwerwiegend beurteilt. Auf diese Darlegungen wird Bezug genommen. Die Staatsregierung hat u.a. dargelegt, daß sie nach einer groben Kostenabschätzung mit volkswirtschaftlichen Mehrbelastungen rechnen würde, die einem Strompreisschub in der Größenordnung von bis zu 30 %, das sind rd. 17 Mrd DM pro Jahr, entsprächen.

Die Staatsregierung hat dort weiter ausgeführt, daß sich diese Mehrkosten noch erhöhen würden, wenn man beim Ersatz der Kernkraftwerksleistung utopische Vorstellungen verwirklichen würde, wie sie seit dem Tschernobyl-Unfall von Kernkraftgegnern wieder verstärkt propagiert werden. Sie hat auch anhand eines Beispiels demonstriert, welche gigantischen Kosten entstehen würden, wollte man schon heute Kernstrom durch Solarstrom ersetzen. Unter solchen oder ähnlichen Prämissen ist die Meldung der SZ vom 23.5.1986 (Kernenergie-Ausstieg kostet 1 Billion DM), der angeblich eine Szenario-Rechnung eines Mitarbeiters des BMFT zugrunde liegt, keineswegs abwegig.

1.b) Inwieweit gestaltet sich sowohl technisch als auch kostenmäßig gerade in Bayern ein Ausstieg aus der Kernenergie besonders schwierig, weil in Bayern der Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung seit 1981 um 1000 % gesteigert wurde und damit bereits heute einen größeren Anteil hat als es die DIW-Energieprognose der Staatsregierung für das Jahr 2000 erwartete?

Die behauptete Steigerung des Kernenergieanteils an der Stromerzeugung seit 1981 um 1000 % trifft nicht zu. Bei einem Anteil im Jahr 1981 von 12,7 % (öffentliche Versorgung) hat sich der Kernenergieanteil 1985 gegenüber 1981 mit rd. 62 % etwa verfünffacht.

Richtigzustellen ist auch der in der Interpellation mehrfach vermittelte Eindruck, daß der Ausbau der Kernenergie in Bayern besonders seit Beginn der 80er Jahre forciert worden sei. Planung, Genehmigung und Baubeginn der heute in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Bayern erfolgten Ende der 60er bzw. in den 70er Jahren. Seit 1980 wurde in Bayern lediglich mit dem Bau eines einzigen weiteren Kernkraftwerksblocks (Isar 2) begonnen und dabei wird es aller Voraussicht nach zumindest auch für den Rest dieses Jahrzehnts bleiben.

Auch der Hinweis, daß der heutige Kernenergieanteil an der bayerischen Stromerzeugung höher sei als in der DIW-Prognose von 1983 angenommen, vermittelt den falschen Eindruck eines zu forcierten Kernenergieausbaus. Tatsächlich entspricht die derzeit in Betrieb und im Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität sowohl quantitativ als auch in zeitlicher Hinsicht exakt den Annahmen in dem genannten DIW-Gutachten. Daß gleichwohl der Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie deutlich über dem prognostizierten Anteil liegt, hat seinen Grund ausschließlich in der hohen Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der Anlagen. Während nämlich

as Gutachten in vorsichtiger Annahme 6.000 bis 6.500 Vollastbenutzungsstunden für Kernkraftwerke zugrunde gelegt hat, konnten die bayerischen Kernkraftwerke aufgrund ihrer hohen Betriebszuverlässigkeit 1985 über 7.500 Vollastbenutzungsstunden erzielen.

ichtig ist jedoch, daß der Anteil der Kernenergie an der öffentlichen Stromerzeugung in Bayern deutlich über dem Bundesdurchschnitt von mittlerweile wohl an die 40 % liegt. Gleiches gilt allerdings - sogar noch deutlicher - z.B. für Hessen und Hamburg. Die Notwendigkeit für diesen vergleichsweise stärkeren Kernenergieausbau ergab sich für Bayern nicht nur durch die hierberdurchschnittlich hohe Strombedarfszunahme, sondern vor allem auch durch die nach der Ölkrise 1973 dringlich gewordene Umstrukturierung des bayerischen Kraftwerksparks "weg vom Öl", von dem die Stromerzeugung Bayerns noch Mitte der 70er Jahre zu über 5 % abhängig war. Da abgesehen von dem begrenzten Beitrag der zugehend bereits genutzten Wasserkraft Bayern über keine Möglichkeit verfügt, den Bedarf an Grundlaststrom auf andere Weise als durch Kernenergie hinreichend versorgungssicher, kostengünstig und umweltschonend zu decken, ergab sich hier zwangsläufig ein höherer Anteil der Kernenergie als etwa in Nordrhein-Westfalen, wo man sich ungeachtet der heute grundsätzlich ablehnenden Haltung der dortigen Landesregierung zur Kernenergie auf die immer noch äußerst kostengünstige und sicher verfügbare Braunkohle stützen konnte.

omit ist der Kernenergieausbau in Bayern weder in dem behaupteten Ausmaß noch in dem genannten Zeitraum forciert worden. Die Nutzung der Kernenergie ist so ausgebaut worden, wie zwingende sachliche Gründe dies erforderten. Ansonsten ist es selbstverständlich, daß ein höherer Kernenergieanteil, wie er in Bayern ebenso wie in einigen anderen Regionen gegeben ist, einen Ausstieg aus der Kernenergie schwieriger machen würde.

- 1.c) Wie schneidet bei einem Vergleich der umgelegten Anschaffungskosten pro installiertes Kilowatt elektrischer Leistung ein Atomkraftwerk im Unterschied zu einem Kohle- oder Windkraftwerk ab?

Für die Frage der Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung in Bezug auf die einzelnen Primärenergieträger sind nicht allein die Investitionskosten maßgeblich, sondern die gesamten Stromerzeugungskosten. Diese beinhalten neben den Investitionskosten auch die Betriebskosten, insbesondere die Brennstoffkosten.

Die Investitionskosten eines Kernkraftwerkes der 1.300-MW-Klasse belaufen sich derzeit auf ca. 4.000,-- DM pro installiertes Kilowatt (kW) elektrischer Leistung. Bei einem konventionellen Kohlekraftwerk betragen die spezifischen Investitionskosten einschließlich der Ausgaben für den Umweltschutz etwa 2.000,-- bis 2.500,-- DM/kW. Die spezifischen Investitionskosten großer Windkraftanlagen können aufgrund der bisher ausgeführten Anlagen nur schwer abgeschätzt werden; sie dürften etwa bei 7.000,-- bis 10.000,-- DM/kW liegen. Mit kleineren Anlagen im Bereich von etwa 5 bis 50 kW liegen bereits umfangreichere Erfahrungen vor; deren spezifische Anlagenkosten betragen etwa 2.500,-- bis 5.000,-- DM/kW. Ein Vergleich der Anschaffungskosten von Windenergieanlagen mit denen von Kohle- oder Kernkraftwerken ist allerdings nur bedingt möglich, da sich die spezifischen Investitionskosten auf die sog. Nennleistung und nicht auf die regelmäßige Leistungsfähigkeit der Windkraftanlagen beziehen. Windenergie stellt eine in der Verfügbarkeit weitgehend unsichere Energiequelle dar und kann daher in der Regel andere Kraftwerkskapazitäten nicht ersetzen. Das heißt, daß für eine gesicherte Stromversorgung entsprechende konventionelle Kraftwerksleistungen zusätzlich installiert, also finanziert werden müssen.



Die Brennstoffkosten eines Kernkraftwerks sind derzeit einschließlich Entsorgung mit 3,5 Pf/kWh anzusetzen. In Steinkohlekraftwerken ergeben sich bei Einsatz deutscher Steinkohle Brennstoffkosten in Höhe von knapp 10 Pf/kWh, der Energieträger Wind steht "kostenlos" zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung der Investitions- und Brennstoffkosten, der sonstigen Betriebskosten, der Lebensdauer und der Arbeitsverfügbarkeit ergeben sich bei einer Jahresbenutzungsdauer von 7.000 Stunden finanzmathematische Durchschnittskosten der Stromerzeugung für Kernkraftwerke in Höhe von etwa 13 Pf/kWh, für Steinkohlekraftwerke in Höhe von etwa 18 Pf/kWh. Für Windkraftanlagen ergeben sich Erzeugungskosten in Höhe von 30 bis 30 Pf/kWh, wobei nicht berücksichtigt ist, daß diese Stromerzeugung wegen der Windflauten nicht gesichert ist.

Trotz der "Kostenlosigkeit" des Windes liegen die Stromerzeugungskosten von Windkraftanlagen in der Regel also weit über den Durchschnittskosten der herkömmlichen Stromgewinnung und -versorgung. Ein wirtschaftlicher Vorteil kann dennoch in "Inselanlagen" gegeben sein, wo keine Anbindung an die öffentliche Stromversorgung existiert und nur mit sehr hohen Anschlußkosten hergestellt werden könnte.

.d) In welcher Höhe sind nach Kenntnis der Staatsregierung die Reservehaltungskosten bei der Einspeisung von Heizkraftwerken mittlerer Größe im Gegensatz zu Großkraftwerken zu kalkulieren?

Heizkraftwerke erzeugen im Koppelprozeß Strom und Wärme. Großkraftwerke erzeugen, wenn sie als Kondensationsanlagen ausgelegt sind, ausschließlich Strom. Da beide Kraftwerkstypen grundsätzlich zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden, können sie nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden.

Es gibt verschiedene Anlagentypen von Heizkraftwerken: Neben Blockheizkraftwerken und Gasturbinenanlagen mit Abhitzekessel sind vor allem Dampfkraftwerke mit Entnahmekondensationsturbiner (Entnahmekondensationskraftwerk) und mit Gegendruckturbinen (Gegendruckkraftwerk) gebräuchlich.

In einem Gegendruckkraftwerk kann Strom nur in dem Maße erzeugt werden, wie Fernwärme abgenommen wird. In Zeiten ohne Fernwärmebedarf kann diese Anlage auch keinen Strom erzeugen. In den Sommermonaten, wo abgesehen von Industriebetrieben mit einem z.T. ganzjährigen Wärmebedarf keine Fernwärme benötigt wird, ist aber noch ein beträchtlicher Strombedarf vorhanden, der dann in Anlagen, die nur Strom erzeugen, in der Regel also in großen Kondensationskraftwerken, erzeugt werden muß.

In einem Entnahmekondensationskraftwerk kann auch dann Strom erzeugt werden, wenn keine Fernwärme ausgekoppelt wird. Wenn aber im Winter ein erheblicher Fernwärmebedarf besteht, geht aus physikalisch/technischen Gründen die Stromerzeugung zurück, obwohl während der winterlichen Höchstlasttage neben dem Wärmebedarf auch der Strombedarf maximal ist. Auch in diesem Fall müssen reine Stromerzeugungsanlagen ausgleichen, das heißt die verminderte Stromerzeugung in solchen Heizkraftwerken bei maximaler Fernwärmeauskopplung kompensieren.

Grundsätzlich gilt, daß viele kleinere Blockeinheiten auch eine kleinere Reservehaltung erfordern und somit hierfür geringere Kosten anfallen. Große Blöcke führen aber zu einer erheblichen Kostendegression bei den Investitionen und auch bei Betrieb und Unterhalt der Anlagen, welche die Reservehaltungsnachteile bei weitem überwiegen. Die Reservehaltung ist im übrigen sehr stark von den Verhältnissen des jeweiligen Versorgungsunternehmens abhängig (Höhe des Stromabsatzes und Leistungsbedarfs, Höhe der vorhandenen Kraftwerkskapazität, Vertragsbeziehungen zu Vorlieferanten u.a.), und läßt sich daher nicht pauschal beantworten.

2.a) Hält die Staatsregierung ihre von Teilen der Staatsregierung bekundete Bereitschaft, über einen Ausstieg aus der Kernenergie nachzudenken, vereinbar mit dem Einstieg in die Plutoniumswirtschaft durch die WAA bzw. Brütertechnologie?

Aus einer bekundeten Bereitschaft, über Fragen der weiteren friedlichen Nutzung der Kernenergie nachzudenken, Alternativen hierzu zu diskutieren und ihre Vor- und Nachteile sorgfältig abzuwägen, läßt sich kein Widerspruch zu dem von der Staatsregierung vertretenen und gesetzlich gebotenen Entsorgungsweg für Kernkraftwerke herleiten.

Solange bessere Alternativen zur Stromerzeugung realistischerweise nicht in Sicht sind, hält die Staatsregierung, wie wiederholt auch im Plenum des Landtags bekundet, einen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie für nicht verantwortbar. Sie hält den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf auch nach dem Kernkraftwerksunfall von Tschernobyl aus den mehrfach dargelegten Gründen für erforderlich. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 9 der o.a. CSU-Interpellation verwiesen.

- 2.b) Wie vereinbart die Staatsregierung einerseits das Angebot des umweltpolitischen Sprechers der CSU, über einen Ausstieg aus der Kernenergie nachzudenken, und die Äußerung des Ministerpräsidenten andererseits, daß über einen Ausstieg aus der Kernenergie nur einer reden könne, der entweder Demagoge sei oder von der Sache nichts verstehe?

Die Staatsregierung mit ihrem Ministerpräsidenten befaßt sich selbstverständlich mit der Frage, ob es bessere Energieversorgungssysteme als die heutigen gibt. Sie denkt dabei nicht nur über die Möglichkeit des Ausstiegs aus der Kernenergie, sondern auch über die Verringerung der Verbrennung fossiler Energieträger nach. Deshalb wird auch die Erforschung und Entwicklung neuer Energietechnologien und die Verbesserung unserer heutigen Systeme gefördert.

Über den Ausstieg aus der Kernenergie nachzudenken mit dem Ziel einer Verbesserung der Energieversorgung ist eine Sache, den Ausstieg aus der Kernenergie heute zu propagieren, ohne realistische bessere Alternativen verfügbar zu haben, ist jedoch eine andere. Entscheidend ist das Ergebnis des Nachdenkens. Daß es bei diesem Ergebnis keinerlei Dissens zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem umweltpolitischen Sprecher der CSU gibt ist im Plenarprotokoll der 106. Sitzung des Bayerischen Landtag vom 14. Mai 1986 nachhaltig dokumentiert.

- .c) Teilt die Staatsregierung die Meinung, daß eine Änderung der Energiepolitik, d.h. ein Ersatz der Kernkraft durch Energiesparen, verstärkte Nutzung regenerativer Energien, Ausbau der Blockheizkraftwerke und insbesondere der Kohlenutzung in kraft-wärme-gekoppelten Kraftwerken bei starker Emissionssenkung nur dann möglich wird, wenn bereits heute die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden?

Die Staatsregierung ist der Auffassung, daß ein Ersatz der Kernkraft durch die hier vorgeschlagenen Maßnahmen, nämlich Energiesparen, verstärkte Nutzung regenerativer Energien, Ausbau von Blockheizkraftwerken und Nutzung von Kohlekraftwerken mit Kraft-wärme-Kopplung bei starker Emissionssenkung, weder heute noch in der überschaubaren Zukunft möglich sein wird.

- .d) Hält die Staatsregierung die bisherige Förderung erneuerbarer Energien mit 193 Mio DM gegenüber der Kernkraftförderung mit 1.192 Mio DM für 1986 durch den Bund für ausreichend, um von einem ernsthaften Nachdenken über einen Ausstieg aus der Kernenergie sprechen zu können?

In dem Bemühen, die Energieversorgung weitestgehend zu diversifizieren, wurden in den letzten 13 Jahren die Einsatzmöglichkeiten erneuerbarer Energiequellen verstärkt untersucht und die Entwicklung von Techniken zu ihrer Nutzung auf breiter Basis aufgenommen. Hierbei hat sich gezeigt, daß trotz aller Bemühungen kein großer Durchbruch gelungen ist. Anders als die Kernenergie, die heute über 1/3 des Stroms für die öffentliche Versorgung der Bundesrepublik Deutschland liefert, bieten die erneuerbaren Energiequellen mittelfristig keine Aussicht, einen größeren Beitrag zur Gesamtenergieversorgung leisten zu können. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine neuere Untersuchung, die im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft durchgeführt wurde. In dieser Untersuchung wurde das ausschöpfbare Gesamtpotential

erneuerbarer Energiequellen für das Jahr 2000 mit ca. 24 Mio t SKE bei der günstigen Variante und ca. 15,4 Mio t SKE bei der ungünstigen Variante abgeschätzt. Das entspricht etwa 6,4 bzw. 4,1 % des gegenwärtigen jährlichen Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Stellt man dabei in Rechnung, daß die berücksichtigten Wasserkräfte und Müllverwertungstechniken in der Bundesrepublik Deutschland bereits heute ca. 9 Mio t SKE betragen, so können bis zum Jahr 2000 nur etwa 2 bis 4 % unseres Energieverbrauchs zusätzlich durch erneuerbare Energiequellen abgedeckt werden (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 6 der Interpellation "Künftige Energiepolitik in Bayern", Drs. 10/10463).

Erneuerbare Energiequellen stellen damit mittelfristig keine Alternative zur Nutzung der Kernenergie dar. Gleichwohl ist es geboten, die Weiterentwicklung und Anwendung von Technologien zur wirtschaftlichen Nutzung erneuerbarer Energiequellen mit allen Kräften voranzutreiben. Dieses Ziel wird durch verschiedene Maßnahmen verfolgt. Eine davon ist die Forschungsförderung des Bundesministers für Forschung und Technologie, für die im Jahr 1986 Mittel in Höhe von 193 Mio DM vorgesehen sind. Bei diesem Betrag ist aber zu berücksichtigen, daß für einen überwiegenden Teil dieser Mittel eine Förderquote von ca. 50 % besteht. Das heißt, daß mit diesen Mitteln Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in fast der doppelten Höhe initiiert werden.

Darüber hinaus wird einschlägige Forschungsarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrieben, an deren Finanzierung im übrigen auch die Länder im Rahmen der institutionellen Förderung beteiligt sind. Beträge lassen sich nicht angeben, doch kommen auch hier beträchtliche Mittel zum Einsatz.

Pilot- oder Demonstrationsvorhaben werden auch von verschiedenen ländereigenen Programmen gefördert. So wurden und werden in Bayern Vorhaben zur Entwicklung und Einführung neuer Energietechnologien im Rahmen des "Programms zur Förderung neuer Technologien zur rationellen Energiegewinnung und -verwendung" gefördert.

Auch die Europäischen Gemeinschaften haben ihre finanzielle Förderung laufend (derzeit etwa 130 Mio DM/Jahr) erhöht. Die besondere, aber nicht quantifizierbare Bedeutung dieser Förderung liegt darin, daß Erkenntnisse eines Landes verstärkt auch von den Mitgliedsstaaten genutzt werden können.

Schließlich haben auch zahlreiche Industriebranchen ohne staatliche Förderung Entwicklungen vorangetrieben, wo ausreichende Chancen zur Durchsetzung am Markt gesehen wurden.

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Forschungs- und Entwicklungsphase bei einem Großteil von Systemen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen abgeschlossen sind und solche Systeme bereits am Markt angeboten werden. Einer breiten Markteinführung stehen vor allem hohe Anschaffungskosten entgegen. Es ist deshalb vor allem durch finanzielle Hilfen für investive Maßnahmen zu erreichen, den Einsatz von Techniken, deren Wirtschaftlichkeit ohne Förderung z.B. erst bei höherem Energiepreinsniveau gegeben wäre, frühzeitig zu ermöglichen. Die Staatsregierung hat sich stets für solche breitenwirksame Förderungsmöglichkeiten, wie sie in § 4a Investitionszulagengesetz und § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung bestehen, eingesetzt. Im übrigen ist noch darauf hinzuweisen, daß in verschiedenen Programmen mit regionalwirtschaftlicher, mittelstands-, umwelt- oder agrarpolitischer Zielsetzung auch der Einsatz neuer Energietechnologien mitgefördert werden kann.

Die Staatsregierung hat überdies zum Abbau von Hemmnissen, die der Nutzung regenerativer Energiequellen entgegenstehen, ein umfassendes Angebot an Informations- und Beratungsmöglichkeiten geschaffen. So werden dem Verbraucher über Zeitschriften, Beilagen und -anzeigen, Werbespots und -filme, Rundfunksendungen sowie Informationsschriften neutrale Orientierungshilfen gegeben. Zahlreiche öffentliche bzw. mit öffentlichen Mitteln geförderte Einrichtungen bieten darüber hinaus kostenlose Beratung an.

Die Erschließung des Potentials regenerativer Energiequellen ist im Zusammenhang mit den genannten Maßnahmen, besonders auch denen zur Erleichterung der Markteinführung sowie der verbesserten Information und Beratung, zu sehen. Der Gesamtumfang dieser Förderungen übersteigt den Betrag des Bundesministers für Forschung und Technologie zur Forschungsförderung um ein Mehrfaches. Zweifellos sind auch Fortschritte in der Nutzung erneuerbarer Energien durch erhöhte Aktivitäten in der Forschungsförderung zu erwarten. Besonders gilt das für Bereiche, bei denen noch ein großes technisches Entwicklungspotential, wie z.B. bei der Photovoltaik, besteht. Die Vergangenheit zeigt, daß praktisch alle halbwegs aussichtsreich erscheinenden Ideen und Wege unter Inkaufnahme hoher technischer und wirtschaftlicher Erfolgsrisiken gefördert werden konnten. Für die Zukunft wird deshalb von ausschlaggebender Bedeutung sein, neue Ideen zu entwickeln, die wissenschaftlich-technisch oder wirtschaftlich weiterführen könnten. Durch Erhöhung der Forschungsförderung allein werden solche Ideen nicht geschaffen.

Die Kernenergie wird auch weiterhin ein bedeutender Bestandteil der Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Die heute üblichen Leichtwasserreaktoren bedürfen hierbei nicht mehr der staatlichen Förderung. Die Forschungsförderung des Bundes konzentriert sich deshalb vornehmlich auf die



weitere Verbesserung der Reaktorsicherheit, den Brennstoffkreislauf, vor allem die Endlagerung und die Entwicklung der fortgeschrittenen Reaktorlinien. Der erreichte Entwicklungsstand der Kernenergie läßt auch hier den Übergang in die stärkere Verantwortung der Industrie erwarten. Dies läßt gleichwohl keinen völligen Rückzug des Bundes aus der Förderung zu, wie sie im übrigen vom Atomgesetz gefordert ist. So ist es Aufgabe des Bundes, Anlagen zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten (§ 9a Atomgesetz). Dort, wo weitere finanzielle Förderung notwendig und angebracht ist, wird sich aber das Verhältnis der Aufwendungen von Industrie und Staat anders gestalten, als in der Vergangenheit. Das bedeutet einen deutlich verminderten Bedarf an finanziellen Mitteln für die Förderung kerntechnischer Projekte. Es ist zu erwarten, daß schon bis Ende der 80er Jahre der Anteil der Kernenergieprojektförderung unter die Hälfte des Aufwands im Jahre 1986 absinkt. Somit stehen dann hierfür weniger öffentliche Mittel zur Verfügung, als 1986 insgesamt für die Förderung erneuerbarer Energiequellen vorhanden sind.

1.a) Welche der in Bayern installierten Öl- und Gaskraftwerke können in der Grundlast gefahren werden und in welchen Zeiträumen auf Gas bzw. extrem schwefelarmes Heizöl umgestellt werden?

Alle größeren in Bayern installierten Öl- und Gaskraftwerke können aus rein technischer Sicht in der Grundlast gefahren werden. Wesentliche Einschränkungen gibt es bei den Gegendruckkraftwerken, den gasbefeueerten Entnahmekondensationskraftwerken (s.a. Antwort zu Frage 1.d)) und bei den Gasturbinenanlagen, die aus technischen und wirtschaftlichen Gründen allenfalls im Mittellastbereich eingesetzt werden können.

Das Ölkraftwerk Irsching der Isar-Amperwerke AG (3 Blöcke mit insgesamt 878 MW Nettoleistung) wurde in den letzten Jahren auf alternativen Gaseinsatz umgebaut. Allerdings ermöglicht die ca. 4 km lange Erdgasleitung zum Kraftwerk den Gaseinsatz nur bis ca. 500 MW elektrisch, so daß bei vollem Einsatz auf Gasbasis eine zusätzliche Gasleitung gebaut werden müßte. Hierfür bzw. für die alternative Umstellung auf extra leichtes Heizöl wäre einschließlich des Genehmigungsverfahrens ein Zeitraum von 2 - 3 Jahren erforderlich.

In den Ölkraftwerken Ingolstadt und Pleinting der Bayernwerk AG kann derzeit kein Erdgas bzw. extra leichtes Heizöl eingesetzt werden. Kurzfristig wäre technisch der Einsatz von schwerem Heizöl (HS) - schwefelarme Ware - möglich. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß Brennstoff dieser Qualität in ausreichenden Mengen nicht beschafft werden kann. Der Anteil der schwefelarmen Ware am HS-Aufkommen in der Bundesrepublik beträgt lediglich knapp 30 %. Eine Umstellung auf Gas bzw. extra leichtes Heizöl würde einen Zeitraum von 2 - 3 Jahren erfordern, wobei hier ein ggf. notwendiges Genehmigungsverfahren nicht berücksichtigt ist.

Beim Einsatz von Erdgas zur Stromerzeugung in der Grundlast muß ferner berücksichtigt werden, daß in diesem Falle Erdgas auch dann bereitgestellt werden müßte, wenn in der kalten Jahreszeit das Erdgasnetz für Zwecke der Wärmeversorgung ohnehin hoch belastet ist. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Gaswirtschaft zur Bereitstellung dieser erheblichen zusätzlichen Leistung ohne weiteres in der Lage wäre. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß der Vorsitzende des Vorstandes der Ruhrgas AG vor wenigen Wochen erklärt hat, daß es eine Illusion wäre, die Gaswirtschaft könne in nennenswertem Umfang an die Stelle stillgelegter oder geplanter Kernkraftwerkskapazitäten treten. Ein massiver Gaseinsatz zur Stromerzeugung würde

- 10L P14 113 D

eine neue Beschaffungsstrategie voraussetzen, die Unsicherheiten, Abhängigkeiten und Kostenzwänge in Kauf nehmen müßte, welche bei der gegenwärtigen Gasbeschaffungs- und -absatzpolitik vermieden werden können.

3.b) In welchen bayerischen Kohlekraftwerken könnte durch geeignete Um- bzw. Nachrüstmaßnahmen eine umweltschonende Stromerzeugung im Grundlastbereich mittelfristig ermöglicht werden?

In allen größeren Kohlekraftwerken Bayerns laufen derzeit Nachrüstmaßnahmen. Die Angebote für die sekundären Entstickungsmaßnahmen an Schmelzfeuerungen werden derzeit zwischen Herstellern und Betreibern besprochen. Für die Inbetriebnahme sind folgende Termine vorgesehen:

Kraftwerk	Entschwefelungs- anlage	Entstickungs- anlage
Franken II	Ende 1986	Ende 1989
Aschaffenburg	Winter 1986/87	Ende 1989
Arzberg	Sommer 1987	Sommer 1987
Schwandorf	Sommer 1988	Sommer 1988
Zolling	in Betrieb	Ende 1987
Erlangen-Sandreuth	Ende 1987	Ende 1987
München-Nord	vorauss. Ende 1989	vorauss. Ende 1989

Diese Kohlekraftwerke sind zur Deckung der Mittellast vorgesehen. Unter Inkaufnahme deutlich höherer Kosten könnten sie einen Teil des Kernstroms im Grundlastbetrieb ersetzen.

./.

Eine Nachrüstung kleinerer Kohleblöcke wie in Zolling (71 und 97 MW), München (Müllerstraße 20 und 22 MW, Theresienstraße 22 und 11 MW, Nord 2 112 MW), Nürnberg (Franken I 100 MW) ist wegen des Alters und der damit verbundenen Störanfälligkeit sowie unzureichender Platzverhältnisse, unverhältnismäßig hoher Kosten und langer Planungs- und Bauzeiten nicht mehr sinnvoll und z. T. auch nicht möglich. Diese Blöcke werden teils umgehend, teils nach Ablauf der nach der Verordnung über Großfeuerungsanlagen zulässigen Restnutzungsdauer stillgelegt.

3.c) Wie hoch schätzt die Staatsregierung das Potential kraft-wärme-gekoppelter Kraftwerke incl. Blockheizkraftwerke für die Stromerzeugung bei konsequenter Ausweitung der Fern- und Nahwärme ein?

Z.Zt. werden in Bayern etwa 3 % des Stromes durch Heizkraftwerke einschließlich Blockheizkraftwerke erzeugt. Die in Bayern betriebenen 62 BHKW (in der Bundesrepublik rd. 270) haben eine Gesamtleistung von 34 MW elektrisch, so daß ihr Beitrag zur Gesamtstromerzeugung bisher minimal ist.

Selbst wenn man den aus heutiger Sicht eher als zu optimistisch zu bezeichnenden Fall unterstellen würde, der Anteil der Fernwärme könne sich bis zur Jahrtausendwende verdreifachen, so dürfte der Beitrag der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Heizkraftwerke) zur Stromerzeugung auf allenfalls rd. 10 % anwachsen. Somit müßten immer noch etwa 90 % des benötigten Stroms wie bisher primär in Wasserkraftwerken und großen Kondensationskraftwerken erzeugt werden. Ein solcher Ausbau der Fernwärmeversorgung erscheint aber unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Fernwärmestudie für Bayern (1. Fortschreibung 1982) sowie einer kürzlich in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz erarbeiteten Studie über die Einsatzmöglichkeiten von Blockheizkraftwerken eher unrealistisch. Dies gilt trotz erheblicher

- 1 DLP 10/113 D

licher weiterer öffentlicher Finanzierungshilfen vor allem dann, wenn die derzeitige Preissituation bei den konkurrierenden Energieträgern länger anhalten sollte.

Die Staatsregierung wird im Rahmen der Beantwortung der Interpellation "Optimierte Energienutzung" auf die Fragen der Fernwärmeversorgung noch näher eingehen.

3.d) Sieht die Staatsregierung neben dem Neubau von schadstoffarmen Steinkohlekraftwerken auf Importkohlebasis noch andere Möglichkeiten für die kurz- bis mittelfristige Substitution der Kernenergie im Grundlastbereich?

Wie auch aus der Beantwortung der Fragen 3.a) bis 3.c) hervorgeht, sieht die Bayerische Staatsregierung außer dem verstärkten Einsatz vorhandener und den Zubau neuer schadstoffarmer Steinkohlekraftwerke und außer dem wieder verstärkten Einsatz vorhandener Öl- und Gaskraftwerke mit allen Nachteilen hinsichtlich der Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Preisgünstigkeit keine realistischen Möglichkeiten, für die kurz- und mittelfristige Substitution der Kernenergie im Grundlastbereich.

Auf die Antworten zu den Fragen 5., 6. und 7. der o.a. CSU-Interpellation wird verwiesen.

./.

4.a) In welchem Zeitraum ist nach Meinung der Staatsregierung Bayern der Ausstieg aus der Kernenergie technisch denkbar und wirtschaftlich und sozial vertretbar?

Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist zu jeder Zeit "technisch denkbar". Technisch vertretbar wäre ein Ausstieg allerdings erst dann, wenn Ersatzkraftwerke in ausreichendem Umfang mobilisiert bzw. neu gebaut und zuverlässig einsetzbar sind. Wie in der Antwort zu Frage 3. der o.a. CSU-Interpellation ausgeführt, müßten in Bayern bis zu 7 Kohlekraftwerksblöcke mit einer elektrischen Leistung von je 750 Megawatt (MW) oder eine entsprechend größere Anzahl kleinerer Kraftwerksblöcke hinzugebaut werden. Hierfür müßte mit Realisierungszeiten von mindestens 5 Jahren, unter Berücksichtigung u.a. der absehbaren Verwaltungsgerichtsprozesse jedoch realistischer mit der doppelten bis dreifachen Zeit gerechnet werden. Insoweit wird auch auf die Beantwortung der Fragen 4.c), 4.d) und 6.d) verwiesen.

In welchem Zeitraum der Ausstieg Bayerns aus der Kernenergie "wirtschaftlich und sozial vertretbar" ist, bemißt sich primär danach, ab wann bessere Möglichkeiten der Strombedarfsdeckung zur Verfügung stehen. Solche Möglichkeiten eines Kernkraftwerksersatzes sind auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

4.b) Welcher Zeitraum ist nach Auffassung der Staatsregierung für die technische Umstellungsphase von größeren Zentralheizungsanlagen auf Blockheizkraftwerke anzusetzen?

Eine zuverlässige Quantifizierung, in welchem Zeitraum größere Zentralheizungsanlagen auf Blockheizkraftwerke (BHKW) umgestellt werden können, ist aus mehreren Gründen nicht möglich:

Es gibt keine statistisch gesicherten Angaben über die Anzahl derjenigen Heizungsanlagen, die sich technisch und wirtschaftlich für eine Umrüstung im Sinne der Fragestellung eignen. Selbst wenn derartige Daten verfügbar wären, ließe sich allenfalls ein theoretisches Umrüstpotehtial angeben. Inwieweit ein solches Potential, sofern vorhanden, tatsächlich ausgeschöpft werden kann, hängt im wesentlichen von der freien Entscheidung der Betreiber umrüstfähiger Anlagen ab und ist somit weder zeitlich noch vom Umfang her genau bestimmbar. Dirigistische Eingriffe mit dem Ziel, entsprechende Umstellungen unter hoheitlichem Zwang durchzusetzen, lehnt die Staatsregierung als volkswirtschaftlich schädliche Maßnahmen ab. Die Staatsregierung geht im übrigen davon aus, daß die Industrie in der Lage ist, eine ggf. auch steigende Nachfrage nach BHKW zu decken.

Grundsätzlich ist zu den Einsatzmöglichkeiten von BHKW-Anlagen anzumerken: Ob und in welchem Umfang solche Anlagen eingesetzt werden können, ist nicht nur, wie in der Interpellation möglicherweise angenommen, eine Zeitfrage, sondern vor allem eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Letztere hängt von zahlreichen energietechnischen und -wirtschaftlichen Faktoren ab, zu denen auch die monetäre Bewertung des in BHKW-Anlagen erzeugten Stroms zählt. BHKW können, dies zeigt die Erfahrung, nur in wenigen

./.

Fällen bei Vorliegen günstiger Voraussetzungen wirtschaftlich betrieben werden. Solche Voraussetzungen liegen vor allem da vor, wenn dem Wärme- und Stromangebot der BHKW-Anlage eine möglichst synchrone Wärme- und Stromnachfrage gegenübersteht. Dies kann z.B. der Fall sein in Industriebetrieben mit hohem produktionsbedingtem Strombedarf und gleichzeitigem Bedarf an Prozeßwärme auf niedrigem Temperaturniveau. Hier können in aller Regel gute Stromgutschriften angesetzt werden.

Anders sieht dies beim Einsatz von BHKW-Anlagen in Wohngebäuden aus. Hier kann beispielsweise der Wärmebedarf deutlich höher sein als der Strombedarf (um rd. das 8fache). Um eine möglichst hohe Ausnutzungsdauer der installierten Erzeugungsleistungen zu erreichen - ein wesentliches Wirtschaftlichkeitskriterium praktisch aller kapitalintensiven Energiesysteme -, sollten BHKW-Anlagen grundsätzlich entsprechend dem Wärmebedarf des jeweils zu versorgenden Objekts dimensioniert und betrieben werden. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es überdies sinnvoll, die Nennwärmeleistung einer BHKW-Anlage auf lediglich rd. 30 bis maximal 50 % des erwarteten höchsten Gebäudewärmebedarfs auszulegen. Gleichwohl kann damit, wie die Praxis zeigt, nicht vermieden werden, daß BHKW im Wohnbereich einerseits mehr Strom erzeugen als in den zu versorgenden Objekten verbraucht werden kann, andererseits aber zeitweise ein erheblicher Teil des Strombedarfs aus dem öffentlichen Netz gedeckt werden muß. BHKW-Anlagen können so zwar Einsparungen beim Brennstoffverbrauch in Kraftwerken der öffentlichen Stromversorgung bewirken; Kraftwerkskapazitäten und Stromleitungen, die für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der öffentlichen Stromversorgung erforderlich sind, können sie aber kaum ersetzen. Dem Einsatz von BHKW in Wohngebäuden sind in der Regel sehr enge wirtschaftliche Grenzen gesetzt.



- BLP 14 113 D

- 4.c) Mit welcher Dauer muß nach Ansicht der Staatsregierung für die technische Bauzeit und verwaltungsmäßige Verfahrensabwicklung beim Bau von Heizkraftwerken gerechnet werden?
- 4.d) In welcher Zeit und mit welchen Kosten könnten die zum Großteil vor Mitte der 70er Jahre errichteten Steinkohlekraftwerke durch neue, technisch größere Anlagen an den alten Standorten ersetzt werden, wobei als Maßstab für die Rauchgasreinigung der Münchner Standard für Schwefeldioxid von 25 mg/pro m<sup>3</sup> und für Stickoxid von 100 mg/m<sup>3</sup> zu gelten hat?
- 5.d) In welchem Zeitraum können in Bayern neue fossil befeuerte Kraftwerke ans Netz gehen, die voll dem modernsten Umweltstandard entsprechen und für den Dauerbetrieb geeignet sind?

Vegen des inhaltlichen Zusammenhangs der Fragen werden diese gemeinsam beantwortet.

1. Mit den genannten Fragen wird nach der Zeit gefragt, innerhalb der Heizkraftwerke (Frage 4.c)), Ersatzkraftwerke für bestehende Kraftwerke mit dem "Münchner Standard" (Frage 4.d)) und fossil befeuerte neue Kraftwerke, die voll dem modernsten Umweltstandard entsprechen (Frage 6.d)) in Betrieb gehen können.

Der genannte Zeitraum wird bestimmt durch die Planungszeit, die Zeit der verwaltungsmäßigen Abwicklung und die reine Bauzeit.

- a) Bei ungestörtem Verlauf der drei Phasen dürfte die Errichtung eines 750-MW-Kohlekraftwerksblocks (bei einem größeren Heizkraftwerk ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede) in etwa einen Zeitraum von 5 - 9 Jahren in Anspruch nehmen. Hierbei sind folgende Zeiten zugrundegelegt:
- ./.

- Planungszeit: 1 - 2 Jahre
- Verwaltungsverfahren: zwischen 1 1/2 und 3 Jahre

Die Errichtung der genannten Anlagen stellt in aller Regel eine raumbedeutsame Maßnahme dar, für die ein Raumordnungsverfahren durchzuführen ist. Die Dauer des Raumordnungsverfahrens beträgt ein halbes bis ein Jahr, sofern keine unvorhersehbaren Schwierigkeiten auftreten.

Kann die landesplanerische Beurteilung des Vorhabens positiv abgeschlossen werden, folgt das Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. Bestandteil des hierfür erforderlichen Genehmigungsantrages ist u.a. eine Immissionsprognose. Zur Erstellung der Immissionsprognose sind in aller Regel Vorbelastungsmessungen erforderlich; der Meßzeitraum beträgt nach den Vorschriften der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft in der Regel ein Jahr.

Die zuständige Behörde prüft den Genehmigungsantrag auf Vollständigkeit, veranlaßt die Erstellung der notwendigen Gutachten und macht das Vorhaben im amtlichen Veröffentlichungsblatt und in den örtlichen Tageszeitung bekannt. Der Genehmigungsantrag mit Unterlagen wird anschließend zwei Monate zur Einsicht ausgelegt. In einem folgenden Erörterungstermin werden Einwände gegen das Vorhaben behandelt. Sofern keine gravierenden Einwände erhoben werden, die die Einholung weitergehender Gutachten oder die Änderung der Antragsunterlagen erforderlich machen, kann etwa zwei Monate nach dem Erörterungstermin der Genehmigungsbescheid erlassen werden. Sofern von Einwendern kein Widerspruch erhoben wird, erlangt der Bescheid nach vier Wochen Rechtskraft.

- Bauzeit: 2 1/2 - 4 Jahre

- o) Nach den Erfahrungen der letzten Jahre erscheint es allerdings unrealistisch, mit einem ungestörten Verfahrensverlauf der 3 Phasen zu rechnen.
- In der Planungszeit können sich Verzögerungen durch z.B. politisch geforderte Umplanungen oder Gesetzesänderungen ergeben (wie z.B. zuletzt durch Erlaß der Großfeuerungsanlagen-Verordnung).
  - Äußerst schwer kalkulierbar ist die Zeit der verwaltungsmäßigen Abwicklung. Hier können sich Verzögerungen aufgrund von Planungsänderungen, vor allem aber durch die gerichtliche Anfechtung der getroffenen Entscheidungen ergeben. Klagen werden hierbei - wie z.B. zuletzt bei dem von der Stadt München geplanten Kraftwerk München-Nord - teilweise bereits im Vorfeld des eigentlichen Genehmigungsverfahrens im Zusammenhang mit Raumordnungsverfahren erhoben. Durch Gerichtsverfahren können sich (bis zur letztinstanzlichen Entscheidung) Verzögerungen von 5 - 6 Jahren ergeben. Diese Verzögerungen könnten lediglich durch die Anordnung des Sofortvollzugs vermieden oder verkürzt werden. Ob eine derartige Anordnung bei derzeitiger Rechtslage rechtlich vertretbar wäre bzw. einer gerichtlichen Überprüfung standhielte, erscheint fraglich. Insoweit ist zu berücksichtigen, daß mit dem Zubau von fossil befeuerten Kraftwerken als Ersatz für die bestehenden Kernkraftwerke weder die Sicherheit noch die Preisgünstigkeit oder Umweltfreundlichkeit der Versorgung verbessert würde. Vielmehr würde der Zubau der Umsetzung einer politischen Entscheidung zur Beseitigung des bei der Nutzung der Kernenergie auftretenden Restrisikos dienen. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings eindeutig festgestellt, dieses Restrisiko sei tragbar.

Daß die entsprechenden Genehmigungen nicht angefochten werden, erscheint nahezu ausgeschlossen. Insoweit ist berücksichtigen, daß zum Ersatz der in Bayern bestehenden und in Bau befindlichen Kernkraftwerksleistung 8 - Kohlekraftwerksblöcke der 750-MW-Klasse errichtet werden müßten. Würden diese auf den im Standortsicherungsplan gesicherten Flächen errichtet, müßten hierfür alle Standorte in Anspruch genommen werden. Bereits derzeit besteht an solchen Standorten ein erheblicher Widerstand gegen die Errichtung eines Kohleblocks.

- In der Bauzeit können sich Verzögerungen durch gerichtlich angeordnete Baustopps ergeben. Vor allem ist derzeit aber nicht absehbar, ob die angegebene Bauzeit von 2 1/2 - 4 Jahren dann noch realistisch ist, wenn so viele Kraftwerke kurzfristig errichtet werden sollen. Ein bundesweiter Ausstieg aus der Kernenergie z.B. bis 1990 würde den Ersatz von ca. 24.000 MW Kernkraftwerksleistung erforderlich machen, dies entspricht ca. 32 Kohlekraftwerksblöcken der 750-MW-Klasse. Hinzu kommt der Ersatzbau alter fossil befeuerter Anlagen und der Bau zusätzlicher Kraftwerke zur Deckung des bundesweit wachsenden Strombedarfs. Es erscheint ausgeschlossen, daß hierfür die erforderliche Herstellerkapazität verfügbar wäre. Die forcierte Nachfrage würde aber in jedem Fall zu drastischen Verteuerungen bei der Kraftwerkserrichtung führen.

DLP 10113D

Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Realisierungszeiträume für die Errichtung einzelner Kraftwerke bis auf 15 Jahre ausdehnen können.

1. Die Kosten für einen 750-MW-Block betragen bei Rauchgasreinigungsmaßnahmen, die den gesetzlichen Anforderungen nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung entsprechen, auf heutiger Preisbasis ca. 1,6 Mrd DM.

Die in Frage 4.d) als "Münchner Standard" bezeichneten Rauchgasreinigungswerte unterschreiten die Werte nach dem bisherigen Stand der Technik. Dieser sog. "Münchener Standard" für die Abgasreinigung besteht gegenwärtig lediglich aus Erklärungen der Landeshauptstadt München und der Hersteller, diese Werte erreichen zu wollen. Der Nachweis, daß das vorgesehene Verfahren in der Praxis die hierin gesetzten Erwartungen erfüllt und auch wegen der Bildung wasserlöslicher Natriumsalze nicht zu einer Problemverschiebung in den Sektoren Wasser und Abfall führt, steht noch aus. Diese Werte können daher nicht als Standard gelten. Erfahrungen über den zusätzlichen Zeit- und finanziellen Aufwand bei Realisierung dieser Werte liegen nicht vor.

Die aufgrund der starken Nachfrage eintretenden Verteuerungen sind bei der Kostenangabe ebenfalls nicht berücksichtigt.

./.

DLP 14113 D

5. Wie beurteilt die Staatsregierung die Arbeitsplatzwirkungen, wenn an den heutigen Standorten der 4 Kernkraftwerksblöcke in Bayern neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 600 MW gebaut und in Betrieb genommen werden?

Die Staatsregierung beurteilt die Arbeitsplatzwirkungen wie folgt:

Wie jede Investition schafft auch der Bau von Kohlekraftwerken Beschäftigungsmöglichkeiten. Damit allein kann jedoch der Bau eines Kohlekraftwerks nicht begründet werden. Nur wirtschaftliche und produktive Arbeitsplätze sind auch sichere Arbeitsplätze. Unrentable Arbeitsplätze können auf Dauer nur durch Subventionen erhalten werden. Ein Beispiel hierfür sind die Arbeitsplätze im deutschen Steinkohlebergbau.

Für den Betrieb eines 1.300-MW-Kernkraftwerksblocks sind rd. 280 Mitarbeiter, für den ersatzweisen Betrieb von zwei Kohleblöcken rd. 380 Mitarbeiter erforderlich. Der Personaleinsatz der Fremdfirmen für die Revisionsarbeiten ist in dem Kernkraftwerksblock wesentlich höher als in den zwei Kohleblöcken.

Im übrigen entbehrt die Frage jeglicher Realitätsnähe. Weder das RWE noch das Bayernwerk werden erwägen, z.B. am Standort Gundremmingen ein Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 1.200 MW zu errichten.

Hinsichtlich der allgemeinen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bei einem Ausstieg aus der Kernenergie wird auf die Beantwortung der Frage 3. der o.a. CSU-Interpellation verwiesen.

./.

DLP 14177 D

- .a) Welche Blockgröße ist nach Auffassung der Staatsregierung für Heizkraftwerke unter dem Gesichtspunkt der Regelbarkeit optimal, um in den Sommermonaten ein Minimum an Aufwärmung der Gewässer zu erzielen?

Wie bereits bei der Beantwortung der Frage 1.d) erläutert, können Gegendruckkraftwerke im Sommer keinen Strom erzeugen, wenn keine Fernwärme abgenommen wird. Insoweit belasten sie auch kein Gewässer. Im Sommer muß der Strom dann allerdings wieder im wesentlichen in Kondensationskraftwerken erzeugt werden, die ihre Abwärme weitgehend über Kühltürme an die Atmosphäre abgeben.

Entnahmekondensationskraftwerke können auch im Sommer Strom erzeugen, also dann, wenn keine Fernwärme ausgekoppelt wird. Wenn sie keinen Kühlturm besitzen, müssen sie ihre Abwärme in ein Gewässer abgeben. Die Gewässer werden pro erzeugter kWh Strom umso weniger aufgewärmt, je besser der thermodynamische Wirkungsgrad der Stromerzeugung ist. Mit steigender Blockgröße nimmt dieser Wirkungsgrad zu und somit die Gewässerbelastung ab.

- .b) Mit welchem Entwicklungspotential darf nach Auffassung der Staatsregierung bei der Rauchgasreinigung für Braunkohle bei Brennstoffeinsatz in Kraftwerken gerechnet werden?
- .c) Sieht es die Staatsregierung für geboten an, durch einen befristeten erhöhten Gaseinsatz bzw. Einsatz von schwefelarmem Heizöl die gegenwärtig noch ungelösten Probleme der Rauchgasreinigung bei Hartbraunkohle zu überbrücken?

Für Rauchgasentschwefelung bei braunkohlebefeuelten Kraftwerkslöcken wurden in den letzten Jahren verschiedene Verfahren entwickelt, mit denen  $\text{SO}_2$ -Emissionskonzentrationen im Reingas er-

./.

zielt werden können, die mit den entsprechenden Werten bei steinkohlebefeuelten Kraftwerken vergleichbar sind. Unter Einsatz von Pilotanlagen konnte darüber hinaus auch die Anwendbarkeit des SCR-Verfahrens ("Selektive katalytische Reduktion") zur Reduzierung der  $\text{NO}_x$ -Emissionen auf den von der Umweltministerkonferenz vom 5.4.1984 festgelegten Grenzwert grundsätzlich bestätigt werden.

Nach der erfolgreichen Erprobung einer Abgasentschwefelungsanlage auf Basis Kalkwäsche sowie einer Abgasentstickungsanlage nach dem SCR-Verfahren im Rahmen staatlich geförderter Pilotversuche im Kraftwerk Schwandorf wurde zwischenzeitlich der Auftrag für die großtechnische Realisierung der Abgasentschwefelung und Abgasentstickung für dieses Kraftwerk erteilt. Die Inbetriebnahme der Abgasreinigungsanlagen wird bis Mitte 1988 erfolgen.

Im Kraftwerk Arzberg wird gegenwärtig ebenfalls mit staatlicher Förderung eine Abgasreinigungsanlage nach dem Bergbauforschungsinstitut/Uhde-Verfahren errichtet. Bei diesem Verfahren kann mittels Aktivkoks eine simultane Abscheidung von Schwefeldioxid und von Stickstoffoxiden erreicht werden. Die Abgasreinigungsanlage wird im Sommer 1987 in Betrieb genommen.

Die Frage einer Überbrückung von Entwicklungszeiträumen sowie nach einem weiteren Entwicklungspotential für Abgasreinigungsanlagen bei Braunkohlekraftwerken stellt sich damit derzeit nicht.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß bei einer Stilllegung der Kernkraftwerke nicht nur die Kohlekraftwerke, sondern auch die Öl- und Gaskraftwerke mit hoher Nutzungsdauer zur Deckung des Strombedarfs eingesetzt werden müßten. Demgemäß stünden sie also nicht zur Substitution von Braunkohlekraftwerken zur Verfügung.



- .a) Welche Möglichkeiten sind nach Auffassung der Staatsregierung geeignet, die bestehenden Lastspitzen der Stromnachfrage abzubauen, damit kostengünstige Lastzustände sowohl kraftwerks- als auch netzseitig vermindert werden können?
- .b) Ist die Staatsregierung bereit, zur Verstärkung der Stromnachfrage auch im gewerblichen Bereich entsprechende Empfehlungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen anzuregen, insbesondere bei den Unternehmen, an denen der Freistaat Kapitalanteile hält?

unächst ist darauf hinzuweisen, daß schon bisher erhebliche Anstrengungen sowohl der Elektrizitätswirtschaft als auch der Industrie schon aus Wirtschaftlichkeitsgründen unternommen wurden, zu möglichst ausgeglichenen Lastverläufen zu gelangen. Mittel hierfür waren z.B. vertragliche Sperrzeitenregelungen, die Rundsteuerung und die Vereinbarung abschaltbarer Lieferungen. Dies und die allgemeine technisch-wirtschaftliche Entwicklung haben dazu geführt, daß zu Zeiten der höchsten Netzbelastung, in der Regel im Hochwinter, der tägliche Belastungsverlauf bereits sehr ausgeglichen ist. Die Möglichkeiten, zu einer weiteren Lastvergleichmäßigung zu gelangen, dürfen daher nicht überschätzt werden.

Was die einzelnen Verbrauchssektoren betrifft, so sind in einem vergangenen Jahr mit Unterstützung des Bundesministers für Forschung und Technologie abgeschlossene Untersuchungen der Lastangablinien bei der Benutzung elektrischer Energie durch die bundesdeutschen Haushalte während eines Jahres ermittelt worden. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, daß sich der Stromverbrauch der Haushalte und deren Leistungsanspruchnahme über den Tag, die Woche und das Jahr so verteilen, daß in der Durchmischung mit anderen Verbrauchergruppen die Haushalte zu einer weitgehenden Vergleichmäßigung des Lastverlaufs der öffentlichen Versor-

gung beitragen. Eine Lastverlagerung bestimmter Stromanwendungen im Haushalt durch zentrale Steuerung oder tarifäre Anreize würde allenfalls eine geringfügige Reduzierung der Höchstlast in der öffentlichen Versorgung herbeiführen.

Im Bereich der gewerblichen Sonderabnehmer wird das zeitliche Strombezugsverhalten seit langem und mit Erfolg im Sinne einer Verstetigung der Stromnachfrage beeinflusst. Um diesen Kundenkreis zu einer Reduzierung der Leistungsanspruchnahme zu Zeiten hoher Netzlast zu veranlassen, werden von den Energieversorgungsunternehmen entsprechende Preisregelungen angeboten.

Auch im gewerblichen Tarifabnehmerbereich insbesondere in Handel und Handwerk gelten günstigere Preise, wenn ein Betrieb vermeidet, mehr Leistung in Anspruch zu nehmen, als er bei rationeller Betriebsweise benötigt. Überwiegend werden die Bereitstellungspreise derzeit aber noch nach Anschlußwerten bemessen. Dies wird auch von der Elektrizitätswirtschaft als nicht befriedigend empfunden. Es wird daher eine neue Bemessungsgröße erprobt. Dabei gilt als Bereitstellungseinheit der höchste im Abrechnungsjahr während einer Meßperiode von 100 Stunden aufgetretene Strombezug. Dieser 100-Stunden-Tarif ist kostenorientiert und kundenfreundlich. Er stellt einen weiteren Beitrag zur Verstetigung der Stromnachfrage dar. Ein wesentlicher Vorteil dieses zur Diskussion stehenden neuen Tarifmodells ist es, daß der Kunde in seinem zeitlichen Strombezugsverhalten nicht zwangsweise beschränkt würde. Er hätte es vielmehr selbst in der Hand, durch verantwortungsbewußte Verteilung seines Stromverbrauchs auf die Bemessungsperioden seinen Bezug und damit seine Stromrechnung möglichst niedrig zu halten. Mit diesem sinnvollen Verhalten trägt er zugleich zur Vermeidung unerwünschter Verbrauchsspitze bei.

- DEP 10/117 D

Bei den Bemühungen um eine weitere Verstetigung der Stromnachfrage muß man aber auch deren Grenzen sehen, die gerade im gewerblichen und industriellen Bereich durch andere, den Stromverbrauch beeinflussende Faktoren gezogen werden. Beispiel hierfür sind die Geschäfts- und Ladenschlußzeiten im Dienstleistungsbereich und im Handwerk oder die Licht- und Witterungsverhältnisse in der Bauwirtschaft. Bei größeren Industriebetrieben wiederum würde eine stärkere Verlagerung der Stromnachfrage in die lastschwächeren Zeiten zu zusätzlicher Schichtarbeit führen. Im gesamten gewerblichen Bereich muß man auch die entsprechenden negativen sozialen Folgen für die betroffenen Arbeitnehmer sehen.

Nichtsdestoweniger ist die Staatsregierung bemüht, die Stromnachfrage im Rahmen des Vertretbaren soweit wie möglich zu verstetigen. Sie wird alle sinnvollen Maßnahmen zur Minimierung von Lastspitzen und damit einer Vergleichmäßigung des Lastverlaufs unterstützen.

7.c) Welche Möglichkeiten der Energieeinsparung sieht die Staatsregierung in der Verbreitung von elektrischen Geräten mit abgesenktem spezifischem Energieverbrauch und für den Einsatz neuer energiesparender Technologien in den Privathaushalten?

Die von der Deutschen Elektroindustrie 1980 angekündigten Senkungen der Verbrauchswerte der wichtigsten Haushaltsgeräte haben im Jahr 1985 gegenüber dem Jahr 1978 zu erheblichen energetischen Verbesserungen geführt. Je nach Geräteart konnten die spezifischen Energieverbrauchswerte bis zu 25 % gesenkt werden. Senkungen der spezifischen Verbrauchswerte sind auch weiterhin ein Entwicklungsziel der Elektroindustrie mit hoher Priorität.

./.

Für einen breiteren Einsatz dieser Geräte sieht die Staatsregierung den Markt als wirkungsvollen Motor an. Wie in der Vergangenheit, so werden auch künftig Stromeinsparungen letztlich durch den Wettbewerb erzielt werden. Dennoch wird in den Haushalten der Stromeinsatz insgesamt ansteigen. Das ist besonders auf zunehmend bessere gerätetechnische Ausstattung der Haushalte zurückzuführen. Derzeit verfügen z.B. lediglich 24 % der Haushalte über Geschirrspüler, 10 % über Wäschetrockner, 18 % über Bügelmaschinen sowie 33 % über Dunstabzugshauben. Darüber hinaus wird auch die Zahl der Haushalte zunehmen, was ebenfalls zu erhöhtem Stromverbrauch führen wird.

Die Staatsregierung sieht über die Beratung und Information der Verbraucher hinaus hier keine Notwendigkeit für staatliche Maßnahmen. Von besonderer Bedeutung für Energieeinsparungen in Privathaushalten ist der Bereich der Raumheizung. Neue energiesparende Technologien weisen gegenüber den noch vor 10 Jahren marktgängigen Anlagen wesentlich höhere Energienutzungsgrade auf. Untersuchungen des Technischen Überwachungs-Vereins Bayern haben ergeben, daß durch den Ersatz älterer Heizungsanlagen Einsparungen von durchschnittlich etwa 20 %, in Einzelfällen sogar bis zu 50 % möglich sein können.

Hierfür bestehen verschiedene finanzielle Hilfen. So können die Optimierung und Modernisierung bestehender Heizungsanlagen bei Zwei- und Mehrfamilienhäusern sowie bei nicht selbst genutzten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen als Erhaltungsaufwand steuerlich abgesetzt werden. Darüber hinaus sind gerade erst durch das Steuerbereinigungsgesetz 1986 die Abschreibungsmöglichkeiten des § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung an die Aufwendungen zur Modernisierung von Heizungs- und Warmwasseranlagen ausgedehnt worden. Begünstigt sind Maßnahmen, die nach dem 30.6.1985 und vor dem 1.1.1992 fertiggestellt werden.

Die neue Steuervergünstigung ist von Bayern gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung initiiert worden.

Im übrigen wird auch im Bayerischen Modernisierungsprogramm die Verbesserung der Energieversorgung sowie der Wärme- und Warmwasserversorgung gefördert, falls diese Maßnahmen im Zusammenhang mit anderen Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Es wird angestrebt, das Bayerische Modernisierungsprogramm dahingehend zu ändern, daß Heizungsmodernisierungen auch ohne anderweitige Modernisierungsmaßnahmen gefördert werden können. Dadurch könnte besonders dem Personenkreis, für den aus Einkommensgründen eine steuerliche Förderung weniger hilfreich ist, ein Anreiz zur Heizungsmodernisierung geboten werden.

Auch die Nutzung regenerativer Energiequellen durch Solaranlagen und Wärmepumpen für die Wärmeversorgung privater Haushalte trägt zur Energieeinsparung bei.

Solaranlagen können am vorteilhaftesten zur Warmwasserbereitung eingesetzt werden. Damit können bei günstigen Voraussetzungen (z.B. hohe Sonnenscheindauer, Einsatz hocheffizienter Kollektoren) bis zu 70 % des jährlichen Bedarfs gedeckt werden. Verglichen mit der Warmwasserbereitung in einem Heizkessel kann dies für einen Vierpersonen-Haushalt eine Energieeinsparung von rd. 300 l Heizöl pro Jahr bedeuten. Die Anschaffungskosten einer solchen Anlage liegen bei etwa 10.000,-- DM.

Die mit Wärmepumpen erzielbaren Einsparungen hängen stark von der Art und Betriebsweise der Wärmepumpenaggregate ab. Sie liegen beispielsweise bei der Elektrowärmepumpenanlage mit Wärmequelle Luft und konventionellem Zusatzkessel bei rd. 50 % des Heizenergie- und Warmwasserverbrauchs. Bei Elektrowärmepumpenanlagen für Einfamilienhäuser ist mit Anschaffungskosten von 20.000,-- bis 30.000,-- DM zu rechnen.

./.

Solaranlagen und Wärmepumpen können im privaten Bereich besonders nach § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung gefördert werden. Diese Förderung gilt aber nur befristet. Die begünstigten Maßnahmen müssen vor dem 1.1.1992 abgeschlossen sein. Für eine Fortführung und Verbesserung dieser Förderung spricht, daß Anlagen und Einrichtungen zur Nutzung regenerativer Energiequellen gegenüber konventionellen Energietechniken in der Regel ohne entsprechende Finanzierungshilfen nicht konkurrenzfähig sind. Ausschlaggebend hierfür sind ihre vergleichsweise hohen Anschaffungskosten und die heutige entspannte Situation auf den Energie- und insbesondere Ölmärkten. Ein Aussetzen der Förderung dieser Technologie würde in Gang gekommene Einspar- und Umstrukturierungsprozesse gefährden.

- 8.a) Welche ergänzenden Beratungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende und sozial-öffentliche Einrichtungen sind nach Meinung der Staatsregierung geeignet, den Informationsstand über Energiesparmöglichkeiten und den Einsatz rationeller Energietechniken zu vergrößern?

Die Staatsregierung sieht es als ein wesentliches energiepolitisches Ziel an, das Energiebewußtsein beim privaten Verbraucher, in der Industrie, bei der gewerblichen Wirtschaft, bei Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen durch breite Aufklärungsarbeit und gezielte Beratungstätigkeit zu verstärken bzw. zu festigen. Mit ihren Aktivitäten über Notwendigkeit und Möglichkeiten der Energieeinsparung nimmt Bayern eine Spitzenstellung unter den Ländern ein. Exemplarisch sei hier auf die zahlreichen von der Staatsregierung herausgegebenen Broschüren hingewiesen, wie z.B. Energiespartips, Energiemarkt in Bayern, Verbraucher-Tips, Energie von der Sonne, Heizungen im Vergleich beim Neubau, Alte Heizung - was tun?, Energiesparen in der gewerblichen Wirtschaft und vieles mehr.

ahlreiche öffentliche bzw. mit öffentlichen Mitteln geförderte tellen bieten darüber hinaus kostenlose Energieberatung an. Zu ennen sind hier die "Energiesparberatung Bayern", bestehend aus iner ortsfesten Ausstellung im Bauzentrum München mit ständiger eraturungseinrichtung und Wanderausstellungen mit Beratungsangeot.

uch die über ganz Bayern verteilten Verbraucherberatungsstellen er Verbraucherzentrale e.V., der Bayerischen Hausfrauenvereiniung und der Wohnberatung des Deutschen Werkbundes Bayern führen nergieberatung durch. Seit Ende 1982 wird die regelmäßige stationäre Beratung zusätzlich durch den laufenden Einsatz von Beratungsbussen ergänzt.

arüber hinaus informieren die Ämter für Landwirtschaft, Kreis- aumeister, Umweltingenieure der Landratsämter über Fragen der nergieeinsparung.

ußerdem beantworten die Staatsministerien für Wirtschaft und erkehr, Landesentwicklung und Umweltfragen, Ernährung, Land- irtschaft und Forsten sowie die Oberste Baubehörde im Bayeri- schen Staatsministerium des Innern laufend einschlägige Anfragen us der Bevölkerung.

Ein breites Beratungsangebot besteht darüber hinaus auch von reiberuflichen Kräften (z.B. Ingenieurbüros), Firmen, Kammern, Verbänden und Unternehmen der Energieversorgungswirtschaft.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß im Rahmen des mittelstän- lischen Technologie-Beratungs-Programms das betriebliche Wissen urch Beratung und Information über technologische Fragen geför- ert werden kann. Umfassende Versorgung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe mit praxisre- evanten Fachinformationen aus Wissenschaft, Technik und Wirt-

schaft bieten darüber hinaus die regionalen Informationsvermittlungsstellen in Bayern. Mit staatlicher Unterstützung wurden 6 regionale und eine branchenbezogene Informationsvermittlungsstelle bei Organisationen und Einrichtungen der Wirtschaft gegründet, die die Aufgabe haben, besonders kleinen und mittleren Unternehmen sowie freien Berufen erforderliches Spezialwissen zur Verfügung zu stellen. Diese Stellen ermöglichen den Zugriff zu nationalen und internationalen Informationsquellen mit Informationen aus der praxisnahen Forschung und den angewandten Wissenschaften, aus allen Bereichen der Technik, des Patentwesens und der Wirtschaft.

Die Staatsregierung beabsichtigt auch weiterhin, im Rahmen des Vertretbaren alle erfolgversprechenden Informationsmaßnahmen über Energieeinsparungsmöglichkeiten auszuschöpfen. So ist derzeit eine Merkblattsammlung zu praktisch allen wichtigen Möglichkeiten der sparsamen und rationellen Energieverwendung in Arbeit, die auch über Bildschirmtext angeboten werden soll. Ferner ist beabsichtigt, eine ähnliche Einrichtung wie die "Energiesparberatung Bayern" beim Bauzentrum München im Nürnberger Raum zu schaffen.

8.b) Welche Einspareffekte im Elektrizitätsverbrauch sind nach Auffassung der Staatsregierung auf das bayerische Programm zur rationellen Energieverwendung zurückzuführen?

In dem vom Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr aufgelegten "Programm zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung" können im wesentlichen gefördert werden

- Vorhaben zur Entwicklung und Einführung neuer Energietechnologien,
- Demonstrationsvorhaben zur rationellen Energiegewinnung und -verwendung sowie

./.



DLP 10117 D

energietechnische und energiewirtschaftliche Untersuchungen.

isher wurden im Rahmen dieses Programms 108 Vorhaben mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt ca. 26,7 Mio DM gefördert.

ei den geförderten Projekten handelte es sich z.B. um die Entwicklung eines neuartigen Wärmepumpenaggregats für Ein- und ehrrfamilienhäuser, branchenspezifische Untersuchungen u.a. zur bwärmenutzung in der Milchindustrie, Porzellanindustrie, in rauereien, Papierfabriken usw., Errichtung einer kombinierten olar-Wärmepumpen-Wärmerückgewinnungsanlage in einem Teichbetrieb, Einbau einer Wärmepumpenanlage zur Beheizung eines Schulgebäudes in Verbindung mit der Abwärmenutzung einer Kunsteisahn, Errichtung einer Solaranlage zur Warmluft- und Warmwasserbereitung in einer Mehrzweckhalle, Gemüsetrocknung mit Solarollektoren, solare Warmwasserbereitung auf einem Campingplatz, inbau und Erprobung eines neuartigen Niedertemperatur-Heizungssystems, Einbau von Gas- oder Elektro-Wärmepumpenanlagen z.B. in chulgebäude, kommunale Heizzentralen, Hallenbäder, Rathäuser nd Verwaltungsgebäude, Erprobung eines neuartigen Verfahrens ur Wärmerückgewinnung an Spänetrocknern bei gleichzeitiger Abasreinigung über Zwangskondensation, Wärmepumpen-Heizzentralen n Verbindung mit Fernwärmeversorgungen, Strom- und Wärmeerzeugung aus Abfallholz und Sägespänen mittels Holzvergasung und lockheizkraftwerk, Entwicklung eines neuartigen "wärmedichten" nergiespar-3-Zylinder-Dieselmotors (auch für Betrieb mit Bioasse-Treibstoffen, z.B. Pflanzenöl, geeignet), Grabenkollektor it Abwärmenutzung einer Kläranlage als Wärmequelle für eineärmepumpe, Nutzung von Deponiegas zur Strom- und Wärmeerzeugung, Nutzung von Abwärme einer Kompostieranlage zur Abfallolz- und Rindentrocknung, Entwicklung einer Hochleistungsrikettier-Presse für Holz und Stroh usw..

DLP 14117 D

Diese Beispiele zeigen, daß im Rahmen dieses Programms die Entwicklung und Einführung neuer, noch wenig erprobter Energietechnologien unterstützt werden soll, die es erlauben, den Energiebedarf und nicht ausschließlich den Strombedarf zu vermindern. Darüber hinaus kann nach dem Programm keine Breitenförderung erfolgen. Hierfür wurden andere Förderungsmöglichkeiten geschaffen, wie die Förderungen nach § 4a Investitionszulagengesetz sowie § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.

Die Energieeinsparungen, die bei den einzelnen Pilotprojekten des o.g. Programms erzielt wurden, sind bekannt. Welche Einspar-effekte darüber hinaus durch diese Projekte für Bayern insgesamt initiiert wurden, läßt sich weder beim Stromverbrauch, noch beim Verbrauch der anderen Endenergieträger Öl, Erdgas oder Fernwärme quantifizieren.

8.c) Auf welche neue Projekte zur Energieeinsparung sollte dieses Programm ausgeweitet werden?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 8.b) ausgeführt wurde, ist das Programm zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung nicht auf bestimmte Gebiete der Energietechnik beschränkt, das heißt, es können praktisch alle neuen bzw. wenig erprobten Energietechnologien gefördert werden, sofern damit Energie eingespart bzw. substituiert werden kann. Das Programm ist nur nicht auf eine Breitenförderung ausgelegt.

DLP 14113D

9. Welchen Sinn sieht die Staatsregierung darin, daß nach dem geltenden Standortsicherungsplan für Bayern an kühllastgeeigneten Standorten für Wärmekraftwerke entweder 2 Kernkraftwerksblöcke mit zusammen 2.600 MW oder nur 1 Kohlekraftwerk mit 600 MW errichtet werden dürfen?

Die der Frage zugrundeliegende Annahme, daß an den gesicherten Standorten "entweder zwei Kernkraftwerksblöcke mit zusammen 2.600 MW oder nur 1 Kohlekraftwerk mit 600 MW errichtet werden dürfen", trifft nicht zu:

- a) Der Sicherung der Standorte liegt lediglich eine Grobprüfung zugrunde, wie in Teil A des Plans ausgeführt wird. Aufgrund dieser Prüfung darf auf den gesicherten Flächen noch kein Kraftwerk errichtet werden. Hierfür bedarf es vielmehr der Durchführung der entsprechenden Verwaltungsverfahren mit positivem Ausgang.
- b) Im Rahmen der geplanten Grobprüfung wurden die Standorte daraufhin überprüft, ob sie den Erfordernissen
- der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes,
  - der Sicherheit und des Immissionsschutzes bei fossil befeuerten Wärmekraftwerken,
  - des sonstigen Immissionsschutzes,
  - der Wasserwirtschaft,
  - des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
  - der Energieversorgung
- und
- der Raumordnung sowie des Städtebaus und der Ortsplanung

./.

DLP 101113 D

bestmöglich entsprechen. Dieser Prüfung, die also nicht lediglich auf die "Kühllasteignung" abstellt, wurden wie bei der erstmaligen Aufstellung des Standortsicherungsplans im Jahre 1978 die in der Frage genannten Blockgrößen zugrunde gelegt. Die gesicherten Standorte sind nach der durchgeführten Prüfung für diese Blockgrößen geeignet. Ob der eine oder andere Standort auch für ein größeres Kohlekraftwerk geeignet ist, könnte erst nach Durchführung weiterer Untersuchungen beurteilt werden, in denen alle genannten Kriterien zu berücksichtigen sind, also nicht nur die wasserwirtschaftlichen Belange, sondern vor allem auch die des Immissionsschutzes. Soweit eine alternative Sicherung für zwei Kernkraftwerksblöcke bzw. einen Kohleblock vorgenommen wurde, wird daher auch im Standortsicherungsplan ausgeführt, daß die Flächen alternativ für einen konventionellen Wärmekraftwerksblock mindestens 600 MW elektrischer Leistung gesichert werden. Daraus ergibt sich - was unter Teil C III c) des Plans nochmals ausdrücklich festgestellt wird -, daß an diesen Standorten vorbehaltlich der vorgeschriebenen Fachverfahren - auch Großkraftwerksblöcke mit einer höheren Leistung errichtet werden können. Im Hinblick auf die Belastung der Gewässer durch Abwärme sind die alternativ gesicherten Standorte in gleichem Umfang für die Bebauung mit Kern- oder Kohlekraftwerken geeignet.

Zusammenfassend ist somit festzustellen, daß der Plan weder eine Festlegung trifft, daß an den gesicherten Standorten Kraftwerke errichtet werden dürfen (diese Entscheidung fällt erst in den entsprechenden Verwaltungsverfahren), noch eine Festlegung trifft, daß an den Standorten, die alternativ für Kernkraftwerke bzw. fossil befeuerte Kraftwerke gesichert werden, "nur ein Kohlekraftwerk mit 600 MW errichtet werden darf".